



Fünfter Bericht des EJPD zuhanden der GPK-EJPD

Stand der Umsetzung von Schengen/Dublin 2013/2014

vom 17. März 2014

Berichtszeitraum: März 2013 - Februar 2014

Ausgangslage

Die Abkommen vom 26. Oktober 2004 über die Assoziierung der Schweiz an Schengen (SAA; SR 0.362.31) und an Dublin (DAA; SR 0.141.392.68) sind am 1. März 2008 in Kraft getreten. Nachdem die anschliessende Evaluation der Schweiz erfolgreich verlaufen war, beschloss der Rat der EU die gestaffelte Inkraftsetzung des Schengen-Besitzstands für die Schweiz auf den 12. Dezember 2008 bzw. – was die Umstellung des Grenzkontrollregimes an den Flughäfen anbelangt – auf den 29. März 2009. Seither ist die Schweiz in die operationelle Zusammenarbeit von Schengen und Dublin voll eingebunden.

In den Jahren 2005 bis 2009 liess sich die Geschäftsprüfungsdelegation (GPDeI) im Rahmen eines jährlichen Berichts über den Stand der Umsetzung von Schengen/Dublin in Kenntnis setzen. Nach erfolgter Inkraftsetzung des Schengen-Besitzstands für die Schweiz trat sie das Geschäft an die Subkommissionen EJPD/BK der Geschäftsprüfungskommissionen der beiden Räte ab (GPK-EJPD), welche sich am 21. April 2010 erstmals über den aktuellen Stand der Dinge informieren liessen.

Mit dem vorliegenden fünften Bericht zuhanden der GPK-EJPD wird auf die Entwicklungen hingewiesen, die im Zeitraum zwischen März 2013 und Februar 2014 eingetreten sind (siehe Kapitel 1 bis 5.). Soweit sinnvoll und möglich, gibt der Bericht auch punktuelle Hinweise auf spätere Entwicklungen. Auf Wunsch der GPK-EJPD sind dem Bericht wiederum Kennzahlen zum Vollzug des Schengen- bzw. Dublin/Eurodac-Besitzstands zu entnehmen (siehe Kapitel 6.), soweit dem Bund entsprechende statistische Daten vorliegen.

Inhaltsverzeichnis

Ausgangslage	2
1 Erweiterung des Schengen-Raums	5
1.1 Rumänien/Bulgarien	5
1.2 Zypern	5
1.3 Kroatien	6
1.4 Vereinigtes Königreich	6
2 Abkommen im Zusammenhang mit Schengen/Dublin	7
2.1 Zusatzvereinbarung zur eu-LISA	7
2.2 Abkommen mit anderen Schengen- bzw. Dublin-Staaten	8
2.2.1 Vertretungsvereinbarungen im Visabereich	8
2.2.2 Dublin-Vereinbarungen	9
2.3 Abkommen mit Drittstaaten	10
2.3.1 Parallelabkommen zu Abkommen der EU in den Bereichen «Visa» und «Rückführung»	10
2.3.2 Visabefreiungsabkommen für Inhaber und Inhaberinnen von Diplomaten-, Dienst- oder Sonderpässen	11
3 Projekte auf Ebene der technisch-operationellen Umsetzung	12
3.1 Schengener Informationssystem (SIS)	12
3.2 Visa-Informationssystem (VIS)	12
3.2.1 Gestaffelte Inbetriebnahme des VIS (Roll-out)	12
3.2.2 Umsetzungsarbeiten in der Schweiz	13
3.2.3 Zugang der Strafverfolgungsbehörden auf das VIS	13
3.2.4 Inbetriebnahme der Kommunikationsinfrastruktur VIS-Mail	14
3.3 Eurodac	14
3.3.1 Anpassung der Systemanforderungen	14
3.3.2 Nutzung von Eurodac für die Zwecke der Strafverfolgung	15
3.4 Advance Passenger Information (API)	16
3.5 Integrierte Grenzverwaltungsstrategie der Schweiz	16
3.5.1 Konzept	16
3.5.2 Umsetzung im Rahmen der nationalen Grenzverwaltungsstrategie	17
3.6 Vereinbarungen zwischen GWK und Kantonen	18
4 Weiterentwicklungen des Schengen- bzw. des Dublin-/Eurodac-Besitzstands	18
4.1 Art der Mitwirkung und Übernahmeverfahren	18
4.2 Umfang der bisherigen Weiterentwicklung im Überblick	19
4.3 Inhalt der im Berichtszeitraum notifizierten Weiterentwicklungen	21
4.3.1 Im Bereich Schengen	21
4.3.2 Im Bereich «Dublin/Eurodac»	26
4.4 Ausblick: Wichtige künftige Weiterentwicklungen	27
4.4.1 Projekt «Smart Borders»	28

4.4.2	Reform des Datenschutzrechts	29
4.4.3	Fonds für die innere Sicherheit	30
5	Vorabentscheidungsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof	32
5.1	Art und Umfang der Mitwirkung	32
5.2	Verwaltungsinternes Verfahren	34
5.3	Entwicklungen im Berichtszeitraum	34
5.3.1	Abgeschlossene Verfahren	34
5.3.2	Neu notifizierte Vorabentscheidungsersuchen	39
6	Vollzugserfahrungen in ausgewählten Bereichen	40
6.1	Aussengrenzen	40
6.1.1	Einreiseverweigerungen	40
6.1.2	Schweizer Beteiligung an Frontex-Einsätzen	41
6.1.3	Mittelzuweisungen aus dem Aussengrenzenfonds (AGF)	41
6.2	Binnengrenzen	42
6.3	Polizeiliche Zusammenarbeit	43
6.3.1	Polizeilicher Informationsaustausch	43
6.3.2	Grenzüberschreitende Observationen, Nacheile und kontrollierte Lieferungen	43
6.4	SIS/SIRENE	44
6.5	Visazusammenarbeit	46
6.6	Rückführungen	48
6.7	Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	49
6.8	Dublin	49
6.8.1	Verfahren zur Überstellung in den zuständigen Dublin-Staat	49
6.8.2	Nutzung des VIS für die Zwecke des Dublin-Verfahrens	51
Anhang I (Liste der notifizierten Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands)		51
Anhang II (Liste der notifizierten Weiterentwicklungen des Dublin/Eurodac-Besitzstands)		82
Anhang III (Übersicht über die Verfahren zur Umsetzung von Weiterentwicklungen des Schengen- bzw. Dublin/Eurodac-Besitzstands)		83
Anhang IV (Vorabentscheidungsverfahren vor dem EuGH, an denen sich die Schweiz gestützt auf das SAA bzw. DAA beteiligt hat - aktueller Stand der Verfahren)		96
Anhang V (Statistische Übersicht zur Tätigkeit des Grenzwachtkorps: Aufgriffe in den Jahren 2010 bis 2013)		104

Neue Entwicklungen im Berichtszeitraum

1 Erweiterung des Schengen-Raums

1.1 Rumänien/Bulgarien

Obwohl Rumänien und Bulgarien der EU bereits im Jahr 2007 beigetreten sind, steht der Beginn der operationellen Zusammenarbeit im Schengen-Verbund noch aus. Einzig im Rahmen der Schengen-Fahndung partizipieren Rumänien und Bulgarien bereits erfolgreich am SIS II (mit gewissen Einschränkungen bei der Umsetzung der Einreisesperren). Gestützt auf eine entsprechende Erklärung der beiden Länder, die eine gleichzeitige Beteiligung am Schengen-Raum vorsieht, war die Aufnahme der operationellen Zusammenarbeit ursprünglich für März 2011 geplant. Dieser Zeitplan erwies sich allerdings als zu ambitiös. Am 9. Juni 2011 stellte der Rat der Justiz- und Innenminister (JI-Rat) zwar fest, dass Rumänien und Bulgarien die (technischen) Voraussetzungen für die Anwendung des Schengen-Besitzstands erfüllen, doch wurde die weitere Beschlussfassung im Rat von einigen Mitgliedsstaaten aus politischen Gründen blockiert. Hintergrund der Vorbehalte ist die Berichterstattung im Rahmen des Kooperations- und Überwachungsmechanismus, welcher anlässlich des EU-Beitritts der beiden Staaten eingerichtet wurde. Auf der Grundlage dieses Mechanismus rapportiert die Europäische Kommission dem Rat regelmässig die Fortschritte der beiden Länder bei der Reform der Justiz- und Verwaltungssysteme sowie bei der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität. Die Reform der Justiz- und Verwaltungssysteme zeigt gemäss dem jüngsten Bericht der Kommission vom 22. Januar 2014 nach wie vor keine umfassend befriedigenden Ergebnisse.

Vor dem Hintergrund dieser jüngsten Berichterstattung durch die Kommission und angesichts der weiterhin bestehenden Skepsis gewisser EU-Mitgliedstaaten gegenüber einem raschen «Schengen-Beitritt» der beiden Länder ist derzeit unklar, wann der Rat in der Lage sein wird, die vollständige Inkraftsetzung des Schengen-Besitzstands und damit die Aufnahme der operationellen Zusammenarbeit mit den beiden Staaten zu beschliessen. Besonderes Gewicht wird in diesem Zusammenhang den weiteren, für das Jahr 2015 vorgesehenen Fortschrittsberichten der Europäischen Kommission zukommen.

1.2 Zypern

Für Zypern, das seit 2004 Mitglied der EU ist, steht der Beginn der operationellen Zusammenarbeit im Schengen-Verbund ebenfalls noch aus, da das Evaluationsverfahren noch nicht abgeschlossen ist. Während die Bereiche «Datenschutz» sowie «Polizeikooperation» bereits im Jahre 2006 evaluiert wurden, ist die Evaluierung der übrigen Bereiche («Aussengrenzen», «Visa», «SIS») weiterhin sistiert. Die Verzögerung hat zwei Gründe: Einerseits geht sie auf den Entscheid Zyperns zurück, die Inbetriebnahme des SIS II abzuwarten, dessen Einführungstermin bekanntlich mehrmals verschoben wurde. Andererseits ist sie auch im Lichte bisher ungelöster Fragen im Zusammenhang mit dem Zypern-Türkei-Konflikt zu sehen. Es ist weiterhin unklar, wann das Evaluationsverfahren mit den Vor-Ort-Besuchen in den ausstehenden Bereichen weitergeführt wird.

1.3

Kroatien

Seit dem 1. Juli 2013 ist Kroatien zwar vollwertiges Mitglied der EU, aber noch nicht Mitglied des Schengen-Raumes. Wie für jeden neuen Schengen-Staat gilt auch für Kroatien, dass der Rat der EU die Inkraftsetzung des Schengen-Besitzstands beschliessen muss. Dieser Beschluss ist mit Einstimmigkeit zu fassen und setzt voraus, dass Kroatien das Evaluierungsverfahren erfolgreich durchlaufen hat. Neu ist jedoch, dass der Rat seine Beschlüsse auf der Grundlage eines Berichts der Europäischen Kommission fassen wird, in dem diese bestätigt, dass Kroatien alle Verpflichtungen erfüllt, die das Land im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen eingegangen ist¹. Damit wird unter anderem auch die Einhaltung von Grundrechten und gemeinsamen (rechtsstaatlichen) Standards überprüft.

Der genaue Zeitplan im Hinblick auf die vollständige Inkraftsetzung des Schengen-Besitzstandes auf Kroatien ist derzeit noch nicht festgelegt. Die Evaluierung Kroatiens dürfte aber in das Mehrjahresprogramm 2014-2018 aufgenommen werden, das nach den Modalitäten des neuen Evaluierungsmechanismus (Verordnung (EU) Nr. 1053/2013, WE Nr. 150; vgl. auch u. Ziff. 4.3.1) erstellt wird.

1.4

Vereinigtes Königreich

Das Vereinigte Königreich beteiligt sich bekanntlich nicht am gesamten Schengen-Besitzstand (ausgenommen sind insbesondere die Bereiche «Grenzkontrollen» und «Visazusammenarbeit» wie auch die Einreiseverweigerung für Drittstaatsangehörige). Was den Zugang zum Schengener Informationssystem (SIS) betrifft, so hatte das Vereinigte Königreich im März 1999 gestützt auf sein vertraglich garantiertes «Opt-in-Recht»² erklärt, sich erst nach Entwicklung der zweiten Generation des Systems (SIS II) daran anschliessen zu wollen. Der Rat hatte diesem Antrag am 29. Mai 2000 im Grundsatz formell zugestimmt.³ Die effektive Anwendbarkeit der einschlägigen Teile des Schengen-Besitzstands ist allerdings von einem positiven Ergebnis des Evaluierungsverfahrens abhängig. Dieses ist seit Juli 2013 im Gang und umfasst die Bereiche «Datenschutz» und «SIS II». Sobald es beendet ist, obliegt es dem Rat der EU, die Inkraftsetzung dieses Teils des Schengen-Besitzstands im Verhältnis zum Vereinigten Königreich zu beschliessen. Aktuell ist jedoch unter den EU Mitgliedstaaten eine Diskussion entbrannt, ob die noch fehlenden Evaluationen, speziell betreffend SIS II und SIS/SIRENE, überhaupt durchgeführt werden sollen, da sich das Vereinigte Königreich offiziell für ein «Opt-out» entschieden hat und

¹ Vgl. Art. 4 der Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Kroatien und die Anpassungen des Vertrags über die Europäische Union, des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, ABL L 112 vom 24.4.2012, S. 21.

² Vgl. Protokoll Nr. 2 zur Einbeziehung des Schengen-Besitzstands in den Rahmen der Europäischen Union, «sog. Schengen-Protokoll», ABL C 340 vom 10.11.1997, S. 93. Heute sind die entsprechenden Regelungen und Verfahren im Protokoll Nr. 19 über den in den Rahmen der Europäischen Union einbezogenen Schengen-Besitzstand niedergelegt, welches durch den Vertrag von Lissabon dem Vertrag zur Europäischen Union (EUV) beigelegt wurde, ABL C 326 vom 26.10.2012, S. 290.

³ Beschluss 2000/365/EG des Rates vom 29. Mai 2000 zum Antrag des Vereinigten Königreichs Grossbritannien und Nordirland, einzelne Bestimmungen des Schengen-Besitzstands auf sie anzuwenden, ABL L 131 vom 1.6.2000, S. 43.

bislang nur inoffizielle Bekenntnisse für ein erneutes «Opt-in» vorliegen. Somit ist im Moment nicht klar, ob die Beitrittsarbeiten wie geplant weitergeführt werden. Diese sehen die operationellen Tests für Juni 2014 und den Anschluss an das SIS II für den 26.10.2014 vor. Die SIS/SIRENE Evaluation würde dementsprechend gegen Ende 2014 oder Anfang 2015 durchgeführt werden.

2 Abkommen im Zusammenhang mit Schengen/Dublin

2.1 Zusatzvereinbarung zur eu-LISA

Soweit ein Schengen- oder Dublin-relevanter Rechtsakt die Schaffung einer eigenständigen institutionellen Struktur in Form eines Fonds oder einer Agentur vorsieht, bedarf es zur effektiven Beteiligung der assoziierten Staaten jeweils des Abschlusses einer Zusatzvereinbarung. Diese regelt die Modalitäten der Beteiligung. Die Übernahme des jeweiligen Rechtsakts allein genügt dazu nicht. Zusatzvereinbarungen wurden bislang im Hinblick auf die Teilnahme der Schweiz an der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Aussengrenzen (FRONTEX)⁴ sowie am Aussengrenzenfonds⁵ abgeschlossen.

Auch bei eu-LISA (auch unter der Bezeichnung «IT-Agentur – Agentur für Entwicklung und Betrieb von IT-Grosssystemen» bekannt), die durch die Verordnung (EU) Nr. 1077/2011 (WE Nr. 127) geschaffen wurde, ist der Abschluss einer Zusatzvereinbarung erforderlich. Die Agentur hat ihre Arbeit am 1. Dezember 2012 aufgenommen. Ihr obliegt die operative Verantwortung für das Betriebsmanagement und die Entwicklung von IT-Grosssystemen im Bereich des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts⁶ – eine Aufgabe, die bisher vor allem von der Europäischen Kommission wahrgenommen wurde.⁷

Gegenstand der Zusatzvereinbarung mit der EU, welche die Schweiz zurzeit zusammen mit den anderen assoziierten Staaten (NO, IS, FL) mit der Europäischen Kommission aushandelt, ist die Festlegung der konkreten Modalitäten der Beteiligung, insbesondere betreffend das Stimmrecht im Verwaltungsrat und in den beratenden Ausschüssen der Agentur, die Entsendung von Personal sowie die Höhe der finanziellen Beiträge an das Budget von eu-LISA. Die Aufnahme der Verhandlungen hatte sich lange Zeit verzögert, weil die Europäische Kommission erst im Sommer 2012 über ein formelles Verhandlungsmandat des Rates verfügte.⁸ Die Verhandlungen sind weit fortgeschritten. Die Delegationen konnten sich im Oktober 2013 auf einen Kompromisstext einigen, welcher sich derzeit kommissionsintern in Konsultation befindet. Die Schweiz erwartet eine Rückmeldung noch im zweiten Trimester 2014.

Was den Zeitplan im Hinblick auf die formelle Beteiligung der Schweiz an den Arbeiten der Agentur anbelangt, ist von weiteren Verzögerungen auszugehen. Wäh-

⁴ Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 (WE Nr. 1).

⁵ Entscheidung Nr. 574/2007/EG (WE Nr. 36).

⁶ Derzeit hat sie einen 24-Stunden-Betrieb der Zentralsysteme des VIS, von EURODAC und seit April 2013 auch des SIS II sicherzustellen.

⁷ Zu Einzelheiten betreffend die institutionelle Struktur der Agentur siehe Botschaft des Bundesrates vom 23. Mai 2012 (BB1 2012 5875).

⁸ Der Bundesrat hatte das entsprechende Verhandlungsmandat bereits am 25. Mai 2011 verabschiedet.

rend sich der Notenaustausch zur Übernahme der Verordnung (EU) Nr. 1077/2011 im Stadium der parlamentarischen Beratung befindet, dürfte sich das Inkrafttreten der Zusatzvereinbarung für unbestimmte Zeit verzögern. Grund hierfür ist der Umstand, dass die Europäische Kommission angekündigt hat, diese dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) zur Prüfung auf ihre Vereinbarkeit mit den EU-Verträgen zu unterbreiten (unklar ist namentlich der zulässige Umfang der Stimmrechte der assoziierten Staaten). Allerdings verfügt die Schweiz seit der Errichtung der Agentur über eine Art Beobachterstatus und kann sich auf dieser Grundlage *de facto* an den Arbeiten der Agentur bis auf Weiteres beteiligen. Diese Verzögerungen haben auch dazu geführt, dass der erwähnte Notenaustausch nicht innerhalb der im SAA vorgesehenen Zweijahresfrist genehmigt werden konnte. Die EU wurde hierüber bereits vorgängig mündlich und schriftlich unterrichtet. Obwohl dieser Umstand massgeblich von der EU selbst zu verantworten ist und die bestehende Zusammenarbeit im IT-Bereich auf der Basis der bestehenden rechtlichen Grundlagen provisorisch weitergeführt werden kann, hat die Kommission im Januar 2014 weitere Erklärungen verlangt. Die Diskussionen zur Klärung der Situation sind im Gange.

2.2 Abkommen mit anderen Schengen- bzw. Dublin-Staaten

2.2.1 Vertretungsvereinbarungen im Visabereich

In der Praxis ist nicht flächendeckend sichergestellt, dass die Schengen-Staaten in den Drittstaaten, die der Visumpflicht unterliegen, eine konsularische Vertretung betreiben. Entsprechend kann der Zugang zu den zuständigen Konsulaten für Visumantragsteller mitunter mit einem hohen Aufwand verbunden sein. Daher sieht der Visakodex (Verordnung (EG) Nr. 810/2009, WE Nr. 88) vor, dass die Schengen-Staaten sich nach Möglichkeit von einem anderen vertreten lassen, wenn sie in einem Drittstaat über kein eigenes Konsulat verfügen. Mittels solcher bilateraler Absprachen zur Visavertretung ist es den Staaten möglich, Synergien zwischen den Vertretungsnetzen der Schengen-Staaten zu nutzen, um so Lücken im eigenen Vertretungsnetz zu schliessen. In der Schweiz liegt die Zuständigkeit für die Aushandlung von solchen Vertretungsvereinbarungen seit dem 1. Dezember 2009 beim EDA, wobei das EJPD mit einbezogen wird⁹.

Die ersten Vertretungsvereinbarungen wurden im Jahr 2010 mit Österreich, Ungarn, Schweden, Belgien und Frankreich abgeschlossen¹⁰. In der Folge kamen weitere Vereinbarungen hinzu. Im Jahr 2013 nun konnten dreiundzwanzig Abkommen abgeschlossen werden: Neu vertritt die Schweiz in Ramallah (Westjordanland und Ostjerusalem) die slowenischen Visainteressen. Umgekehrt lässt sich die Schweiz neu in Nikosia (Zypern) und Skopje (Mazedonien) durch Österreich, in Lusaka (Sambia) durch Schweden, in Ouagadougou (Burkina Faso), Bujumbura (Burundi)

⁹ Vgl. Art. 33 Abs. 2 der Verordnung über die Einreise und die Visumerteilung (VEV), SR **142.204**.

¹⁰ Die Schweiz vertritt Österreich in Santo Domingo (Dominikanische Republik) und Pristina (Kosovo); Ungarn in Bogota (Kolumbien), Kuala Lumpur (Malaysia), Santiago de Chile (Chile), Sao Paulo (Brasilien), Sydney (Australien); Schweden in Manila (Philippinen); Belgien in Accra (Ghana); Frankreich in Pristina (Kosovo). Die Schweiz wird vertreten von Ungarn in Minsk (Belarus) und Chisinau (Moldova) und von Frankreich in Kingston (Jamaika).

und Kigali (Ruanda) durch Belgien, in Sarajevo (Bosnien und Herzegowina) durch Slowenien, in Luanda (Angola) und Kampala (Uganda) durch Norwegen, in Gaborone (Botsuana), Libreville (Gabun), Conakry (Guinea), Phnom Penh (Kambodscha), Moroni (Komoren), Vientiane (Laos), Bamako (Mali), Noakchott (Mauretanien), Lomé (Togo), Ashgabat (Turkmenistan) und Bangui (Zentralafrikanische Republik) durch Frankreich und in Maskat (Oman) sowie in Saint Martin durch die Niederlande vertreten. Das EDA analysiert laufend, welche weiteren Visavertretungen realisiert werden sollen, damit einerseits die Lücken im Vertretungsnetz geschlossen werden können und andererseits der angestrebten Reziprozität Rechnung getragen werden kann.

2.2.2 Dublin-Vereinbarungen

Die Dublin III-Verordnung¹¹ sieht vor, dass die Dublin-Staaten untereinander so genannte «Dublin-Vereinbarungen» bezüglich der praktischen Modalitäten der Durchführung der Dublin-Verordnung abschliessen können, um deren Anwendung zu erleichtern und die Effizienz des Verfahrens zu erhöhen. Die Vereinbarungen können neben der Vereinfachung der Verfahren und der Verkürzung der Fristen für die Übermittlung und Prüfung von Gesuchen zur Aufnahme bzw. Wiederaufnahme von Asylsuchenden eine präzise Regelung der Überstellungsmodalitäten oder auch den Austausch von Verbindungsbeamten vorsehen, was zu einer besseren Kommunikation zwischen den Verwaltungen beiträgt.

Der derzeitige Stand des schweizerischen Vertragsnetzes in diesem Bereich lässt sich wie folgt umschreiben:

- Ein erstes Abkommen konnte mit *Österreich*¹² abgeschlossen werden; es ist am 21. Juli 2010 in Kraft getreten. Gleichzeitig mit der Genehmigung dieses Abkommens ermächtigte der Bundesrat das EJPD, in Absprache mit dem EDA weitere gleichartige Abkommen abzuschliessen oder Änderungen an bestehenden Abkommen mit Österreich vorzunehmen, sofern der jeweilige Inhalt im Einklang mit dem Dublin-Assoziierungsabkommen steht und keine finanziellen oder personellen Konsequenzen zu erwarten sind. Ein zweite Dublin-Vereinbarung wurde mit dem *Fürstentum Liechtenstein* am 7. Dezember 2012 unterzeichnet. Diese ist am 6. Januar 2013 in Kraft getreten¹³. Mit *Deutschland* wurden schliesslich im Rahmen einer rechtlich nicht verbindlichen Arbeitsabsprache (in Kraft getreten am 13. Januar 2012) analoge Vereinbarungen getroffen.

¹¹ Vgl. Art. 36 der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 (Dublin-WE Nr. 1a). Bisher war die entsprechende Rechtsgrundlage in Art. 23 der Verordnung (EG) Nr. 343/2003 (vgl. Art. 1 Abs. 1 DAA) verankert.

¹² Vereinbarung vom 21. Juni 2010 zwischen der Schweiz, vertreten durch das EJPD, und dem Bundesministerium für Inneres von Österreich über praktische Modalitäten zur erleichterten Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 343/2003 des Rates vom 18. Februar 2003 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaates, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist, SR **0.142.392.681.163**.

¹³ Vereinbarung vom 7. Dezember 2012 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über praktische Modalitäten zur erleichterten Anwendung der Dublin-Verordnung, SR **0.142.395.141.1**.

- Geplant ist ferner der Abschluss einer Dublin-Vereinbarung mit *Frankreich*. Die Verhandlungen konnten abgeschlossen werden. Ausstehend sind die Ergebnisse der Konsultation der Europäischen Kommission und die anschließende Unterzeichnung.
- Mit *Italien* wurde bislang aufgrund divergierender Interessen keine Dublin-Vereinbarung abgeschlossen. Allerdings konnte die Schweiz im Jahr 2012 erstmals eine Verbindungsperson in das italienische Innenministerium entsenden. Dieser Einsatz dient in erster Linie dazu, den Informationsfluss zwischen den schweizerischen und den italienischen Behörden zu intensivieren und das gegenseitige Verständnis für die Funktionsweise der nationalen Asylsysteme zu fördern. Ziel ist es, die bilaterale Zusammenarbeit im Bereich Dublin und Rückkehr mit unserem wichtigsten Partner zu fördern und zu vertiefen. Das BFM hat diese Zusammenarbeit im Jahr 2013 fortgeführt und entsendet auch im Jahr 2014 eine Verbindungsperson nach Rom. Die Tätigkeit der Verbindungsperson soll sich dabei weiterhin auf die beiden Bereiche Dublin und Rückkehr konzentrieren.

2.3 Abkommen mit Drittstaaten

2.3.1 Parallelabkommen zu Abkommen der EU in den Bereichen «Visa» und «Rückführung»

Die EU hat mit einigen Staaten Abkommen über die Erleichterung der Visumerteilung abgeschlossen. In einer diesen Abkommen jeweils beigefügten, wenn möglich gemeinsamen Erklärung bringt die EU ihr Anliegen zum Ausdruck, dass die betreffenden Drittstaaten auch mit den an Schengen assoziierten Staaten (CH, NO, IS und FL) bilaterale Abkommen mit ähnlichen Bestimmungen aushandeln sollen. Zwar verpflichten diese Erklärungen die Schweiz nicht zum Abschluss eines parallelen Abkommens, doch ist die Schweiz gehalten, im Rahmen des Schengen-Besitzstands ihre Regeln und ihre Praxis bei der Vergabe von Visa mit einer Gültigkeitsdauer von weniger als drei Monaten an diejenigen der EU anzugleichen, um das Risiko des «Visa-Shoppings» zu vermindern. Die Schweiz hat insgesamt 5 solcher Abkommen abgeschlossen. Im Oktober 2013 konnten zudem die Verhandlungen mit *Aserbaidschan* abgeschlossen werden. Eine aktualisierte Liste der Abkommen ist auf der Homepage des Bundesamts für Migration (BFM) abrufbar¹⁴.

Abgesehen von einer allfälligen Koppelung des Abschlusses eines Rückübernahmeabkommens an den Abschluss eines Visaausweiserleichterungsabkommens besteht im Bereich der Rückkehrpolitik kein dem Visumbereich vergleichbarer Parallelismus. Die seitens EU ausgehandelten Rückübernahmeabkommen gelten nur für die EU-Mitgliedstaaten. Allerdings nimmt die EU auch bei Rückführungsabkommen, die nicht an Abkommen im Bereich Visa gekoppelt sind, eine (wenn möglich) gemeinsame Erklärung auf, wonach der entsprechende Drittstaat auch mit den an Schengen assoziierten Staaten ein entsprechendes Abkommen schliessen soll. Für die Schweiz bedeutet das jeweils eine günstige Gelegenheit zu einem parallelen Abschluss von Rückübernahmeabkommen, deren Wahrnehmung sich die entsprechenden Drittstaaten

14

https://www.bfm.admin.ch/content/bfm/de/home/themen/internationales/internationale_v_ertraege/ref_visumerleichterung.html

ten im Regelfall nicht verschliessen. Aktuell hat die EU im Dezember 2013 ein Rückübernahmeabkommen mit der Türkei unterzeichnet. Die Schweiz strebt ein paralleles Abkommen an. Doch die Schweiz schliesst ihre Rückübernahmeabkommen mit Herkunfts- und Transitstaaten auch selbständig und im Einklang mit ihren eigenen Interessen ab. Während des Berichtszeitraums sind mit folgenden Staaten Abkommen verhandelt worden:

- *Aserbaidshjan* (Verhandlungen im Oktober 2013 abgeschlossen, Unterzeichnungsdatum noch unbekannt);
- *Kamerun* (Verhandlungen im September 2013 abgeschlossen, Unterzeichnung im September 2014 geplant).

Die Schweiz hat insgesamt 50 solcher Abkommen abgeschlossen. Eine aktualisierte Liste der Abkommen ist auf der Homepage des BFM abrufbar¹⁵.

2.3.2 Visabefreiungsabkommen für Inhaber und Inhaberinnen von Diplomaten-, Dienst- oder Sonderpässen

Der Schengen-Besitzstand belässt den Schengen-Staaten das Recht, im Falle von Drittstaaten, die der Visumpflicht unterliegen, selbstständig zu entscheiden, ob sie Inhaberinnen und Inhaber von Diplomaten-, Dienst- oder sonstigen amtlichen Pässen von der Visumpflicht befreien oder nicht (Art. 4 Abs. 1 Bst. a der Verordnung (EG) Nr. 539/2001)¹⁶. Folglich bleibt es im Rahmen der bilateralen Beziehungen mit Nicht-Schengen-Staaten in der Regelungszuständigkeit der Schweiz, ihre Visumpraxis gegenüber Inhaberinnen und Inhabern der oben erwähnten Pässe gemäss nationalem Interesse selbständig festzulegen. Die Schweiz hat solche Abkommen mit verschiedenen Staaten, gegenüber denen sie im Rahmen ihrer Schengen-Assoziierung die allgemeine Visumpflicht wieder einführen musste, und in der Regel auch in Verbindung mit einem Rückübernahmeabkommen abgeschlossen. Während des Berichtszeitraums sind mit folgenden Staaten Abkommen in Kraft getreten oder unterzeichnet worden:

- *St. Vincent und die Grenadinen* (in Kraft seit 12. Januar 2014);
- *Grenada* (am 10. Mai 2013 unterzeichnet);
- *Katar* (Verhandlungen im Mai 2013 abgeschlossen, Zeitpunkt der Unterzeichnung noch offen);
- *Kamerun* (Verhandlungen im September 2013 abgeschlossen, Unterzeichnung für September 2014 geplant).

Eine aktualisierte Liste dieser Abkommen ist auf der Homepage des BFM bar¹⁷.

¹⁵

https://www.bfm.admin.ch/content/bfm/de/home/themen/internationales/internationale_vertraege/ref_rueckuebernahme.html

¹⁶

Vgl. Anhang B des SAA.

¹⁷

https://www.bfm.admin.ch/content/bfm/de/home/themen/internationales/internationale_vertraege/ref_vdipl.html

3 Projekte auf Ebene der technisch-operationellen Umsetzung

3.1 Schengener Informationssystem (SIS)

Mit dem Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II) wurde das bestehende System (SIS 1+) per 9. April 2013 abgelöst und bezüglich der technischen Anbindungsmöglichkeiten erweitert. Die Fahndungszusammenarbeit wurde somit auf einen modernisierten Informatik-Standard gebracht. Das System des zentralen SIS II wie auch die nationalen Komponenten funktionieren seit der Einführung stabil und mit den benötigten Funktionen einwandfrei. Bei den Umsetzungsarbeiten und Anforderungen wurde zu Gunsten der wichtigen und benötigten Funktionen laufend priorisiert. Nicht alle Prozesse konnten von Anfang automatisiert werden. Dies ist aber in den nächsten Monaten geplant, sodass alle neuen Funktionen des SIS II bis Ende 2015 vorbehaltlos genutzt werden können.

3.2 Visa-Informationssystem (VIS)

3.2.1 Gestaffelte Inbetriebnahme des VIS (Roll-out)

Nach mehrjährigen Aufbauarbeiten und mehrfachen Verzögerungen auf Europäischer Ebene konnte das VIS (Visa-Informationssystem)¹⁸ am 11. Oktober 2011 erfolgreich eingeführt werden. In der Schweiz ist die nationale VIS-Verordnung gleichentags in Kraft getreten¹⁹. Das VIS ist ein neues europäisches Informationssystem, das zugleich Visumsausstellungssystem (inklusive Kommunikationsinfrastruktur) und Datenbank über Visumantragssteller ist. Das VIS enthält neben den herkömmlichen Personen- und Antragsdaten auch biometrische Daten (10 Fingerabdrücke und das Gesichtsbild) und besteht aus einem europäischen Zentralsystem (C-VIS), an das die nationalen Systeme der Schengen-Staaten (ohne UK, IE, HR, BU, RO und CY) angeschlossen sind.

Das VIS wurde als erstes in Ägypten sowie in den Maghreb-Staaten (Tunesien, Libyen, Algerien, Marokko und Mauretanien²⁰) eingeführt²¹. Mittlerweile sind ausserdem der Nahe Osten²², die Golfregion²³, Afrika, Südamerika sowie Zentral- und Südostasien²⁴ an das VIS angeschlossen.

¹⁸ Verordnung (EG) Nr. 767/2008 (WE Nr. 63).

¹⁹ AS 2011 3861.

²⁰ In Mauretanien erfolgt die Einführung der biometrischen Visa durch die Vertretung in Dakar (Senegal) erst im Zuge des Roll-out in der Region 4.

²¹ Entscheidung 2010/49/EG (WE Nr. 93).

²² Durchführungsbeschluss 2012/233/EU der EU-Kommission vom 27. April 2012 zur Festlegung des Zeitpunkts der Inbetriebnahme des Visa-Informationssystems (VIS) in einer zweiten Region, ABl. L 117 vom 1.5.2012, S. 9.

²³ Durchführungsbeschluss 2012/512/EU der EU-Kommission vom 21. September 2012 zur Festlegung des Zeitpunkts der Inbetriebnahme des Visa-Informationssystems (VIS) in einer dritten Region, ABl. L 256 vom 22.9.2012, S. 21.

²⁴ Durchführungsbeschluss 2012/274/EU der Kommission vom 24. April 2012 zur Bestimmung der zweiten Gruppe von Regionen, in denen das Visa-Informationssystem (VIS) in Betrieb genommen wird, ABl. L 134, vom 24.5.2012, S. 20.

Die verbleibenden Regionen – darin eingeschlossen bevölkerungsreiche Staaten wie China, Indien, Russland und die Türkei – wurden von der Europäischen Kommission wie folgt festgelegt²⁵:

Region	Anschlussstermin
12. bis 15. Region (Zentral- und Nordamerika, Karibik, Westasien)	15. Mai 2014
16. Region (West Balkan und Türkei)	25. September 2014
17. Region (Ukraine und Staaten im Kaukasus)	<i>voraussichtlich Januar 2015</i>
18. bis 23. Region (Russland, China, Japan, Mongolei, Nord- und Südkorea, Taiwan, Bangladesch, Bhutan, Indien, Maledigen, Nepal, Pakistan, Sri Lanka, West- und Mitteleuropa)	<i>Definitiver Zeitplan noch ausstehend</i>

Mit der Einführung des neuen schweizerischen Visumsystems ORBIS am 20. Januar 2014, wurden alle Auslandsvertretungen in den verbleibenden Roll-out Regionen an das zentrale VIS angeschlossen. Die Vertretungen dieser Regionen werden allerdings die Fingerabdrücke erst ab dem offiziellen Roll-out Datum erfassen²⁶. Die Schweiz wird die hierfür erforderliche technische Infrastruktur fristgerecht in Betrieb nehmen können.

3.2.2 Umsetzungsarbeiten in der Schweiz

Die Schweiz hat das nationale System (N-VIS) in mehreren Phasen umgesetzt. Die Anpassung an die neuen europäischen und nationalen Anforderungen, die sich aus der VIS-Einführung und aus nationalen Technologieentwicklungen (IT-Infrastruktur EJPD, Informationssicherheit u.a.) ergeben, erfolgte etappenweise in drei Realisierungseinheiten (RE):

- N-VIS RE1 (abgeschlossen): Anpassungen am bestehenden System EVA im Hinblick auf den «Schengen-Beitritt» im Dezember 2008;
- N-VIS RE2 (abgeschlossen): Umsetzung der Anforderungen für die VIS-Einführung im Oktober 2011;
- N-VIS RE3: Ablösung des EVA durch die neue N-VIS-Applikation ORBIS (eingeführt am 20. Januar 2014; bis im 2015 erfolgt eine Weiterentwicklung des Systems)

3.2.3 Zugang der Strafverfolgungsbehörden auf das VIS

Der Zugriff der Strafverfolgungsbehörden auf das C-VIS²⁷ wurde per 2. September 2013 umgesetzt.²⁸ Seit diesem Datum können die zugriffsberechtigten Strafverfol-

²⁵ Durchführungsbeschluss 2013/493/EU der Kommission vom 30. September 2013 zur Bestimmung der dritten und letzten Gruppe von Regionen, in denen das Visa-Informationssystem (VIS) in Betrieb genommen wird, ABl. L 268, vom 10.10.2013, S. 13.

²⁶ Eine entsprechende Notifikation der Schweiz an die EU erfolgte am 13. Dezember 2013.

²⁷ Wie das im VIS-Beschluss (Beschluss 633/2008/JI; WE Nr. 70) vorgesehen ist.

gungsbehörden (z.B. die Kantonspolizei oder die Bundeskriminalpolizei) mit einer begründeten schriftlichen Anfrage via die Einsatzzentrale fedpol Daten aus dem C-VIS abfragen. Eine Abfrage ist nur im Einzelfall möglich zwecks Verhütung, Aufdeckung oder Ermittlung von schweren Straftaten.

3.2.4 Inbetriebnahme der Kommunikationsinfrastruktur VIS-Mail

Seit der VIS-Einführung besteht mit VIS-Mail ein Instrument für den Meldungs- und Informationsaustausch zwischen den Schengen-Staaten. Im Zentrum stehen dabei Anfragen und Mitteilungen im Rahmen der konsularischen Zusammenarbeit. VIS-Mail läuft zurzeit noch über ein veraltetes Kommunikationsnetzwerk, das abgelöst werden muss. Am 29. Februar 2012 verabschiedete die Europäische Kommission die technischen Spezifikationen für die neue Version von VIS-Mail²⁹. Diese wird neben dem Meldungs- und Informationsaustausch zusätzlich das Schengener Konsultationsnetz abdecken, das zur gegenseitigen Konsultation im Visumverfahren genutzt und zurzeit noch über das VISION-System abgewickelt wird. Das VISION-Netzwerk kann erst dann abgelöst werden, wenn alle Roll-out Regionen an das VIS angeschlossen sind, was voraussichtlich zirka Mitte 2015 der Fall sein wird.

Die Schweiz hat mit der Einführung von ORBIS die Funktionalität für den Versand und Empfang von VIS-Mails in das nationale Visumausstellungssystem ORBIS integriert. In einem zweiten Schritt wird diese Funktionalität nun so angepasst, dass nach der Ablösung von VISION das Konsultationsverfahren ebenfalls damit durchgeführt werden kann.

3.3 Eurodac

3.3.1 Anpassung der Systemanforderungen

Das Verfahren zur Übernahme und Umsetzung der neuen Eurodac-Verordnung³⁰, die der Schweiz am 3. Juli 2013 notifiziert wurde, befindet sich zurzeit in der parlamentarischen Genehmigungsphase (vgl. Anhang III, Teil II, Ziff. XVII). Die Verordnung, die auf EU-Ebene ab dem 20. Juli 2015 anzuwenden ist, macht einige neue Vorgaben insbesondere zur Datenerfassung bzw. -verarbeitung. So müssen zusätzliche Verfahrensdaten in der Eurodac-Datenbank erfasst werden (z.B. das Datum der Überstellung in einen anderen Dublin-Staat oder in den Heimatstaat). Weitere Neue-

²⁸ Vgl. Beschluss 2013/392/EU des Rates vom 22. Juli 2013 zur Festlegung des Zeitpunkts, ab dem der Beschluss 2008/633/JI über den Zugang der benannten Behörden der Mitgliedstaaten und von Europol zum Visa-Informationssystem (VIS) für Datenabfragen zum Zwecke der Verhütung, Aufdeckung und Ermittlung terroristischer und sonstiger schwerwiegender Straftaten gilt, ABl. L 198 vom 23.7.2013, S. 45.

²⁹ Durchführungsbeschluss K(2012) 1301 endg. der Kommission vom 29. Februar 2012 zur Annahme der technischen Spezifikationen für das elektronische Kommunikationssystem «VIS Mail» für die Zwecke der Verordnung (EG) Nr. 767/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Visa-Informationssystem (VIS) und den Datenaustausch zwischen den Mitgliedstaaten über Visa für einen kurzfristigen Aufenthalt (VIS-Verordnung).

³⁰ Verordnung (EU) Nr. 603/2013 (Dublin-WE Nr. 1b).

rungen sind die Markierung (statt Blockierung) von Daten anerkannter Flüchtlinge, die automatisierte Information über vorzeitige Datenlöschungen (z.B. bei Erlangung der Staatsbürgerschaft) oder die Vorgabe, dass Treffermeldungen in Eurodac durch einen Fachmann für Daktyloskopie manuell überprüft werden müssen.

Diese Neuerungen machen Anpassungen des bisherigen Systems erforderlich. Für die Realisierung der technischen Anpassungen wurde seitens der Schweiz das IT-Projekt «Eurodac II» lanciert, welches sich derzeit in der Initialisierungsphase befindet. eu-LISA (vgl. o. Ziff. 2.1) hat mit der Erarbeitung der Systemanforderungen für das Zentralsystem Eurodac begonnen. Eine erste Version des Anforderungsdokuments liegt seit Ende Januar 2014 vor.

3.3.2 Nutzung von Eurodac für die Zwecke der Strafverfolgung

Die Fingerabdruckdatenbank Eurodac dient primär dem besseren Vollzug der Zuständigkeitsregelungen der Dublin III-Verordnung (Dublin-WE Nr. 1a). Darüber hinaus sieht die neue Eurodac-Verordnung (Art. 19 ff.) auch vor, dass die nationalen Strafverfolgungsbehörden bzw. Europol unter bestimmten Voraussetzungen auf die in der Eurodac-Datenbank gespeicherten Datenbestände zugreifen dürfen. Allerdings gelten diese Vorschriften, weil sie keine Weiterentwicklung des Dublin/Eurodac-Besitzstands darstellen, im Verhältnis zu den assoziierten Staaten (NO, IS, FL, CH) nur, wenn sie in einem entsprechenden Zusatzabkommen mit der EU verankert werden.

Um einen Abgleich der Eurodac-Daten zu Strafverfolgungszwecken vornehmen zu können, müssen gemäss der Eurodac-Verordnung eine Reihe von Voraussetzungen erfüllt sein. Dazu gehört insbesondere, dass die vorgängige Abfrage der nationalen Fingerabdruckdatenbanken gemäss dem Beschluss 2008/615/JI³¹ (sog. Prümer Beschluss) ohne Treffer verlaufen ist. Da die Schweiz derzeit in die Prümer Zusammenarbeit nicht eingebunden ist, wird eine entsprechende Eurodac-Abfrage durch die schweizerischen Strafverfolgungsbehörden erst möglich sein, wenn die Schweiz ebenfalls ein Abkommen mit der EU zur Teilnahme an der Zusammenarbeit von Prüm abschliesst. Umgekehrt gilt aber auch für die Behörden der anderen Dublin-Staaten bzw. für Europol, dass die von der Schweiz ins Eurodac gestellten Datensätze für Abgleiche zu Strafverfolgungszwecken gesperrt sind, solange nicht ein entsprechendes Abkommen abgeschlossen ist. Bei einem Datenabgleich zu Strafverfolgungszwecken in einen anderen Dublin-Staat wird bis zu diesem Zeitpunkt somit ein Treffer mit Daten, welche die Schweiz eingespielen hat, nicht sichtbar sein. Die Kommission hat ihre Bereitschaft für die Aufnahme von Verhandlungen für ein entsprechendes Zusatzabkommen mit den assoziierten Staaten signalisiert und plant, hierzu sobald wie möglich erste exploratorische Gespräche aufzunehmen. Die Schweiz prüft zurzeit die Opportunität von Verhandlungen für ein solches Zusatzabkommen gemeinsam mit der Frage einer Beteiligung an der Prümer Zusammenarbeit; sie wird an den exploratorischen Gesprächen teilnehmen.

³¹ Beschluss 2008/615/JI des Rates vom 23. Juni 2008 zur Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus und der grenzüberschreitenden Kriminalität, ABl. L 210 vom 6.8.2008.

3.4

Advance Passenger Information (API)

Das BFM kann gestützt auf Art. 104 Ausländergesetz (AuG)³² Fluggesellschaften verpflichten, für ausgewählte Flüge aus Drittstaaten sog. Advance Passenger Information (API)³³ zu übermitteln³⁴. Um solche Passagierdaten empfangen und den Grenzkontrollorganen zur Verfügung stellen zu können, wurde ein entsprechendes Informatiksystem entwickelt (sog. API-System). Per 3. Oktober 2011 hat das BFM die Meldepflicht für drei ausgewählte Flugstrecken (Dubai, Nairobi und Pristina) angeordnet. Das API-System leitet die von den Fluggesellschaften übermittelten Daten automatisch an die zuständigen Grenzkontrollorganen weiter. Diese können die Flugzeit nutzen, um bereits vor der Ankunft der Flüge erste Abklärungen zu den beförderten Fluggästen zu tätigen, welche auch eine Abfrage in den für die Grenzkontrolle relevanten Datenbanken beinhalten können. Damit wird ein Beitrag zur Verbesserung der Grenzkontrolle und zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung geleistet. Die übermittelten Daten werden grundsätzlich nach 24 Stunden gelöscht. Per 19. September 2012 (Istanbul, 2 Flughäfen), 9. Januar 2013 (Moskau, 3 Flughäfen) und 26. August 2013 (Casablanca und Marrakesch) wurde die Meldepflicht schrittweise auf weitere Flugstrecken ausgedehnt. Damit werden wöchentlich rund 230 Flüge mit jeweils 150-200 Passagieren erfasst.

2011 hat sich gezeigt, dass die bestehenden Rechtsgrundlagen nicht genügten, um das System wie geplant einzuführen. Die automatisierten Datenbankabfragen und der Zugriff auf die Daten via Abrufverfahren waren rechtlich ungenügend abgestützt. Der Funktionsumfang des Systems musste daher für die Einführung Ende 2011 im Sinne einer Übergangslösung reduziert, bzw. angepasst werden. Das EJPD hat umgehend eine Revision des Art. 104 AuG eingeleitet, um die rechtlichen Defizite zu beheben. Die entsprechende Botschaft wurde am 8. März 2013 durch den Bundesrat verabschiedet. Sobald die revidierten Rechtsgrundlagen voraussichtlich Ende 2014 in Kraft treten, werden die Funktionalitäten, die bislang nicht bzw. nur in angepasster Form genutzt werden können, eingeführt.

3.5

Integrierte Grenzverwaltungsstrategie der Schweiz

3.5.1

Konzept

Der mit der Assoziierung an Schengen verbundene Systemwechsel bei der Grenzkontrolle erfordert schengenweit koordinierte Massnahmen zur Bekämpfung der irregulären Migration und der grenzüberschreitenden Kriminalität einerseits und zur Erleichterung der legalen Migration andererseits. Eine verstärkte Koordination der Massnahmen im Rahmen einer integrierten Grenzverwaltungsstrategie auf nationaler Ebene ist dafür eine zwingende Voraussetzung. Das Konzept der integrierten Grenzverwaltung (Integrated Border Management; IBM) soll dazu beitragen kann. Als Effizienzgewinne sind namentlich zu erwarten:

- eine Erhöhung der inneren Sicherheit, beispielsweise durch vermehrte Aufgriffe von Schmugglern und Personen mit illegalem Aufenthalt und damit

³² Bundesgesetz vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer, SR 142.20.

³³ Personalien und Angaben zum Reisedokument und zum Flug.

³⁴ Umsetzung der Richtlinie 2004/82/EG (vgl. Anhang B des SAA).

verbunden die Verhinderung von negativen Effekten wie z.B. Schwarzarbeit oder Menschenhandel;

- ein reibungsloserer Grenzübergang für legal Reisende, beispielsweise durch reduzierte Wartezeiten oder vereinfachte Abläufe und dadurch erhöhte Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Schweiz;
- eine Vereinfachung und Harmonisierung von Abläufen und damit ein effizienterer Einsatz von Ressourcen, beispielsweise durch die Koordination der Kontrollen unterschiedlicher Behörden;
- eine höhere Reaktionsgeschwindigkeit durch verbesserte Zusammenarbeit zwischen den involvierten Behörden;
- eine verbesserte nationale Risikoanalyse sowohl auf strategischer als auch operationeller Ebene, die einen zielgerichteten Einsatz der beschränkten Mittel zulässt;
- eine längerfristige, gemeinsame strategische Ausrichtung, die es ermöglicht, das Handeln der an der Grenzverwaltung beteiligten Behörden nicht allein an aktuellen, sondern auch an zukünftigen Bedrohungen auszurichten.

3.5.2 Umsetzung im Rahmen der nationalen Grenzverwaltungsstrategie

Mit Beschluss vom 2. Februar 2011 hatte der Bundesrat eine verwaltungsinterne, interdepartementale Strategiegruppe mit Kantonsbeteiligung eingesetzt und sie mit der Ausarbeitung einer Integrierten Grenzverwaltungsstrategie beauftragt. Die Strategiegruppe hat gestützt auf ihr Mandat ein Modell erarbeitet, welches sich an den vier Filtern des Schengener Grenzsicherheitsmodells orientiert und folgende vier Bereiche abdeckt:

- Massnahmen in Herkunfts- und Transitländern zur Vereitelung irregulärer Migration;
- Massnahmen zur Zusammenarbeit mit Schengen-Staaten;
- Massnahmen im Zusammenhang mit der Kontrolle der Aussengrenzen; sowie
- Massnahmen zur Bekämpfung irregulärer Migration im Schengen-Binnenraum (Schweiz).

Als Hauptziele definiert die Strategie auf der einen Seite die Bekämpfung der illegalen Migration, des gewerbsmässigen Menschen Schmuggels und der grenzüberschreitenden Kriminalität. Auf der anderen Seite zielt sie darauf, legale Einreisen möglichst reibungslos abzuwickeln und sicherzustellen, dass alle Aktivitäten der Grenzverwaltung gesetzes- und menschenrechtskonform erfolgen. Am 1. Juni 2012 hat der Bundesrat die «Integrierte Grenzverwaltungsstrategie» der Schweiz verabschiedet und gleichzeitig eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe aus Vertretern des Bundes und der Kantone damit beauftragt, einen Aktionsplan zur Umsetzung der Strategie mittels konkreter Massnahmen zu erarbeiten. Die Arbeitsgruppe «Aktionsplan Integrierte Grenzverwaltung» hat – aufgeteilt in fünf Teilprojekte – total 68 Massnahmen zum Erreichen der in der Strategie formulierten Ziele erarbeitet und diese in Form eines Aktionsplans verabschiedet. Von November 2013 bis Ende

Januar 2014 wurde der Aktionsplan den Kantonen zur Stellungnahme unterbreitet. Voraussichtlich im Verlaufe des zweiten Quartals 2014 wird er dem Bundesrat vorgelegt.

3.6 Vereinbarungen zwischen GWK und Kantonen

Auf Grund seiner Präsenz an den Grenzen und im Grenzraum pflegt das Grenzwachtkorps (GWK) eine lange Tradition der Zusammenarbeit mit den Kantonen. Die Zusammenarbeit mit den Grenzkantonen erfolgt auf der Grundlage einer von der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) ausgearbeiteten Mustervereinbarung, welche die Zusammenarbeit des GWK mit den Kantonen bei den mobilen polizeilichen Kontrollen im rückwärtigen Raum im Rahmen der nationalen Ersatzmassnahmen³⁵ zum Gegenstand hat. Bis dato (Stand: 28. Februar 2014) bestehen 20 derartige Vereinbarungen³⁶. Mit den Kantonen FR, OW, NW, ZG, GL und LU wird aktuell nicht verhandelt.

4 Weiterentwicklungen des Schengen- bzw. des Dublin-/Eurodac-Besitzstands

4.1 Art der Mitwirkung und Übernahmeverfahren

Seit der Unterzeichnung des SAA am 26. Oktober 2004 nimmt die Schweiz ihre Mitspracherechte in den Arbeitsgruppen und Ad-hoc-Ausschüssen des Rates der EU (sog. Gemischte Ausschüsse, COMIX) wahr, welche sich mit der Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands befassen. In diesem Umfang nimmt die Schweiz auch in den Komitologie-Ausschüssen Einsitz, welche die Europäische Kommission bei der Ausübung ihrer Durchführungsbefugnisse unterstützen. Im Rahmen des DAA findet die Konsultation der assoziierten Staaten demgegenüber nicht direkt in den Ratsarbeitsgruppen, sondern im Gemeinsamen Ausschuss statt³⁷. Die Schweiz nimmt ihre Mitwirkungsrechte im Rahmen von Schengen und Dublin jeweils mit Vertretern der Fachämter des Bundes³⁸, der Mission der Schweiz bei der Europäischen Union und – soweit die Zuständigkeiten oder wesentliche Interessen der Kantone berührt sind – mit Vertretern aus den kantonalen Verwaltungen wahr. Bund und Kantone haben in diesem Rahmen die Möglichkeit, gemeinsam den Inhalt der später zur Übernahme anstehenden Rechtsakte mitzugestalten, auch wenn die formelle Verabschiedung der Rechtsakte schliesslich allein den Organen der EU vorbehalten bleibt (Art. 7 SAA; Art. 4 DAA). Die Mitwirkungsrechte stellen das institutionelle Gegengewicht zur Verpflichtung der Schweiz dar, grundsätzlich alle Rechtsakte zur Weiterentwicklung des Schengen- bzw. Dublin/Eurodac-Besitzstands zu übernehmen und, soweit erforderlich, in ihr innerstaatliches Recht umzusetzen (Art. 2 Abs. 3 SAA; Art. 1 Abs. 3 DAA).

³⁵ Vgl. hierzu Botschaft «Bilaterale II», BBl **2004** 6140.

³⁶ AG, AR, AI, BL, BS, BE, GE, GR, JU, NE, SG, SH, SZ, TI, TG, UR, VD, VS, ZH, SO.

³⁷ Das DAA sieht sowohl den Einbezug von Schweizer Sachverständigen in den Vorbereitungsarbeiten der Kommission als auch regelmässige Konsultationen im Rahmen des Gemeinsamen Ausschusses vor.

³⁸ Insbesondere das BFM, fedpol, die Eidgenössischen Zollverwaltung sowie das BJ und die DEA.

Die Übernahme einer Weiterentwicklung des Schengen- bzw. Dublin/Eurodac-Besitzstands vollzieht sich nach einem besonderen Verfahren: Hat die EU eine Weiterentwicklung verabschiedet, so notifiziert sie dies der Schweiz ohne Verzug; die Schweiz ihrerseits unterrichtet die EU innerhalb von 30 Tagen nach Annahme des jeweiligen Rechtsakts durch die zuständigen EU-Organe in schriftlicher Form, ob und innerhalb welcher Frist sie diesen übernimmt (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA; Art. 4 Abs. 2 DAA). Weiterentwicklungen ohne verpflichtenden Charakter werden vom Bundesrat bzw. vom zuständigen Departement lediglich zur Kenntnis genommen (Modell 1). Enthält der zu übernehmende Rechtsakt jedoch Rechte und Pflichten für die Schweiz, bilden die Notifizierung durch die EU und die Antwortnote der Schweiz einen Notenaustausch, der aus Sicht der Schweiz einen völkerrechtlichen Vertrag darstellt. Dieser wird gemäss den verfassungsmässigen Vorgaben vom Bundesrat abgeschlossen und muss, wenn der Bundesrat nicht allein zuständig ist (Modell 2), vom Parlament genehmigt werden (Modell 3), wobei er dann unter Umständen überdies dem fakultativen Referendum untersteht. In einem solchen Fall schliesst der Bundesrat den Notenaustausch unter Vorbehalt der «Erfüllung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen» ab. Für die Übernahme und Umsetzung verfügt die Schweiz dabei über eine Frist von maximal 2 Jahren (die Durchführung eines Referendums mit eingerechnet). Die Zweijahresfrist beginnt mit der Notifikation des zu übernehmenden Rechtsakts durch die EU zu laufen (Art. 7 Abs. 2 Bst. b SAA; Art. 4 Abs. 3 DAA). Die Nichtübernahme einer Weiterentwicklung des Schengen/Dublin-Besitzstands kann im äussersten Fall die Beendigung bzw. Aussetzung der Assoziierungsabkommen nach sich ziehen (Art. 7 Abs. 4 SAA; Art. 4 Abs. 6 DAA).³⁹

4.2 Umfang der bisherigen Weiterentwicklung im Überblick

Seit der Unterzeichnung des SAA am 26. Oktober 2004 hat die EU der Schweiz insgesamt 157 Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands notifiziert, wobei die Notifikation seitens der EU in zwei Fällen auf einem Versehen basierte. Damit liegen insgesamt 155 Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands vor (vgl. die Zusammenstellung in Anhang I; Stand: 28. Februar 2014). Eine dieser Weiterentwicklungen⁴⁰ stellt dabei gleichzeitig eine Weiterentwicklung des Dublin/Eurodac-Besitzstands dar. Dazu kommen drei weitere Weiterentwicklungen, die im Bereich «Dublin/Eurodac» zu verzeichnen sind (vgl. die Zusammenstellung in Anhang II; Stand: 28. Februar 2014).

- Von den insgesamt 158 Weiterentwicklungen des Schengen- bzw. Dublin-Eurodac-Besitzstands hatte rund ein Fünftel (32 Rechtsakte oder 20%) keinen verpflichtenden Charakter und konnte so vom Bundesrat bzw. dem in der Sache zuständigen Departement lediglich zur Kenntnis genommen werden (Modell 1).
- Knapp zwei Drittel der Weiterentwicklungen (99 Rechtsakte oder 63%) waren zwar rechtsverbindlicher Natur, wiesen jedoch einen eher untergeord-

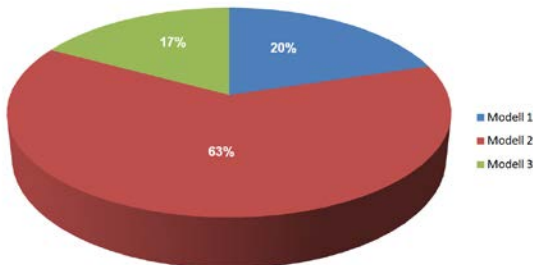
³⁹ Vgl. zum Ganzen auch Bericht des Bundesrates vom 7. Juni 2013 in Erfüllung des Postulats Hans Fehr 10.3857 vom 1. Oktober 2010 «Konsequenzen des Schengener Anpassungszwangs», BBl **2013** 6319, Ziff. 2.

⁴⁰ Verordnung (EU) Nr. 1077/2011 (WE Nr. 126).

neten, technischen Inhalt auf, weshalb die Notenaustausche zu deren Übernahme mehrheitlich als Verträge von geringer Tragweite im Sinne von Art. 7a Abs. 2 RVOG⁴¹ eingestuft und vom Bundesrat entweder auf dieser Grundlage oder gestützt auf Art. 100 Abs. 2 Buchstabe a AuG selbständig abgeschlossen werden konnten (Modell 2). Die Übernahme dieser 99 Weiterentwicklungen machte regelmässig keine Rechtsanpassungen erforderlich; einzig in 12 Fällen (12%), die überwiegend den Visumsbereich betrafen, musste zur Umsetzung Verordnungsrecht revidiert werden (vgl. die Übersicht in Anhang III, Teil I).

- Bei ungefähr jeder sechsten Weiterentwicklung (insgesamt 27 Fälle oder 17%) schloss der Bundesrat die entsprechenden Notenaustausche zur Übernahme schliesslich unter dem Vorbehalt der «Erfüllung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen» ab (Modell 3). Grossmehrheitlich wurden diese Notenaustausche bereits dem Parlament zur Genehmigung unterbreitet und konnten zwischenzeitlich in Kraft treten. Pendent sind derzeit insgesamt fünf Weiterentwicklungen⁴², wobei die Verabschiedung der entsprechenden Botschaften demnächst erfolgen wird. Für einen Überblick über den Verfahrensverlauf sowie den Umfang der zur Umsetzung dieser Weiterentwicklungen erforderlichen Rechtsanpassungen (Gesetz und Verordnung) sei auf Anhang III, Teil II verwiesen.

Weiterentwicklungen nach Modellen (in %)

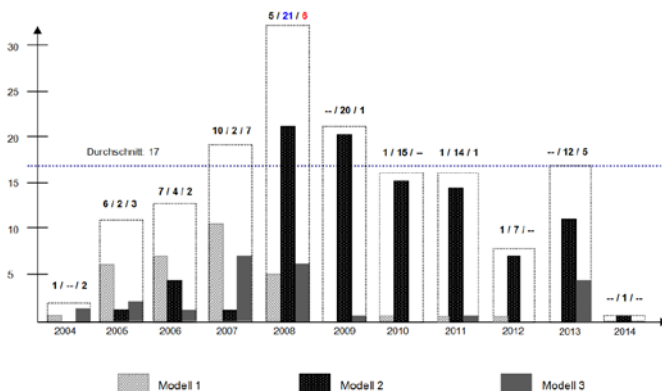


⁴¹ SR 172.010.

⁴² Drei davon betreffen den Bereich Schengen (WE Nr. 150-152), zwei «Dublin/Eurodac» (WE Nr. 1a und 1b, vgl. Anhang II).

Betrachtet man die Verteilung der bisherigen Weiterentwicklungen des Schengen- bzw. Dublin/Eurodac-Besitzstands nach Modellen, so ergibt sich für die einzelnen Jahre folgendes Bild:

Verteilung der Weiterentwicklungen nach Modell und Jahr



4.3 Inhalt der im Berichtszeitraum notifizierten Weiterentwicklungen

4.3.1 Im Bereich Schengen

In der Zeitspanne vom 1. März 2013 bis 28. Februar 2014 wurden der Schweiz insgesamt 13 Rechtsakte als Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands notifiziert (vgl. Anhang I, WE Nr. 141-153). Diese Rechtsakte weisen mehrheitlich einen eher untergeordneten, technischen Inhalt auf. 10 Weiterentwicklungen wurden mittels eines Notenaustausches übernommen, den der Bundesrat jeweils gestützt auf Artikel 7a Absatz 2 RVOG (Verträge mit beschränkter Tragweite) oder gestützt auf Artikel 100 Absatz 2 Buchstabe a AuG (Abkommen über die Visumpflicht und die Durchführung der Grenzkontrolle) selbstständig abschliessen konnte (Modell 2). Lediglich zwei dieser Weiterentwicklungen⁴³ bedurften dabei auch einer verordnungsmässigen Umsetzung (vgl. Anhang III, Teil I). Von den 13 in der Berichtsperiode notifizierten Weiterentwicklungen bedürfen schliesslich drei der parlamentarischen Genehmigung⁴⁴, weshalb der Bundesrat die entsprechenden Notenaustausche jeweils unter Vorbehalt der «Erfüllung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen» vorgenommen hat (Modell 3). Einer rechtlichen Umsetzung (Gesetz und Verordnung) bedarf es hier hingegen nur in einem Fall⁴⁵ (vgl. Anhang III, Teil II).

⁴³ Durchführungsbeschluss 2013/115/EU (WE Nr. 141) sowie Verordnung (EU) Nr. 610/2013 (WE Nr. 144)

⁴⁴ Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 (WE Nr. 150), Verordnung (EU) Nr. 1051/2013 (WE Nr. 151) sowie Verordnung (EU) Nr. 1052/2013 (WE Nr. 152).

⁴⁵ WE Nr. 151

Inhaltlich betreffen die im Berichtszeitraum übernommenen Weiterentwicklungen im Bereich Schengen die folgenden Aspekte:

- Mit dem Durchführungsbeschluss 2013/115/EU (WE Nr. 141) wird das SIRENE-Handbuch für das SIS II ersetzt. Zwar wurde dieses Handbuch bereits im Jahr 2008 mit der Entscheidung 2008/333/EG (WE Nr. 50) und dem Beschluss 2008/334/JI (WE Nr. 66) angenommen. Im Hinblick auf die Inbetriebnahme des SIS II am 9. April 2013 mussten jedoch nochmals Anpassungen vorgenommen werden, um den von den Schengen-Staaten gemeldeten zugangsberechtigten Dienststellen Rechnung zu tragen, um die Regeln auf das neueste Schnittstellenkontrolldokument anzupassen und um die Formulare, die für den Austausch von Zusatzinformationen zu verwenden sind, an die neueste technische Infrastruktur anzupassen. Da diese Anpassungen umfangreicher Natur waren, wurde mit dem Durchführungsbeschluss das SIRENE-Handbuch totalrevidiert. Zudem regelt der Durchführungsbeschluss die auf den Austausch von Zusatzinformationen anwendbaren Datenschutzbestimmungen. Zu diesem Zweck werden die allgemeine Datenschutzrichtlinie (Richtlinie 95/46/EG; vgl. Anhang B SAA) und der Rahmenbeschluss 2008/977/JI (WE Nr. 77) für anwendbar erklärt.
- Mit dem Durchführungsbeschluss K(2013) 1725 endg. (WE Nr. 142) präzisiert die Europäische Kommission die Vorgaben des Visakodex (WE Nr. 88), dessen Anhang II in nicht abschliessender Weise auflistet, welche Belege bei der Beantragung eines Schengen-Visums (Kategorie C) oder eines Flughafentransitvisums (Kategorie A) vorzulegen sind, um die Erfüllung der Einreisevoraussetzungen des Schengener Grenzkodex (WE Nr. 14) zu belegen. Um den örtlichen Gegebenheiten in einzelnen Konsularbezirken besser Rechnung tragen zu können, präzisiert der Durchführungsbeschluss Art und Umfang der Belege, die in Jordanien, im Kosovo und in den Vereinigten Staaten (Atlanta, Bedford, Boston, Chicago, Cleveland, Detroit, Houston, Los Angeles, Miami, Newark, New York, Philadelphia, San Francisco, San Juan, Tampa, Washington) vorzulegen sind. Selbstverständlich bleibt es den Konsulaten unbenommen, im Verlauf der Prüfung eines bestimmten Visumantrags zusätzliche Unterlagen zu verlangen.
- Der Beschluss Nr. 259/2013/EU (WE Nr. 143) steht im Zusammenhang mit der Entscheidung Nr. 574/2007/EG zur Errichtung des Aussengrenzenfonds (WE Nr. 36). Letztere sieht vor, dass sich der Kofinanzierungssatz der EU für geförderte Massnahmen grundsätzlich auf höchstens 50 % beläuft. Der Kofinanzierungssatz kann jedoch auf 75 % erhöht werden, sofern der betreffende Staat Mittel aus dem Kohäsionsfonds erhält oder wenn die Massnahme bestimmten Prioritäten dient, die in den strategischen Leitlinien (WE Nr. 43) aufgeführt sind. Um sicherzustellen, dass die finanziell angeschlagenen Schengen-Staaten die im Rahmen des Fonds angenommenen Projekte auch künftig finanzieren und durchführen, hält der Beschluss Nr. 259/2013/EU fest, dass für Länder, die im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus eine finanzielle Unterstützung der EU in Anspruch nehmen, der anwendbare Kofinanzierungssatz nochmals um 20 % erhöht werden kann. Keine Änderung durch den Beschluss erfahren demgegenüber die dem be-

troffenen Staat gesamthaft jährlich zur Verfügung stehenden Mittel.⁴⁶ Wird eine Massnahme eines bestimmten Jahresprogramms mit einem höheren Kofinanzierungssatz von der EU kofinanziert, gilt dies bis zum Ende des Förderzeitraums des entsprechenden Jahresprogramms - unabhängig davon, ob der betreffende Staat immer noch eine finanzielle Unterstützung in Anspruch nimmt oder nicht.

- Mit der Verordnung (EU) Nr. 610/2013 (WE Nr. 144) werden eine Reihe von Bestimmungen des Schengen-Besitzstands im Bereich Grenzkontrollen, Einreise und Visa modifiziert. Dazu gehören neben dem Schengener Grenzkodex (WE Nr. 14) und dem SDÜ (vgl. Anhang A, Teil 1 SAA) auch die Verordnungen (EG) Nr. 1683/95 und (EG) Nr. 539/2001 (vgl. Anhang B SAA) sowie die VIS-Verordnung (WE Nr. 63) und der Visakodex (WE Nr. 88). Einzelne Aspekte dieser Regelungen werden nun aufgrund von Praxiserfahrungen sowie aufgrund von verschiedenen Rechtsentwicklungen (z.B. WE Nr. 88 und 78) angepasst. Diese Anpassungen sind durchwegs technischer Natur und dienen der Präzisierung der Vorgaben bzw. der Beseitigung von Unklarheiten aufgrund missverständlicher Regelungen. So wird namentlich präzisiert, dass die zulässige maximale Dauer für einen (bewilligungsfreien) Aufenthalt im Schengen-Raum 90 Tage in einem Zeitraum von 180 Tagen (anstatt 3 Monate in einem Zeitraum von 6 Monaten) beträgt und wie diese Fristen genau zu berechnen sind.
- Mit Beschluss Nr. 1105/2011/EU (WE Nr. 127) wurde ein Verfahren eingeführt, welches sicherstellen soll, dass die Liste der von Drittstaaten ausgestellten Reisedokumente systematisch überprüft und aktualisiert wird. Gestützt darauf hat die Kommission mit dem Durchführungsbeschluss K(2013) 4914 endg. (WE Nr. 145) nun in Zusammenarbeit mit den Schengen-Staaten eine Liste der visierfähigen Reisedokumente erstellt. Die Schengen-Staaten haben nun die Gelegenheit, sich innerhalb von drei Monaten zur Frage der Anerkennung oder Nichtanerkennung dieser Reisedokumente zu äussern. Tun sie das nicht innert Frist, so gilt das entsprechende Reisedokument solange als anerkannt, bis der entsprechende Schengen-Staat den anderen die Nichtanerkennung mitteilt. Anhand dieser Liste werden die Grenzschutzbehörden sowie die konsularischen Dienste in der Lage sein, verlässlich zu überprüfen, ob ein Dokument als Reisedokument im Sinne von Artikel 5 des Schengener Grenzkodex (WE Nr. 14) anerkannt wird und visierfähig, d.h. geeignet ist, mit einem Schengen-Visum versehen zu werden. Wird ein Reisedokument von einem Schengen-Staat nicht anerkannt, bleibt der Inhaberin oder dem Inhaber des Reisedokumentes die Einreise in das entsprechende Hoheitsgebiet verwehrt.
- Mit dem Durchführungsbeschluss K(2013) 5573 endg. (WE Nr. 146) werden die technischen Spezifikationen für die Kommunikationsinfrastruktur «VIS Mail» geändert, mittels welcher die Zentraleinheit des Visa-Informationssystems (C-VIS) und die nationalen Schnittstellen miteinander verbunden sind (vgl. WE Nr. 132). Inhaltlich geht es dabei um die Präzisierung bestimmter technischer Vorgaben im Zusammenhang mit den verwen-

⁴⁶ Diese Beträge legt die Europäische Kommission für das jeweilige Programmjahr gestützt auf separate Durchführungsbeschlüsse fest. Für das Jahr 2013 siehe Beschluss K(2013) 220 endg. der Kommission vom 25. Januar 2013 (WE Nr. 140).

deten Codes und um praktische Verfahrensweisen im Rahmen der Konsultationen. Ziel ist es, eine einheitliche Auslegung der bestehenden Vorgaben und damit deren korrekte technische Umsetzung im gesamten Schengen-Raum zu gewährleisten.

- Mit dem Durchführungsbeschluss K(2013) 6181 endg. (WE Nr. 147) werden zwei Rechtsakte geändert, welche die Europäische Kommission zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 2252/2004 (WE Nr. 2) erlassen hat: Zum einen die Entscheidung K(2006) 2909 endg. (WE Nr. 16), um die darin referenzierten Normen auf den aktuellen Stand zu bringen. Zum anderen die Entscheidung K(2008) 8657 (WE Nr. 68), um neue einheitliche Zertifikatsregeln und Sicherheitsstandards für das Auslesen von Fingerabdrücken aus Pässen und Reisedokumenten festzulegen. Darüber hinaus wird auch das Verfahren definiert, wie die Schengen-Staaten die notwendigen Zertifikate untereinander austauschen.
- Mit dem vorliegenden Durchführungsbeschluss K(2013) 6178 endg. (WE Nr. 148) werden die technischen Spezifikationen angepasst, welche die Europäische Kommission seinerzeit durch Beschluss K(2002) 3069 endg. (vgl. Anhang B SAA) im Hinblick auf die einheitliche Ausgestaltung der Aufenthaltstitel für Drittstaatenangehörige erlassen hatte. Inhaltlich geht es insbesondere um die Aktualisierung der bestehenden Zertifikatsregeln sowie der Schutzprofile und Referenzdokumente, welche die ergänzende Zugangskontrolle betreffen. Zudem ist für den Zugriff auf den Chip neu eine «dynamische Zuweisung» vorgesehen, um ein unerlaubtes Auslesen der Daten, welche im Chip des Ausländerausweises gespeichert sind, durch Unberechtigte zu verhindern. Technisch geschieht dies durch die Generierung eines zusätzlichen, individuellen Codes («dynamisches» Sicherheitselement) aus der maschinenlesbaren Zeile (MRZ), so dass auf die Chipdaten nur zugreifen kann, wer über diesen zusätzlichen Code verfügt. Diese zusätzlichen gemeinsamen Sicherheitsmassnahmen unterliegen wegen ihres besonderen Charakters der Geheimhaltung und werden daher nicht publiziert.
- Gemäss den Vorgaben der VIS-Verordnung (WE Nr. 63) erfolgt die Inbetriebnahme des Visa-Informationssystems (VIS) nicht in allen Drittstaaten gleichzeitig, sondern schrittweise in zum Voraus bestimmten Regionen. Nachdem die Europäische Kommission mit Entscheidung 2010/49/EG (WE Nr. 93) eine erste und mit Durchführungsbeschluss 2012/274/EU (WE Nr. 133) eine zweite Gruppe von Regionen bestimmt hatte, benennt sie mit Durchführungsbeschluss 2013/493/EU (WE Nr. 149) nun eine dritte und letzte Gruppe von Regionen, in welchen bei sämtlichen Visumanträgen mit der Erhebung von Visumdaten und deren Übermittlung an das VIS begonnen werden soll. Wann genau das VIS in jeder dieser Regionen in Betrieb genommen werden wird, ist von der Europäischen Kommission noch festzulegen (vgl. hierzu o. Ziff. 3.2.1).
- Mit der Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 (WE Nr. 150) wird der aus dem Jahr 1998 stammende Mechanismus zur Evaluierung der Schengen-Staaten⁴⁷ in Bezug auf deren Umsetzung des Schengener Rechtsbestands

⁴⁷ Beschluss des Schengener Exekutivausschusses SCH/Com-ex (98) 26 def. vom 16. September 1998 zur Errichtung des Ständigen Ausschusses Schengener Durchführungsübereinkommen, ABl. L 239 vom 22.9.2000, S. 138 (vgl. Anhang A, Teil 3.A SAA).

durch einen neuen abgelöst. Neu kommt der Europäischen Kommission für die Planung und Durchführung der Evaluierungen zwar eine allgemeine Koordinationsrolle zu. Sie muss allerdings die notwendigen Beschlüsse im Rahmen eines Ausschussverfahrens (sog. Komitologie-Verfahren) treffen, in das die Schengen-Staaten miteinbezogen sind. Zudem obliegt es dem Rat, die aus der Evaluierung resultierenden Empfehlungen zur Umsetzung und Anwendung des Schengen-Besitzstands an den jeweils betroffenen Schengen-Staat zu richten. Der mehrphasige Ablauf des Evaluierungsverfahrens (Überprüfungen - Bericht - Empfehlungen - «follow-up») bleibt im Wesentlichen unverändert; neu ist jedoch insbesondere, dass die Ortsbesichtigungen auch unangekündigt stattfinden können und dass der Rat im Falle schwerwiegender Mängel bei der Überwachung der Aussengrenzen unter bestimmten Voraussetzungen gar die Wiedereinführung von Personenkontrollen an den Binnengrenzen zum betreffenden Schengen-Staat empfehlen kann.

- Mit der Verordnung (EU) Nr. 1051/2013 (WE Nr. 151) werden die bisherigen Voraussetzungen und Verfahren zur vorübergehenden Wiedereinführung von Personenkontrollen an den Binnengrenzen, wie sie derzeit in Artikel 23 ff. des Schengener Grenzkodex (WE Nr. 14) enthalten sind, präzisiert und punktuell ergänzt. Präzisiert werden neben den Modalitäten des vorgängigen Konsultationsverfahrens sowie den einschlägigen Informations- und Berichterstattungspflichten vorab die Vorgaben des Verhältnismässigkeitsprinzips (Rückgriff auf diese Massnahme nur «ultima ratio»), Pflicht zur Prüfung der potentiellen Auswirkungen anhand eines vorgegebenen Kriterienkatalogs, Vorgaben betreffend die Bemessung der Dauer der Massnahme und Verlängerungsmöglichkeiten). Ergänzend zu den bisherigen Tatbeständen (Wiedereinführung bei planbaren Ereignissen und im Dringlichkeitsfall) verfügen die Schengen-Staaten neu auch über die Möglichkeit, auf Empfehlung des Rates der EU vorübergehend wieder Personenkontrollen an den Binnengrenzen zu einem anderen Schengen-Staat einzuführen, wenn anlässlich einer Schengen-Evaluierung dieses Staates schwerwiegende Mängel in Bezug auf die Überwachung der Schengen-Aussengrenzen festgestellt werden und die Mängel nicht anderweitig beseitigt werden können.
- Mit der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013 (WE Nr. 152) wurde das Europäische Grenzüberwachungssystem (European Border Surveillance System, EUROSUR) eingerichtet, das einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung des Grenzmanagements an den Land- und Seeaussengrenzen des Schengen-Raumes leisten soll: EUROSUR soll die operative Zusammenarbeit der zuständigen Grenzkontrollbehörden der Schengen-Staaten stärken und einen systematischen Informationsaustausch zwischen den betroffenen Staaten untereinander sowie mit Frontex schaffen. Konkret soll dabei zum einen das *Lagebewusstsein* verbessert werden (d.h. die Fähigkeit der Behörden, ein möglichst umfassendes Bild über die Bewegungen an den Aussengrenzen und im Grenzvorbereich zu gewinnen). Zum anderen soll die *Reaktionsfähigkeit* erhöht werden, das heisst die Fähigkeit der zuständigen Behörden zur raschen und angemessenen Reaktion bei der Prävention von irregulärer Migration und grenzüberschreitender Kriminalität an den Land- und Seeaussengrenzen. Damit soll auch zu einer rascheren Rettung von Migranten in Seenot beigetragen werden. Um diese Ziele zu erreichen, soll im Rahmen eines

zweistufigen Vorgehens⁴⁸ ein operatives Netzwerk bestehend aus nationalen Koordinierungszentren, die im jeweiligen Staatsgebiet für ein wirksames und effizientes Ressourcen- und Personalmanagement⁴⁹ zuständig sind, und Frontex geschaffen werden. Kernstück dieses Netzwerkes, das rund um die Uhr betrieben werden soll, ist ein möglichst in Echtzeit und über ein geschütztes Kommunikationsnetz erfolgreicher Austausch von Informationen.

- Mit der Verordnung (EU) Nr. 1289/2013 (WE Nr. 153) wird die Verordnung (EG) Nr. 539/2001, welche den Kreis der visumpflichtigen Staaten bestimmt, abgeändert. Die Neuerungen betreffen im Wesentlichen zwei Aspekte: Zum einen wird eine *Schutzklausel* eingeführt, die es erlaubt, unter bestimmten Voraussetzungen die Visumpflicht für Angehörige eines bestimmten Drittstaats, die grundsätzlich von dieser Pflicht ausgenommen sind, vorübergehend wiedereinzuführen. Zum anderen wird auch der *Reziprozitätsmechanismus* angepasst. Dieser stellt sicher, dass die Visumpflicht gegenüber einem Drittstaat wieder eingeführt wird, wenn dieser die Staatsangehörigen eines Schengen-Staates der Visumpflicht unterstellt. Mit den vorgeschlagenen Anpassungen wird das Verfahren effizienter und flexibler gestaltet.

4.3.2 Im Bereich «Dublin/Eurodac»

Im Bereich Dublin/Eurodac wurden der Schweiz in der Zeitspanne vom 1. März 2013 bis 28. Februar 2014 insgesamt drei Rechtsakte als Weiterentwicklungen notifiziert (vgl. Anhang II). Die Übernahme von zwei Weiterentwicklungen (Dublin-WE Nr. 1a und 1b) bedarf der Genehmigung durch das Parlament, weshalb der Bundesrat die entsprechenden Notenaustausche jeweils unter Vorbehalt der «Erfüllung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen» vorgenommen hat (Modell 3). Darüber hinaus lösen diese beiden Weiterentwicklungen einen rechtlichen Umsetzungsbedarf aus, wobei neben gesetzlichen Anpassungen auch Änderungen auf Verordnungsstufe erforderlich sind (zu Einzelheiten siehe Anhang III, Teil II). Die dritte Weiterentwicklung (Dublin-WE Nr. 2) kann mit Blick auf ihren Vollzugscharakter vom Bundesrat selbständig übernommen werden (Modell 2); sie löst zudem keinen rechtlichen Umsetzungsbedarf aus.

Inhaltlich betreffen die im Berichtszeitraum übernommenen Weiterentwicklungen im Bereich «Dublin/Eurodac» die folgenden Aspekte:

- Mit der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 (Dublin-WE Nr. 1a) wird das Dublin-Verfahren revidiert, wobei die Grundprinzipien des Dublin-System unangetastet bleiben. Die Neuerungen zielen *erstens* auf die Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Systems ab (z.B. neue Fristen für die Einreichung

⁴⁸ In einer ersten Phase (ab 1. Oktober 2013) gilt die Verordnung für Schengen-Staaten an den südlichen See- und östlichen Landaussengrenzen, ab 1. Oktober 2014 (zweite Phase) für die restlichen Schengen-Staaten. Zu einem noch zu bestimmenden späteren Zeitpunkt soll das System schliesslich auch die Luft-Aussengrenzen (Flughäfen) einbinden, was dann aber eine Revision der Eurosur-Verordnung (WE Nr. 152) erfordern wird.

⁴⁹ Zu diesem Zweck sollen die Schengen-Staaten ihre Land- und Seeaussengrenzen in verschiedene Grenzabschnitte aufteilen und diese gestützt auf die verfügbaren Ist-Daten (Vorfälle) und Risikoanalysen einer von drei «Risikostufen» zuordnen, um den erforderlichen Ressourcenbedarf am jeweiligen Grenzabschnitt zu bestimmen.

von Wiederaufnahmeersuchen und die Beantwortung von Informationsersuchen, Präzisierung der Regeln für die Übertragung der Zuständigkeit auf einen anderen Dublin-Staat), stärken *zweitens* Rechtsgarantien der betroffenen Asylsuchenden (z.B. obligatorische Befragung, Stärkung der Informations- und Verfahrensrechte, Vorgaben zur Inhaftnahme und Haftbedingungen), verbessern *drittens* den Schutz der Einheit der Familie und Bedürfnisse unbegleiteter Minderjähriger. Schliesslich werden *viertens* ein Frühwarnmechanismus (zwecks Frühwarnung, Vorsorge und Krisenbewältigung) eingeführt und *fünftens* der Anwendungsbereich der Verordnung ausgeweitet (auf Personen, die subsidiären Schutz beantragt haben).

- Mit der Verordnung (EU) Nr. 603/2013 (Dublin-WE Nr. 1b) wird die Eurodac-Datenbank auf eine neue rechtliche Grundlage gestellt. Die damit einhergehenden Neuerungen betreffen die Übermittlung zusätzlicher Daten an das Zentralsystem (z.B. die Kennung der übermittelnden Behörde oder bestimmte Datumsangaben), die Markierung von Daten (von Personen, die internationalen Schutz erhalten haben), die Prüfung der im System enthaltenen Fingerabdrücke durch einen nationalen Spezialisten, die Datenübermittlung an Dritte sowie den Zugriff auf Eurodac zu Strafverfolgungszwecken (vgl. hierzu o. Ziff. 3.3.2).
- Mit der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 118/2014 (Dublin-WE Nr. 2) ändert die Kommission die bisher geltende Durchführungsverordnung zum Dublin-Verfahren⁵⁰, um sie mit den neuen Rechtsgrundlagen des Dublin/Eurodac-Besitzstands (Dublin-WE Nr. 1a und 1b) in Einklang zu bringen. So werden einerseits die Regelungen zur Zusammenarbeit der zuständigen Dublin-Behörden im Hinblick auf die Übermittlung und Behandlung von Aufnahme-, Wiederaufnahme- und Informationsersuchen sowie in Bezug auf die Durchführung von Überstellungen präzisiert. Materiell beinhalten die Neuerungen andererseits u.a. die Bereitstellung von gemeinsamen Informationsbroschüren, die grundlegende Überarbeitung der verschiedenen zu verwendenden Formulare sowie eine Anpassung der Vorgaben zum Vorgehen bezüglich unbegleiteter Minderjähriger bzw. zur Zusammenführung von Familienmitgliedern, zur Vorbereitung und Übermittlung von Aufnahme- und Wiederaufnahmeersuchen sowie zur Durchführung von Überstellungen (Beschleunigungsgebot, Bedingungen für den Austausch von Gesundheitsdaten etc.).

4.4 Ausblick: Wichtige künftige Weiterentwicklungen

Zurzeit werden auf Ebene der EU unter Beteiligung der Schweiz eine Reihe von Vorschlägen für Rechtsakte beraten, die der Schweiz dereinst als Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands zur Übernahme notifiziert werden dürften. Deren materielle Tragweite ist allerdings ebenso unterschiedlich wie der jeweilige Verfahrensstand der Beratungen. Nachfolgend wird auf die wichtigsten - weil inhaltlich

⁵⁰ Verordnung (EG) Nr. 1560/2003 (vgl. Art. 1 DAA).

über die Regelung von überwiegend administrativ-technischen Details hinaus gehenden - künftigen Weiterentwicklungen hingewiesen⁵¹.

4.4.1 Projekt «Smart Borders»

Das Projekt «Smart Borders» ist ein Vorschlag der Europäischen Kommission⁵² für ein Massnahmenbündel im Bereich Aussengrenzen, das auf zwei Bausteinen basiert:

- Einerseits soll ein elektronisches Ein- und Ausreisensystem (Entry-Exit-System, EES) errichtet werden, das eine automatische Registrierung der Ein- und Ausreise von Drittstaatsangehörigen ermöglicht und damit die Ermittlung der Aufenthaltsdauer erleichtern soll. Damit soll auf die Problematik der sog. «Overstayer» – d.h. von Personen, die nach Ablauf der regulären Aufenthaltsdauer den Schengen-Raum nicht verlassen – reagiert werden. Die Aufnahme der biometrischen Daten von *allen* Drittstaatsangehörigen würde die Identifizierung auch von nicht-visumpflichtigen Overstayern erlauben, welche beispielsweise ihr Reisedokument vernichtet haben. Mit Einführung des EES würden auch die Ein- und Ausreisestempel als Überprüfungs-methode der Aufenthaltsdauer der Vergangenheit angehören.
- Der zweite Baustein besteht in der Einführung eines Programms für registrierte Reisende (Registered Traveller Programme, RTP). Dieses richtet sich an vielreisende Drittstaatsangehörige mit einem niedrigen Risikoprofil (z.B. Geschäftsleute, Künstler, Sportler). Diese können sich vor der Einreise in den Schengen-Raum auf freiwilliger Basis (kostenpflichtig) einer vorgängigen Prüfung (pre-screening) unterziehen, um von Erleichterungen beim Überschreiten der Schengen-Aussengrenzen zu profitieren (z.B. durch die Nutzung von sogenannten automatischen Kontrollgates). Ziel des Programms ist es in erster Linie, zu einem schnelleren und effizienteren Ablauf der Grenzübertritte beizutragen.

Am 28. Februar 2013 präsentierte die Kommission die Verordnungsvorschläge zum Projekt Smart Borders.⁵³ Anschliessend wurden die Beratungen im Rat aufgenommen, welche (in der technischen Rats-Arbeitsgruppe der Schengen-Staaten für Grenzgeschäfte FRONT) bereits fortgeschritten sind. Die Beratungen auf der höheren Ratsebene und auf Ebene des EU-Parlamentes stehen noch aus. Die Verabschiedung der Verordnungen ist gemäss aktuellem Zeitplan für Mitte 2016 geplant.

Die Realisierung des «Smart Borders»-Projekt erfordert die Schaffung entsprechender Datenbanken. Aufgrund der Erfahrungen mit den bereits bestehenden IT-

⁵¹ Die Angaben sind selbstverständlich mit der notwendigen Vorsicht zu geniessen, können doch zum jetzigen Zeitpunkt noch keine verbindlichen Aussagen zum endgültigen Inhalt der jeweiligen Rechtsakte gemacht werden.

⁵² Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat Intelligente Grenzen: Optionen und weiteres Vorgehen, KOM(2011) 680 endg.

⁵³ Vorschlag vom 28. Februar 2013 für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Einreise-/Ausreisensystem (EES) zur Erfassung der Ein- und Ausreisedaten von Drittstaatsangehörigen an den Aussengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen KOM(2013) 95 endg. sowie Vorschlag vom 28. Februar 2013 für Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Registrierungsprogramm für Reisende, KOM(2013) 97 endg.

Grossprojekten (VIS, SIS II) wird mit der Entwicklung der zentralen wie auch nationalen Systemkomponenten erst begonnen, wenn alle technischen Details und Spezifikationen feststehen. Zuständig hierfür wird eu-LISA (siehe o. Ziff. 2.1) sein.

Dem Datenschutz wird Rechnung getragen. Daten der Reisenden sollen so kurz wie nötig gespeichert werden – beim EES im Normalfall sechs Monate, beim RTP fünf Jahre (dies entspricht der maximalen Dauer der Registrierung, bevor erneut ein Antrag gestellt werden muss). Die Datenschutzvorgaben sollen den entsprechenden Vorschriften des VIS nachgestaltet werden. Zugriff zu den Daten hätten nur die entsprechenden Behörden, nämlich die Grenzkontroll- und die Visumbehörden, und sowie beim EES zusätzlich die Immigrationsbehörden. Über einen möglichen Zugriff der Strafverfolgungsbehörden auf EES in bestimmten Situationen wird zurzeit verhandelt.

Die finanziellen Auswirkungen für die Schweiz können zum gegebenen Zeitpunkt noch nicht abschliessend eingeschätzt werden. Die Kosten für die Entwicklung werden u.a. auch davon abhängen, wie die Systeme technisch ausgestaltet werden. In den nächsten Monaten werden auf EU-Ebene im Rahmen einer Studie und eines Pilot-Projekts verschiedene technische Möglichkeiten analysiert. Im EU-Haushalt 2014-2020 wurden EUR 791 Mio. für den Betrieb und die Entwicklung bestehender und neuer IT-Systeme (zu denen EES und RTP zählen) vorgesehen. Ob und welchen Betrag die Schengen-Staaten daraus für die Entwicklung der nationalen Systeme erhalten sollen, ist zurzeit nicht bekannt.

4.4.2 Reform des Datenschutzrechts

Die Europäische Kommission hat am 25. Januar 2012 eine umfassende Reform der in der EU geltenden Datenschutzregeln vorgeschlagen. Vorrangiges Ziel ist die effektivere Gewährleistung der Ausübung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung sowie die Stärkung der Binnenmarktdimension des Datenschutzrechts, indem die Kohärenz der Regelungen in diesem Bereich erhöht wird. Der neue rechtliche Rahmen soll dabei aus zwei Bestandteilen bestehen:

- Der erste Baustein besteht aus einer allgemeinen Verordnung über den Datenschutz (Datenschutz-Grundverordnung)⁵⁴, welche die gegenwärtig geltende Richtlinie 95/46/EG⁵⁵ ersetzen soll. Eine der wichtigen Neuerungen besteht etwa in der Einführung eines Rechts auf digitales Vergessen.
- Das zweite Element bildet eine Richtlinie zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten auf dem Gebiet der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen und der Polizeizusammenarbeit⁵⁶, welche den Rahmenbeschluss 2008/977/JI⁵⁷ ersetzen wird. Eine wesentliche

⁵⁴ Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr (Datenschutz-Grundverordnung), KOM(2012) 11 endg.

⁵⁵ Richtlinie 95/46/EG (vgl. Anhang B SAA; Art. 1 Abs. 4 DAA).

⁵⁶ Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Aufdeckung, Untersuchung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr, KOM(2012) 10 endg.

⁵⁷ Rahmenbeschluss 2008/977/JI (WE Nr. 35).

Änderung ist die Ausdehnung des Anwendungsbereichs: Während bisher nur die grenzüberschreitende Datenverarbeitung durch Polizei- und Justizbehörden erfasst war, sollen neu auch rein nationale Sachverhalte von den entsprechenden Vorgaben erfasst werden.

Die Vorschläge der Europäischen Kommission werden gegenwärtig vom Europäischen Parlament und vom Rat diskutiert. Die Schweiz ist in der zuständigen Ratsarbeitsgruppe «Informationsaustausch und Datenschutz» (DAPIX) vertreten. Die Verhandlungen zwischen Europäischem Parlament, Rat und Europäischer Kommission («Trilog») werden voraussichtlich im Sommer 2014 beginnen, so dass eine Verabschiedung der Datenschutzreform noch vor Ende dieses Jahres nicht ausgeschlossen ist.

Die Richtlinie stellt eine Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands dar. Die Richtlinie wird für die Schweiz jedoch nur insoweit gelten, als die Datenverarbeitung im Rahmen der Schengen-Zusammenarbeit erfolgt. Für die Datenschutz-Grundverordnung zeichnet sich hingegen ab, dass sie nicht als Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands betrachtet werden wird. Die Verordnung ersetzt zwar die Bestimmungen der Richtlinie 95/46/EG, welche Teil des von der Schweiz übernommenen Schengen- und Dublin/Eurodac-Besitzstands ist. Die Europäische Kommission qualifizierte ihren Verordnungsentwurf deshalb ursprünglich als «hybriden» Erlass, der auch den Schengen-Besitzstand betreffe. Diese Qualifikation wurde jedoch im Rahmen der Beratungen im Rat fallen gelassen. Gemäss einem Gutachten des Rechtsdiensts des Rats besteht der Hauptzweck der Verordnung nicht darin, den Datenschutz im Rahmen der Schengen-Zusammenarbeit zu regeln, sondern es geht um den Datenschutz im Binnenmarkt. Allfällige daraus ergebende Konsequenzen für die Schweiz werden zurzeit noch analysiert Ebenfalls noch offen ist die Frage, ob die Datenschutz-Grundverordnung eine Weiterentwicklung des Dublin-Besitzstands darstellt und von der Schweiz für diesen Bereich zu übernehmen sein wird.

4.4.3 Fonds für die innere Sicherheit

Da der Aussengrenzenfonds (AGF) Ende 2013 ausgelaufen ist, wurde im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020 der EU der neue Fonds für die innere Sicherheit (Internal Security Fund, ISF) präsentiert. Das Gesamtvolumen dieses Fonds sollte zunächst EUR 4,648 Milliarden betragen. Der von der Europäischen Kommission im November 2011 präsentierte Vorschlag zur Errichtung des ISF umfasst zwei Finanzierungsinstrumente: einerseits die Bereiche Visa und Grenzschutz (Teilinstrument «ISF Grenze»)⁵⁸, welche gegenwärtig vom AGF abgedeckt sind; andererseits Aktivitäten der Mitgliedstaaten und der EU im Bereich Polizeizusammenarbeit (Teilinstrument «ISF Polizei»)⁵⁹, welche grossteils nicht in den Bereich der Schengener Zusammenarbeit fallen. Zu den beiden Finanzierungsin-

⁵⁸ Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Instruments für die finanzielle Unterstützung für Aussengrenzen und Visa im Rahmen des Fonds für die innere Sicherheit, KOM (2011) 750 endg.

⁵⁹ Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Instruments für die finanzielle Unterstützung der polizeilichen Zusammenarbeit, der Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung und des Krisenmanagements im Rahmen des Fonds für die innere Sicherheit, KOM (2011) 753 endg.

strumenten wurde je eine EU-Verordnung erarbeitet und in den relevanten Ratsarbeitsgruppen diskutiert. Zwischenzeitlich mussten diese Vorschläge ausserdem an die im EU-Haushalt 2014-2020 angebrachten Budgetkürzungen angepasst werden. Neu umfasst das Teilinstrument «ISF Grenze» ein Gesamtbudget von rund EUR 2.7 Milliarden. Das Gesamtbudget des Teilinstruments ISF Polizei soll knapp EUR 1 Milliarde betragen. Ergänzt werden die Verordnungen durch eine weitere, horizontale Verordnung, welche die Durchführungsmodalitäten (z.B. Programmplanung, Berichterstattung über Mittelverwaltung etc.) regelt⁶⁰.

Das im Vergleich zum AGF erhöhte Fondsvolumen des «ISF Grenze» soll der Stärkung des Aussengrenzschutzes dienen und insbesondere erlauben, in Krisensituationen rascher und flexibler Finanzhilfen gewähren zu können. Zudem sollen über den Fonds die zukünftigen Umsetzungsarbeiten zum Projekt «Smart Borders» (vgl. vorhergehend Ziff. 4.4.1) mitfinanziert werden.

Da nur das Teilinstrument «ISF Grenze» Schengen-relevant ist, werden die assoziierten Staaten auch nur an diesem Finanzierungsinstrument teilnehmen. Entsprechend beteiligte sich die Schweiz seit Januar 2012 aktiv an den Sitzungen und Verhandlungen zum Verordnungsentwurf «ISF Grenze». Im Dezember 2013 konnte auf politischer Ebene zwischen Rat und EU-Parlament eine Einigung dazu erzielt werden. Als nächster Schritt steht die Abstimmung im Europäischen Parlament an, die für März 2014 traktandiert ist.

Für die Beteiligung der assoziierten Staaten am «ISF Grenze» wird eine Zusatzvereinbarung abgeschlossen werden müssen, ähnlich wie dies für die Beteiligung am AGF geschah. Diese wird insbesondere die finanzielle Beteiligung der Schweiz festlegen. Erste exploratorische Gespräche haben stattgefunden und sollen im Frühjahr 2014 fortgesetzt werden. Der Bundesrat wird das Verhandlungsmandat zur Zusatzvereinbarung frühestens nach der Notifikation der Schengen-Weiterentwicklung «ISF Grenze» erteilen.

Parallel dazu haben die Vorbereitungen zur Umsetzung der Schweizer Beteiligung begonnen. In einem partnerschaftlichen Ansatz werden seit Frühling 2013 die strategische Ausrichtung sowie Programmschwerpunkte für die Schweizer abgestimmt. Anlässlich des bilateralen Politikdialogs vom 4. November 2013 (Bern) fand ein Austausch über strategische Schwerpunkte mit der Europäischen Kommission statt. Die Resultate des Politikdialogs, die von der Kommission in einem Protokoll festgehalten werden, bilden die Grundlage für das nationale Programm der Schweiz. Ein Austausch über mögliche unter dem ISF Grenze zu kofinanzierende Projekte ist zwischen den beteiligten Stellen am Laufen und ist Gegenstand einer Massnahme des «Aktionsplans Integrierte Grenzverwaltung» der Schweiz.

Die exakte Höhe der von den assoziierten Staaten an den «ISF Grenze» zu leistenden Beiträge ist noch nicht bekannt. Da das Gesamtbudget des Fonds höher sein wird als dasjenige des AGF, ist in jedem Fall von einer Erhöhung des Beitrags der Schweiz an diesen Schengen-Fonds auszugehen⁶¹. Die Höhe des Beitrags der Schweiz, wie auch der anderen assoziierten Staaten, wird Gegenstand der Verhandlungen mit der EU betreffend die Zusatzvereinbarung sein. Voraussichtlich werden

⁶⁰ Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen für den Asyl- und Migrationsfond und das Instrument für die finanzielle Unterstützung der polizeilichen Zusammenarbeit, der Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung und des Krisenmanagements, KOM (2011) 752 endg.
⁶¹ Die Schweiz beteiligt sich jährlich mit durchschnittlich EUR 10.5 Millionen am AGF.

die Beiträge aber analog zu der in Artikel 11 Absatz 3 des Schengener Assoziierungsabkommens (SAA) vorgesehenen Formel berechnet werden. Diese sieht vor, dass sich die Schweiz im Verhältnis ihres Bruttoinlandsproduktes (BIP) zum BIP aller teilnehmenden Staaten an der Gesamtausstattung des Fonds beteiligt (sog. Schengen-Schlüssel). Bei Anwendung dieser Formel müsste die Schweiz auf Grund der letzten Prognose für das Jahr 2014 mit einem Beitragsanteil von ca. 4,25% des Gesamtvolumens rechnen⁶². Über die sieben Jahre Laufzeit des Fonds würde dies eine Gesamtbeteiligung von ca. EUR 117,3 Mio. oder ca. EUR 16,75 Mio. pro Jahr bedeuten. Wie aktuell beim AGF wird die Schweiz aus dem «ISF Grenze» auch Finanzmittel zur Unterstützung von Projekten erhalten; diese dürften sich auf voraussichtlich insgesamt rund EUR 19 Mio belaufen⁶³.

5 Vorabentscheidungsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof

5.1 Art und Umfang der Mitwirkung

Die Schweiz untersteht im Rahmen ihrer Assoziierung an Schengen/Dublin nicht der Gerichtsbarkeit des Europäischen Gerichtshofs (EuGH). Folgerichtig finden die im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) niedergelegten Rechtsschutz- und Aufsichtsmechanismen⁶⁴ im Verhältnis zur Schweiz keine Anwendung. Trotzdem bildet die Sicherstellung einer möglichst einheitlichen Anwendung und Auslegung des übernommenen Besitzstands eine zentrale, den Assoziierungsabkommen inhärente Zielsetzung. Entsprechend können Differenzen zwischen der schweizerischen Auslegungspraxis und der Rechtsprechung des EuGH im Gemischten Ausschuss thematisiert werden und im Falle «wesentlicher Abweichungen» gar zur Beendigung der Assoziierungsabkommen führen (Art. 9 Abs. 2 i.V.m. Art. 10 SAA; Art. 6 Abs. 2 i.V.m. Art. 7 DAA). Im Gegenzug dazu garantieren die Abkommen der Schweiz das Recht, in Vorabentscheidungsverfahren⁶⁵ vor dem EuGH, welche die *Auslegung* der Bestimmungen des Schengen- oder des Dublin-Besitzstands betreffen, Schriftsätze einzureichen und schriftliche Erklärungen abzugeben (Art. 8 Abs. 2 SAA; Art. 5 Abs. 2 DAA). Das bedeutet, dass die Schweiz als Drittpartei an den betroffenen Vorabentscheidungsverfahren teilnehmen kann (und zwar sowohl am schriftlichen Verfahren als auch der mündlichen Verhandlung). Die Schweiz kann sich in diesem Rahmen allerdings weder zur Gültigkeit von EU-Rechtsakten äussern⁶⁶ noch können schweizerische Gerichte eigene Vorabentscheidungsersuchen an den EuGH richten.

Seit dem Inkrafttreten des Assoziierungsabkommen am 1. März 2008 sind der Schweiz insgesamt 46 Vorabentscheidungsersuchen notifiziert worden, wobei in je

⁶² Quelle: Daten des statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat).

⁶³ Die Schweiz erhält aus dem AGF durchschnittlich rund EUR 4 Millionen jährlich.

⁶⁴ Insbesondere die Art. 258 ff. AEUV.

⁶⁵ Vgl. Art. 267 AEUV. Ausgangspunkt eines Vorabentscheidungsverfahrens ist ein nationaler Rechtsstreit, in dem sich die Frage der Auslegung (oder Gültigkeit) von EU-Recht stellt. Das zuständige Gericht des EU-Mitgliedstaats kann – bzw. muss, wenn es sich um eine letztinstanzliche gerichtliche Instanz handelt – das nationale Verfahren aussetzen und dem EuGH die Rechtsfrage vorlegen; die Parteien selbst können dies nur anregen. Das Urteil des EuGH ist für alle am Ausgangsverfahren beteiligten Behörden bindend.

⁶⁶ So z.B. in der Rs. C-291/12 (Schwarz), welche die Gültigkeit der Verordnung (EG) Nr. 2252/2004 (WE Nr. 2) zum Gegenstand hatte und diese im Ergebnis bestätigt hat.

zwei Fällen zwei Rechtssachen bzw. vier Rechtssachen vom EuGH zu einem Verfahren verbunden worden sind. Im Berichtszeitraum erhielt die Schweiz 10 Vorabentscheidungsersuchen (wobei zwei Rechtssachen zu einem Verfahren verbunden wurden).

Ein Vorabentscheidungsverfahren vor dem EuGH dauert im Durchschnitt etwa zwei Jahre. Der aktuelle Stand der Verfahren, an denen sich die Schweiz beteiligen konnte, findet sich in Anhang IV. Inhaltlich betrafen die bisherigen Vorlagefragen die Auslegung primär folgender Rechtsakte:

Rechtsakt	Anzahl Ersuchen (insgesamt)	davon im Berichtszeitraum
Rückführungsrichtlinie ⁶⁷	15	7 ⁶⁸
Dublin-II-Verordnung ⁶⁹	10	1 ⁷⁰
Datenschutzrichtlinie ⁷¹	7	1 ⁷²
Schengener Grenzkodex ⁷³	6	--
Visakodex ⁷⁴	3	--
EU-Ausweisverordnung ⁷⁵	2	1 ⁷⁶
SDÜ ⁷⁷	1	--
Verordnung (EG) Nr. 1931/2006 ⁷⁸ (kleiner Grenzverkehr)	1	--
Waffenrichtlinie ⁷⁹	1	--
Total	46	10

Die Schweiz nutzt die Möglichkeit konsequent, im Rahmen von Vorabentscheidungsersuchen Stellung zu nehmen, um ihren Einfluss auf die Rechtentwicklung in der EU wahrzunehmen. Allerdings verzichtet sie auf eine Stellungnahme, wenn im Rahmen einer genauen Analyse des Sachverhalts davon ausgegangen werden kann, dass die Beantwortung der gestellten Auslegungsfragen mit keinen Rückwirkungen auf die schweizerische Gesetzgebung und Praxis verbunden sein wird. Im Berichtszeitraum hat sie deshalb nur zu 3 von 10 Vorabentscheidungsersuchen eine schriftliche Stellungnahme eingereicht⁸⁰. Bisher nahm sie noch nie an einem mündlichen

⁶⁷ Richtlinie 2008/115/EG (WE Nr. 78)

⁶⁸ Rs. C-166/13 (*Mukarubega*), Rs. C-189/13 (*Da Silva*), Rs. C- 249/13 (*Boudjlida*), Rs. C-383/13 (*G. und R.*), Rs. C-474/13 (*Pham*), verb. Rs. C- 473/13 und C-514/13 (*Bero und Bouzalmate*), Rs. C- 554/13 (*Zh. und O.*).

⁶⁹ Verordnung (EG) Nr. 343/2003 (Art. 1 Abs. 1 DAA).

⁷⁰ Rs. C-158/13 (*Rajaby*).

⁷¹ Richtlinie 95/46/EG (Anhang B SAA sowie Schlussakte DAA).

⁷² Rs. C-212/13 (*Rynes*).

⁷³ Verordnung (EG) Nr. 562/2006 (WE Nr. 14).

⁷⁴ Verordnung (EG) Nr. 810/2009 (WE Nr. 88).

⁷⁵ Verordnung (EG) Nr. 2252/2004 (WE 2).

⁷⁶ Rs. C-101/13 (*U.*).

⁷⁷ Übereinkommen vom 19. Juni 1990 zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen (vgl. Anhang A, Teil 1 SAA).

⁷⁸ Anhang B SAA

⁷⁹ Richtlinie 91/477/EWG in der Fassung gemäss Richtlinie 2008/51/EG (Anhang B SAA und WE 56).

⁸⁰ So zur Rs. C-158/13 (*Rajaby*), welche die Dublin-II-Verordnung betrifft, sowie zu den verb. Rs. C-473/13 und C-514/13 (*Bero und Bouzalmate*) und zur Rs. C-554/13 (*Zh. und O.*), welche die Auslegung der Rückführungsrichtlinie zum Gegenstand haben.

Die Praxis des EuGH entsprach in den Fällen, in denen die Schweiz eine Stellungnahme eingereicht hat, bisher weitgehend der von der Schweiz geltend gemachten Auslegung und Anwendung des Schengen- und Dublin-Besitzstands.

das Verfahren durch Sachurteil erledigt. Der wesentliche inhaltliche Tenor der Urteile kann - nach Rechtsakten geordnet - wie folgt zusammengefasst werden:⁸²

Urteile zur Dublin II-Verordnung

- In seinem Urteil vom 14. November 2013 zur Rs. C-4/11 (*Puid*) hat der EuGH festgestellt, dass ein Dublin-Staat einen Asylbewerber nicht an den nach der Dublin-II-Verordnung⁸³ zuständigen Staat überstellen darf, wenn dieser Gefahr läuft, dort einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung ausgesetzt zu werden. Dies stimmt im Ergebnis mit der Stellungnahme der Schweiz überein. Allerdings kann nach Meinung des Gerichtshofes aus Artikel 3 Absatz 2 der Dublin-II-Verordnung keine Pflicht der Staaten abgeleitet werden, das Verfahren an sich zu ziehen (Selbsteintritt)⁸⁴. Vielmehr sei der betroffene Dublin-Staat für den Fall, dass eine Überstellung nicht möglich ist, gehalten, die Zuständigkeitsprüfung fortzuführen, um festzustellen, ob anhand eines der verbleibenden Kriterien ein anderer Dublin-Staat als für die Prüfung des Asylantrags zuständig bestimmt werden kann. Erst wenn dies nicht gelinge, werde der prüfende Dublin-Staat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig (Art. 13 Dublin-II-Verordnung).
- In seinem Urteil vom 30. Mai 2013 zur Rs. C-528/11 (*Halaf*) kam der EuGH zum Ergebnis, dass sich bereits aus dem Wortlaut von Art. 3 Abs. 2 Dublin-II-Verordnung ergebe, dass die Ausübung des Selbsteintrittsrechts auf keine besonderen Bedingungen geknüpft ist. Tritt der betroffene Staat auf das Asylgesuch ein, wird er zum zuständigen Staat. Dies gilt auch dann, wenn Umstände vorliegen, die die Anwendbarkeit der in Art. 15 der Verordnung enthaltenen humanitären Klausel begründen.
- In seinem Urteil vom 6. Juni 2013 in der Rs. C-648/11 (*MA u.a.*) kam der EuGH entgegen der schweizerischen Stellungnahme zum Ergebnis, dass für die Prüfung eines Asylantrags eines unbegleiteten Minderjährigen, der in mehr als einem Dublin-Staat einen Asylantrag gestellt hat, derjenige Staat zuständig ist, in dem sich dieser Minderjährige aufhält, nachdem er dort einen Asylantrag gestellt hat. Diese Regelung gelte dann nicht, wenn sich ein Familienangehöriger des Minderjährigen rechtmässig in einem anderen Dublin-Staat aufhalte. Die Schweiz war der Ansicht, dass derjenige Staat zuständig ist, in dem der erste Asylantrag gestellt wurde. Das Urteil des EuGH hat demnach zur Folge, dass die Schweiz ihre Praxis anpassen muss.
- In seinem Urteil vom 10. Dezember 2013 zur Rs. C-394/12 (*Abdullahi*) stellt der EuGH fest, dass nach dem Dublin-System ein Dublin-Staat mit der Zustimmung zu einem Antrag zur Aufnahme eines Asylbewerbers *de iure* zum zuständigen Staat wird. Damit schliesst der Gerichtshof ein Wahlrecht des betroffenen Asylbewerbers aus. Der betroffene Asylbewerber könne dieser «Zuständigkeitszuweisung» nur dann entgehen, wenn systemische Mängel des Asylverfahrens und der Aufnahmebedingungen im zuständigen Dublin-

⁸² Falls nicht anders vermerkt, entspricht das Urteil des EuGH der schweizerischen Stellungnahme, soweit eine solche aus Gründen der praktischen Relevanz überhaupt erfolgt ist.

⁸³ Verordnung (EG) Nr. 343/2003 (vgl. Art. 1 DAA)

⁸⁴ Die Bestimmung sieht vor, dass jeder Dublin-Staat einen von einem Drittstaatsangehörigen eingereichten Asylantrag prüfen *kann*, auch wenn er nach den in der Dublin-II-Verordnung festgelegten Kriterien nicht für die Prüfung zuständig ist.

Staat geltend gemacht werden können.⁸⁵ Der EuGH begründet seinen Entscheid u.a. mit dem Hinweis auf die Zielsetzung der Dublin-II-Verordnung, eine klare und praktikable Formel für die Bestimmung des für die Prüfung eines Asylantrags zuständigen Staats zu schaffen.

Urteile zur Rückführungsrichtlinie

- In seinem Beschluss⁸⁶ vom 21. März 2013 in der Rs. C-522/11 (*Mbaye*) bestätigte der EuGH in Anknüpfung an seine bisherige Rechtsprechung⁸⁷ zunächst den Grundsatz, dass die Staaten weiterhin befugt sind, den illegalen Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen unter Strafe zu stellen, solange der Vollzug des Rückführungsverfahrens durch den nationalen Strafvollzug nicht behindert bzw. verzögert werde (eine Gefahr, die bei Geldstrafen im Gegensatz zu freiheitsentziehenden Sanktionen ohnehin nicht besteht). Sodann erachtete der EuGH auch den Umstand, dass eine Geldstrafe wegen illegalen Aufenthalts durch eine *sofortige* Ausweisung für eine Dauer von nicht unter fünf Jahren ersetzt werden kann, im Lichte der Rückführungsrichtlinie als zulässig. Voraussetzung sei jedoch, dass von dieser Ersetzungsmöglichkeit nur dann Gebrauch gemacht werde, wenn in Bezug auf den Betroffenen einer der Fälle des Art. 7 Abs. 4 der Rückführungsrichtlinie vorliege⁸⁸.
- In seinem Urteil vom 30. Mai 2013 in der Rs. C-534/11 (*Arslan*) hatte sich der EuGH mit dem Anwendungsbereich der Rückführungsrichtlinie zu befassen. Der Gerichtshof kam dabei zum Ergebnis, dass die Rückführungsrichtlinie auf Asylverfahren (sprich im Zeitraum zwischen der Antragstellung bis zum Erlass der erstinstanzlichen Entscheidung über diesen Antrag oder gegebenenfalls bis zur Entscheidung über einen allfälligen Rechtsbehelf gegen diese Entscheidung) keine Anwendung findet. Die Verfahrensvorgaben der Rückführungsrichtlinie werden hingegen einschlägig, sobald der Asylantrag abgelehnt wurde und es in der Folge darum geht, die betroffene Person in einen Drittstaat zurückzuführen.
- In seinem Urteil vom 19. September 2013 in der Rs. C-297/12 (*Filev u. Osmani*) kam der EuGH in Bestätigung einer allgemeinen Rechtsprechungsrichtlinie⁸⁹ im Wesentlichen zum Ergebnis, dass die Vorschriften der Rückführungsrichtlinie mangels spezifischer Übergangsbestimmungen auch für die

⁸⁵ Vgl. hierzu o. Rs. C-4/11 (*Puid*).

⁸⁶ Wenn eine zur Vorabentscheidung vorgelegte Frage mit einer Frage übereinstimmt, über die der Gerichtshof bereits entschieden hat, und die einschlägige Rechtsprechung des EuGH klar und eindeutig ist, wäre der Erlass eines Urteils nicht angebracht. Daher kann der EuGH in einem solchen Fall auf Vorschlag des Berichterstatters und nach Anhörung des Generalanwalts beschließen, die Rechtssache stattdessen durch einen mit Gründen versehenen Beschluss zu erledigen (vgl. Art. 99 der Verfahrensordnung des EuGH, ABl. L 265 vom 29.9.2012, S. 1).

⁸⁷ EuGH, Rs. C-61/11 (*El Dridi*), Slg. 2011, I-3015; EuGH, Urteil vom 6.11.2011, Rs. C-329/11 (*Achughbabian*).

⁸⁸ Nach dieser Vorschrift können die Schengen-Staaten von der Einräumung einer Frist für die freiwillige Ausreise absehen, wenn Fluchtgefahr oder eine Gefahr für die öffentliche Ordnung, die öffentliche Sicherheit oder die nationale Sicherheit besteht oder der Antrag auf einen Aufenthaltstitel als offensichtlich unbegründet oder missbräuchlich abgelehnt worden ist.

⁸⁹ EuGH, Rs. C-162/00 (*Pokrzeptowicz-Meyer*), Slg. 2002, I-1049; verb. Rs. C-395/08 und C-396/08 (*Bruno u. a.*), Slg. 2010, I-5119.

künftigen Auswirkungen eines Sachverhalts, der unter einer alten Vorschrift entstanden ist, beachtlich sind. Konkret müssten die Vorgaben der Rückführungsrichtlinie zur Höchstdauer von Einreiseverboten auch für altrechtliche Einreiseverbote Anwendung finden, wenn diese nach dem Inkrafttreten der Richtlinie fort dauern⁹⁰. Das bedeutet, dass die unter altem Recht zurückgelegte Dauer des Einreiseverbots bei der Prüfung der zulässigen Höchstdauer mitberücksichtigt werden muss. Es verstosse daher gegen Art. 11 Abs. 2 der Richtlinie, die Wirkungen unbefristeter Einreiseverbote, die unter altem Recht verhängt wurden, über die in der Richtlinie vorgesehene Höchstdauer von 5 Jahren hinaus aufrechtzuerhalten - es sei denn, diese Einreiseverbote seien aus Gründen der schwerwiegenden Gefährdung der öffentlichen Ordnung oder der öffentlichen oder nationalen Sicherheit ausgesprochen worden.⁹¹

- In seinem Urteil vom 10. September 2013 in der Rs. C-383/13 (*G. und R.*) hatte sich der Gerichtshof im Zusammenhang mit einem Rückführungsverfahren nur am Rande mit der Auslegung der Rückführungsrichtlinie zu befassen. Gegenstand des Verfahrens war vielmehr die Bestimmung der Tragweite allgemeiner EU-Verfahrensvorschriften sowie von Art. 41 EU-Grundrechtecharta («Recht auf gute Verwaltung»), welche die Schweiz indessen als solche nicht binden.

Urteil zum Schengener Grenzkodex

- In seinem Urteil vom 19. Juli 2013 in der Rs. C-278/12 (*Adil*) kam der EuGH zum Ergebnis, dass die Art. 20 und 21 des Schengener Grenzkodex einer nationalen Regelung, die es den mit der Grenzüberwachung und der Kontrolle von Ausländerinnen und Ausländern beauftragten Behörden erlaubt, in einem räumlichen Gebiet von 20 km ab der Landgrenze stichprobenweise Kontrollen durchzuführen, nicht entgegenstehen. Solche Kontrollen können auch auf allgemeinen Informationen und Erfahrungen im Zusammenhang mit dem illegalen Aufenthalt von Personen an den Orten der Kontrollen beruhen. Sie können, m.a.W. auch unabhängig von einem konkreten polizeilichen Verdacht durchgeführt werden.

Urteil zum Visakodex

- In seinem Urteil vom 19. Dezember 2013 in der Rs. C-84/12 (*Koushaki*) kam der EuGH zum Ergebnis, dass die zuständigen Behörden eines Mitgliedstaats nach Abschluss der Prüfung eines Antrags auf ein einheitliches Visum dieses nur dann verweigern dürfen, wenn einer der in den einschlägigen Bestimmungen des Visakodex genannten Gründe für die Verweigerung des Visums entgegengehalten werden kann. Die betreffenden Behörden verfügen bei der Prüfung dieses Antrags jedoch über einen weiten Beurteilungsspielraum, der sich sowohl auf die Anwendungsvoraussetzungen dieser Vorschriften als auch auf die Würdigung der Tatsachen bezieht.

⁹⁰ In diesem Sinne bereits EuGH, Rs. C-357/09 PPU (*Kadzoev*), Slg. 2009, I-11189.

⁹¹ In diesem Fall kann das Einreiseverbot solange dauern, wie eine Gefährdung der genannten Schutzgüter besteht.

Urteile zur Verordnung über den kleinen Grenzverkehr

- In seinem Urteil vom 21. März 2013 zur Rs. C-254/11 (*Shomodi*) befasste sich der EuGH mit der Auslegung der Regeln zur Berechnung der Höchstdauer der Aufenthalte im Rahmen der Regelung des kleinen Grenzverkehrs. Dabei stellte der Gerichtshof fest, dass sich der Inhaber einer Grenzübergangsgenehmigung innerhalb der Grenzen der Verordnung und bestehenden bilateralen Abkommen zwischen den betroffenen Staaten im Grenzgebiet drei Monate lang frei bewegen können muss, wenn sein Aufenthalt dort nicht unterbrochen wird, und dass er nach jeder Unterbrechung seines Aufenthalts ein neues dreimonatiges Aufenthaltsrecht beanspruchen kann. Für die Schweiz ist dieses Urteil indessen nicht von praktischer Relevanz, da für sie die Verordnung über den kleinen Grenzverkehr aufgrund fehlender Landaussengrenzen gegenstandslos ist.

Urteile zur Datenschutzrichtlinie

- In seinem Urteil vom 30. Mai 2013 in der Rs. C-342/12 (*Worten*) hatte der Gerichtshof im Lichte der Datenschutzrichtlinie einen Sachverhalt zu beurteilen, der nicht schengen- bzw. dublin-relevant war und auch keine analogen Fälle im Anwendungsbereich des Schengen- bzw. Dublin/Eurodac-Besitzstands denkbar waren. In casu ging es um die Zulässigkeit der Erhebung von Arbeitszeiten, Pausen, etc. zuhanden der Behörden zwecks Überwachung der Anwendung der Regelungen über die Arbeitsbedingungen. Entsprechend hat das Urteil auch keine praktischen Auswirkungen für die Schweiz.
- Auch in seinem Urteil vom 7. November 2013 zur Rs. C-473/12 (*IPJ*) hatte der Gerichtshof im Lichte der Datenschutzrichtlinie einen Sachverhalt zu beurteilen, der nicht schengen- bzw. dublin-relevant war, so dass das Urteil für die Schweiz im Ergebnis nicht von praktischer Relevanz ist. Der Sachverhalt betraf die Tätigkeit von Privatdetektiven, die im Auftrag von Berufsverbänden Verstösse gegen die berufsständischen Regeln aufspüren sollen. Das Urteil drehte sich um die Frage, ob es gemäss Art. 13 Datenschutzrichtlinie zulässig ist, in Bezug auf solche Tätigkeiten eine Ausnahme von der Pflicht zur Unterrichtung der betroffenen Personen über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten vorzusehen, was der Gerichtshof bejaht hat.
- In seinem Urteil vom 12. Dezember 2013 in der Rs. C-486/12 (*X*) schliesslich kam der EuGH zum Schluss, dass im Rahmen der Ausübung des Auskunftsrechts über personenbezogene Daten Gebühren erhoben werden können, sofern diese nicht übermässig sind. Übermässig sei eine Gebühr dann, wenn sie ein Hindernis für die Ausübung des durch Art. 12 lit. a Datenschutzrichtlinie gewährten Auskunftsrechts darstellen könnte. Für die Schweiz ist dieses Urteil nicht von unmittelbarer praktischer Relevanz, sieht doch das DSG⁹² grundsätzlich die Kostenlosigkeit für die Auskunftserteilung über personenbezogene Daten vor (Art. 8 Abs. 5 DSG, Ausnahmen in Art. 2 VDSG⁹³).

⁹² SR 235.1

⁹³ SR 235.11

5.3.2

Neu notifizierte Vorabentscheidungsersuchen

Im Berichtszeitraum sind der Schweiz wie bereits ausgeführt 10 Vorabentscheidungsverfahren zur Stellungnahme notifiziert worden. Die Rechtssachen betreffen die folgenden Aspekte:

- Rs. C-101/13 (*U.*), notifiziert am 8. April 2013: Das Vorabentscheidungsersuchen betrifft die Auslegung der EU-Ausweisverordnung. Zu beantworten ist u.a. die Frage, ob neben dem Namen und Vornamen auch der Geburtsname als primäres oder sekundäres Identifizierungsmerkmal in Ausweisdokumenten eingetragen werden darf. Da in schweizerischen Ausweisdokumenten ausschliesslich der zivilrechtliche Name angegeben wird, hat das Verfahren keine unmittelbaren praktischen Auswirkungen für die Schweiz.
- Rs. C-158/13 (*Rajaby*), notifiziert am 16. Mai 2013: Das Vorabentscheidungsersuchen betrifft die Auslegung der humanitären Klausel der Dublin-II-Verordnung (Art. 15). Nachdem das vorlegende nationale Gericht das Vorabentscheidungsersuchen zurückgezogen hat, hat der EuGH am 25. Juni 2013 die Streichung der Rechtssache beschlossen.
- Rs. C-166/13 (*Mukarubega*), notifiziert am 8. Mai 2013: Das Vorabentscheidungsersuchen betrifft im Zusammenhang mit einem Rückführungsverfahren nicht die Auslegung der Rückführungsrichtlinie, sondern primär von allgemeinen EU-Verfahrensvorschriften sowie Art. 41 EU-Grundrechtecharta («Recht auf gute Verwaltung»). Die Schweiz ist nicht an diese Bestimmungen gebunden, weshalb das Verfahren keine praktischen Auswirkungen für die Schweiz hat.
- Rs. C-189/13 (*Da Silva*), notifiziert am 24. Mai 2013: Das Vorabentscheidungsersuchen betrifft die Frage, ob eine nationale Rechtsnorm mit der Rückführungsrichtlinie zu vereinbaren ist, wonach eine illegal eingereiste Person bereits im Vorfeld der Durchführung des Abschiebeverfahrens mit einer Haftstrafe belegt werden kann. Angesichts seiner bisherigen, klaren Rechtsprechung in diesem Bereich⁹⁴ dürfte der EuGH wahrscheinlich die Rechtswidrigkeit der nationalen Regelung feststellen.
- Rs. C-212/13 (*Rynes*), notifiziert am 30. Mai 2013: Das Vorabentscheidungsersuchen betrifft die Frage, ob ein Kamerasystem, welches zum Schutz von Privateigentum eingerichtet wurde, aber auch den öffentlichen Raum überwacht, von der Datenschutzrichtlinie erfasst wird. Mangels Schengen-Bezug des Sachverhalts hat das Verfahren keine praktischen Auswirkungen für die Schweiz.
- Rs. C-249/13 (*Boudjlida*), notifiziert am 12. Juni 2013: Das Vorabentscheidungsersuchen betrifft im Zusammenhang mit einem Rückführungsverfahren nur am Rande die Auslegung der Rückführungsrichtlinie. Vielmehr geht es um die Bestimmung der Tragweite des Anhörungsrecht nach Art. 41 EU-Grundrechtecharta, welche die Schweiz indessen als solche nicht bindet.
- Rs. C-383/13 (*G. und R.*), notifiziert am 31. Juli 2013: Das Vorabentscheidungsersuchen betrifft im Zusammenhang mit einem Rückführungsverfahren

⁹⁴ Vgl. EuGH, Rs. C-61/11 (*El Dridi*), Sgl. 2011, I-3015; EuGH, Rs. C-329/11 (*Achughbalian*), Urteil vom 6. Dezember 2011; EuGH, Rs. C-430/11 (*Sagor*), Urteil vom 6. Dezember 2012.

ren die Auslegung von EU-Verfahrensvorschriften sowie von Art. 41 EU-Grundrechtecharta. Der EuGH hat in dieser Rechtssache bereits am 10. September 2013 entschieden (vgl. hierzu o. Ziff. 5.3.1).

- Rs. C-474/13 (*Pham*), notifiziert am 9. Oktober 2013: Das Vorabentscheidungsersuchen betrifft die Auslegung von Art. 16 Abs. 1 der Rückführungsrichtlinie, wonach Administrativhäftlinge im Rahmen eines Rückkehrverfahrens in speziellen Hafteinrichtungen oder, wenn dies nicht möglich ist, jedenfalls gesondert vom gewöhnlichen Strafvollzug untergebracht werden müssen. Vor diesem Hintergrund hat der Gerichtshof die Frage zu beantworten, ob illegal aufhältige Drittstaatsangehörige zum Zwecke der Durchführung des Rückführungsverfahrens im normalen Strafvollzug (ohne Absonderung) untergebracht werden dürfen, wenn diese darin schriftlich eingewilligt haben.
- Verb. Rs. C- 473/13 und C-514/13 (*Bero und Bouzalmate*), notifiziert am 30. September 2013: Das Vorabentscheidungsersuchen betrifft ebenfalls die Auslegung von Art. 16 Abs. 1 Rückführungsrichtlinie. Konkret geht es hier um die Frage, ob in föderal strukturierten Staaten das gesamte Staatsgebiet eines Schengen-Staates zu berücksichtigen ist, um zu bestimmen, ob eine spezielle Administrativhafteinrichtung existiert, oder ob es genügt, dass im jeweiligen Gliedstaat keine solche spezifische Einrichtung besteht, um (unter Beachtung des Separierungsgebotes) eine Zuweisung des Betroffenen in eine normale Strafvollzugsanstalt vorzunehmen. Da auch in der Schweiz der Vollzug der Wegweisung und damit auch die Inhaftierung föderal-dezentral organisiert ist, ist die Antwort auf diese Vorlagefrage durchaus von praktischem Interesse für die Schweiz.
- Rs. C-554/13 (*Zh. und O.*), notifiziert am 3. Dezember 2013: Das Vorabentscheidungsersuchen betrifft die Frage, ob ein illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger bereits eine Gefahr für die öffentliche Ordnung im Sinne von Art. 7 Abs. 4 Rückführungsrichtlinie darstellt und damit sofort, d.h. ohne Einräumung einer Frist zur freiwilligen Ausreise ausgeschafft werden kann, wenn er der Begehung einer Straftat verdächtigt wird, oder ob es hierfür einer rechtskräftigen Verurteilung bedarf.

6 Vollzugserfahrungen in ausgewählten Bereichen

6.1 Aussengrenzen

6.1.1 Einreiseverweigerungen

Die Zahl der Einreiseverweigerungen an der Luftaussengrenze der Schweiz war in den Jahren 2008 bis 2013 leicht rückläufig (Total -23%). Aufgeschlüsselt auf die grossen Flughäfen mit Drittstaatsdestinationen ergibt sich folgendes Bild:

Jahr	Total	Zürich	Genf	Basel	Bern	Lugano
2008	1259	845	394	20	0	0
2009	1178	812	333	27	0	6
2010	1164	946	203	15	0	0
2011	1002	800	191	11	0	0
2012	919	745	164	8	2	0
2013	966	801	153	12	0	0

6.1.2 Schweizer Beteiligung an Frontex-Einsätzen

Die Zusammenarbeit mit der Grenzschutzagentur Frontex wurde mit Inkrafttreten der Zusatzvereinbarung am 1. August 2010 formell aufgenommen. Seit Januar 2011 ist das Framework Partnership Agreement (FPA) zwischen Frontex und dem GWK in Kraft. Damit ist es der Schweiz möglich, an konkreten Frontex-Operationen teilzunehmen und die entstehenden Einsatzkosten von der Agentur rückvergüten zu lassen. Die Schweiz beteiligt sich seit Februar 2011 aktiv an den Aktivitäten der Agentur, sei es durch Entsendung eigener bzw. Aufnahme von ausländischen Grenzbeamten in der Schweiz oder sei es durch die Teilnahme an durch Frontex koordinierten Rückführungsoperationen. Alle Frontex-Einsätze mit Schweizer Beteiligung sind sehr erfolgreich verlaufen und die gemachten Einsatzerfahrungen waren sowohl für Frontex als auch das GWK und die entsandten Mitarbeitenden wertvoll.

Im 2013 entsandte die Schweiz 42 Grenzschutzbeamte - 38 Angehörige des Grenzschutzkorps und vier Angehörige der Kantonspolizei Zürich - an Luft-, Land- und Seeoperationen von Frontex (entspricht insgesamt 1330 Einsatztagen). Die Schweiz beteiligt sich dabei aus Kompetenzgründen an Seeoperationen von Frontex nur, wenn die Schweizer auf dem Festland und nicht auf hoher See eingesetzt werden. Für 2014 sind Einsätze im etwa gleichen Rahmen geplant, wobei der Schwerpunkt auf Entsendungen an die bulgarisch-griechisch-türkische Landgrenze sowie in den Balkan gerichtet ist. Auch die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Rückführungsoperationen unter Frontex wird 2014 fortgeführt.

6.1.3 Mittelzuweisungen aus dem Aussengrenzenfonds (AGF)

Die Schweiz ist seit 2010 (rückwirkend für das Jahr 2009) am AGF beteiligt und hat somit jährlich die Möglichkeit, Fondsbeiträge zur Ko-Finanzierung von Massnahmen im Zusammenhang mit dem Schutz der Aussengrenzen zu beantragen. Das Mehrjahresprogramm 2010-2013 und das Jahresprogramm 2010 der Schweiz wurden von der Europäischen Kommission am 14. März 2011 genehmigt⁹⁵. Für das Jahr

⁹⁵ Beschluss K(2011) 1579 endg.

2010 wurde der Schweiz ein Ko-Finanzierungsbetrag von ca. EUR 4,7 Millionen⁹⁶ bereitgestellt. 50% dieses Betrags wurden von der Europäischen Kommission im Jahr 2011 als Vorfinanzierung an die Schweiz überwiesen. Den Saldo hat die Schweiz nach Genehmigung der Schlussberichterstattung über die Durchführung des Jahresprogramms 2010 im Jahr 2013 erhalten. Unter dem Jahresprogramm 2011, das am 16. August 2011 von der Europäischen Kommission genehmigt wurde⁹⁷, stehen EU-Fördermittel in Höhe von ca. 3 Millionen Euro zur Verfügung. 50% dieses Betrags hat die Europäische Kommission am 19. September 2011 als Vorfinanzierung an die Schweiz überwiesen. Die restlichen 50% wird die Schweiz vorbehaltlich Genehmigung der Schlussberichterstattung über die Durchführung des Jahresprogramms 2011 voraussichtlich im Jahr 2014 erhalten. Diese werden fast vollumfänglich für die Unterstützung der Einführung des N-VIS (Fortsetzung aus 2010; Projektnehmer: BFM) eingesetzt.

Mit Beschluss K(2011) 9883 endg.⁹⁸ sind der Schweiz für das Programmjahr 2012 Fondsmittel in der Höhe von insgesamt rund EUR 4.3 Millionen zugewiesen worden. Im Rahmen des Jahresprogrammes 2012, welches von der Europäische Kommission am 27. Februar 2012 genehmigt⁹⁹ wurde, werden diese Fondsgelder für die Unterstützung des im Rahmen der stufenweisen Umsetzung des VIS in der Schweiz laufenden Projekts N-VIS RE3 (Projektnehmer: BFM) sowie für die Entsendung von Verbindungsbeamten als Teil des europäischen ILO-Netzwerkes (BFM) eingesetzt.

Für das Programmjahr 2013, das letzte unter dem AGF, stehen der Schweiz 5,7 Millionen Euro zur Verfügung¹⁰⁰, die gemäss dem am 17. Oktober 2013 von der Europäischen Kommission genehmigten Programm¹⁰¹ zur Unterstützung der Einführung SIS II (Projektnehmer: fedpol) sowie der Erweiterung der Grenzkontrollinfrastruktur am Flughafen Zürich-Kloten (Kantonspolizei Zürich) verwendet werden.

6.2 Binnengrenzen

An den Binnengrenzen (Land- und Luftgrenzen zu anderen Schengen-Staaten) sind Personenkontrollen, die allein aufgrund des beabsichtigten oder erfolgten Grenzübertritts stattfinden, mit Schengen grundsätzlich aufgehoben worden. Mit Schengen nicht aufgehoben worden ist hingegen die Kontrolle des Warenverkehrs (insbesondere die Zollkontrolle). Die gezielte Suche nach mitgeführtem Diebesgut, Schmuggelwaren, Drogen oder Waffen bleibt damit gewährleistet. Die Durchführung einer Zollkontrolle kann situativ auch die Überprüfung der Identität einer Person erforderlich machen. Zudem sind auch unter Schengen weiterhin Personenkontrollen zulässig, soweit sie im Einzelfall polizeilich motiviert sind. Von der Kontrolltätigkeit auf der Grenze sind polizeiliche Kontrollen im Landesinneren zu unterscheiden. In diesem Rahmen nimmt das Grenzwachtkorps in Zusammenarbeit mit den zuständi-

⁹⁶ Es handelt sich dabei um die Mittelzuweisungen für das Jahr 2010 (2'378'642 Euro) sowie die Sonderzuweisungen für das Jahr 2009. Diese Beträge sind in Artikel 11 der Zusatzvereinbarung (SR 0.362.312) festgehalten.

⁹⁷ Beschluss K(2011) 5910 endg.

⁹⁸ WE Nr. 129.

⁹⁹ Beschluss K(2012) 1314 endg.

¹⁰⁰ Beschluss K(2013) 220 endg. (WE Nr. 140).

¹⁰¹ Beschluss K(2013) 6414 endg.

gen Polizeikorps der Kantone mobile Zollkontrollen und Personenkontrollen im Grenzraum und auf Zügen vor (nationale Ersatzmassnahmen). Die vom GWK im Rahmen seiner Zuständigkeiten insgesamt¹⁰² gemachten Aufgriffe in den Jahren 2010 bis 2013 sind in Anhang V aufgeführt.

6.3 Polizeiliche Zusammenarbeit

6.3.1 Polizeilicher Informationsaustausch

Dank der Schengener Zusammenarbeit findet der grenzüberschreitende polizeiliche Informationsaustausch mit sämtlichen Schengen-Staaten standardisiert statt. Dieser ist somit auch mit Staaten möglich, mit welchen die Schweiz kein bilaterales Polizeioperationsabkommen abgeschlossen hat. Schengen hat für eine Harmonisierung und Vereinfachung der Abläufe im Informationsaustausch gesorgt. Das Fundament der polizeilichen Zusammenarbeit bildet der Grundsatz, dass die Polizeidienste der Schengen-Staaten einander gegenseitig bei der Prävention und der Verfolgung von Straftaten Unterstützung leisten müssen und dass Informationen, die den Polizeibehörden eines Schengen-Staates vorliegen, den Polizeibehörden der anderen Staaten verfügbar gemacht werden.

Fedpol bearbeitete 2013 insgesamt 182'419 eingehende Meldungen¹⁰³. Ein kleinerer Teil dieser Meldungen erfolgte gestützt auf den Rahmenbeschluss 2006/960/JI¹⁰⁴ über die Vereinfachung des Austausches von Informationen und Erkenntnissen zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Schengen-Staaten. Dieser erlaubt einen schnellen und effizienten Austausch von wichtigen und dringenden polizeilichen Informationen. Die im Jahr 2013 gemachten Erfahrungen zeigen erneut, dass dieses Instrument unter den Schengen-Staaten noch besser genutzt werden könnte.

Eine besondere Art der polizeilichen Informationsbeschaffung besteht in der Nutzung der Datenbestände der grossen europäischen Datenbanken. So dürfen die zuständigen Behörden neben dem SIS (vgl. hierzu unten Ziff. 6.4) unter bestimmten Voraussetzungen auch auf das VIS oder auf Eurodac zugreifen, wenn die Abfrage Strafverfolgungszwecken dient. Für eine Bilanzierung ist es derzeit jedoch noch zu früh. So ist die Abfrage von VIS-Daten für Strafverfolgungszwecke erst seit dem 2. September 2013 überhaupt möglich (vgl. o. Ziff. 3.2.4), während entsprechende Abfragen von Eurodac nicht vor dem Zeitpunkt möglich sein werden, ab dem ein entsprechendes Zusatzabkommen mit der EU in Kraft tritt (vgl. o. Ziff. 3.3.2).

6.3.2 Grenzüberschreitende Observationen, Nacheile und kontrollierte Lieferungen

Gesuche um grenzüberschreitende Observationen, Nacheile und kontrollierte Lieferungen werden heute dank Schengen rasch, effizient, einheitlich und zentral bearbeitet. Während diese Instrumente in den bilateralen Polizeioperationsabkommen mit

¹⁰² Aufgrund des Fehlens einer nach Teilaufgaben differenzierten Statistik betreffen die Angaben allerdings die Tätigkeiten des GWK insgesamt (Personenkontrollen an Aussen-grenzen, Zollkontrollen an Binnen- und Aussengrenzen sowie nationale Ersatzmassnahmen).

¹⁰³ Im Jahr 2012 waren es 144'696 Meldungen.

¹⁰⁴ Rahmenbeschluss 2006/960/JI (WE Nr. 35), sog. «Schwedische Initiative».

Frankreich¹⁰⁵, Deutschland¹⁰⁶ und Österreich/Liechtenstein¹⁰⁷ noch detaillierter geregelt werden, können sie bei der Zusammenarbeit mit Italien erst seit der Teilnahme an Schengen überhaupt angewendet werden. 2013 koordinierte die Einsatzzentrale fedpol (EZ fedpol) insgesamt 314 operative Einsätze, davon waren 162 grenzüberschreitende Observationen, 16 grenzüberschreitende Nacheilen und 4 kontrollierte Lieferungen¹⁰⁸. Insbesondere die Observationen von und nach Frankreich und Italien wurden in enger Zusammenarbeit mit den Polizei- und Kooperationszentren (CCPD)¹⁰⁹ durchgeführt.

Die Polizeiverträge mit den Nachbarstaaten werden regelmässig auch mit Blick auf den Schengen-Besitzstand auf ihr Weiterentwicklungspotential geprüft. Da der Polizeivertrag mit Italien nicht mehr den heutigen Anforderungen genügt, namentlich auch aufgrund der Schengen-Teilnahme Italiens und der Schweiz, wurde der Vertrag einer Revision unterzogen. Der revidierte Polizeivertrag mit Italien wurde am 4. Oktober 2013 in Rom unterzeichnet. Er enthält nun insbesondere auch Bestimmungen zur Nacheile, Observation und kontrollierten Lieferung, welche sich bislang nur auf den Schengener Besitzstand abstützen konnten. Die Botschaft zu diesem Abkommen soll im Laufe des Jahres 2014 vom Bundesrat ans Parlament überwiesen werden. Auch der trilaterale Polizeivertrag mit Österreich und Liechtenstein wurde mit Hinblick auf die geänderten Modalitäten der grenzüberschreitenden Polizeizusammenarbeit aufgrund der Schengen-Teilnahme der drei Vertragsstaaten revidiert. Die Botschaft zum Abkommen, welches am 4. Juni 2012 in Vaduz unterzeichnet werden konnte, befindet sich derzeit in der parlamentarischen Genehmigung. Der Vertrag sollte im Herbst 2014 in Kraft treten.

6.4 SIS/SIRENE

Das SIRENE-Büro der Schweiz ist der Einsatzzentrale fedpol angegliedert. Es tauscht als schweizerische Zentralstelle bei SIS-Fahndungen sämtliche Zusatzinformationen (im Zusammenhang mit Treffern ausländischer Fahndungen in der Schweiz oder schweizerischer Fahndungen im Ausland) mit den betroffenen SIRENE-Büros der anderen Schengen-Staaten aus.

Neben den insgesamt 7'385 effektiven Treffern in der Schweiz bei Personen- oder Sachfahndungen (2012: 8'260) lösten zusätzliche 2'125 Treffermeldungen Abklärungen und Identifizierungen aus (2012: 1'381), bei denen es sich jedoch letztlich

¹⁰⁵ Abkommen vom 9. Oktober 2007 zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Französischen Republik über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Justiz-, Polizei- und Zollsachen, SR **0.360.349.1**.

¹⁰⁶ Vertrag vom 27. April 1999 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland über die grenzüberschreitende polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit (Schweizerisch-deutscher Polizeivertrag), SR **0.360.136.1**.

¹⁰⁷ Vertrag vom 27. April 1999 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Sicherheits- und Zollbehörden, SR **0.360.163.1**.

¹⁰⁸ Im Vergleich dazu koordinierte die EZ 2012 insgesamt 288 operative Einsätze, wovon 167 grenzüberschreitende Observationen waren.

¹⁰⁹ Das SDÜ fördert die Einrichtung von CCPD's. Die Schweiz unterhält mit Italien in Chiasso und mit Frankreich in Genf je ein solches Zentrum. Die beiden CCPD's bearbeiteten im Jahr 2012 insgesamt über 24'000 Meldungen. Die CCPD's unterstützen die Schweizer Polizei- und Strafverfolgungsbehörden bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität.

nicht um die gesuchte Sache bzw. Person handelte. Solche Verifikationen generieren bei Sach- und Personenfahndungen jeweils einen grossen Aufwand. Die Differenz lässt sich am Beispiel einer Personenfahndung erklären: Im SIS wird eine Person mit Name, Vorname und weiteren Angaben ausgeschrieben. Bei einer Treffermeldung muss jeweils zuerst geprüft werden, ob es sich wirklich um die im SIS ausgeschriebene Person handelt. Es gibt immer wieder Fälle, bei denen diese Identifizierungsarbeiten schliesslich ergeben, dass es sich um eine andere als die gesuchte Person handelt. Bei Personenfahndungen müssen diese Abklärungen innert weniger Stunden durchgeführt werden, um eine zu Unrecht angehaltene Person möglichst schnell wieder entlassen zu können. Das SIRENE-Büro tätigt diese Abklärungen zum Beispiel mithilfe von Fingerabdrücken, die rund um die Uhr bei den ausländischen SIRENE-Büros eingeholt werden können.

Das SIRENE-Büro bearbeitete im 2013 zudem 3'513 (2012: 3'335) Treffermeldungen im Ausland basierend auf Schweizer Fahndungen.

2013 wurden wie im Vorjahr durchschnittlich 35 In- und Auslandtreffermeldungen pro Tag bearbeitet. Im Vergleich zum Jahr 2012 gab es im 2013 bei den ausländischen Fahndungen in der Schweiz 3% weniger Treffer, bei den Schweizer Fahndungen im Ausland hingegen betrug die Zunahme 6%. Die Abnahme der Treffer auf ausländische Fahndungen hängt u.a. mit der Migration auf das SIS II zusammen, da aufgrund der gestaffelten technischen Umsetzung der einzelnen Schengen-Staaten in den ersten Monaten weniger neue Fahndungen erfasst wurden.

Insgesamt gingen 2013 vom Ausland 40'916 Informationen mit standardisierten Formularen ein (2012: 56'538), 18'559 wurden ins Ausland verschickt (2012: 17'194). Die Abnahme der Eingänge ist primär aufgrund einer prozessualen Strafung auf weniger Formulare bzw. mehr Inhalt in den einzelnen Formularen zu erklären, welche mit dem SIS II zum Tragen kam.

Eine Übersicht über die SIS-Treffer (nach Jahren und Kategorien) kann der nachstehenden Tabelle entnommen werden:

	2013		2012		2011		2010	
Datenkategorie	Inland	Ausland	Inland	Ausland	Inland	Ausland	Inland	Ausland
Festnahme zwecks Auslieferungen	279	200	270	173	185	107	216	95
Einreisesperre	1966	2382	3'801	2'147	3690	1850	2907	1960
Vermisste	297	56	251	59	213	20	235	18
Von der Justiz Gesuchte (z.B. Zeugen)	1405	46	1'133	26	1082	3	952	5
Verdeckte Registrierung	1615	224	1'646	143	1044	20	766	1
Sachen (Fahrzeuge und Ausweise)	1823	605	1'159	787	1304	273	1246	286
Total	7385	3513	8'260	3'335	7518	2273	6322	2365

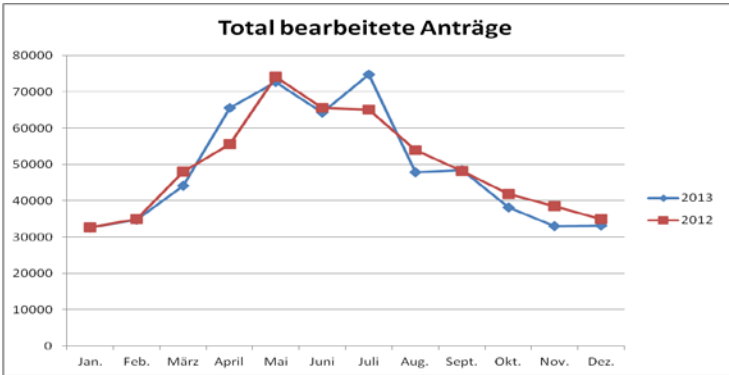
Anzumerken ist in diesem Zusammenhang ausserdem, dass die bei fedpol eingereichten Auskunftsgesuche über gespeicherte persönliche Daten im SIS sehr komplex und in ihrer Anzahl weiterhin sehr hoch sind. Im Jahr 2013 wurden 363 Gesuche durch den Rechtsdienst fedpol in Zusammenarbeit mit dem SIRENE-Büro bearbeitet (2012: 353).

6.5 Visazusammenarbeit

Die Schweiz ist seit 12. Dezember 2008 in die Schengener Visazusammenarbeit eingebunden. Seit diesem Zeitpunkt stellt die Schweiz Schengen-Visa aus und sind von anderen Schengen-Staaten ausgestellte Schengen-Visa auch für Kurzaufenthalte (Aufenthalte von max. 90 Tagen innerhalb eines Zeitraums von 180 Tagen) in der Schweiz gültig. Seit der Beteiligung an Schengen hat die Gesamtzahl der von der Schweiz ausgestellten Visa im Vergleich zu vorher abgenommen, auch wenn in den letzten Jahren wieder eine Zunahme festzustellen ist¹¹⁰. Im Jahr 2013 wurden 488'856 Schengen-Visa ausgestellt¹¹¹. Die genauen Zahlen für das Jahr 2013 ergeben sich aus der folgenden Tabelle:

Bearbeitete Visaanträge Jahr 2013

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Total
Total bearbeitete Anträge	32703	34696	44101	65546	72744	64271	74758	47801	48524	38148	33050	33114	590058
Bewilligte Anträge	30232	32096	41405	61719	68295	60140	70680	45057	45904	35546	30280	30568	551071
davon Schengen-Visa	25609	28027	37045	57514	63914	54894	61681	38422	40615	30988	26753	24430	488856
davon territorial beschränkte Visa	2819	2530	2520	2546	2905	2226	1853	1712	2150	3035	2746	3575	30550
davon nationale Visa	4623	4069	4360	4205	4381	5516	8999	6635	5289	4558	3527	6138	62215
Verweigerte Anträge	1949	2072	1973	2695	3191	2758	2862	2020	1933	1858	2215	1991	28221



¹¹⁰ 648'898 (2008); 356'527 (2009); 379'716 (2010); 495'262 (2011).

¹¹¹ Diese Zahl schliesst auch die Schengen-Visa mit ein, welche von den kantonalen Migrationsämtern, den Grenzkontrollbehörden, dem BFM und dem EDA ausgestellt wurden. Der grösste Teil der Schengen-Visa wird allerdings von den Schweizer Konsularbehörden erteilt.

Die Einführung des VIS im Oktober 2011 kann weiterhin als positiv gewertet werden. Die Zusammenarbeit zwischen den nationalen VIS der Schengen-Staaten und dem Zentralsystem (C-VIS) der Europäischen Kommission funktioniert. Zwischen dem 11. Oktober 2011 und dem 31. Dezember 2013 hat die Schweiz über 157'000 Visumanträge im VIS angelegt und bearbeitet. Alle Schengen-Staaten gemeinsam haben bis zum 31. Oktober 2013 über das VIS bereits 5 Mio. Visagesuche abgewickelt.

Im Rahmen des Visumverfahrens haben die Schengen-Staaten die Möglichkeit, die Erteilung eines Schengen-Visums durch einen anderen Schengen-Staat in bestimmten Fällen von ihrer vorgängigen Zustimmung abhängig zu machen. Zu diesem Zweck ist ein automatisierter Konsultationsmechanismus eingerichtet worden. Wird die Zustimmung verweigert oder ist die Person im SIS zur Einreiseverweigerung ausgeschrieben, so darf der zuständige Schengen-Staat kein Schengen-Visum ausstellen. Er ist in diesen Fällen jedoch unter engen Voraussetzungen¹¹² befugt, ein auf sein Hoheitsgebiet beschränktes Schengen-Visum auszustellen. Die Anzahl der im Jahr 2013 an die Schweiz gerichteten und von der Fachstelle VISION im BFM verarbeiteten Konsultationsanfragen ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.

Eingehende Konsultationen 2013

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Total
Total überprüfte Anfragen	24025	25267	24637	29405	36602	33723	36027	31625	34269	30013	25773	23396	354762
Bewilligte Anfragen	23991	25240	24603	29356	36522	33635	35978	31573	34212	29971	25724	23360	354165
Verweigerte Anfragen	28	21	23	28	55	41	29	47	38	32	27	29	398
Meldungen Territorial beschränkte Visa	11650	8040	10476	12421	15056	18239	19478	12119	11234	11113	10406	7809	148041
Verarbeitete Anträge in Vertretung	6	6	11	21	25	47	20	5	19	10	22	7	199
Gemeldete Visa	5724	6615	9213	18518	31056	28375	29166	15311	17467	10587	9984	10343	192359

Die Anzahl der im Rahmen des Visumverfahrens durch die Schweiz ausgelösten Konsultationen anderer Schengen-Staaten sind aus nachfolgender Tabelle zu entnehmen:

Ausgehende Konsultationen 2013

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Total
Total zugestellte Anträge	3493	3826	4402	6240	7973	7147	7667	5094	5617	4043	3601	3187	62290
Bewilligte Anträge	3490	3823	4380	6217	7953	7131	7652	5080	5611	4036	3588	3162	62123
Verweigerte Anträge	2	3	20	15	12	12	7	5	4	4	12	20	116
Territorial beschränkte Visa	677	583	545	575	934	666	498	441	803	1394	819	946	8881
Gemeldete Visa	17004	20383	26683	46196	51538	42118	41340	26182	25803	21356	18536	17768	354907
Verarbeitete Anträge in Vertretung	1	0	2	8	8	4	8	9	2	3	1	5	51

¹¹² Namentlich ein überwiegendes nationales Interesse oder humanitäre Gründe. Die Schweizer Vertretungen greifen indessen sehr zurückhaltend (2009: 1'051; 2010: 2'585) und immer in Absprache mit der Zentrale auf dieses Instrument zurück. In den meisten Fällen handelt es sich dabei um Visa für Personen, die internationale Organisationen in Genf besuchen.

Die Schweiz hat mit 12 Schengen-Staaten Visa-Vertretungsvereinbarungen abgeschlossen (Stand: 28.2.2014; zu Einzelheiten vgl. Ziff. 2.2.1). Diese stellen ein wichtiges aussenpolitisches Instrument dar und werden von den Beteiligten geschätzt. Der Vollzug erfolgt ohne nennenswerte Probleme.

6.6 Rückführungen

Im Bereich Rückführungen ist die Zusammenarbeit mit Frontex von Bedeutung, welche die Schengen-Staaten bei der Organisation von Rückführungen auf dem Luftweg unterstützt¹¹³. Als Plattform für den Informationsaustausch zur Organisation von Sammelflügen dient das internetbasierte Informationsnetzwerk VOSS¹¹⁴ (ehemals ICONet). Der Hauptnutzen der von Frontex koordiniert durchgeführten Sammelflügen liegt in einer spürbaren Kostenersparnis. Zudem können im Rahmen von Sammelflügen dank grösserer Auslastung auch «teure» Destinationen (z.B. Asien) angefliegen werden. Das BFM nimmt regelmässig und soweit als möglich an den Gefässen zur Planung, strategischen Ausrichtung und Evaluation von gemeinsamen Rückführungsaktionen auf europäischer Ebene teil. Das Potenzial, welches das Instrument Frontex bietet, schöpft die Schweiz allerdings bislang nicht voll aus. Einschränkungen für eine Teilnahme der Schweiz an EU-Sammelflügen bilden die unterschiedlichen Rückkehrsysteme. Auf EU-Sammelflügen werden Personen unabhängig ihrer Reisewilligkeit polizeilich begleitet zurückgeführt. Das schweizerische Rückkehrsystem sieht jedoch ein Stufenmodell vor, welches primär die freiwillige Ausreise fördert. Ein Sonderflug ist das letzte Zwangsmittel im Sinne einer Ultima Ratio. Dies birgt insofern Risiken, als dass auf einem EU-Sammelflug die meisten Personen ohne Fesselung zurückgeführt werden, im Gegensatz zu den Sonderflügen der Schweiz, welche als Risikoflüge deklariert werden. Die Einschränkungen basieren insbesondere auf der Umsetzung des Massnahmenkataloges der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD).

Zwischen Januar 2008 und Ende 2009 hat sich die Schweiz insgesamt an acht EU-Sammelflügen beteiligt und 61 Personen zurückgeführt. Nachdem die Schweiz im Jahr 2010 an keinem EU-Sammelflug teilgenommen hatte, beteiligte sie sich im Jahr 2011 an neun EU-Sammelflügen. Dadurch konnten insgesamt 32 Personen zurückgeführt werden. Im Jahr 2012 beteiligte sich die Schweiz an drei EU-Sammelflügen nach Jerewan und Tiflis. Insgesamt wurden dabei 6 Personen in ihre Heimatstaaten zurückgeführt. 2013 beteiligte sich die Schweiz ebenfalls an drei EU-Sammelflügen, mit denen eine Person nach Islamabad, zwei Personen nach Kiew und drei Personen nach Tiflis zurückgeführt wurden. Im laufenden Jahr gab es bis dato noch keine Schweizer Beteiligung an einem europäischen Sammelflug. Die über die Informationsplattform FOSS angebotenen Kapazitäten bei geplanten gemeinsamen Rückführungsoperationen werden vom BFM laufend beobachtet und die Teilnahme der Schweiz nach dem Opportunitätsprinzip und unter Berücksichtigung kantonspolizeilicher Personalressourcen sichergestellt.

¹¹³ Vgl. Art. 9 Abs. 2 FRONTEX-Verordnung (WE Nr. 1).

¹¹⁴ Entscheidung 2005/267/EG (WE Nr. 5).

6.7

Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen

Insgesamt kann die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen auch seit der Einführung von Schengen in der Praxis als gut bewertet werden. Das BJ ist federführend für alle Formen der Zusammenarbeit in diesem Bereich (namentlich betreffend Ausschreibungen zur Festnahme zwecks Auslieferung sowie Massnahmen im Hinblick auf akzessorische Rechtshilfe).

Die Erfahrungswerte in diesem Bereich lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- *Auslieferung*: Im Jahr 2013 hat die Schweiz aus dem Ausland via SIS 16'930 Fahndungsersuchen erhalten. Das entspricht einem SIS-Anteil von 85% an allen eingehenden derartigen Ersuchen. Diese führten hierzulande zu 279 Treffern (sog. Hits). Im gleichen Zeitraum hat die Schweiz insgesamt 200 Fahndungsersuchen via SIS an das Ausland verbreitet, was einem Anteil von gut 90% aller schweizerischen Ausschreibungen zur Festnahme zwecks Auslieferung entspricht. Parallel zur Verbreitung von Ausschreibungen im SIS wird die grosse Mehrheit der gesuchten Personen weiterhin ebenfalls via Interpol ausgeschrieben.
- *Akzessorische Rechtshilfe*: Schengen hat im Bereich der akzessorischen Rechtshilfe den direkten Verkehr zwischen den Strafverfolgungsbehörden zum Regelfall gemacht. In der Schweiz spielen die kantonalen Staatsanwaltschaften beim Stellen und Erledigen derartiger Ersuchen eine überaus wichtige Rolle. Daher fehlen verlässliche statistische Daten auf Bundesebene.

6.8

Dublin

6.8.1

Verfahren zur Überstellung in den zuständigen Dublin-Staat

In der Zeitspanne vom 12. Dezember 2008 (Anwendungsbeginn des DAA) bis zum 31. Dezember 2013 wurden in der Schweiz insgesamt 98'139 Asylgesuche eingereicht. Die im selben Zeitraum gestellten und erhaltenen Ersuchen um Aufnahme bzw. Wiederaufnahme ergeben sich aus folgenden Tabellen:

Übernahmeersuchen der Schweiz an andere Dublin-Staaten

	Übernahmeersuchen	Gutheissungen	Ablehnungen	Überstellungen
2009	6'041	4'590	865	1'904
2010	5'994	5'095	853	2'722
2011	9'347	7'014	1'587	3'621
2012	11'029	9'328	1'876	4'637
2013	9'679	7'592	1'658	4'165
Total	42'090	33'619	6'839	17'049

Übernahmeersuchen anderer Dublin-Staaten an die Schweiz

	Übernahmeersuchen	Gutheissungen	Ablehnungen	Überstellungen
2009	605	452	133	195
2010	1'327	797	514	481
2011	1'611	907	673	482
2012	2'342	1'186	1'110	574
2013	3'672	1'819	1'859	751
Total	9'557	5'161	4'289	2'483

Die Zusammenarbeit mit den Dublin-Staaten funktioniert gut. Gestützt auf das DAA konnte die Schweiz bisher deutlich mehr Personen in andere Dublin-Staaten überstellen, als sie selbst übernehmen musste. Im Jahr 2013 war allerdings festzustellen, dass das Verhältnis weniger deutlich ausfiel als in den Vorjahren. Während die Zahl der Überstellungen aus der Schweiz in andere Dublin-Staaten gegenüber 2012 von 4637 um 10% gesunken ist, stieg die Zahl der Überstellungen in die Schweiz um 31% (2012: 574 Überstellungen in die Schweiz) an. Auf zehn Personen, die an die Schweiz überstellt wurden, kommen somit 55 Personen, welche die Schweiz an andere Länder überstellen konnte. Die Erfahrungen sind somit positiv, wobei zur Situation in einzelnen Staaten (GR, IT, BG) Folgendes festgehalten werden kann:

- *Griechenland:* Angesichts der nach wie vor schlechten migrationspolitischen Situation in Griechenland und im Einklang mit den Urteilen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte vom 21. Januar 2011¹¹⁵, des Bundesverwaltungsgerichts vom 16. August 2011¹¹⁶ und des EuGH vom 21. Dezember 2011¹¹⁷ verzichtet die Schweiz – ebenso wie die anderen Dublin-Staaten – seit dem 26. Januar 2011 bis auf Weiteres grundsätzlich darauf, Griechenland um die Aufnahme von Asylbewerbern zu ersuchen. Griechenland hat im August 2012 einen nationalen Aktionsplan erarbeitet, mit Hilfe dessen den Herausforderungen im Bereich Asyl und Migration entgegentreten werden soll. Seit April 2011 unterstützt das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen EASO¹¹⁸ Griechenland u.a. mit der Entsendung von *Asylum Support Teams*. EASO hat auf Antrag Griechenlands entschieden, das Land bis Ende 2014 auf Grundlage eines revidierten Aktionsplans weiter zu unterstützen.
- *Italien:* Den Grossteil aller Dublin-Verfahren führt die Schweiz mit Italien durch (2013: 55% aller Dublin-Verfahren). Die Zusammenarbeit mit den zuständigen italienischen Behörden funktioniert gut. Die Dublin-Einheiten des BFM stehen in regelmässigem Kontakt mit der italienischen Dublin-Einheit, um Missverständnisse und Schwierigkeiten auszuräumen. Seit 2012 hat das

¹¹⁵ Urteil des EGMR vom 21. Januar 2011 i.S. M.S.S./Belgien und Griechenland.

¹¹⁶ Urteil des BVGer vom 16. August 2011, D-2076/2010.

¹¹⁷ Urteil des EuGH vom 21. Dezember 2011, verbundene Rs. C-411/10 und C-493/10.

¹¹⁸ EASO, kurz für «European Asylum Support Office» ist eine selbständige und unabhängige Facheinrichtung der Europäischen Union mit Rechtspersönlichkeit, die durch die Verordnung (EU) Nr. 439/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates gegründet wurde. EASO ist ein wichtiger Teil des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Der Sitz des EASO befindet sich in Valletta (Malta).

BFM zudem eine Schweizer Verbindungsperson im italienischen Innenministerium stationiert (siehe o. Ziff. 2.2.2).

- *Bulgarien*: In Bulgarien stieg die Anzahl der Ersuchen um internationalen Schutz im Jahr 2013 u.a. aufgrund der Situation in Syrien sowie der Verschiebung von Migrationsströmen von der griechisch-türkischen an die bulgarisch-türkische Grenze stark an. Die bulgarischen Behörden haben verschiedene Massnahmen ergriffen und erhalten Unterstützung von EU Organen und NGO, um die Herausforderungen im Asylverfahren sowie der Unterbringung zu bewältigen. Die Schweiz beobachtet die Lage in Bulgarien aufmerksam. Im Dublin-Verfahren wird jeder Fall einer Überstellung individuell geprüft. Das gemäss EMRK-Rechtsprechung zu klärende «real risk» wird damit im Einzelfall beurteilt. Bis auf Weiteres wird zudem bei Personen mit besonderem Schutzbedürfnis von der Überstellung nach Bulgarien abgesehen. Das BVGer hat aber die grundsätzlich Zulässigkeit von Überstellungen nach Bulgarien in zwei Urteilen vom 11. Februar 2014 bestätigt.¹¹⁹

6.8.2 Nutzung des VIS für die Zwecke des Dublin-Verfahrens

Die VIS-Verordnung (WE Nr. 88) bietet den Schengen-Staaten die Möglichkeit, im Rahmen des Asylverfahrens die Fingerabdrücke von Asylbewerbern im VIS zu überprüfen. Als einer der ersten Schengen-Staaten macht die Schweiz seit dem 12. Dezember 2012 von dieser Möglichkeit Gebrauch. Mit Hilfe dieses Fingerabdruckvergleichs wird überprüft, ob der Gesuchsteller vor seiner Asylgesuchstellung in der Schweiz bei einem anderen Schengen-Staat ein Visagesuch eingereicht hat. Unter bestimmten Umständen kann beim Vorliegen einer Treffermeldung (Hit) die Dublin-Zuständigkeit eines anderen Staates begründet werden. Des Weiteren helfen Angaben zu Personalien und Identitätspapieren bei der Identifizierung der Person und erlauben Rückschlüsse auf den tatsächlichen Aufenthaltsort vor der Einreise in die Schweiz. 2013 wurden 946 Treffer im VIS erzielt. Bei 483 Personen handelt es sich dabei um potentielle Dublin-Fälle.

¹¹⁹ E-595/2014 respektive E-597/2014

Liste der notifizierten Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands

Stand: 28. Februar 2014

Die Weiterentwicklungen Nr. 1 bis 49 entsprechen den Rechtsakten, die der Schweiz zwischen dem Zeitpunkt der Unterzeichnung und dem Inkrafttreten des SAA notifiziert wurden. Die übrigen Rechtsakte (WE Nr. 50 bis 153) sind der Schweiz nach Inkrafttreten des SAA notifiziert worden.¹²⁰ Weiterentwicklungen, die inzwischen obsolet geworden sind, sind *kursiv* wiedergegeben.

1	Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 des Rates vom 26. Oktober 2004 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Aussengrenzen der Mitgliedstaaten der EU [FRONTEX-Verordnung]
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 349 vom 25.11.2004, S. 1
<i>Verfahren:</i>	Modell 3 (Art. 7 Abs. 2 Bst. b SAA: Übernahme unter Vorbehalt der Genehmigung durch Parlament) Notenaustausch vom 28. März 2008 (SR 0.362.380.018), in Kraft seit 1. August 2010
<i>Geändert durch:</i>	Verordnung (EG) Nr. 863/2007 [WE Nr. 37]; Verordnung (EG) Nr. 1168/2011 [WE Nr. 128]; Verordnung (EG) Nr. 1052/2013 [WE Nr. 152].
<i>Zusatzvereinbarung:</i>	Zusatzvereinbarung vom 30. September 2009 (SR 0.362.313), in Kraft seit 1. August 2010.
2	Verordnung (EG) Nr. 2252/2004 des Rates vom 13. Dezember 2004 über Normen für Sicherheitsmerkmale und biometrische Daten in von den Mitgliedstaaten ausgestellten Pässen und Reisedokumenten
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 385 vom 29.12.2004, S. 1
<i>Verfahren:</i>	Modell 3 (Art. 7 Abs. 2 Bst. b SAA: Übernahme unter Vorbehalt der Genehmigung durch Parlament) Notenaustausch vom 28. März 2008 (SR 0.362.380.021), in Kraft seit 26. Oktober 2009
<i>Geändert durch:</i>	Verordnung (EG) Nr. 444/2009 [WE Nr. 86].
<i>Durchgeführt durch:</i>	Entscheidung K(2005) 409 endg. [WE Nr. 8]; Entscheidung K(2006) 2909 endg. [WE Nr. 16], geändert durch Beschluss K(2011) 5499 endg. [WE Nr. 123] und Durchführungsbeschluss K(2013) 6181 endg. [WE Nr. 147]; sowie Entscheidung K(2008) 8657 [WE Nr. 68], geändert durch Entscheidung K(2009) 7476 [WE Nr. 91] und Durchführungsbeschluss K(2013) 6181 endg. [WE Nr. 147].

¹²⁰ Eine Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands (Nr. 126) ist gleichzeitig eine Weiterentwicklung des Dublin/Eurodac-Besitzstands. Weitere Weiterentwicklungen des Dublin/Eurodac-Besitzstands finden sich in Anhang II.

3	Verordnung (EG) Nr. 2133/2004 des Rates vom 13. Dezember 2004 zur Verpflichtung der zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten zum systematischen Abstempeln der Reisedokumente von Drittländern beim Überschreiten der Außengrenzen der Mitgliedstaaten und zur diesbezüglichen Änderung der Bestimmungen des Schengener Durchführungsübereinkommens und des Gemeinsamen Handbuchs
Fundstelle:	ABl. L 369 vom 16.12.2004, S. 5
Verfahren:	Modell 1 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: blosse Kenntnisnahme) Diplomatische Note vom 28. März 2008
Aufgehoben durch:	Verordnung (EG) Nr. 562/2006 [WE Nr. 14]
4	Beschluss 2005/211/JI des Rates vom 24. Februar 2005 über die Einführung neuer Funktionen für das Schengener Informationssystem, auch im Hinblick auf die Terrorismusbekämpfung
Fundstelle:	ABl. L 68 vom 15.3.2005, S. 44; berichtigt in ABl. L 252 vom 27.9.2007, S. 7
Verfahren:	Modell 3 (Art. 7 Abs. 2 Bst. b SAA: Übernahme unter Vorbehalt der Genehmigung durch Parlament) Notenaustausch vom 28. März 2008 (SR 0.362.380.005), in Kraft seit 17. Oktober 2008
Aufgehoben durch:	Beschluss 2007/533/JI [WE Nr. 42]
5	Entscheidung 2005/267/EG des Rates vom 16. März 2005 zur Einrichtung eines sicheren web-gestützten Informations- und Koordinierungsnetzes für die Migrationsbehörden der Mitgliedstaaten
Fundstelle:	ABl. L 83 vom 1.4.2005, S. 48
Verfahren:	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 28. März 2008 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 28. März 2008
Durchgeführt durch:	Entscheidung K(2005) 5159 endg. [WE Nr. 32]
6	Verordnung (EG) Nr. 851/2005 des Rates vom 2. Juni 2005 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind in Bezug auf den Gegenseitigkeitsmechanismus
Fundstelle:	ABl. L 141 vom 4.6.2005, S. 3
Verfahren:	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 28. März 2008 (SR 0.362.380.001), in Kraft seit 28. März 2008
7	Beschluss 2005/451/JI des Rates vom 13. Juni 2005 zur Festlegung des Beginns der Anwendung einiger Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 871/2004 über die Einführung neuer Funktionen für das Schengener Informationssystem, auch im Hinblick auf die Terrorismusbekämpfung
Fundstelle:	ABl. L 158 vom 21.6.2005, S. 26
Verfahren:	Modell 1 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: blosse Kenntnisnahme) Diplomatische Note vom 28. März 2008
Aufgehoben durch:	Verordnung (EG) Nr. 1987/2006 [WE Nr. 28]

8	Entscheidung K(2005) 409 endg. der Kommission vom 28. Februar 2005 über die technischen Spezifikationen zu Normen für Sicherheitsmerkmale und biometrische Daten in von den Mitgliedstaaten ausgestellten Pässen und Reisedokumenten
<i>Fundstelle:</i>	Nicht zur Veröffentlichung im ABL. bestimmt
<i>Verfahren:</i>	Modell 3 (Art. 7 Abs. 2 Bst. b SAA: Übernahme unter Vorbehalt der Genehmigung durch Parlament) Notenaustausch vom 28. März 2008 (SR 0.362.380.022), in Kraft seit 26. Oktober 2009
9	Verordnung (EG) Nr. 1160/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 2005 zur Änderung des Übereinkommens zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen hinsichtlich des Zugangs der in den Mitgliedstaaten für die Ausstellung von Zulassungsbescheinigungen für Fahrzeuge zuständigen Stellen zum Schengener Informationssystem
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 191 vom 22.7.2005, S. 18
<i>Verfahren:</i>	Modell 3 (Art. 7 Abs. 2 Bst. b SAA: Übernahme unter Vorbehalt der Genehmigung durch Parlament) Notenaustausch vom 28. März 2008 (SR 0.362.380.006), in Kraft seit 17. Oktober 2008 wurde mit Übergang zum SIS II <i>obsolet</i>
10a	Beschluss 2005/719/JI des Rates vom 12. Oktober 2005 zur Festlegung des Beginns der Anwendung einiger Bestimmungen des Beschlusses 2005/211/JI über die Einführung neuer Funktionen für das Schengener Informationssystem, auch für die Terrorismusbekämpfung
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 271 vom 15.10.2005, S. 54
<i>Verfahren:</i>	Modell 1 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: blosse Kenntnisnahme) Diplomatische Note vom 28. März 2008
<i>Aufgehoben durch:</i>	Beschluss 2007/533/JI [WE Nr. 42]
10b	Beschluss 2005/727/JI des Rates vom 12. Oktober 2005 zur Festlegung des Beginns der Anwendung einiger Bestimmungen des Beschlusses 2005/211/JI über die Einführung neuer Funktionen für das Schengener Informationssystem, auch für die Terrorismusbekämpfung
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 273 vom 19.10.2005, S. 25
<i>Verfahren:</i>	Modell 1 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: blosse Kenntnisnahme) Diplomatische Note vom 28. März 2008
<i>Aufgehoben durch:</i>	Beschluss 2007/533/JI [WE Nr. 42]
10c	Beschluss 2005/728/JI des Rates vom 12. Oktober 2005 zur Festlegung des Beginns der Anwendung einiger Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 871/2004 über die Einführung neuer Funktionen für das Schengener Informationssystem, auch im Hinblick auf die Terrorismusbekämpfung
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 273 vom 19.10.2005, S. 26
<i>Verfahren:</i>	Modell 1 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: blosse Kenntnisnahme) Diplomatische Note vom 28. März 2008
<i>Aufgehoben durch:</i>	Verordnung (EG) Nr. 1987/2006 [WE Nr. 28]

11	Rechenschaftsbericht zur Haushaltsführung in Bezug auf die Einrichtung und den Betrieb des C.SIS für 2004
<i>Fundstelle:</i>	Nicht zur Veröffentlichung im ABL. bestimmt
<i>Verfahren:</i>	Modell 1 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: blosse Kenntnisnahme) Diplomatische Note vom 28. März 2008
12	Verordnung (EG) Nr. 2046/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2005 über Massnahmen zur Erleichterung der Verfahren zur Beantragung und Erteilung von Visa für die Mitglieder der olympischen Familie, die an den Olympischen und/oder Paraolympischen Winterspielen 2006 in Turin teilnehmen
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 334 vom 20.12.2005, S. 1
<i>Verfahren:</i>	Modell 1 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: blosse Kenntnisnahme) Diplomatische Note vom 28. März 2008 <i>obsolet</i> (auf die Dauer der Spiele befristet)
13	Empfehlung 2005/761/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. September 2005 zur Erleichterung der Ausstellung einheitlicher Visa durch die Mitgliedstaaten für den kurzfristigen Aufenthalt an Forscher aus Drittstaaten, die sich zu Forschungszwecken innerhalb der Gemeinschaft bewegen
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 289 vom 3.11.2005, S. 23
<i>Verfahren:</i>	Modell 1 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: blosse Kenntnisnahme) Diplomatische Note vom 28. März 2008
14	Verordnung (EG) Nr. 562/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex)
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 105 vom 13.4.2006, S. 1
<i>Verfahren:</i>	Modell 3 (Art. 7 Abs. 2 Bst. b SAA: Übernahme unter Vorbehalt der Genehmigung durch Parlament) Notenaustausch vom 28. März 2008 (SR 0.362.380.010), in Kraft seit 17. Oktober 2008
<i>Geändert durch:</i>	Verordnung (EG) Nr. 296/2008 [WE Nr. 69]; Verordnung (EG) Nr. 81/2009 [WE Nr. 80]; Verordnung (EG) Nr. 810/2009 [WE Nr. 88]; Verordnung (EU) Nr. 265/2010 [WE Nr. 105]; Verordnung (EU) Nr. 610/2013 [Notif. 144]; sowie Verordnung (EU) Nr. 1051/2013 [Notif. 151].
<i>Durchgeführt durch:</i>	Beschluss 2010/252/EU [WE Nr. 107]
15a	Beschluss 2006/228/JI des Rates vom 9. März 2006 zur Festlegung des Beginns der Anwendung einiger Bestimmungen des Beschlusses 2005/211/JI über die Einführung neuer Funktionen für das Schengener Informationssystem, auch im Hinblick auf die Terrorismusbekämpfung
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 81 vom 18.3.2006, S. 45
<i>Verfahren:</i>	Modell 1 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: blosse Kenntnisnahme) Diplomatische Note vom 28. März 2008
<i>Aufgehoben durch:</i>	Beschluss 2007/533/JI [WE Nr. 42] <i>aufgehoben</i>

15b	Beschluss 2006/229/JI des Rates vom 9. März 2006 zur Festlegung des Beginns der Anwendung einiger Bestimmungen des Beschlusses 2005/211/JI über die Einführung neuer Funktionen für das Schengener Informationssystem, auch im Hinblick auf die Terrorismusbekämpfung
Fundstelle:	ABl. L 81 vom 18.3.2006, S. 46
Verfahren:	Modell 1 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: blosse Kenntnisnahme) Diplomatische Note vom 28. März 2008
Aufgehoben durch:	Beschluss 2007/533/JI [WE Nr. 42]
16	Entscheidung K(2006)2909 endg. der Kommission vom 28 Juni 2006 über die technischen Spezifikationen der Normen für Sicherheitsmerkmale und biometrische Daten in von den Mitgliedstaaten ausgestellten Pässen und Reisedokumenten
Fundstelle:	Nicht zur Veröffentlichung im ABl. bestimmt
Verfahren:	Modell 3 (Art. 7 Abs. 2 Bst. b SAA: Übernahme unter Vorbehalt der Genehmigung durch Parlament) Notenaustausch vom 28. März 2008 (SR 0.362.380.023), in Kraft seit 26. Oktober 2009
Geändert durch:	Beschluss K(2011) 5499 endg. [WE Nr. 123]; Durchführungsbeschluss K(2013) 6181 endg. [WE Nr. 147].
17	Entscheidung 2006/440/EG des Rates vom 1. Juni 2006 zur Änderung der Anlage 12 der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion sowie der Anlage 14a des Gemeinsamen Handbuchs betreffend die den Verwaltungskosten für die Bearbeitung von Visumanträgen entsprechenden Gebühren
Fundstelle:	ABl. L 175 vom 29.6.2006, S. 77
Verfahren:	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 28. März 2008 (SR 362.380.002), in Kraft seit 28. März 2008
	Mit Inkrafttreten des Visakodex [WE Nr. 88] <i>obsolet</i> geworden
18	Entscheidung Nr. 895/2006/EG vom 14. Juni 2006 zur Einführung einer vereinfachten Regelung für die Personenkontrollen an den Aussengrenzen, die darauf beruht, dass die Tschechische Republik, Estland, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Slowenien und die Slowakei bestimmte Dokumente für die Zwecke der Durchreise durch ihr Hoheitsgebiet einseitig als ihren nationalen Visa gleichwertig anerkennen
Fundstelle:	ABl. L 167 vom 20.6.2006, S. 1
Verfahren:	keine Übernahme <i>versehentliche</i> Notifikation durch die EU; Notifikation zurückgezogen am 4. Juli 2007
19	Entscheidung Nr. 896/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2006 zur Einführung einer vereinfachten Regelung für die Personenkontrollen an den Aussengrenzen, die darauf beruht, dass die Mitgliedstaaten bestimmte von der Schweiz und von Liechtenstein ausgestellte Aufenthaltserlaubnisse für die Zwecke der Durchreise durch ihr Hoheitsgebiet einseitig anerkennen
Fundstelle:	ABl. L 167 vom 20.6.2006, S. 8
Verfahren:	Modell 1 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: blosse Kenntnisnahme) Diplomatische Note vom 28. März 2008
Geändert durch:	Entscheidung 586/2008/EG [WE Nr. 61]
	Seit Inkraftsetzung des Schengen-Besitzstands am 12. Dezember 2008 <i>obsolet</i>

20	Beschluss 2006/631/JI des Rates vom 24. Juli 2006 zur Festlegung des Beginns der Anwendung einiger Bestimmungen des Beschlusses 2005/211/JI über die Einführung neuer Funktionen für das Schengener Informationssystem, auch im Hinblick auf die Terrorismusbekämpfung
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 256 vom 20.9.2006, S. 18
<i>Verfahren:</i>	Modell 1 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: blosse Kenntnisnahme) Diplomatische Note vom 28. März 2008
<i>Aufgehoben durch:</i>	Beschluss 2007/533/JI [WE Nr. 42]
21	Beschluss 2006/560/JI des Rates vom 24. Juli 2006 zur Änderung des Beschlusses 2003/170/JI über die gemeinsame Inanspruchnahme von Verbindungsbeamten, die von den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten entsandt sind
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 219 vom 10.8.2006, S. 31
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 28. März 2008 (SR 0.362.380.011), in Kraft seit 28. März 2008
22	Entscheidung 2006/684/EG des Rates vom 5. Oktober 2006 zur Änderung von Anlage 2 Liste A der Gemeinsamen konsularischen Instruktion betreffend die Visumpflicht für die Inhaber von indonesischen Diplomatinnen- und Dienstpässen
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 280 vom 12.10.2006, S. 29
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 28. März 2008 (SR 0.362.380.003), in Kraft seit 28. März 2008
<i>Mit Inkrafttreten des Visakodex [WE Nr. 88] obsolet geworden</i>	
23	Empfehlung K(2006)5186 endg. der Kommission vom 6. November 2006 über einen gemeinsamen «Leitfaden für Grenzschutzbeamte (Schengen-Handbuch)», der von den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten bei der Durchführung von Grenzkontrollen bei Personen heranzuziehen ist
<i>Fundstelle:</i>	Nicht zur Veröffentlichung im ABl. bestimmt
<i>Verfahren:</i>	Modell 1 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: blosse Kenntnisnahme) Diplomatische Note vom 28. März 2008
<i>Geändert durch:</i>	Empfehlung K(2008) 2976 endg. [WE Nr. 59]; Empfehlung K(2010) 5559 endg. [WE Nr. 112]; Empfehlung K(2011) 3918 endg. [WE Nr. 118] und Empfehlung K(2012) 9330 endg. [WE Nr. 138].
24	Verordnung (EG) Nr. 1931/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Festlegung von Vorschriften über den kleinen Grenzverkehr an den Landaussengrenzen der Mitgliedstaaten sowie zur Änderung der Bestimmungen des Übereinkommens von Schengen
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 405 vom 30.12.2006, S. 1; berichtigt in ABl. L 29 vom 3.2.2007, S. 3
<i>Verfahren:</i>	Modell 1 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: blosse Kenntnisnahme) Diplomatische Note vom 28. März 2008

25	Verordnung (EG) Nr. 1932/2006 des Rates vom 21. Dezember 2006 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Aussengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind
Fundstelle:	ABl. L 405 vom 30.12.2006, S. 23; berichtigt in ABl. L 29 vom 3.2.2007, S. 10
Verfahren:	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 28. März 2008 (SR 0.362.380.004), in Kraft seit 28. März 2008
26	Entscheidung 2006/752/EG der Kommission vom 3. November 2006 zur Bestimmung der Standorte für das Visa-Informationssystem während der Entwicklungsphase
Fundstelle:	ABl. L 305 vom 4.11.2006, S. 13
Verfahren:	Modell 1 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: blosse Kenntnisnahme) Diplomatische Note vom 28. März 2008 Seit der Inbetriebnahme des VIS [WE Nr. 63] am 11. Oktober 2011 <i>obsolet</i> .
27	Entscheidung 2006/648/EG der Kommission vom 22. September 2006 über die technischen Standards für biometrische Merkmale im Hinblick auf die Einrichtung des Visa-Informationssystems
Fundstelle:	ABl. L 267 vom 27.9.2006, S. 41
Verfahren:	Modell 1 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: blosse Kenntnisnahme) Diplomatische Note vom 28. März 2008
28	Verordnung (EG) Nr. 1987/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 über die Einrichtung, den Betrieb und die Nutzung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II)
Fundstelle:	ABl. L 381 vom 28.12.2006, S. 4
Verfahren:	Modell 3 (Art. 7 Abs. 2 Bst. b SAA: Übernahme unter Vorbehalt der Genehmigung durch Parlament) Notenaustausch vom 28. März 2008 (SR 0.362.380.008), in Kraft seit 17. Oktober 2008 (anwendbar seit dem 9. April 2013)
29	Beschluss 2006/1007/JI des Rates vom 21. Dezember 2006 zur Änderung des Beschlusses 2001/886/JI über die Entwicklung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II)
Fundstelle:	ABl. L 411 vom 30.12.2006, S. 78; berichtigt in ABl. L 27 vom 2.2.2007, S. 43
Verfahren:	Modell 1 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: blosse Kenntnisnahme) Diplomatische Note vom 28. März 2008 Mit Inbetriebnahme des SIS II <i>obsolet</i> geworden
30	Verordnung (EG) Nr. 1988/2006 des Rates vom 21. Dezember 2006 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2424/2001 über die Entwicklung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II)
Fundstelle:	ABl. L 411 vom 30.12.2006, S. 1; berichtigt in ABl. L 27 vom 2.2.2007, S. 3
Verfahren:	Modell 1 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: blosse Kenntnisnahme) Diplomatische Note vom 28. März 2008 Mit Inbetriebnahme des SIS II <i>obsolet</i> geworden

31	Verordnung (EG) Nr. 1986/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 über den Zugang von für die Ausstellung von Kfz-Zulassungsbescheinigungen zuständigen Dienststellen der Mitgliedstaaten zum Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II)
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 381 vom 28.12.2006, S. 1
<i>Verfahren:</i>	Modell 3 (Art. 7 Abs. 2 Bst. b SAA: Übernahme unter Vorbehalt der Genehmigung durch Parlament) Notenaustausch vom 28. März 2008 (SR 0.362.380.009), in Kraft seit 17. Oktober 2008 (anwendbar seit dem 9. April 2013)
32	Entscheidung K(2005) 5159 endg. der Kommission vom 15. Dezember 2005 zur Durchführung der Entscheidung 2005/267/EG des Rates zur Einrichtung eines sicheren web-gestützten Informations- und Koordinierungsnetzes für die Migrationsbehörden der Mitgliedstaaten
<i>Fundstelle:</i>	Nicht zur Veröffentlichung im ABl. bestimmt
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 28. März 2008 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 28. März 2008
33	Entscheidung 2005/687/EG der Kommission vom 29. September 2005 betreffend das Format der Berichte über die Tätigkeiten der Netze von Verbindungsbeamten für Einwanderungsfragen und über die Lage im Gastland im Bereich der illegalen Einwanderung
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 264 vom 8.10.2005, S. 8
<i>Verfahren:</i>	Modell 1 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: blosse Kenntnisnahme) Diplomatische Note vom 28. März 2008
34	Entscheidung 2007/170/EG der Kommission vom 16. März 2007 über die Netzanforderungen für das Schengener Informationssystem der zweiten Generation (erste Säule)
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 79 vom 20.3.2007, S. 20
<i>Verfahren:</i>	Modell 1 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: blosse Kenntnisnahme) Diplomatische Note vom 28. März 2008
35	Rahmenbeschluss 2006/960/JI des Rates vom 18. Dezember 2006 über die Vereinfachung des Austauschs von Informationen und Erkenntnissen zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten der EU [sog. Schwedische Initiative]
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 386 vom 29.12.2006, S. 89; berichtigt in ABl. L 75 vom 15.3.2007, S. 26
<i>Verfahren:</i>	Modell 3 (Art. 7 Abs. 2 Bst. b SAA: Übernahme unter Vorbehalt der Genehmigung durch Parlament) Notenaustausch vom 28. März 2008 (0.362.380.024), in Kraft seit 21. Oktober 2009

36	Entscheidung Nr. 574/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 zur Einrichtung des Aussengrenzenfonds für den Zeitraum 2007 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms Solidarität und Steuerung der Migrationsströme
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 144 vom 6.6.2007, S. 22
<i>Verfahren:</i>	Modell 3 (Art. 7 Abs. 2 Bst. b SAA: Übernahme unter Vorbehalt der Genehmigung durch Parlament) Notenaustausch vom 28. März 2008 (SR 0.362.380.037), vorläufig angewendet ab 20. März 2010; in Kraft seit 9. Februar 2011
<i>Geändert durch:</i>	Beschluss Nr. 259/2013/EU [WE Nr. 143]
<i>Durchgeführt durch:</i>	Entscheidung 2007/599/EG [WE Nr. 43]; Entscheidung 2008/456/EG [WE Nr. 57], <i>geändert</i> durch Entscheidung 2009/538/EG [WE Nr. 87], Beschluss 2010/69/EU [WE Nr. 103] und Beschluss 148/2011/EU [WE Nr. 115]; Beschluss K(2010) 2378 endg. [WE Nr. 106]; Beschluss K(2011) 1582 endg. [WE Nr. 116]; Beschluss K(2012)9883 endg. [WE Nr. 129]; Beschluss K(2012) 9771 endg. [WE Nr. 130]; Beschluss K(2013) 220 endg. [WE Nr. 140].
<i>Zusatzvereinbarung:</i>	Zusatzvereinbarung vom 19. März 2010 (SR 0.362.312), vorläufig angewendet ab 20. März 2010; in Kraft seit 1. April 2011.
37	Verordnung (EG) Nr. 863/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über einen Mechanismus zur Bildung von Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 des Rates hinsichtlich dieses Mechanismus und der Regelung der Aufgaben und Befugnisse von abgestellten Beamten [RABIT-Verordnung]
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 199 vom 31.7.2007, S. 30
<i>Verfahren:</i>	Modell 3 (Art. 7 Abs. 2 Bst. b SAA: Übernahme unter Vorbehalt der Genehmigung durch Parlament) Notenaustausch vom 28. März 2008 (SR 0.362.380.019), in Kraft seit 30. Januar 2009
38	Beschluss 2007/473/EG des Rates vom 25. Juni 2007 über die Freigabe von bestimmten Teilen des SIRENE-Handbuchs, das durch den mit dem Übereinkommen zur Durchführung des Schengener Übereinkommens vom 14. Juni 1985 eingesetzten Exekutivausschuss angenommen wurde
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 179 vom 7.7.2007, S. 52
<i>Verfahren:</i>	Modell 1 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: blosse Kenntnisnahme) Diplomatische Note vom 28. März 2008 Mit Inbetriebnahme des SIS II <i>obsolet</i> geworden
39	Beschluss 2007/472/EG des Rates vom 25. Juni 2007 zur Änderung des Beschlusses des mit dem Schengener Übereinkommen von 1990 eingesetzten Exekutivausschusses zur Änderung der Finanzregelung für die Einrichtung und den Betrieb der technischen Unterstützungseinheit für das Schengener Informationssystem (C.SIS)
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 179 vom 7.7.2007, S. 50
<i>Verfahren:</i>	Modell 1 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: blosse Kenntnisnahme) Diplomatische Note vom 28. März 2008

40	Beschluss 2007/471/EG des Rates vom 12. Juni 2007 über die Anwendung der Bestimmungen des Schengen-Besitzstands über das Schengener Informationssystem in der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 179 vom 7.7.2007, S. 46
<i>Verfahren:</i>	Modell 1 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: blosse Kenntnisnahme) Diplomatische Note vom 28. März 2008
41	Haushalt für die Einrichtung und den Betrieb des C.SIS für 2007
<i>Fundstelle:</i>	Nicht zur Veröffentlichung im ABl. bestimmt
<i>Verfahren:</i>	Modell 1 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: blosse Kenntnisnahme) Diplomatische Note vom 28. März 2008
42	Beschluss 2007/533/JI des Rates vom 12. Juni 2007 über die Einrichtung, den Betrieb und die Nutzung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II)
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 205 vom 7.8.2007, S. 63
<i>Verfahren:</i>	Modell 3 (Art. 7 Abs. 2 Bst. b SAA: Übernahme unter Vorbehalt der Genehmigung durch Parlament) Notenaustausch vom 28. März 2008 (SR 0.362.380.007), in Kraft seit 17. Oktober 2008 (anwendbar seit dem 9. April 2013)
43	Entscheidung 2007/599/EG der Kommission vom 27. August 2007 zur Durchführung der Entscheidung Nr. 574/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Annahme strategischer Leitlinien für den Zeitraum 2007 bis 2013
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 233 vom 5.9.2007, S. 3
<i>Verfahren:</i>	Modell 3 (Art. 7 Abs. 2 Bst. b SAA: Übernahme unter Vorbehalt der Genehmigung durch Parlament) Notenaustausch vom 28. März 2008 (SR 0.362.380.033), vorläufige Anwendung ab 20. März 2010, in Kraft seit 2. Februar 2011
44	Entscheidung K(2007) 6436 endg. der Kommission vom 20. Dezember 2007 zur Änderung des SIRENE-Handbuchs
<i>Fundstelle:</i>	Nicht zur Veröffentlichung im ABl. bestimmt
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 28. März 2008 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 28. März 2008 Mit Inbetriebnahme des SIS II <i>obsolet</i> geworden
45	Entscheidung 2007/866/EG des Rates vom 6. Dezember 2007 zur Änderung von Teil 1 des Schengener Konsultationsnetzes (Pflichtenheft)
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 340 vom 22.12.2007, S. 92
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 28. März 2008 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 28. März 2008 Wird bei Abschluss des VIS-Roll-Out <i>obsolet</i>
46	Entscheidung 2007/519/EG des Rates vom 16. Juli 2007 zur Änderung von Teil 2 des Schengener Konsultationsnetzes (Pflichtenheft)

	<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 192 vom 24.7.2007, S. 26
	<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 28. März 2008 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 28. März 2008
		Wird bei Abschluss des VIS-Roll-Out <i>obsolet</i>
47	Entscheidung 2006/757/EG der Kommission vom 22. September 2006 zur Änderung des SIRENE-Handbuchs	
	<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 317 vom 16.11.2006, S. 1
	<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 28. März 2008 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 28. März 2008
		Mit Übergang zum SIS II <i>obsolet</i> geworden
48	Beschluss 2006/758/EG der Kommission vom 22. September 2006 zur Änderung des SIRENE-Handbuchs	
	<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 317 vom 16.11.2006, S. 41
	<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 28. März 2008 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 28. März 2008
		Mit Übergang zum SIS II <i>obsolet</i> geworden
49	Beschluss 2007/801/EG des Rates vom 6. Dezember 2007 über die vollständige Anwendung der Bestimmungen des Schengen-Besitzstands in der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik	
	<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 323 vom 8.12.2007, S. 34
	<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 28. März 2008 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 28. März 2008
50	Entscheidung 2008/333/EG der Kommission vom 4. März 2008 zur Annahme des SIRENE-Handbuchs und anderer Durchführungsbestimmungen für das Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II)	
	<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 123 vom 8.5.2008, S. 1
	<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 4. April 2008 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 4. April 2008
	<i>Aufgehoben durch:</i>	Durchführungsbeschluss 2013/115/EU [WE Nr. 141]
51	Verordnung (EG) Nr. 380/2008 des Rates vom 18. April 2008 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1030/2002 zur einheitlichen Gestaltung des Aufenthaltstitels für Drittstaatenangehörige	
	<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 115 vom 29.4.2008, S. 1
	<i>Verfahren:</i>	Modell 3 (Art. 7 Abs. 2 Bst. b SAA: Übernahme unter Vorbehalt der Genehmigung durch Parlament) Notenaustausch vom 30. Juni 2008 (SR 0.362.380.043), in Kraft seit 13. Oktober 2010

52	Entscheidung 2008/374/EG des Rates vom 29. April 2008 zur Änderung von Anlage 3 Teil I der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion betreffend Drittstaatsangehörige, die ein Visum für den Flughafentransit benötigen
Fundstelle:	ABl. L 129 vom 17.5.2008, S. 46
Verfahren:	Modell 1 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: blosse Kenntnisnahme) Diplomatische Note vom 30. Juni 2008
	Mit Inkrafttreten des Visakodex [WE Nr. 88] <i>obsolet</i> geworden
53	Beschluss 2008/328/EG des Rates vom 18. April 2008 zur Änderung des Beschlusses des mit dem Schengener Übereinkommen von 1990 eingesetzten Exekutivausschusses zur Änderung der Finanzregelung für die Einrichtung und den Betrieb der technischen Unterstützungseinheit für das Schengener Informationssystem (C.SIS)
Fundstelle:	ABl. L 113 vom 25.4.2008, S. 21
Verfahren:	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 30. Juni 2008 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 30. Juni 2008
54	Verordnung (EG) Nr. 189/2008 des Rates vom 18. Februar 2008 über die Prüfung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II)
Fundstelle:	ABl. L 57 vom 1.3.2008, S. 1
Verfahren:	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 30. Juni 2008 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 30. Juni 2008
	Mit Inbetriebnahme des SIS II <i>obsolet</i> geworden
55	Beschluss 2008/173/EG des Rates vom 18. Februar 2008 über die Prüfung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II)
Fundstelle:	ABl. L 57 vom 1.3.2008, S. 14; berichtigt durch ABl. L 24 vom 28.1.2009, S. 34
Verfahren:	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 30. Juni 2008 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 30. Juni 2008
	Mit Inbetriebnahme des SIS II <i>obsolet</i> geworden
56	Richtlinie 2008/51/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2008 zur Änderung der Richtlinie 91/477/EWG des Rates über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen
Fundstelle:	ABl. L 179 vom 8.7.2008, S. 5
Verfahren:	Modell 3 (Art. 7 Abs. 2 Bst. b SAA: Übernahme unter Vorbehalt der Genehmigung durch Parlament) Notenaustausch vom 30. Juni 2008 (SR 0.362.380.032), in Kraft seit 8. April 2010

57	Entscheidung 2008/456/EG der Kommission vom 5. März 2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Entscheidung 574/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Aussengrenzenfonds für den Zeitraum 2007 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms «Solidarität und Steuerung der Migrationsströme» in Bezug auf die Verwaltungs- und Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten, die Vorschriften für die Verwaltung und finanzielle Abwicklung der aus dem Fonds kofinanzierten Projekte und die Förderfähigkeit der Ausgaben im Rahmen solcher Projekte
	<i>Fundstelle:</i> ABL L 167 vom 27.6.2008, S. 1 <i>Verfahren:</i> Modell 3 (Art. 7 Abs. 2 Bst. b SAA: Übernahme unter Vorbehalt der Genehmigung durch Parlament) Notenaustausch vom 8. Juli 2008 (SR 0.362.380.034); vorläufige Anwendung ab 20. März 2010; in Kraft seit: 09. Februar 2011
	<i>Geändert durch:</i> Entscheidung 2009/538/EG [WE Nr. 87]; Beschluss 2010/69/EU [WE Nr. 103]; Beschluss 148/2011/EU [WE Nr. 115].
58	Entscheidung 2008/602/EG der Kommission vom 17. Juni 2008 über den physischen Aufbau und die Anforderungen für die nationalen Schnittstellen und die Infrastruktur für die Kommunikation zwischen dem zentralen VIS und den nationalen Schnittstellen in der Entwicklungsphase
	<i>Fundstelle:</i> ABL L 194 vom 23.7.2008, S. 3 <i>Verfahren:</i> Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 8. Juli 2008 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 8. Juli 2008
	Seit der Inbetriebnahme des VIS [WE Nr. 63] am 11. Oktober 2011 <i>obsol.</i>
59	Empfehlung K(2008) 2976 endg. der Kommission vom 25. Juni 2008 über einen gemeinsamen «Leitfaden für Grenzschutzbeamte (Schengen-Handbuch)», der von der zuständige Behörden der Mitgliedstaaten bei der Durchführung von Grenzkontrollen bei Personen heranzuziehen ist (K(2006) 5186 endg.)
	<i>Fundstelle:</i> Nicht zur Veröffentlichung im ABL bestimmt <i>Verfahren:</i> Modell 1 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: blosse Kenntnisnahme) Diplomatische Note vom 24. Juli 2008
60	Entscheidung 582/2008/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 zur Einführung einer vereinfachten Regelung für die Personenkontrollen an den Aussengrenzen, die darauf beruht, dass Bulgarien, Zypern und Rumänien bestimmte Dokumente für die Zwecke der Durchreise durch ihr Hoheitsgebiet einseitig als ihren nationalen Visa gleichwertig anerkennen
	<i>Fundstelle:</i> ABL L 161 vom 20.6.2008, S. 30 <i>Verfahren:</i> keine Übernahme versehentliche Notifikation durch die EU: Notifikation zurückgezogen
61	Entscheidung 586/2008/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 zur Änderung der Entscheidung 896/2006/EG zur Einführung einer vereinfachten Regelung für die Personenkontrollen an den Aussengrenzen, die darauf beruht, dass die Mitgliedstaaten bestimmte von der Schweiz und von Liechtenstein ausgestellte Aufenthaltserlaubnisse für die Zwecke der Durchreise durch ihr Hoheitsgebiet einseitig anerkennen
	<i>Fundstelle:</i> ABL L 162 vom 21.6.2008, S. 27 <i>Verfahren:</i> Modell 1 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: blosse Kenntnisnahme) Diplomatische Note vom 11. August 2008
62	Beschluss 2007/171/EG der Kommission vom 16. März 2007 über die Netzanforderungen für das Schengener Informationssystem der zweiten Generation (dritte Säule)

	<i>Fundstelle:</i> ABl. L 79 vom 20.3.2007, S. 29 <i>Verfahren:</i> Modell 1 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: blosse Kenntnisnahme) Diplomatische Note vom 21. August 2008
63	Verordnung (EG) Nr. 767/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über das Visa-Informationssystem (VIS) und den Datenaustausch zwischen den Mitgliedstaaten über Visa für einen kurzfristigen Aufenthalt – VIS-Verordnung
	<i>Fundstelle:</i> ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 60 <i>Verfahren:</i> Modell 3 (Art. 7 Abs. 2 Bst. b SAA: Übernahme unter Vorbehalt der Genehmigung durch Parlament) Notenaustausch vom 21. August 2008 (SR 0.362.380.030); in Kraft seit 8. April 2010
	<i>Geändert durch:</i> Verordnung (EG) Nr. 810/2009 [WE Nr. 88] sowie durch Verordnung (EU) Nr. 610/2013 [Notif. 144].
	<i>durchgeführt durch:</i> Entscheidung 2009/377/EG [WE Nr. 82]; wird bei Abschluss des VIS-Roll-Out durch Durchführungsbeschluss K(2012) 1301 endg. [WE Nr. 132] <i>ersetzt</i>; Entscheidung 2010/49/EU [WE Nr. 93]; Durchführungsbeschluss K(2012) 1301 endg. [WE Nr. 132], <i>geändert</i> durch Durchführungsbeschluss K(2013) 5573 endg. [WE Nr. 146]; Durchführungsbeschluss 2012/274/EU [WE Nr. 133]; Durchführungsbeschluss 2013/493/EU [WE Nr. 149].
64	Verordnung (EG) Nr. 856/2008 des Rates vom 24. Juli 2008 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1683/95 über eine einheitliche Visagestaltung in Bezug auf die Visanummerierung
	<i>Fundstelle:</i> ABl. L 235 vom 2.9.2008, S. 1 <i>Verfahren:</i> Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 21. August 2008 (SR 0.362.380.012), in Kraft seit 21. August 2008
65	Beschluss 2008/319/EG des Rates vom 14. April 2008 zur Änderung des Beschlusses 2000/265/EG zur Festlegung einer Finanzregelung für die Haushaltsaspekte der vom Stellvertretenden Generalsekretär des Rates zu verwaltenden Verträge über die Einrichtung und den Betrieb der Kommunikationsinfrastruktur für den Schengen-Rahmen (SISNET), die von ihm als Vertreter bestimmter Mitgliedstaaten geschlossen worden sind
	<i>Fundstelle:</i> ABl. L 109 vom 19.4.2008, S. 30 <i>Verfahren:</i> Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 21. August 2008 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 21. August 2008
66	Beschluss 2008/334/JI der Kommission vom 4. März 2008 zur Annahme des SIRENE-Handbuchs und anderer Durchführungsbestimmungen für das Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II)
	<i>Fundstelle:</i> ABl. L 123 vom 8.5.2008, S. 39 <i>Verfahren:</i> Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 15. Oktober 2008 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 15. Oktober 2008
	<i>Aufgehoben durch:</i> Durchführungsbeschluss 2013/115/EU [WE Nr. 141]

67	Beschluss 2008/670/JI des Rates vom 24. Juli 2008 zur Änderung des Beschlusses 2000/265/EG zur Festlegung einer Finanzregelung für die Haushaltsaspekte der vom Stellvertretenden Generalsekretär des Rates zu verwaltenden Verträge über die Einrichtung und den Betrieb der Kommunikationsinfrastruktur für den Schengen-Rahmen («SISNET»), die von ihm als Vertreter bestimmter Mitgliedstaaten geschlossen worden sind
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 220 vom 15.8.2008, S. 19
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 17. Oktober 2008 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 17. Oktober 2008
68	Entscheidung K(2008) 8657 endg. der Kommission vom 22. Dezember 2008 über Zertifikatsregeln entsprechend der Vorgabe in den technischen Spezifikationen der Normen für Sicherheitsmerkmale und biometrischen Daten in von den Mitgliedstaaten ausgestellten Pässen und Reisedokumenten und zur Aktualisierung der Verweise auf Normen und Standards
<i>Fundstelle:</i>	Nicht zur Veröffentlichung im ABl. bestimmt
<i>Verfahren:</i>	Modell 2plus (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat, Inkrafttreten mit Mitteilung der Erfüllung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen zu WE Nr. 2) Notenaustausch vom 21. Januar 2009 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 26. Oktober 2009
<i>Geändert durch:</i>	Entscheidung K(2209) 7476 [WE Nr. 91] und Durchführungsbeschluss K(2013) 6181 endg. [Notif. 147].
69	Verordnung (EG) Nr. 296/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 562/2006 über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex) im Hinblick auf die der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 97 vom 9.4.2008, S. 60
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 24. Oktober 2008 (SR 0.362.380.013), in Kraft seit 24. Oktober 2008
70	Beschluss 2008/633/JI des Rates vom 23. Juni 2008 über den Zugang der benannten Behörden der Mitgliedstaaten und von Europol zum Visa-Informationssystem (VIS) für Datenabfragen zum Zwecke der Verhütung, Aufdeckung und Ermittlung terroristischer und sonstiger schwerwiegender Straftaten
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 129
<i>Verfahren:</i>	Modell 3 (Art. 7 Abs. 2 Bst. b SAA: Übernahme unter Vorbehalt der Genehmigung durch Parlament) Notenaustausch vom 24. Oktober 2008 (SR 0.362.380.031); in Kraft seit 8. April 2010
71	Beschluss 2006/628/EG des Rates vom 24. Juli 2006 zur Festlegung des Beginns der Anwendung des Artikels 1 Nummern 4 und 5 der Verordnung (EG) Nr. 871/2004 über die Einführung neuer Funktionen für das Schengener Informationssystem, auch im Hinblick auf die Terrorismusbekämpfung
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 256 vom 20.9.2006, S. 15
<i>Verfahren:</i>	Modell 1 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: blosse Kenntnisnahme) Diplomatische Note vom 31. Oktober 2008
<i>Aufgehoben durch:</i>	Verordnung (EG) Nr. 1987/2006 [WE Nr. 28]
72	Entscheidung 2008/859/EG des Rates vom 4. November 2008 zur Änderung von Anlage 3 Teil I der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion betreffend Drittstaatsangehörige, die ein Visum für den Flughafentransit benötigen

	<i>Fundstelle:</i> ABl. L 303 vom 14.11.2008, S. 11 <i>Verfahren:</i> Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 19. Dezember 2008 (SR 0.362.380.014), in Kraft seit 19. Dezember 2008 Mit Inkrafttreten des Visakodex [WE Nr. 88] <i>obsolet</i> geworden
73	Beschluss 2008/839/II des Rates vom 24. Oktober 2008 über die Migration vom Schengener Informationssystem (SIS 1+) zum Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II) <i>Fundstelle:</i> ABl. L 299 vom 8.11.2008, S. 43 <i>Verfahren:</i> Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 19. Dezember 2008 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 19. Dezember 2008 <i>Geändert durch:</i> Verordnung (EU) Nr. 542/2010 [WE Nr. 110] <i>Aufgehoben durch:</i> Verordnung (EU) Nr. 2012/1272 [WE Nr. 139a]
74	Verordnung (EG) Nr. 1104/2008 des Rates vom 24. Oktober 2008 über die Migration vom Schengener Informationssystem (SIS 1+) zum Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II) <i>Fundstelle:</i> ABl. L 299 vom 8.11.2008, S. 1 <i>Verfahren:</i> Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 19. Dezember 2008 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 19. Dezember 2008 <i>Geändert durch:</i> Verordnung (EU) Nr. 541/2010 [WE Nr. 109]. <i>Aufgehoben durch:</i> Verordnung (EU) Nr. 2012/1273 [WE Nr. 139b].
75	Entscheidung 2008/905/EG des Rates vom 27. November 2008 zur Änderung von Anlage 13 der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion mit Hinweisen zum Ausfüllen der Visummarke <i>Fundstelle:</i> ABl. L 327 vom 5.12.2008, S. 19 <i>Verfahren:</i> Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 14. Januar 2009 (SR 0.362.380.015), in Kraft seit 14. Januar 2009 Mit Inkrafttreten des Visakodex [WE Nr. 88] <i>obsolet</i> geworden
76	Entscheidung 2008/910/EG des Rates vom 27. November 2008 zur Änderung der Teile 1 und 2 des Schengener Konsultationsnetzes (Pflichtenheft) <i>Fundstelle:</i> ABl. L 328 vom 6.12.2008, S. 38 <i>Verfahren:</i> Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 14. Januar 2009 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 14. Januar 2009 Wird bei Abschluss des VIS-Roll-Out <i>obsolet</i>

77	Rahmenbeschluss 2008/977/JI des Rates vom 27. November 2008 über den Schutz personenbezogener Daten, die im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verarbeitet werden
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 350 vom 30.12.2008, S. 60
<i>Verfahren:</i>	Modell 3 (Art. 7 Abs. 2 Bst. b SAA: Übernahme unter Vorbehalt der Genehmigung durch Parlament) Notenaustausch vom 14. Januar 2009 (SR 0.362.380.041); in Kraft seit 22. Juli 2010
78	Richtlinie 2008/115/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über gemeinsame Normen und Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 348 vom 24.12.2008, S. 98
<i>Verfahren:</i>	Modell 3 (Art. 7 Abs. 2 Bst. b SAA: Übernahme unter Vorbehalt der Genehmigung durch Parlament) Notenaustausch vom 30. Januar 2009 (SR 0.362.380.042); in Kraft seit 13. Oktober 2010
79	Entscheidung 2008/972/EG des Rates vom 18. Dezember 2008 zur Änderung von Anlage 13 der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion betreffend Hinweise zum Ausfüllen der Visummarke
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 345 vom 23.12.2008, S. 88
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 19. Januar 2009 (SR 0.362.380.016), in Kraft seit 18. Februar 2009 Mit Inkrafttreten des Visakodex [WE Nr. 88] <i>obsolet</i> geworden
80	Verordnung (EG) Nr. 81/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Januar 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 562/2006 in Bezug auf die Nutzung des Visa-Informationssystems (VIS) im Rahmen des Schengener Grenzkodex
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 35 vom 4.2.2009, S. 56
<i>Verfahren:</i>	Modell 2plus (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat, Inkrafttreten mit Mitteilung der Erfüllung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen zu WE Nr. 63) Notenaustausch vom 18. Februar 2009 (SR 0.362.380.036), in Kraft seit 8. April 2010
81	Entscheidung 2009/171/EG des Rates vom 10. Februar 2009 zur Änderung von Anlage 2 Liste A der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion an die diplomatischen Missionen und die konsularischen Vertretungen, die von Berufskonsularbeamten geleitet werden betreffend die Visavorschriften für Inhaber von indonesischen Diplomatenv- und Dienstpässen
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 61 vom 5.3.2009, S. 17
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 17. März 2009 (SR 0.362.380.017), in Kraft seit 17. März 2009 Mit Inkrafttreten des Visakodex [WE Nr. 88] <i>obsolet</i> geworden

82	Entscheidung 2009/377/EG der Kommission vom 5. Mai 2009 über die Annahme von Durchführungsmassnahmen für das Konsultationsverfahren und die sonstigen Verfahren nach Artikel 16 der Verordnung (EG) Nr. 767/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Visa-Informationssystem (VIS) und den Datenaustausch zwischen den Mitgliedstaaten über Visa für einen kurzfristigen Aufenthalt (VIS-Verordnung)
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 117 vom 12.5.2009, S. 3
<i>Verfahren:</i>	Modell 2plus (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat, Inkrafttreten mit Mitteilung der Erfüllung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen zu WE Nr. 63) Notenaustausch vom 4. Juni 2009 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 8. April 2010
<i>Aufhebung:</i>	Wird bei Abschluss des VIS-Roll-Out durch Durchführungsbeschluss K(2012) 1301 endg. [WE Nr. Nr. 132] <i>aufgehoben</i>
83	Entscheidung K(2009) 3769 endg. , der Kommission vom 20. Mai 2009 zur Änderung der Entscheidung der Kommission K(96) 352 vom 7. Februar 1996 über weitere technische Spezifikationen für die einheitliche Visagegestaltung in Bezug auf das Nummerierungssystem
<i>Fundstelle:</i>	Nicht zur Veröffentlichung im ABl. bestimmt
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 24. Juni 2009 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 24. Juni 2009
84	Entscheidung K(2009) 3770 endg. , der Kommission vom 20. Mai 2009 zur Änderung der technischen Spezifikationen zur einheitlichen Gestaltung des Aufenthaltstitels für Drittstaatsangehörige
<i>Fundstelle:</i>	Nicht zur Veröffentlichung im ABl. bestimmt; berichtigt durch K(2009) 6293 endg. (nicht zur Veröffentlichung im ABl. bestimmt)
<i>Verfahren:</i>	Modell 2plus (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat, Inkrafttreten mit Mitteilung der Erfüllung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen zu WE Nr. 51) Notenaustausch vom 24. Juni 2009 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 13. Oktober 2010
85	Verordnung (EG) Nr. 390/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Änderung der Gemeinsamen Konsularischen Instruktionen an die diplomatischen Missionen und die konsularischen Vertretungen, die von Berufskonsularbeamten geleitet werden, hinsichtlich der Aufnahme biometrischer Identifikatoren einschliesslich Bestimmungen über die Organisation der Entgegennahme und Bearbeitung von Visumanträgen
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 131 vom 28.5.2009, S. 1
<i>Verfahren:</i>	Modell 2plus (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat, Inkrafttreten mit Mitteilung der Erfüllung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen zu WE Nr. 63) Notenaustausch vom 7. Juli 2009 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 8. April 2010
<i>Aufhebung:</i>	Art. 2 <i>aufgehoben</i> durch Verordnung (EG) Nr. 810/2009 [WE Nr. 88]
86	Verordnung (EG) Nr. 444/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Mai 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2252/2004 des Rates über Normen für Sicherheitsmerkmale und biometrische Daten in von den Mitgliedstaaten ausgestellten Pässen und Reisedokumenten
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 142 vom 6.6.2009, S. 1; berichtigt in ABl. L 188 vom 18.7.2009, S. 127
<i>Verfahren:</i>	Modell 2plus (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat, Inkrafttreten mit Mitteilung der Erfüllung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen zu WE Nr. 2) Notenaustausch vom 7. Juli 2009 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 26. Oktober 2009

87	Entscheidung 2009/538/EG der Kommission vom 10. Juli 2009 zur Änderung der Entscheidung 2008/456/EG mit Durchführungsbestimmungen zur Entscheidung Nr. 574/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Aussengrenzenfonds für den Zeitraum 2007 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms «Solidarität und Steuerung der Migrationsströme» in Bezug auf die Verwaltungs- und Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten, die Vorschriften für die Verwaltung und finanzielle Abwicklung aus dem Fonds kofinanzierter Projekte und die Förderfähigkeit der Ausgaben im Rahmen solcher Projekte
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 180 vom 11.7.2009, S. 20
<i>Verfahren:</i>	Modell 2plus (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat, Inkrafttreten mit Mitteilung der Erfüllung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen zu WE Nr. 36) Notenaustausch vom 19. August 2009 (SR 0.362.380.035), in Kraft seit 20. März 2010.
88	Verordnung (EG) Nr. 810/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über einen Visakodex der Gemeinschaft (Visakodex)
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 243 vom 15.9.2009, S. 1
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 23. September 2009 (SR 0.362.380.020), in Kraft seit 23. September 2009 (in Anwendung seit 5. April 2010 bzw. 5. April 2011)
<i>Geändert durch:</i>	Verordnung (EU) Nr. 154/2012 [WE Nr. 134], Verordnung (EU) Nr. 977/2011 [WE Nr. 136] sowie durch Verordnung (EU) Nr. 610/2013 [WE Nr. 144].
<i>Durchgeführt durch:</i>	Beschluss K(2010) 1620 endg. [WE Nr. 104]; geändert durch Durchführungsbeschluss K(2011) 5501 endg. [WE Nr. 122] Beschluss K(2010) 3667 endg. [WE Nr. 108]; Durchführungsbeschluss K(2011) 5500 endg. [WE Nr. 121]; Durchführungsbeschluss K(2011) 7192 endg. [WE Nr. 125]; Durchführungsbeschluss K(2012) 1152 endg. [WE Nr. 131]; Durchführungsbeschluss K(2012) 4726 endg. [WE Nr. 135]; Durchführungsbeschluss K(2012) 5310 endg. [WE Nr. 137]; Durchführungsbeschluss K(2013) 1725 endg. [WE Nr. 142]; Durchführungsbeschluss K(2013) 4914 endg. [WE Nr. 145].
89	Entscheidung 2009/720/EG der Kommission vom 17. September 2009 zur Festlegung des Zeitpunkts für den Abschluss der Migration vom Schengener Informationssystem (SIS 1+) zum Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II)
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 257 vom 30.9.2009, S. 26
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 21. Oktober 2009 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 21. Oktober 2009 Mit Übergang zum SIS II <i>obsolet</i> geworden.
90	Beschluss 2009/724/JI der Kommission vom 17. September 2009 zur Festlegung des Zeitpunkts für den Abschluss der Migration vom Schengener Informationssystem (SIS 1+) zum Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II)
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 257 vom 30.9.2009, S. 41
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 21. Oktober 2009 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 21. Oktober 2009 Mit Übergang zum SIS II <i>obsolet</i> geworden.

91	Entscheidung K(2009) 7476 endg. der Kommission vom 5. Oktober 2009 zur Änderung der Entscheidung K(2008) 8657 endg. der Kommission über Zertifikatsregeln entsprechend der Vorgabe in den technischen Spezifikationen der Normen für Sicherheitsmerkmale und biometrischen Daten in von den Mitgliedstaaten ausgestellten Pässen und Reisedokumenten
<i>Fundstelle:</i>	Nicht zur Veröffentlichung im ABL bestimmt
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 4. November 2009 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 4. November 2009
92	Entscheidung 2009/756/EG der Kommission vom 9. Oktober 2009 zur Festlegung der Auflösungs- und Verwendungsspezifikationen für Fingerabdrücke für die biometrische Identifizierung und Überprüfung im Visa-Informationssystem
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 270 vom 15.10.2009, S. 14
<i>Verfahren:</i>	Modell 2plus (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat, Inkrafttreten mit Mitteilung der Erfüllung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen zu WE Nr. 63) Notenaustausch vom 4. November 2009 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 8. April 2010.
93	Entscheidung 2010/49/EG der Kommission vom 30. November 2009 zur Bestimmung der ersten Regionen, in denen das Visa-Informationssystem (VIS) in Betrieb genommen wird
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 23 vom 27.1.2010, S. 62
<i>Verfahren:</i>	Modell 2plus (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat, Inkrafttreten mit Mitteilung der Erfüllung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen zu WE Nr. 63) Notenaustausch vom 17. Dezember 2009 (SR 0.362.380.038), in Kraft seit 8. April 2010.
94	Entscheidung 2009/876/EG der Kommission vom 30. November 2009 zur Annahme von technischen Umsetzungsmassnahmen für die Dateneingabe und die Verknüpfung der Antragsdatensätze, den Datenzugang, die Änderung, Löschung und vorzeitige Löschung von Daten sowie für das Führen von und den Zugriff auf Aufzeichnungen im Visa-Informationssystem
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 315 vom 2.12.2009, S. 30
<i>Verfahren:</i>	Modell 2plus (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat, Inkrafttreten mit Mitteilung der Erfüllung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen zu WE Nr. 63) Notenaustausch vom 17. Dezember 2009 (SR 0.362.380.039), in Kraft seit 8. April 2010.
95	Verordnung (EG) Nr. 1244/2009 des Rates vom 30. November 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 des Rates zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Aussengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 336 vom 18.12.2009, S. 1
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 17. Dezember 2009 (SR 0.362.380.025), in Kraft seit 17. Dezember 2009

96	Beschluss 2009/914/EG des Rates vom 30. November 2009 zur Änderung des Beschlusses des mit dem Schengener Durchführungsübereinkommen von 1990 eingesetzten Exekutivausschusses zur Änderung der Finanzregelung für die Einrichtung und den Betrieb der technischen Unterstützungseinheit für das Schengener Informationssystem (C.SIS)
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 323 vom 10.12.2009, S. 6
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 13. Januar 2010 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 13. Januar 2010
97	Beschluss 2010/32/EG des Rates vom 30. November 2009 zur Änderung des Beschlusses des mit dem Schengener Übereinkommen von 1990 eingesetzten Exekutivausschusses zur Änderung der Finanzregelung für die Einrichtung und den Betrieb der technischen Unterstützungseinheit für das Schengener Informationssystem (C.SIS)
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 14 vom 20.1.2010, S. 9
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 13. Januar 2010 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 13. Januar 2010
98	Beschluss 2009/915/EG des Rates vom 30. November 2009 zur Änderung des Beschlusses 2000/265/EG des Rates vom 27. März 2000 zur Festlegung einer Finanzregelung für die Haushaltsaspekte der vom Stellvertretenden Generalsekretär des Rates zu verwaltenden Verträge über die Einrichtung und den Betrieb der Kommunikationsinfrastruktur für den Schengen-Rahmen («SISNET»), die von ihm als Vertreter bestimmter Mitgliedstaaten geschlossen worden sind
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 323 vom 10.12.2009, S. 9
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 13. Januar 2010 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 13. Januar 2010
99	Beschluss 2009/1024/EU des Rates vom 22. Dezember 2009 zur Änderung des Schengener Konsultationsnetzes (Pflichtenheft)
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 353 vom 31.12.2009, S. 49
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 4. Februar 2010 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 4. Februar 2010
	Wird bei Abschluss des VIS-Roll-Out <i>obsolet</i>
100	Beschluss 2009/1015/EU des Rates vom 22. Dezember 2009 zur Änderung der Anlage 3 Teil I der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion betreffend Drittstaatsangehörige, die ein Visum für den Flughafentransit benötigen
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 348 vom 29.12.2009, S. 51
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 18. Februar 2010 (SR 0.362.380.026), in Kraft seit 18. Februar 2010
	Mit Inkrafttreten des Visakodex [WE Nr. 88] <i>obsolet</i> geworden

101	Beschluss K(2010) 319 endg. der Kommission vom 27. Januar 2010 zur Ersetzung der Entscheidung K(96) 352 vom 7. Februar 1996 über weitere technische Spezifikationen für die einheitliche Visa-gestaltung
<i>Fundstelle:</i>	Nicht zur Veröffentlichung im ABL. bestimmt
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 26. Februar 2010 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 26. Februar 2010
102	Beschluss 2010/50/EU des Rates vom 25. Januar 2010 zur Änderung von Anlage 2 Liste A der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion an die diplomatischen Missionen und die konsularischen Vertretungen, betreffend Visavorschriften für Inhaber von Diplomatenpässen aus Saudi Arabien
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 26 vom 30.01.2010, S. 22
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 10. März 2010 (SR 0.362.380.027), in Kraft seit 10. März 2010 Mit Inkrafttreten des Visakodex (WE Nr. 88) <i>obsolet</i> geworden
103	Beschluss 2010/69/EU der Kommission vom 8. Februar 2010 zur Änderung der Entscheidung 2008/456/EG mit Durchführungsbestimmungen zur Entscheidung Nr. 574/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Aussengrenzenfonds für den Zeitraum 2007 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms Solidarität und Steuerung der Migrationsströme in Bezug auf die Verwaltungs- und Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten, die Vorschriften für die Verwaltung und finanzielle Abwicklung aus dem Fonds kofinanzierter Projekte und die Förderfähigkeit der Ausgaben im Rahmen solcher Projekte
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 36 vom 9.2.2010, S. 30
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 10. März 2010 (SR 0.362.380.028), in Kraft seit 10. März 2010
104	Beschluss K(2010) 1620 endg. der Kommission vom 19. März 2010 über ein Handbuch für die Bearbeitung von Visumanträgen und die Änderung von bereits erteilten Visa
<i>Fundstelle :</i>	Nicht zur Veröffentlichung im ABL. bestimmt
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 15. April 2010 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 15. April 2010
<i>Geändert durch:</i>	Durchführungsbeschluss K(2011) 5501 endg. [WE Nr. 122]
105	Verordnung (EU) Nr. 265/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. März 2010 zur Änderung des Übereinkommens zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen und der Verordnung (EG) Nr. 562/2006 in Bezug auf den Verkehr von Personen mit einem Visum für den längerfristigen Aufenthalt
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 85 vom 31.3.2010, S. 1
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 31. März 2010 (SR 0.362.380.029), in Kraft seit 31. März 2010

106	Beschluss K(2010) 2378 endg. der Kommission vom 19. April 2010 zur Festsetzung der den Mitgliedstaaten für das Haushaltsjahr 2010 zugewiesenen Beträge in Anwendung der Entscheidung Nr. 574/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 zur Einrichtung des Aussengrenzenfonds für den Zeitraum 2007 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms «Solidarität und Steuerung der Migrationsströme»
<i>Fundstelle:</i>	Nicht zur Veröffentlichung im ABl. bestimmt
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 19. Mai 2010 (nicht in der AS publiziert), in Kraft seit 19. Mai 2010
107	Beschluss 2010/252/EU des Rates vom 26. April 2010 zur Ergänzung des Schengener Grenzkodex hinsichtlich der Überwachung der Seeaussengrenzen im Rahmen der von der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Aussengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union koordinierten operativen Zusammenarbeit
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 111 vom 4.5.2010, S. 20
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 26. Mai 2010 (SR 0.362.380.040), in Kraft seit 26. Mai 2010
108	Beschluss (K(2010) 3667 endg. der Kommission vom 11. Juni 2010 über ein Handbuch für die Organisation der Visumstellen und die Zusammenarbeit vor Ort
<i>Fundstelle:</i>	Nicht zur Veröffentlichung im ABl. bestimmt
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 30. Juni 2010 (nicht in der AS veröffentlicht), in Kraft seit 30. Juni 2010
109	Verordnung (EU) Nr. 541/2010 des Rates vom 3. Juni 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1104/2008 über die Migration vom Schengener Informationssystem (SIS 1+) zum Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II)
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 155 vom 22.6.2010, S. 19
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 30. Juni 2010 (nicht in der AS veröffentlicht), in Kraft seit 30. Juni 2010
<i>Aufgehoben durch:</i>	Verordnung (EU) Nr. 2012/1273 [WE Nr. 139b]
110	Verordnung (EU) Nr. 542/2010 des Rates vom 3. Juni 2010 zur Änderung des Beschlusses 2008/839/JI des Rates über die Migration vom Schengener Informationssystem (SIS 1+) zum Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II)
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 155 vom 22.6.2010, S. 23
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 30. Juni 2010 (nicht in der AS veröffentlicht), in Kraft seit 30. Juni 2010
<i>Aufgehoben durch:</i>	Verordnung (EU) Nr. 2012/1272 [WE Nr. 139a]
111	Beschluss 2010/365/EU des Rates vom 29. Juni 2010 über die Anwendung der Bestimmungen des Schengen-Besitzstands über das Schengener Informationssystem in der Republik Bulgarien und Rumänien
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 166 vom 1.7.2010, S. 17
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 1. September 2010 (nicht in der AS veröffentlicht), in Kraft seit 1. September 2010

112	Empfehlung K(2010) 5559 endg. der Kommission vom 16. August 2010 zur Änderung der Empfehlung über einen gemeinsamen «Leitfaden für Grenzschutzbeamte (Schengen-Handbuch)», der von den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten bei der Durchführung von Grenzkontrollen bei Personen heranzuziehen ist
<i>Fundstelle:</i>	Nicht zur Veröffentlichung im ABL. bestimmt
<i>Verfahren:</i>	Modell 1 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: blosse Kenntnissnahme) Diplomatische Note vom 10. September 2010
113	Verordnung (EU) Nr. 1091/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 des Rates vom 15. März 2001 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Aussengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind.
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 329 vom 14.12.2010, S. 1
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 15. Dezember 2010 (SR 0.362.380.046), in Kraft seit 15. Dezember 2010
114	Verordnung (EU) Nr. 1211/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15.12.2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 des Rates vom 15. März 2001 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Aussengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 339 vom 22.12.2010, S. 6
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 4. Januar 2011 (SR 0.362.380.047), in Kraft seit 4. Januar 2011
115	Beschluss 2011/148/EU der Kommission vom 2. März 2011 zur Änderung der Entscheidung 2008/456/EG der Kommission mit Durchführungsbestimmungen zur Entscheidung Nr. 574/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Aussengrenzenfonds für den Zeitraum 2007 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms «Solidarität und Steuerung der Migrationsströme» in Bezug auf die Verwaltungs- und Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten, die Vorschriften für die Verwaltung und finanzielle Abwicklung aus dem Fonds kofinanzierter Projekte und die Förderfähigkeit der Ausgaben im Rahmen solcher Projekte
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 61 vom 8.3.2011, S. 28
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 31. März 2011 (SR 0.362.380.048), in Kraft seit 31. März 2011
116	Beschluss K(2011) 1582 endg. der Kommission vom 11. März 2011 zur Festsetzung der den Mitgliedstaaten für das Haushaltsjahr 2011 zugewiesenen Beträge in Anwendung der Entscheidung Nr. 574/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 zur Einrichtung des Aussengrenzenfonds für den Zeitraum 2007 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms «Solidarität und Steuerung der Migrationsströme»
<i>Fundstelle:</i>	Nicht zur Veröffentlichung im ABL. bestimmt
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 11. April 2011 (nicht in der AS veröffentlicht), in Kraft seit 11. April 2011

117	Verordnung (EU) Nr. 493/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 377/2004 des Rates zur Schaffung eines Netzes von Verbindungsbeamten für Einwanderungsfragen
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 141 vom 27.5.2011, S. 13
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 16. Mai 2011 (SR 0.362.380.049), in Kraft seit 16. Mai 2011
118	Empfehlung K(2011) 3918 endg. der Kommission vom 20. Juni 2011 zur Änderung der Empfehlung über einen gemeinsamen «Leitfaden für Grenzschutzbeamte (Schengen-Handbuch)», der von den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten bei der Durchführung von Grenzkontrollen bei Personen heranzuziehen ist
<i>Fundstelle:</i>	Nicht zur Veröffentlichung im ABl. bestimmt
<i>Verfahren:</i>	Modell 1 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: blosse Kenntnisnahme) Diplomatische Note vom 13. Juli 2011
119	Beschluss 2011/369/EU des Rates vom 9. Juni 2011 zur Änderung des Schengener Konsultationsnetzes (Pflichtenheft)
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 166 vom 25.6.2011, S. 22
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 8. Juli 2011 (nicht in der AS veröffentlicht), in Kraft seit 8. Juli 2011 Wird bei Abschluss des VIS-Roll-Out <i>obsolet</i>
120	Durchführungsbeschluss 2011/406/EU der Kommission vom 1. Juli 2011 zur Änderung des SIRENE-Handbuchs
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 186 vom 15.7.2011, S. 1
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 17. August 2011 (nicht in der AS veröffentlicht), in Kraft seit 17. August 2011 Mit Übergang zum SIS II <i>obsolet</i> geworden
121	Durchführungsbeschluss K(2011) 5500 endg. der Kommission vom 4. August 2011 über die Erstellung der Liste der von den Visumantragstellern in China (in Peking, Guangzhou, Chengdu, Shanghai und Wuhan), Saudi-Arabien, Indonesien und Vietnam (in Hanoi und Ho-Chi-Minh-Stadt) vorzulegenden Belege
<i>Fundstelle:</i>	Nicht zur Veröffentlichung im ABl. bestimmt
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 2. September 2011 (nicht in der AS veröffentlicht), in Kraft seit 2. September 2011
122	Durchführungsbeschluss K(2011) 5501 endg. der Kommission vom 4. August 2011 zur Änderung des Beschlusses K(2010) 1620 endg. der Kommission vom 19. März 2010 über ein Handbuch für die Bearbeitung von Visumsanträgen und die Änderung von bereits erteilten Visa
<i>Fundstelle:</i>	Nicht zur Veröffentlichung im ABl. bestimmt
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 2. September 2011 (nicht in der AS veröffentlicht), in Kraft seit 2. September 2011

123	Beschluss K(2011) 5499 endg. , der Kommission vom 4. August 2011 zur Änderung der Entscheidung K(2006) 2909 endg. der Kommission über die technischen Spezifikationen der Normen für Sicherheitsmerkmale und biometrische Daten in von den Mitgliedstaaten ausgestellten Pässen und Reisedokumenten
<i>Fundstelle:</i>	Nicht zur Veröffentlichung in ABL. bestimmt
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 2. September 2011 (nicht in der AS veröffentlicht), in Kraft seit 2. September 2011
124	Beschluss K(2011) 5478 endg. , der Kommission vom 4. August 2011 zur Änderung der Entscheidung K(2002) 3069 der Kommission zur Festlegung der technischen Spezifikationen für die einheitliche Gestaltung des Aufenthaltstitels für Drittstaatenangehörige
<i>Fundstelle:</i>	Nicht zur Veröffentlichung im ABL. bestimmt
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 2. September 2011 (nicht in der AS veröffentlicht), in Kraft seit 2. September 2011
125	Durchführungsbeschluss K(2011) 7192 endg. , der Kommission vom 13. Oktober 2011 über die Erstellung der Liste der von Visumantragstellern in Bosnien und Herzegowina, Sri Lanka und der Türkei (Ankara, Istanbul, Edirne und Izmir) vorzulegenden Belege
<i>Fundstelle:</i>	Nicht zur Veröffentlichung im ABL. bestimmt
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 16. November 2011 (nicht in der AS veröffentlicht), in Kraft seit 16. November 2011
126	Verordnung (EU) Nr. 1077/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Grosssystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts
<i>Fundstelle:</i>	ABL. L 286 vom 1.11.2011, S. 1
<i>Verfahren:</i>	Modell 3 (Art. 7 Abs. 2 Bst. b SAA: Übernahme unter Vorbehalt der Genehmigung durch Parlament) Notenaustausch vom 24. November 2011 (BBl 2012 5899; noch nicht in der AS veröffentlicht), noch nicht in Kraft.
<i>geändert durch:</i>	Verordnung (EU) Nr. 603/2013 (Dublin-WE Nr. 1b - vgl. Anhang II)
<i>Zusatzvereinbarung:</i>	Die Verhandlungen zur Zusatzvereinbarung laufen seit Herbst 2012 und sollten bis Mitte 2014 abgeschlossen werden können. Sollte die Zusatzvereinbarung wie von der Kommission angekündigt dem EuGH zur Prüfung vorgelegt werden, dürfte sich die Unterzeichnung der Vereinbarung weiter verzögern.
127	Beschluss Nr. 1105/2011/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Liste der visierfähigen Reisedokumente, die den Inhaber zum Überschreiten der Aussengrenzen berechtigen, und über die Schaffung eines Verfahrens zur Aufstellung dieser Liste
<i>Fundstelle:</i>	ABL. L 287 vom 4.11.2011, S. 9
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 13. Dezember 2011 (nicht in der AS veröffentlicht), in Kraft seit 13. Dezember 2011
<i>durchgeführt durch:</i>	Durchführungsbeschluss K(2013) 4914 endg. [WE Nr. 145].
128	Verordnung (EU) Nr. 1168/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 des Rates zur Errichtung einer Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Aussengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union

	<i>Fundstelle:</i> ABl. L 304 vom 22.11.2011, S. 1 <i>Verfahren:</i> Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 13. Dezember 2011 (SR 0.362.380.050), in Kraft seit 13. Dezember 2011
129	Beschluss K(2011) 9883 endg. der Kommission vom 20. Dezember 2011 zur Festsetzung der den Mitgliedstaaten für das Haushaltsjahr 2012 zugewiesenen Beträge in Anwendung der Entscheidung Nr. 574/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 zur Einrichtung des Aussengrenzenfonds für den Zeitraum 2007 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms «Solidarität und Steuerung der Migrationsströme»
	<i>Fundstelle:</i> Nicht zur Veröffentlichung im ABl. bestimmt <i>Verfahren:</i> Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 19. Januar 2012 (nicht in der AS veröffentlicht), in Kraft seit 19. Januar 2012
130	Beschluss K(2011) 9771 endg. der Kommission vom 22. Dezember 2011 über die Annahme von Leitlinien für Grundsätze, Kriterien und Richtsätze für Finanzkorrekturen der Kommission nach Artikel 44 der Entscheidung Nr. 2007/435/EG des Rates vom 25. Juni 2007 zur Einrichtung des Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen für den Zeitraum 2007 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms Solidarität und Steuerung der Migrationsströme, Artikel 46 der Entscheidung Nr. 573/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 zur Errichtung des Europäischen Flüchtlingsfonds für den Zeitraum 2008 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms Solidarität und Steuerung der Migrationsströme, Artikel 48 der Entscheidung Nr. 574/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 zur Errichtung des Aussengrenzenfonds für den Zeitraum 2007 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms Solidarität und Steuerung der Migrationsströme und Artikel 46 der Entscheidung Nr. 575/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 zur Errichtung des Europäischen Rückkehrfonds für den Zeitraum 2008 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms Solidarität und Steuerung der Migrationsströme
	<i>Fundstelle:</i> Nicht zur Veröffentlichung im ABl. bestimmt <i>Verfahren:</i> Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 19. Januar 2012 (nicht in der AS veröffentlicht), in Kraft seit 19. Januar 2012
131	Durchführungsbeschluss K(2012) 1152 endg. der Kommission vom 27. Februar 2012 über die Erstellung der Liste der von den Visumantragstellern in Ägypten (Kairo und Alexandria) einzureichenden Unterlagen
	<i>Fundstelle:</i> Nicht zur Veröffentlichung im ABl. bestimmt <i>Verfahren:</i> Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 28. März 2012 (nicht in der AS veröffentlicht), in Kraft seit 28. März 2012
132	Durchführungsbeschluss K(2012) 1301 endg. der Kommission vom 29. Februar 2012 zur Annahme der technischen Spezifikationen für das elektronische Kommunikationssystem «VIS Mail» für die Zwecke der Verordnung (EG) Nr. 767/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Visa-Informationssystem (VIS) und den Datenaustausch zwischen den Mitgliedstaaten über Visa für einen kurzfristigen Aufenthalt (VIS-Verordnung)
	<i>Fundstelle:</i> Nicht zur Veröffentlichung im ABl. bestimmt <i>Verfahren:</i> Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 28. März 2012 (nicht in der AS veröffentlicht), in Kraft seit 28. März 2012
	<i>geändert durch:</i> Durchführungsbeschluss K(2013) 5573 endg. [WE Nr. 146]
133	Durchführungsbeschluss 2012/274/EU der Kommission vom 24. April 2012 zur Bestimmung der zweiten Gruppe von Regionen, in denen das Visa-Informationssystem (VIS) in Betrieb genommen wird

	<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 134 vom 24.5.2012, S. 20
	<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 24. Mai 2012 (SR 0.362.380.051), in Kraft seit 24. Mai 2012
134	Verordnung (EU) Nr. 154/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Februar 2012 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 810/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Visakodex der Gemeinschaft (Visakodex)	
	<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 58 vom 29.2.2012, S. 3
	<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 16. Juli 2012 (SR 0.362.380.052); in Kraft seit 16. Juli 2012
135	Durchführungsbeschluss K(2012) 4726 endg. der Kommission vom 11. Juli 2012 über die Erstellung der Liste der von den Visumantragstellern im Vereinten Königreich (Edinburgh, London und Manchester) einzureichenden Unterlagen	
	<i>Fundstelle:</i>	Nicht zur Veröffentlichung im ABl. bestimmt
	<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 16. August 2012 (nicht in der AS veröffentlicht); in Kraft seit 16. August 2012
136	Verordnung (EU) Nr. 977/2011 der Kommission vom 3. Oktober 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 810/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Visakodex der Gemeinschaft (Visakodex)	
	<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 258 vom 4.10.2011, S. 9
	<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 16. August 2012 (SR 0.362.380.054); in Kraft seit 16. August 2012
137	Durchführungsbeschluss K(2012) 5310 endg. der Kommission vom 6. August 2012 über die Erstellung der Liste der von den Visumantragstellern in Chile, Kasachstan (Älmaty und Astana), Nicaragua und Nigeria (Abuja und Lagos) einzureichenden Unterlagen	
	<i>Fundstelle:</i>	Nicht zur Veröffentlichung im ABl. bestimmt
	<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 6. September 2012 (nicht in der AS veröffentlicht); in Kraft seit 6. September 2012
138	Empfehlung K(2012) 9330 endg. der Kommission vom 14. Dezember 2012 zur Änderung der Empfehlung über einen gemeinsamen «Leitfaden für Grenzschutzbeamte (Schengen-Handbuch)», der von den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten bei der Durchführung von Grenzkontrollen bei Personen heranzuziehen ist (K(2006) 5186 endg).	
	<i>Fundstelle:</i>	Nicht zur Veröffentlichung im ABl. bestimmt
	<i>Verfahren:</i>	Modell 1 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: blosse Kenntnisnahme) Diplomatische Note vom 10. Januar 2013

139a	Verordnung (EU) Nr. 1272/2012 des Rates vom 20. Dezember 2012 über die Migration vom Schengener Informationssystem (SIS 1+) zum Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II) (Neufassung)
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 359 vom 29.12.2012, S. 21
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 20. Februar 2013 (nicht in der AS veröffentlicht); in Kraft seit 20. Februar 2013
139b	Verordnung (EU) Nr. 1273/2012 des Rates vom 20. Dezember 2012 über die Migration vom Schengener Informationssystem (SIS 1+) zum Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II) (Neufassung)
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 359 vom 29.12.2012, S. 32
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 20. Februar 2013 (nicht in der AS veröffentlicht); in Kraft seit 20. Februar 2013
140	Beschluss K(2013) 220 endg. der Kommission vom 25. Januar 2013 zur Festsetzung der den Mitgliedstaaten für das Haushaltsjahr 2013 zugewiesenen Beträge in Anwendung der Entscheidung Nr. 574/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 zur Einrichtung des Aussengrenzenfonds für den Zeitraum 2007 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms «Solidarität und Steuerung der Migrationsströme»
<i>Fundstelle:</i>	Nicht zur Veröffentlichung im ABl. bestimmt
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 22. Februar 2013 (nicht in der AS veröffentlicht); in Kraft seit 22. Februar 2013
141	Durchführungsbeschluss 2013/115/EU der Kommission vom 26. Februar 2013 über das SIRENE-Handbuch und andere Durchführungsbestimmungen für das Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II)
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 71 vom 14.3.2013, S. 1
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 28. März 2013 (nicht in der AS veröffentlicht); in Kraft seit 28. März 2013 (anwendbar seit dem 9. April 2013)
142	Durchführungsbeschluss K(2013) 1725 endg. der Kommission vom 26. März 2013 über die Erstellung der Liste der von den Visumantragstellern in Jordanien, im Kosovo und in den Vereinigten Staaten (Atlanta, Bedford, Boston, Chicago, Cleveland, Detroit, Houston, Los Angeles, Miami, Newark, New York, Philadelphia, San Francisco, San Juan, Tampa, Washington) einzureichenden Belege
<i>Fundstelle:</i>	Nicht zur Veröffentlichung im ABl. bestimmt
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 26. April 2013 (nicht in der AS veröffentlicht); in Kraft seit 26. April 2013
143	Beschluss Nr. 259/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates 13. März 2013 zur Änderung der Entscheidung Nr. 574/2007/EG im Hinblick auf die Anhebung des Kofinanzierungssatzes des Aussengrenzenfonds für bestimmte, hinsichtlich ihrer Finanzstabilität von gravierenden Schwierigkeiten betroffene oder bedrohte Mitgliedstaaten
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 82 vom 22.3.2013, S. 6
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 20. Juni 2013 (SR 0.362.380.055); in Kraft seit 20. Juni 2013

144	Verordnung (EU) Nr. 610/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 562/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex), des Übereinkommens zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen, die Verordnungen (EG) Nr. 1683/95 und (EG) Nr. 539/2001 des Rates sowie die Verordnungen (EG) Nr. 767/2008 und (EG) Nr. 810/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 182 vom 29.6.2013, S. 1
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 21. August 2013 (SR 0.362.380.056); in Kraft seit 21. August 2013
145	Durchführungsbeschluss K(2013) 4914 endg. der Kommission vom 2. August 2013 zur Aufstellung der Liste der visierfähigen Reisedokumente, die den Inhaber zum Überschreiten der Aussengrenzen berechtigen
<i>Fundstelle:</i>	nicht zur Veröffentlichung im ABl. bestimmt
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 5. September 2013 (nicht in der AS veröffentlicht); in Kraft seit 5. September 2013)
146	Durchführungsbeschluss K(2013) 5573 endg. der Kommission vom 6. September 2013 zur Änderung des Anhangs des Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Annahme der technischen Spezifikationen für das elektronische Kommunikationssystem «VIS Mail» für die Zwecke der Verordnung (EG) Nr. 767/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Visa-Informationssystem (VIS) und den Datenaustausch zwischen den Mitgliedstaaten über Visa für einen kurzfristigen Aufenthalt (VIS-Verordnung)
<i>Fundstelle:</i>	nicht zur Veröffentlichung im ABl. bestimmt
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 9. Oktober 2013 (nicht in der AS veröffentlicht); in Kraft seit 9. Oktober 2013
147	Durchführungsbeschluss K(2013) 6181 endg. der Kommission vom 30. September 2013 zur Änderung der Entscheidung K(2006) 2909 endg. der Kommission über die technischen Spezifikationen der Normen für Sicherheitsmerkmale und biometrische Daten in von den Mitgliedstaaten ausgestellten Pässen und Reisedokumenten sowie zur Änderung der Entscheidung K(2008) 8657 endg. der Kommission über Zertifikatsregeln entsprechend der Vorgabe in den technischen Spezifikationen der Normen für Sicherheitsmerkmale und biometrischen Daten in von den Mitgliedstaaten ausgestellten Pässen und Reisedokumenten und zur Aktualisierung der Verweise auf Normen und Standards
<i>Fundstelle:</i>	nicht zur Veröffentlichung im ABl. bestimmt
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 31. Oktober 2013 (nicht in der AS veröffentlicht); in Kraft seit 31. Oktober 2013
148	Durchführungsbeschluss K(2013) 6178 endg. der Kommission vom 30. September 2013 zur Änderung der Entscheidung K(2002) 3069 der Kommission zur Festlegung der technischen Spezifikationen für die einheitliche Gestaltung des Aufenthaltstitels für Drittstaatenangehörige
<i>Fundstelle:</i>	nicht zur Veröffentlichung im ABl. bestimmt
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 31. Oktober 2013 (nicht in der AS veröffentlicht); in Kraft seit 31. Oktober 2013
149	Durchführungsbeschluss 2013/493/EU der Kommission vom 30. September 2013 zur Bestimmung der dritten und letzten Gruppe von Regionen, in denen das Visa-Informationssystem (VIS) in Betrieb genommen wird

	<i>Fundstelle:</i> ABL L 268 vom 10.10.2013, S. 13 <i>Verfahren:</i> Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 31. Oktober 2013 (SR 0.362.380.057); in Kraft seit 31. Oktober 2013
150	Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 des Rates vom 8. Oktober 2013 zur Einführung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands und zur Aufhebung des Beschlusses des Exekutivausschusses vom 16. September 1998 bezüglich der Errichtung des Ständigen Ausschusses Schengener Durchführungsübereinkommen
	<i>Fundstelle:</i> ABL L 295 vom 6.11.2013, S. 27 <i>Verfahren:</i> Modell 3 (Art. 7 Abs. 2 Bst. b SAA: Übernahme durch Bundesversammlung) Notenaustausch vom 7. November 2013 (noch nicht in der AS oder im BBl veröffentlicht); noch nicht in Kraft (spätestens am 16. Oktober 2015)
151	Verordnung (EU) Nr. 1051/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2013 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 562/2006 zwecks Festlegung einer gemeinsamen Regelung für die vorübergehende Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen unter aussergewöhnlichen Umständen
	<i>Fundstelle:</i> ABL L 295 vom 6.11.2013, S. 1 <i>Verfahren:</i> Modell 3 (Art. 7 Abs. 2 Bst. b SAA: Übernahme durch Bundesversammlung) Notenaustausch vom 21. November 2013 (noch nicht in der AS oder im BBl veröffentlicht); noch nicht in Kraft (spätestens am 16. Oktober 2015)
152	Verordnung (EU) Nr. 1052/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 zur Errichtung eines Europäischen Grenzüberwachungssystem (EUROSUR)
	<i>Fundstelle:</i> ABL L 295 vom 6.11.2013, S. 11 <i>Verfahren:</i> Modell 3 (Art. 7 Abs. 2 Bst. b SAA: Übernahme unter Vorbehalt der Genehmigung durch Parlament) Notenaustausch vom 11. Dezember 2013 (noch nicht in der AS oder im BBl veröffentlicht), noch nicht in Kraft (spätestens am 12. November 2015)
153	Verordnung (EU) Nr. 1289/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 des Rates zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Aussengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind
	<i>Fundstelle:</i> ABL L 347 du 20.12.2013, p. 74 <i>Verfahren:</i> Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch vom 19. Februar 2014 (SR 0.362.380.058), in Kraft seit 19. Februar 2014

Liste der notifizierten Weiterentwicklungen des Dublin/Eurodac-Besitzstands

Stand: 28. Februar 2013

Die aufgeführten Rechtsakte wurden der Schweiz als Weiterentwicklungen des Dublin/Eurodac-Besitzstands notifiziert. Eine Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands (WE Nr. 126) ist ausserdem gleichzeitig eine Weiterentwicklung des Dublin/Eurodac-Besitzstands; diese wird in dieser Übersicht aber nicht mehr gesondert aufgeführt.

1a	Verordnung (EU) Nr. 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (Neufassung) - « <i>Dublin III-Verordnung</i> »
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 180 vom 29.6.2013, S. 31
<i>Verfahren:</i>	Modell 3 (Art. 7 Abs. 2 Bst. b SAA: Übernahme durch Bundesversammlung) Notenaustausch vom 14. August 2013 (AS 2013 5505) Vorzeitige Anwendung seit 1. Januar 2014 (AS 2013 5505), mit Ausnahme von Art. 18 Abs. 2, Art. 27 Abs. 3 und Art. 28 der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 Formelles Inkrafttreten: spätestens am 3. Juli 2015
1b	Verordnung (EU) Nr. 603/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über die Einrichtung von Eurodac für den Abgleich von Fingerabdruckdaten zum Zwecke der effektiven Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist und über der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung dienende Anträge der Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und Europol auf den Abgleich mit Eurodac-Daten sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1077/2011 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Grosssystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (Neufassung) - « <i>Eurodac-Verordnung</i> »
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 180 vom 29.6.2013, S. 1
<i>Verfahren:</i>	Modell 3 (Art. 7 Abs. 2 Bst. b SAA: Übernahme durch Bundesversammlung) Notenaustausch vom 14. August 2013 (noch nicht in der AS publiziert); noch nicht in Kraft (spätestens am 3. Juli 2015)
2	Durchführungsverordnung (EU) Nr. 118/2014 der Kommission vom 30. Januar 2014 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1560/2003 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 343/2003 des Rates zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist
<i>Fundstelle:</i>	ABl. L 39 vom 08.02.2014, S. 1
<i>Verfahren:</i>	Modell 2 (Art. 7 Abs. 2 Bst. a SAA: Übernahme durch Bundesrat) Notenaustausch (noch nicht in der AS publiziert); noch nicht in Kraft (spätestens am 20. März 2014)

Übersicht über die Verfahren zur Umsetzung von Weiterentwicklungen des Schengen- bzw. Dublin/Eurodac-Besitzstands

Stand: 28. Februar 2014

Die nachfolgende Übersicht beschreibt in Teil I den Verfahrensstand hinsichtlich jener Weiterentwicklungen, deren Übernahme der Bundesrat selbständig beschlossen hat (Modell 2) und die einen Anpassungsbedarf auf Verordnungsebene ausgelöst haben. Alle anderen hier nicht aufgeführten Weiterentwicklungen nach Modell 2 haben keinen Umsetzungsbedarf ausgelöst. Teil II betrifft demgegenüber jene Weiterentwicklungen des Schengen- bzw. Dublin/Eurodac-Besitzstands, deren Übernahme vom Parlament genehmigt werden mussten (Modell 3) und zu deren Umsetzung gegebenenfalls Anpassungen auf Gesetzes- und/oder Verordnungsstufe erforderlich geworden sind.

Teil I : Weiterentwicklungen, die vom Bundesrat übernommen wurden (Modell 2)

I. Kosten für die Ausstellung von Schengen-Visa

Entscheidung 2006/440/EG (WE Nr. 17)	
<i>Übernahme (Bundesrat)</i>	20. Februar 2008
<i>Inkrafttreten</i>	Der Notenaustausch zur Übernahme der Entscheidung 2006/440/EG ist am 28. März 2008 in Kraft getreten (AS 2008 1203); er wird seit dem 12. Dezember 2008 angewendet.
<i>Umsetzungsbedarf</i>	Änderung der Verordnung vom 24. Oktober 2007 über die Gebühren zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (GebV-AuG) Umsetzung bis zur Inkraftsetzung des Schengen-Besitzstands am 12. Dezember 2008 (vgl. Art. 15 SAA)
<i>Vernehmlassung/Anhörung</i>	Es wurde keine Vernehmlassung/Anhörung durchgeführt.
<i>Inkrafttreten</i>	Die Verordnungsänderung wurde am 22. Oktober 2008 vom Bundesrat verabschiedet und ist am 12. Dezember 2008 in Kraft getreten (AS 2008 5421).

II. Bestimmung der visumpflichtigen Drittstaaten

Verordnung (EG) Nr. 851/2005 (WE Nr. 6); Entscheidung 2006/684/EG (WE Nr. 22); Verordnung (EG) Nr. 1932/2006 (WE Nr. 25)	
<i>Übernahme (Bundesrat)</i>	20. Februar 2008
<i>Inkrafttreten</i>	Die Notenaustausche zur Übernahme der oben genannten EU-Rechtsakte sind am 28. März 2008 in Kraft getreten: AS 2008 1201 (WE Nr. 6); AS 2008 1205 (WE Nr. 22); AS 2008 1207 (WE Nr. 25). Sie werden seit dem 12. Dezember 2008 angewendet.
<i>Umsetzungsbedarf</i>	Erlass der Verordnung vom 22. Oktober 2008 über die Einreise und die Visumerteilung (VEV) Umsetzung bis zur Inkraftsetzung des Schengen-Besitzstands am 12. Dezember 2008 (vgl. Art. 15 SAA)

<i>Vernehmlassung/Anhörung</i>	Es wurde keine Vernehmlassung/Anhörung durchgeführt.
<i>Inkrafttreten</i>	Die Verordnungsänderung wurde am 22. Oktober 2008 vom Bundesrat verabschiedet und ist am 12. Dezember 2008 in Kraft getreten (AS 2008 5541).

III. Durchführungs- und technische Umsetzungsmassnahmen zum VIS

Entscheidung 2009/377/EG (WE Nr. 82); Entscheidung 2009/876/EG (WE Nr. 94)	
<i>Übernahme (Bundesrat)</i>	29. Mai 2009 (WE Nr. 82) und 16. Dezember 2009 (WE Nr. 94)
<i>Inkrafttreten</i>	Die Notenaustausche zur Übernahme der Weiterentwicklungen sind am 4. Juni 2009 (WE Nr. 82) und am 17. Dezember 2009 (WE Nr. 94) in Kraft getreten (AS 2010 3121). ¹²¹ Sie werden seit dem 11. Oktober 2011 (Zeitpunkt der EU-seitigen Bereitstellung des C-VIS) angewendet.
<i>Umsetzungsbedarf</i>	Erlass der Verordnung vom 18. Dezember 2013 über das zentrale Visa-Informationssystem und das nationale Visumsystem (VISV ¹²²) und Anpassung der Verordnung vom 22. Oktober 2008 über die Einreise und die Visumerteilung (VEV) sowie der Verordnung vom 12. April 2006 über das Zentrale Migrationsinformationssystem (ZEMIS-Verordnung) Umsetzung in Koordination mit gesetzlicher Umsetzung der VIS-Verordnung [WE Nr. 63]
<i>Vernehmlassung/Anhörung</i>	31. Juni bis 13. August 2010
<i>Inkrafttreten</i>	Die nationalen Rechtsgrundlagen sind vom Bundesrat am 6. Juli 2010 verabschiedet worden (Übergangslösung). Sie sind auf den 11. Oktober 2011 in Kraft getreten: AS 2011 4449 (AuG, BGIAA); AS 2011 3861 (VISV). Die neue VISV (definitive Lösung) ist am 20. Januar 2014 in Kraft getreten (AS 2014 3)

IV. Voraussetzungen und Verfahren der Visaerteilung (Visakodex)

Verordnung (EG) Nr. 810/2009 (WE Nr. 88)	
<i>Übernahme (Bundesrat)</i>	29. Mai 2009 (WE Nr. 82) und 16. Dezember 2009 (WE Nr. 94)
<i>Inkrafttreten</i>	Der Notenaustausch zur Übernahme des Visakodex ist am 23. September 2009 in Kraft getreten (AS 2009 5281) und wird seit dem 5. April 2010 angewendet.
<i>Umsetzungsbedarf</i>	Anpassung der Verordnung vom 22. Oktober 2008 über die Einreise und die Visumerteilung (VEV) sowie der Verordnung vom 24. Oktober 2007 über die Gebühren zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (GebV-AuG) Umsetzung bis 5. April 2010 (vgl. Art. 58 Visakodex)
<i>Vernehmlassung/Anhörung</i>	16. Dezember 2009 bis 15. Januar 2010
<i>Inkrafttreten</i>	Die Verordnungsänderungen sind vom Bundesrat am 12. März 2010 verabschiedet worden und sind am 5. April 2010 in Kraft getreten (AS 2010 1205).

V. Visum für den Flughafentransit

Beschluss 2009/1015/EU (WE Nr. 100); Verordnung (EU) Nr. 154/2012 (WE Nr. 134)	
<i>Übernahme (Bundesrat)</i>	17. Februar 2010 (WE Nr. 100) und 4. Juli 2012 (WE Nr. 134)

¹²¹ Der Notenaustausch (WE Nr. 82) wurde nicht in der AS publiziert (vgl. Art. 3 Abs. 3 PublG i.V.m. Art. 2 PublV).

¹²² Die vorliegende Verordnung über das zentrale Visa-Informationssystem und das nationale Visumsystem (definitive Lösung) ersetzt die Verordnung vom 6. Juli 2011, welche die Rechtsgrundlage für die Übergangslösung darstellte.

<i>Inkrafttreten</i>	Die Notenaustausche zur Übernahme der Weiterentwicklungen sind am 18. Februar 2010 bzw. am 16. Juli 2012 in Kraft getreten: AS 2010 1187 (WE Nr. 100); AS 2012 4097 (WE Nr. 134).
<i>Umsetzungsbedarf</i>	Anpassung der Verordnung vom 22. Oktober 2008 über die Einreise und die Visumerteilung (VEV) Umsetzung bis 18. Februar 2010 (WE Nr. 100) ¹²³ ; Umsetzung ohne Fristsetzung (WE Nr. 134)
<i>Vernehmlassung/Anhörung</i>	Es wurde jeweils keine Vernehmlassung/Anhörung durchgeführt.
<i>Inkrafttreten</i>	Die Verordnungsänderungen sind vom Bundesrat am 17. Februar 2010 (WE Nr. 100) bzw. 4. Juli 2012 (WE Nr. 134) verabschiedet worden und sind am 18. Februar 2010 bzw. 23. Juli 2012 in Kraft getreten: AS 2010 605 (WE Nr. 100); AS 2012 3817 (WE Nr. 134).

VI. Verkehr von Inhabern eines Visums für den langfristigen Aufenthalt

Verordnung (EG) Nr. 625/2010 (WE Nr. 105)	
<i>Übernahme (Bundesrat)</i>	31. März 2010
<i>Inkrafttreten</i>	Der Notenaustausch zur Übernahme der Verordnung (EG) Nr. 625/2010 ist am 31. März 2010 in Kraft getreten (AS 2010 1527); er wird seit dem 5. April 2010 angewendet.
<i>Umsetzungsbedarf</i>	Anpassung der Verordnung vom 22. Oktober 2008 über die Einreise und die Visumerteilung (VEV) Umsetzung bis 5. April 2010 (vgl. Art. 6 der Verordnung (EG) Nr. 625/2010)
<i>Vernehmlassung/Anhörung</i>	Es wurde keine Vernehmlassung/Anhörung durchgeführt.
<i>Inkrafttreten</i>	Die Verordnungsänderung wurde vom Bundesrat am 31. März 2010 verabschiedet und ist am 5. April 2010 in Kraft getreten (AS 2010 1449).

VII. Berechnung der zulässigen der Aufenthaltsdauer von Drittstaatsangehörigen (90-Tage-Regel)

Verordnung (EU) Nr. 610/2013 (WE Nr. 144)	
<i>Übernahme (Bundesrat)</i>	14. August 2013
<i>Inkrafttreten</i>	Der Notenaustausch zur Übernahme der EU-Verordnung ist am 21. August 2013 in Kraft getreten: AS 2013 2827.
<i>Umsetzungsbedarf</i>	Anpassung der Verordnung vom 22. Oktober 2008 über die Einreise und die Visumerteilung (VEV) Umsetzung bis am 18. Oktober 2013 (vgl. Art. 7 der Verordnung (EU) Nr. 610/2013)
<i>Vernehmlassung/Anhörung</i>	Es wurde keine Vernehmlassung/Anhörung durchgeführt.
<i>Inkrafttreten</i>	Die Verordnungsänderung wurde am 14. August 2013 vom Bundesrat verabschiedet und ist am 18. Oktober 2013 in Kraft getreten (AS 2013 2733).

VIII. SIRENE-Handbuch zum SIS II

Durchführungsbeschluss 2013/115/EU (WE Nr. 141)
--

¹²³ Gemäss Artikel 2 ist der Beschluss 2009/1015/EU in der EU zwar bereits am 11. Januar 2010 in Kraft getreten, der Schweiz wurde der Rechtsakt durch die EU hingegen erst am 19. Januar 2010 notifiziert.

<i>Übernahme (Bundesrat)</i>	27. März 2013
<i>Inkrafttreten</i>	Der Notenaustausch zur Übernahme des Durchführungsbeschlusses 2013/115/EU ist am 27. März 2013 in Kraft getreten ¹²⁴ ; er wird seit dem 9. April 2013 angewendet.
<i>Umsetzungsbedarf</i>	Anpassung der Verordnung vom 8. März 2013 über den nationalen Teil des Schengener Informationssystems (N-SIS) und das SIRENE-Büro (N-SIS-Verordnung) Umsetzung bis 9. April 2010 ¹²⁵
<i>Vernehmlassung/Anhörung</i>	Es wurde keine Vernehmlassung/Anhörung durchgeführt.
<i>Inkrafttreten</i>	Die Verordnungsänderung wurde vom Bundesrat am 27. März 2013 verabschiedet und ist am 9. April 2013 in Kraft getreten (AS 2013 939).

Teil II: Weiterentwicklungen, die vom Parlament übernommen wurden (Modell 3)

I. Schengener Grenzkodex

Verordnung (EG) Nr. 562/2006 (WE Nr. 14)	
<i>Auswirkungen auf den Legislaturplan</i>	Genehmigung der Übernahme und Umsetzung der Weiterentwicklung Anpassung des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) Fakultatives Referendum
<i>Vernehmlassung</i>	28. März bis 30. Juni 2007
<i>Verabschiedung Botschaft</i>	24. Oktober 2007 (BBl 2007 7937)
<i>Parlamentarische Debatte</i>	Ständerat: 11. März 2008; Nationalrat: 29. Mai 2008; Ständerat (Differenzbereinigung): 11. Juni 2008; Schlussabstimmung: 13. Juni 2008 (BBl 2008 5319)
<i>Referendum und Inkrafttreten</i>	Fakultatives Referendum: Referendumsfrist am 2. Oktober 2008 unbenutzt abgelaufen; Mitteilung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen: 17. Oktober 2008 In Kraft getreten am 12. Dezember 2008: AS 2008 5629 (Bundesbeschluss); AS 2008 5633 (Notenaustausch WE Nr. 14).
<i>Anpassungen auf Verordnungsstufe</i>	Schaffung der Verordnung vom 22. Oktober 2008 über die Einreise und die Visumerteilung (VEV)
<i>Vernehmlassung/Anhörung</i>	28. März bis 30. Juni 2007
<i>Inkrafttreten</i>	In Kraft getreten am 12. Dezember 2008: AS 2008 5441 (VEV); AS 2008 5421 (übrige Verordnungen).

¹²⁴ Nicht in der AS veröffentlicht

¹²⁵ Vgl. Beschluss 2013/157/EU des Rates vom 7. März 2013 zur Festlegung des Beginns der Anwendung des Beschlusses 2007/533/JI über die Einrichtung, den Betrieb und die Nutzung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II) (ABl. L 87 vom 27.3.2013, S. 8) sowie Beschluss 2013/158/EU des Rates vom 7. März 2013 zur Festlegung des Beginns der Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1987/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einrichtung, den Betrieb und die Nutzung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II) (ABl. L 87 vom 27.3.2013, S. 10).

II. Wiedereinführung der Personenkontrollen an den Binnengrenzen («Schengen Governance»)

Verordnung (EU) Nr. 1051/2013 (WE Nr. 151)	
<i>Auswirkungen auf den Legislaturplan</i>	Genehmigung der Übernahme und Umsetzung der Weiterentwicklung Anpassung des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) Fakultatives Referendum
<i>Vernehmlassung</i>	20. November 2013 bis 20. Februar 2014
<i>Verabschiedung Botschaft</i>	9. April 2014
<i>Parlamentarische Debatte</i>	Sommer-Session 2014 (Erstrat); Herbst-Session 2014 (Zweitrat und Schlussabstimmung)
<i>Referendum und Inkrafttreten</i>	Fakultatives Referendum Mitteilung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen (Ratifikation): bis spätestens am 15. Oktober 2015
<i>Anpassungen auf Verordnungsstufe</i>	Anpassung der Verordnung vom 22. Oktober 2008 über die Einreise und die Visumerteilung (VEV)
<i>Vernehmlassung/Anhörung</i>	offen
<i>Inkrafttreten</i>	zusammen mit den gesetzlichen Anpassungen im AuG

III. Aussengrenzagentur (FRONTEX / RABIT)

Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 (WE Nr. 1); Verordnung (EG) Nr. 863/2007 (WE Nr. 37)	
<i>Auswirkungen auf Legislaturplan</i>	Genehmigung der Übernahme und Umsetzung der Weiterentwicklungen Anpassung des Zollgesetzes vom 18. März 2005 (ZG) Fakultatives Referendum
<i>Vernehmlassung</i>	8. Dezember 2006 bis 15. März 2007
<i>Verabschiedung Botschaft</i>	13. Februar 2008 (BBl 2008 1455)
<i>Parlamentarische Debatte</i>	Ständerat: 28. Mai 2008; Nationalrat: 24. September 2008; Schlussabstimmung: 3. Oktober 2008 (BBl 2008 8357)
<i>Referendum und Inkrafttreten</i>	Fakultatives Referendum: Referendumsfrist am 22. Januar 2009 unbenutzt abgelaufen; Mitteilung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen: 30. Januar 2009 In Kraft getreten am 1. August 2010, zusammen mit der erforderlichen Zusatzvereinbarung: AS 2010 3573 (Zusatzvereinbarung); AS 2009 4583 (Bundesbeschluss); AS 2009 4587 (Notenaustausch WE Nr. 1); AS 2009 4589 (Notenaustausch WE Nr. 37).
<i>Anpassungen auf Verordnungsstufe</i>	Schaffung der Verordnung vom 26. August 2009 über die operative Zusammenarbeit mit den anderen Schengen-Staaten zum Schutz der Aussengrenzen des Schengen-Raums (VZAG)
<i>Vernehmlassung/Anhörung</i>	Es wurde keine Vernehmlassung/Anhörung durchgeführt.
<i>Inkrafttreten</i>	In Kraft getreten am 1. Oktober 2009 (anwendbar seit 1. August 2010); AS 2009 4553.

IV. Aussengrenzenfonds

Entscheidung 574/2007/EG (WE Nr. 36); Entscheidung 2007/599/EG (WE Nr. 43); Entscheidung 2008/456/EG (WE Nr. 57)	
<i>Auswirkungen auf Legislaturplan</i>	Genehmigung der Übernahme der Weiterentwicklungen kein gesetzlicher Umsetzungsbedarf Fakultatives Referendum
<i>Vernehmlassung</i>	11. September bis 11. Dezember 2009
<i>Verabschiedung Botschaft</i>	24. Februar 2010 (BBl 2010 1665)
<i>Parlamentarische Debatte</i>	Ständerat: 16. Juni 2010; Nationalrat: 20. September 2010; Schlussabstimmung: 1. Oktober 2010 (BBl 2010 6617)
<i>Referendum und Inkrafttreten</i>	Fakultatives Referendum; Referendumsfrist am 20. Januar 2011 unbenutzt abgelaufen; Mitteilung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen: 9. Februar 2011 Vorläufige Anwendung der Notenaustausche sowie der erforderlichen Zusatzvereinbarung, ab dem der Unterzeichnung der Zusatzvereinbarung folgenden Tag (20. März 2010): AS 2010 2807 (Zusatzvereinbarung); AS 2010 3027 (Notenaustausch WE Nr. 36); AS 2010 3019 (Notenaustausch WE Nr. 43); AS 2010 3021 (Notenaustausch WE Nr. 57). In Kraft getreten am 9. Februar 2011: AS 2011 977 (Bundesbeschluss); AS 2011 979 (Notenaustausche).
<i>Anpassungen auf Verordnungsstufe</i>	kein Anpassungsbedarf

V. Europäisches Grenzüberwachungssystem (EUROSUR)

Verordnung (EU) Nr. 1052/2013 (WE Nr. 152)	
<i>Auswirkungen auf Legislaturplan</i>	Genehmigung der Übernahme der Weiterentwicklungen kein Umsetzungsbedarf auf Stufe Bundesgesetz Fakultatives Referendum
<i>Vernehmlassung</i>	12. Dezember 2013 bis 21. März 2014
<i>Verabschiedung Botschaft</i>	30. April 2013
<i>Parlamentarische Debatte</i>	Sommer-Session 2014 (Zuteilung); Herbst-Session 2014 (Erstrat); Winter-Session 2014 (Zweitrat und Schlussabstimmung)
<i>Referendum und Inkrafttreten</i>	Fakultatives Referendum; Mitteilung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen: spätestens am 12. November 2015
<i>Anpassungen auf Verordnungsstufe</i>	Verordnung vom 26. August 2009 über die operative Zusammenarbeit mit den anderen Schengen-Staaten zum Schutz der Aussengrenzen des Schengen-Raums (VZAG)
<i>Vernehmlassung/Anhörung</i>	offen
<i>Inkrafttreten</i>	koordiniert mit dem Notenaustausch (spätestens 12. November 2015)

VI. Visa-Informationssystem (VIS)

Verordnung (EG) Nr. 767/2008 (WE Nr. 63); Beschluss Nr. 633/2008/JI (WE Nr. 70)	
<i>Auswirkungen auf Legislaturplan</i>	Genehmigung der Übernahme und Umsetzung der Weiterentwicklungen Anpassung des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) sowie des Bundesgesetzes vom 20. Juni 2003 über das Informationssystem für den Ausländer- und den Asylbereich (BGIAA) Fakultatives Referendum
<i>Vernehmlassung</i>	24. Februar bis 16. März 2009
<i>Verabschiedung Botschaft</i>	29. Mai 2009 (BBl 2009 4245)
<i>Parlamentarische Debatte</i>	Nationalrat: 17. September 2009; Ständerat: 23. November 2009; Nationalrat (Differenzbereinigung): 1. Dezember 2009; Ständerat (Differenzbereinigung): 3. Dezember 2009; Nationalrat (Differenzbereinigung): 8. Dezember 2009; Ständerat (Differenzbereinigung): 9. Dezember 2009; Einigungskonferenz: 10. Dezember 2009; Schlussabstimmung: 11. Dezember 2009 (BBl 2009 8823)
<i>Referendum und Inkrafttreten</i>	Fakultatives Referendum: Referendumsfrist am 1. April 2010 unbenutzt abgelaufen; Mitteilung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen: 8. April 2010 Teilweises Inkrafttreten: 15. Mai 2010 (AS 2010 2063) und 1. Januar 2011 (AS 2010 5761); Vollständiges Inkrafttreten: 11. Oktober 2011 (Zeitpunkt der EU-seitigen Bereitstellung des C-VIS): AS 2011 4449 (Bundesbeschluss); AS 2010 2073 (Notenaustausch WE Nr. 63); AS 2010 2075 (Notenaustausch WE Nr. 70).
<i>Anpassungen auf Verordnungsstufe</i>	Erlass der Verordnung vom 6. Juli 2011 über das zentrale Visa-Informationssystem (VISV) ¹²⁶ und Anpassung der Verordnung vom 12. April 2006 über das Zentrale Migrationsinformationssystem (ZEMIS-Verordnung):
<i>Vernehmlassung/Anhörung</i>	30. Juni bis 13. August 2010
<i>Inkrafttreten</i>	In Kraft getreten am 11. Oktober 2011: AS 2011 3861 (alle Erlasse)

VII. Einführung biometrischer Daten in Schweizer Pässen

Verordnung (EG) Nr. 2252/2004 (WE Nr. 2); Entscheidung K(2005) 409 endg. (WE Nr. 8); Entscheidung K(2006) 2909 endg. (WE Nr. 16)	
<i>Auswirkungen auf Legislaturplan</i>	Genehmigung der Übernahme und Umsetzung der Weiterentwicklungen Anpassung des Bundesgesetzes vom 22. Juni 2001 über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige (AwG) sowie des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) Fakultatives Referendum
<i>Vernehmlassung</i>	29. September 2006 bis 8. Januar 2007
<i>Verabschiedung Botschaft</i>	8. Juni 2007 (BBl 2007 5159)
<i>Parlamentarische Debatte</i>	Ständerat: 10. Dezember 2007; Nationalrat: 12. März 2008; Schlussabstimmung: 13. Juni 2008 (BBl 2008 5309)

¹²⁶ Diese Übergangslösung wurde bei Inbetriebnahme des nationalen Visumsystems (ORBIS) im Jahr 2014 durch die Verordnung vom 18. Dezember 2013 über das zentrale Visa-Informationssystem und das nationale Visumsystem (definitive Lösung) ersetzt (AS **2014** 3).

<i>Referendum und Inkrafttreten</i>	Vorlage angenommen in der Volksabstimmung vom 17. Mai 2009 (BBl 2009 7539); Mitteilung der Erfüllung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen: 26. Oktober 2009 In Kraft getreten am 1. März 2010: AS 2009 5521 (Bundesbeschluss); AS 2009 5529 (Notenaustausch WE Nr. 2); AS 2009 5531 (Notenaustausch WE Nr. 8); AS 2009 5533 (Notenaustausch WE Nr. 16).
<i>Anpassungen auf Verordnungsstufe</i>	Anpassung der Verordnung vom 20. September 2002 über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige (VAwG) und Schaffung der Verordnung vom 20. Januar 2010 über die Ausstellung von Reisedokumenten für ausländische Personen (RDV)
<i>Vernehmlassung/Anhörung</i>	18. Juni bis 10. Oktober 2008
<i>Inkrafttreten</i>	In Kraft getreten am 1. März 2010: AS 2009 5535 (VAwG); AS 2010 621 (RDV).

VIII. Einführung biometrischer Daten im Ausländerausweis

Verordnung (EG) Nr. 380/2008 (WE Nr. 51)	
<i>Auswirkungen auf Legislaturplan</i>	Genehmigung der Übernahme und Umsetzung der Weiterentwicklung Anpassung des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) sowie des Bundesgesetzes vom 20. Juni 2003 über das Informationssystem für den Ausländer- und den Asylbereich (BGIAA) Fakultatives Referendum
<i>Vernehmlassung</i>	24. Juni bis 7. Oktober 2009
<i>Verabschiedung Botschaft</i>	18. November 2009 (BBl 2010 51)
<i>Parlamentarische Debatte</i>	Nationalrat: 3. März 2010; Ständerat: 7. Juni 2010; Schlussabstimmung: 18. Juni 2010 (BBl 2010 4335)
<i>Referendum und Inkrafttreten</i>	Fakultatives Referendum: Referendumsfrist am 7. Oktober 2010 unbenutzt abgelaufen; Mitteilung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen: 13. Oktober 2010 In Kraft getreten am 24. Januar 2011: AS 2011 175 (Bundesbeschluss); AS 2011 181 (Notenaustausch WE Nr. 51)
<i>Anpassungen auf Verordnungsstufe</i>	Anpassung der Verordnung vom 24. Oktober 2007 über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE), der Verordnung vom 12. April 2006 über das Zentrale Migrationsinformationssystem (ZEMIS-Verordnung) sowie der Verordnung vom 24. Oktober 2007 über die Gebühren zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (GebV-AuG)
<i>Vernehmlassung/Anhörung</i>	26. Mai bis 9. September 2010
<i>Inkrafttreten</i>	In Kraft getreten am 24. Januar 2011: AS 2011 99 (alle Erlasse)

IX. Rückführung von Drittstaatsangehörigen

Richtlinie 2008/115/EG (WE Nr. 78)	
<i>Auswirkungen auf Legislaturplan</i>	Genehmigung der Übernahme und Umsetzung der Weiterentwicklung Anpassung des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) sowie des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998 (AsylG) Fakultatives Referendum

<i>Vernehmlassung</i>	5. Juni bis 5. September 2009
<i>Verabschiedung Botschaft</i>	11. November 2009 (BBl 2009 8881)
<i>Parlamentarische Debatte</i>	Ständerat: 18. März 2010; Nationalrat: 2. Juni 2010; Ständerat: 7. Juni 2010; Nationalrat: 8. Juni 2010; Schlussabstimmung: 18. Juni 2010 (BBl 2010 4325)
<i>Referendum und Inkrafttreten</i>	Fakultatives Referendum: Referendumsfrist am 7. Oktober 2010 unbenutzt abgelaufen; Mitteilung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen: 13. Oktober 2010 Inkrafttreten: 1. Januar 2011: AS 2010 5925 (Bundesbeschluss); AS 2010 5935 (Notenaustausch WE Nr. 78)
<i>Anpassungen auf Verordnungsstufe</i>	Anpassung der Verordnung vom 11. August 1999 über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen (VVWA)
<i>Vernehmlassung/Anhörung</i>	13. Juli bis 15. September 2010
<i>Inkrafttreten</i>	In Kraft getreten am 1. Januar 2011: AS 2010 5769

X. Schengener Informationssystem (SIS)

Beschluss 2005/211/JI (WE Nr. 4); Verordnung (EG) Nr. 1160/2005 WE Nr. 9); Verordnung (EG) Nr. 1987/2006 (WE Nr. 28); Verordnung (EG) Nr. 1986/2006 (WE Nr. 31); Beschluss 2007/533/JI (WE Nr. 42)]	
<i>Auswirkungen auf Legislaturplan</i>	Genehmigung der Übernahme der Weiterentwicklungen kein gesetzlicher Umsetzungsbedarf Fakultatives Referendum
<i>Vernehmlassung</i>	Es wurde keine Vernehmlassung durchgeführt (vgl. BBl 2007 8600)
<i>Verabschiedung Botschaft</i>	14. November 2007 (BBl 2007 8591)
<i>Parlamentarische Debatte</i>	Ständerat: 11. März 2008; Nationalrat: 2. Mai 2008; Schlussabstimmung: 13. Juni 2008 (BBl 2008 5317)
<i>Referendum und Inkrafttreten</i>	Fakultatives Referendum: Referendumsfrist am 2. Oktober 2008 unbenutzt abgelaufen; Mitteilung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen: 17. Oktober 2008 In Kraft getreten am 12. Dezember 2008: AS 2008 5111 (Bundesbeschluss); AS 2008 5113 (Notenaustausch WE Nr. 4); AS 2008 5115 (Notenaustausch WE Nr. 9); AS 2008 5119 (Notenaustausch WE Nr. 28); AS 2008 5121 (Notenaustausch WE Nr. 31); AS 2008 5117 (Notenaustausch WE Nr. 42).
<i>Anpassungen auf Verordnungsstufe</i>	Schaffung der Verordnung vom 7. Mai 2008 über den nationalen Teil des Schengener Informationssystems (N-SIS) und das SIRENE-Büro (N-SIS-Verordnung)
<i>Vernehmlassung/Anhörung</i>	27. Dezember 2007 bis 29. Februar 2008
<i>Inkrafttreten</i>	In Kraft getreten am 1. Juni 2008 bzw. 9. April 2013: AS 2008 2229 (soweit das SIS I betreffend); AS 2013 855 und 939 (betreffend SIS II).

XI. Informationsaustausch zwischen Strafverfolgungsbehörden

Rahmenbeschluss 2006/960/JI (WE Nr. 35)	
<i>Auswirkungen auf Legislaturplan</i>	Genehmigung der Übernahme und Umsetzung der Weiterentwicklung Schaffung des Bundesgesetzes über den Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden des Bundes und denjenigen der anderen Schengen-Staaten (Schengen-Informationsaustauschgesetz, SIaG) Fakultatives Referendum
<i>Vernehmlassung</i>	14. Mai bis 20. August 2008
<i>Verabschiedung Botschaft</i>	12. November 2008 (BBl 2008 9061)
<i>Parlamentarische Debatte</i>	Nationalrat: 28. April 2009; Ständerat: 26. Mai 2009; Schlussabstimmung: 12. Juni 2009 (BBl 2009 4493)
<i>Referendum und Inkrafttreten</i>	Fakultatives Referendum: Referendumsfrist am 1. Oktober 2009 unbenutzt abgelaufen; Mitteilung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen: 21. Oktober 2009 In Kraft getreten am 1. Januar 2010: AS 2009 6915 (Bundesbeschluss); AS 2009 6583 (Bundesgesetz); AS 2009 6917 (Notenaustausch WE Nr. 35).
<i>Anpassungen auf Verordnungsstufe</i>	Kein Anpassungsbedarf

XII. Waffenrecht

Richtlinie 2008/51/EG (WE Nr. 56)	
<i>Auswirkungen auf Legislaturplan</i>	Genehmigung der Übernahme und Umsetzung der Weiterentwicklung Anpassung des Bundesgesetzes vom 20. Juni 1997 über Waffen, Waffenzubehör und Munition (WG) Fakultatives Referendum
<i>Vernehmlassung</i>	26. September bis 30. Dezember 2008
<i>Verabschiedung Botschaft</i>	13. Mai 2009 (BBl 2009 3649)
<i>Parlamentarische Debatte</i>	Ständerat: 10. September 2009; Nationalrat: 17. September 2009; Ständerat (Differenzbereinigung): 22. September 2009; Nationalrat (Differenzbereinigung): 26. November 2009; Ständerat (Differenzbereinigung): 3. Dezember 2009; Nationalrat (Differenzbereinigung): 8. Dezember 2009; Einigungskonferenz: 10. Dezember 2009; Schlussabstimmung: 11. Dezember 2009 (BBl 2009 8801; BBl 2009 8817)
<i>Referendum und Inkrafttreten</i>	Fakultatives Referendum: Referendumsfrist am 1. April 2010 unbenutzt abgelaufen; Mitteilung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen: 8. April 2010 In Kraft getreten am 28. Juli 2010: AS 2010 2899 (Bundesbeschluss); AS 2010 2905 (Notenaustausch WE Nr. 56).
<i>Anpassungen auf Verordnungsstufe</i>	Anpassung der Verordnung vom 2. Juli 2008 über Waffen, Waffenzubehör und Munition (WV)
<i>Vernehmlassung/Anhörung</i>	26. September bis 30. Dezember 2008
<i>Inkrafttreten</i>	In Kraft getreten am 28. Juli 2010: AS 2010 2827.

XIII. Datenschutz

Rahmenbeschluss 2008/977/JI (WE Nr. 77)	
<i>Auswirkungen auf die Gesetzgebung</i>	Genehmigung der Übernahme und Umsetzung der Weiterentwicklung Anpassung des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz (DSG), des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG), des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998 (AsylG), des Strafgesetzbuches vom 21. Dezember 1937 (StGB), des Bundesgesetzes vom 12. Juni 2009 über den Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden des Bundes und denjenigen der anderen Schengen-Staaten (Schengen-Informationsaustausch-Gesetz; SIAG), des Bundesgesetzes vom 20. Juni 1997 über Waffen, Waffenzubehör und Munition (WG) sowie des Bundesgesetzes vom 3. Oktober 1951 über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe (BetmG) Fakultatives Referendum
<i>Vernehmlassung</i>	15. Mai 2009 bis 14. August 2009
<i>Verabschiedung Botschaft</i>	11. September 2009 (BBl 2009 6749)
<i>Parlamentarisches Verfahren</i>	Nationalrat: 26. November 2009; Ständerat: 1. März 2010; Nationalrat: 3. März 2010; Schlussabstimmung: 19. März 2010 (BBl 2010 2107)
<i>Referendum und Inkrafttreten</i>	Fakultatives Referendum: Referendumsfrist am 8. Juli 2010 unbe- nutzt abgelaufen; Mitteilung der verfassungsrechtlichen Vorausset- zungen: 22. Juli 2010 Inkrafttreten: 1. Dezember 2010: AS 2010 3417 (Bundesbeschluss); AS 2010 3387 (Bundesgesetz); AS 2010 3419 (Notenaustausch WE Nr. 77).
<i>Anpassungen auf Verordnungsstufe</i>	Anpassung der Verordnung zum Bundesgesetz über den Datenschutz (VDSG)
<i>Vernehmlassung/Anhörung</i>	Es wurde keine Vernehmlassung/Anhörung durchgeführt.
<i>Inkrafttreten</i>	1. Dezember 2010: AS 2010 3399.

XIV. IT-Agentur («eu-LISA»)

Verordnung (EU) Nr. 1077/2011 (WE Nr. 126)	
<i>Auswirkungen auf Legislaturplan</i>	Genehmigung der Übernahme der Weiterentwicklung kein Umsetzungsbedarf auf Stufe Bundesgesetz Fakultatives Referendum
<i>Vernehmlassung</i>	Es wurde keine Vernehmlassung durchgeführt.
<i>Verabschiedung Botschaft</i>	23. Mai 2012 (BBl 2012 5875)
<i>Parlamentarische Debatte</i>	Nationalrat: 10. September 2012 (Rückweisung); Ständerat: 11. Dezember 2012 (Rückweisung) – <i>Wiederaufnahme der Beratungen frühestens in der Herbst-Session 2014 geplant</i>
<i>Referendum und Inkrafttreten</i>	Fakultatives Referendum; <i>Inkrafttreten: noch offen¹²⁷ (Das Inkrafttreten der erforderlichen Zusatzvereinbarung wird zusammen mit dem Notenaustausch erfol- gen.¹²⁸)</i>

¹²⁷ BBl **2012** 5897 (Bundesbeschluss); BBl **2012** 5899 (Notenaustausch WE Nr. 126)

XV. Schengener Evaluierungsmechanismus

Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 (WE Nr. 150)	
<i>Auswirkungen auf den Legislaturplan</i>	Genehmigung der Übernahme der Weiterentwicklung kein Umsetzungsbedarf auf Stufe Bundesgesetz Fakultatives Referendum
<i>Vernehmlassung</i>	20. November 2013 bis 20. Februar 2014
<i>Verabschiedung Botschaft</i>	6. April 2014
<i>Parlamentarische Debatte</i>	Sommer-Session 2014 (Erstrat); Herbst-Session 2014 (Zweitrat und Schlussabstimmung)
<i>Referendum und Inkrafttreten</i>	Fakultatives Referendum; Mitteilung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen (Ratifikation): bis spätestens am 15. Oktober 2015
<i>Anpassungen auf Verordnungsstufe</i>	kein Umsetzungsbedarf auf Verordnungsstufe

XVI. Dublin III

Verordnung (EG) Nr. 604/2006 (Dublin-WE Nr. 1a - vgl. Anhang II)	
<i>Auswirkungen auf den Legislaturplan</i>	Genehmigung der Übernahme und Umsetzung der Weiterentwicklung Anpassung des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) sowie des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998 (AsylG) Fakultatives Referendum
<i>Vernehmlassung</i>	14. August bis 15. November 2013
<i>Verabschiedung Botschaft</i>	7. März 2014 (noch nicht im BBl veröffentlicht)
<i>Parlamentarische Debatte</i>	Sommer-Session 2014 (Erstrat); Herbst-Session 2014 (Zweitrat und Schlussabstimmung)
<i>Referendum und Inkrafttreten</i>	Fakultatives Referendum; Mitteilung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen (Ratifikation): bis spätestens am 3. Juli 2015 Vorläufige Anwendung des Notenaustausches ab 1. Januar 2014: AS 2013 5505 (mit Ausnahme von Art. 18 Abs. 2, Art. 27 Abs. 3 und Art. 28 der Verordnung (EU) Nr. 604/2013).
<i>Anpassungen auf Verordnungsstufe</i>	Anpassung der Asylverordnung 1 vom 11. August 1999 über Verfahrensfragen (AsylV 1)
<i>Vernehmlassung/Anhörung</i>	noch offen
<i>Inkrafttreten</i>	zusammen mit den Gesetzesänderungen (AuG, AsylG)

128 Die Verhandlungen zur Zusatzvereinbarung konnten nur mit Verzögerung beginnen, da die Kommission zunächst über kein entsprechendes Verhandlungsmandat verfügte. Sie sollten bis Mitte 2014 abgeschlossen werden können. Das Inkrafttreten der Vereinbarung dürfte sich allerdings weiter verzögern, sollte die Kommission wie angekündigt die Vereinbarung dem Europäischen Gerichtshof vorgängig zur Prüfung vorlegen.

XVII. Eurodac

Verordnung (EG) Nr. 603/2006 (Dublin-WE Nr. 1b - vgl. Anhang II)	
<i>Auswirkungen auf den Legislaturplan</i>	Genehmigung der Übernahme und Umsetzung der Weiterentwicklung Anpassung des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) sowie des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998 (AsylG) Fakultatives Referendum
<i>Vernehmlassung</i>	14. August bis 15. November 2013
<i>Verabschiedung Botschaft</i>	7. März 2014 (noch nicht im BBl veröffentlicht)
<i>Parlamentarische Debatte</i>	Sommer-Session 2014 (Erstrat); Herbst-Session 2014 (Zweitrat und Schlussabstimmung)
<i>Referendum und Inkrafttreten</i>	Fakultatives Referendum; Mitteilung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen (Ratifikation): bis spätestens am 3. Juli 2015

<i>Anpassungen auf Verordnungsstufe</i>	kein Umsetzungsbedarf auf Verordnungsstufe
---	--

Vorabentscheidungsverfahren vor dem EuGH, an denen sich die Schweiz gestützt auf das SAA bzw. DAA beteiligen kann

Stand: 28. Februar 2014

Die nachfolgende Übersicht stellt - chronologisch geordnet - den aktuellen Stand der Vorabentscheidungsverfahren zusammen, die sachgegenständlich in den Anwendungsbereich des SAA bzw. des DAA fallen und an denen sich die Schweiz entsprechend beteiligen konnte bzw. kann. Noch nicht abgeschlossene Verfahren sind grau hervorgehoben.

In Bezug auf die nachfolgend aufgeführten Referenzen sei zudem vermerkt, dass die Urteile des EuGH ebenso wie die Stellungnahmen des Generalanwalts (GA) erst mit einer gewissen Verzögerung in der Sammlung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (Slg.) publiziert werden. Urteile wie Stellungnahmen des GA sind jedoch sehr rasch auf der Homepage des EuGH verfügbar¹²⁹.

2010

1	Verb. Rs. C-411/10 u. C-493/10 (NS/Secretary of State und M.E.)
<i>Gegenstand:</i>	Dublin-II-Verordnung (Verordnung (EG) Nr. 343/2003, Art. 1 DAA)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 24. November 2010; Stellungnahme der CH: 3. Februar 2011
<i>Verfahrensstand:</i>	Erledigt
<i>Fundstellen:</i>	Schlussanträge GA vom 22. September 2011, noch nicht in der Slg. veröffentlicht Urteil vom 21. Dezember 2011, noch nicht in der Slg. veröffentlicht
2	Rs. C-430/10 (Gaydarov)
<i>Gegenstand:</i>	Schengener Grenzkodex (Verordnung (EG) Nr. 562/2006, WE Nr. 14)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 26. Oktober 2010; keine Stellungnahme der CH
<i>Verfahrensstand:</i>	Erledigt
<i>Fundstellen:</i>	Schlussanträge GA liegen keine vor Urteil vom 17. November 2011, Slg. 2011, I-11637
3	Rs. C-606/10 (ANAFÉ)
<i>Gegenstand:</i>	Schengener Grenzkodex (Verordnung (EG) Nr. 562/2006, WE Nr. 14)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 24. November 2010; keine Stellungnahme der CH
<i>Verfahrensstand:</i>	Erledigt
<i>Fundstellen:</i>	Schlussanträge GA vom 29. November 2011, noch nicht in der Slg. veröffentlicht Urteil vom 14. Juni 2012, noch nicht in der Slg. veröffentlicht

¹²⁹ http://curia.europa.eu/jcms/jcms/j_6/

4	Rs. C-620/10 (Kastrati u.a.)
<i>Gegenstand:</i>	Dublin-II-Verordnung (Verordnung (EG) Nr. 343/2003, Art. 1 DAA)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 3. Februar 2011; keine Stellungnahme der CH
<i>Verfahrensstand:</i>	Erledigt
<i>Fundstellen:</i>	Schlussanträge GA vom 12. Januar 2012, noch nicht in der Slg. veröffentlicht Urteil vom 3. Mai 2012, noch nicht in der Slg. veröffentlicht
5	Rs. C-4/11 (Puid)
<i>Gegenstand:</i>	Dublin-II-Verordnung (Verordnung (EG) Nr. 343/2003, Art. 1 DAA)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 16. Februar 2011; Stellungnahme der CH: 19. April 2011
<i>Verfahrensstand:</i>	Erledigt
<i>Fundstellen:</i>	Schlussanträge GA vom 18. April 2013, noch nicht in der Slg. veröffentlicht Urteil vom 14. November 2013, noch nicht in der Slg. veröffentlicht
6	Rs. C-61/11 PPU (El Dridi)
<i>Gegenstand:</i>	Rückführungsrichtlinie (Richtlinie 2008/115/EG, WE Nr. 78)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 18. Februar 2011; keine Stellungnahme der CH
<i>Verfahrensstand:</i>	Erledigt
<i>Fundstellen:</i>	Schlussanträge GA vom 1. April 2010, Slg. 2011, I-3015 Urteil vom 28. April 2011, Slg. 2011, I-3015
7	Rs. C-179/11 (CIMADE und GISTI)
<i>Gegenstand:</i>	Dublin-II-Verordnung (Verordnung (EG) Nr. 343/2003, Art. 1 DAA)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 25. Mai 2011; Stellungnahme der CH: 22. Juli 2011
<i>Verfahrensstand:</i>	Erledigt
<i>Fundstellen:</i>	Schlussanträge GA vom 15. Mai 2012, noch nicht in der Slg. veröffentlicht Urteil vom 27. September 2012, noch nicht in der Slg. veröffentlicht
8	Rs. C-245/11 (K/Bundesasylamt)
<i>Gegenstand:</i>	Dublin-II-Verordnung (Verordnung (EG) Nr. 343/2003, Art. 1 DAA)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 30. Juni 2011; keine Stellungnahme der CH
<i>Verfahrensstand:</i>	Erledigt
<i>Fundstellen:</i>	Schlussanträge GA vom 27. Juni 2012, noch nicht in der Slg. veröffentlicht Urteil vom 6. November 2012, noch nicht in der Slg. veröffentlicht
9	Rs. C-254/11 (Shomodi)
<i>Gegenstand:</i>	Verordnung (EG) Nr. 1931/2006 über kleinen Grenzverkehr (WE Nr. 24)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 1. Juli 2011; keine Stellungnahme der CH
<i>Verfahrensstand:</i>	Erledigt
<i>Fundstellen:</i>	Schlussanträge GA vom 6. Dezember 2012, noch nicht in der Slg. veröffentlicht Urteil vom 21. März 2013, noch nicht in der Slg. veröffentlicht

10	Rs. C-329/11 (Achughabian)
<i>Gegenstand:</i>	Rückführungsrichtlinie (Richtlinie 2008/115/EG, WE Nr. 78)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 3. August 2011; keine Stellungnahme der CH
<i>Verfahrensstand:</i>	Erledigt
<i>Fundstellen:</i>	Schlussanträge GA vom 26. Oktober 2011, noch nicht in der Slg. veröffentlicht Urteil vom 6. Dezember 2011, noch nicht in der Slg. veröffentlicht
11	Rs. C-430/11 (Sagor)
<i>Gegenstand:</i>	Rückführungsrichtlinie (Richtlinie 2008/115/EG, WE Nr. 78)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 26. September 2011; keine Stellungnahme der CH
<i>Verfahrensstand:</i>	Erledigt
<i>Fundstellen:</i>	Schlussanträge GA liegen keine vor Urteil vom 6. Dezember 2012, noch nicht in der Slg. veröffentlicht
12	Rs. C-522/11 (Mbaye)
<i>Gegenstand:</i>	Rückführungsrichtlinie (Richtlinie 2008/115/EG, WE Nr. 78)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 25. November 2011; keine Stellungnahme der CH
<i>Verfahrensstand:</i>	Erledigt
<i>Fundstellen:</i>	Schlussanträge GA liegen keine vor Beschluss vom 21. März 2013, noch nicht in der Slg. veröffentlicht
13	Rs. C-528/11 (Halaf)
<i>Gegenstand:</i>	Dublin-II-Verordnung (Verordnung (EG) Nr. 343/2003, Art. 1 DAA)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 8. Dezember 2011; Stellungnahme der CH: 21. Mai 2012
<i>Verfahrensstand:</i>	Erledigt
<i>Fundstellen:</i>	Schlussanträge GA liegen keine vor Urteil vom 30. Mai 2013, noch nicht in der Slg. veröffentlicht
14	Rs. C-534/11 (Arslan)
<i>Gegenstand:</i>	Rückführungsrichtlinie (Richtlinie 2008/115/EG, WE Nr. 78)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 8. Dezember 2011; Stellungnahme der CH: 13. Februar 2012
<i>Verfahrensstand:</i>	Erledigt
<i>Fundstellen:</i>	Schlussanträge GA vom 31. Januar 2013, noch nicht in der Slg. veröffentlicht Urteil vom 30. Mai 2013, noch nicht in der Slg. veröffentlicht

15	Rs. C-648/11 (MA u.a.)
<i>Gegenstand:</i>	Dublin-II-Verordnung (Verordnung (EG) Nr. 343/2003, Art. 1 DAA)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 2. Februar 2012; Stellungnahme der CH: 10. April 2012
<i>Verfahrensstand:</i>	Erledigt
<i>Fundstellen:</i>	Schlussanträge GA vom 21. Februar 2013, noch nicht in der Slg. veröffentlicht Urteil vom 6. Juni 2013, noch nicht in der Slg. veröffentlicht
16	Rs. C-666/11 (M u.a.)
<i>Gegenstand:</i>	Dublin-II-Verordnung (Verordnung (EG) Nr. 343/2003, Art. 1 DAA)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 6. Juni 2012; Stellungnahme der CH: 13. April 2012
<i>Verfahrensstand:</i>	Rechtssache am 7. Januar 2013 gestrichen
<i>Fundstellen:</i>	ABl. C 79 vom 16.3.2013, S. 11
17	Rs. C-23/12 (Zakaria)
<i>Gegenstand:</i>	Schengener Grenzkodex (Verordnung (EG) Nr. 562/2006, WE Nr. 14)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 20. Februar 2012; keine Stellungnahme der CH
<i>Verfahrensstand:</i>	Erledigt
<i>Fundstellen:</i>	Schlussanträge GA liegen keine vor Urteil vom 17. Januar 2013, noch nicht in der Slg. veröffentlicht
18	Rs. C-39/12 (Dang)
<i>Gegenstand:</i>	Visakodex (Verordnung (EG) Nr. 810/2009, WE Nr. 88)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 5. März 2012; keine Stellungnahme der CH
<i>Verfahrensstand:</i>	Rechtssache 18. Juni 2012 gestrichen
<i>Fundstellen:</i>	ABl. C 303 vom 06.10.2012, S. 21
19	Verb. Rs. C-51/12 bis C-54/12 (Zhu u.a. – Beregovoi – Sun – Yang)
<i>Gegenstand:</i>	Rückführungsrichtlinie (Richtlinie 2008/115/EG, WE Nr. 78)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 20. Februar 2012; keine Stellungnahme der CH
<i>Verfahrensstand:</i>	Rechtssache am 6. Februar 2013 gestrichen
<i>Fundstellen:</i>	ABl. C 108 vom 13.4.2013, S. 19
20	Rs. C-83/12 PPU (Vo)
<i>Gegenstand:</i>	Visakodex (Verordnung (EG) Nr. 810/2009, WE Nr. 88)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 22. Februar 2012; CH: keine Stellungnahme
<i>Verfahrensstand:</i>	Erledigt
<i>Fundstellen:</i>	Stellungnahme GA vom 26. März 2012, noch nicht in der Slg. veröffentlicht Urteil vom 10. April 2012; noch nicht in der Slg. veröffentlicht
21	Rs. C-84/12 (Koushkaki)
<i>Gegenstand:</i>	Visakodex (Verordnung (EG) Nr. 810/2009, WE Nr. 88)

Notifiziert am: EuGH: 28. März 2012; Stellungnahme der CH: 7. Juni 2012

Verfahrensstand: **Erledigt**

Fundstellen: Schlussanträge GA vom 11. April 2013, noch nicht in der Slg. veröffentlicht
Urteil vom 19. Dezember 2013; noch nicht in der Slg. veröffentlicht

22	Rs. C-88/12 (Jaoo)
<i>Gegenstand:</i>	Schengener Grenzkodex (Verordnung (EG) Nr. 562/2006, WE Nr. 14)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 23. März 2012; Stellungnahme der CH: 1. Juni 2012
<i>Verfahrensstand:</i>	Rechtssache am 14. September 2012 gestrichen
<i>Fundstellen:</i>	ABl. C 379 vom 8.12.2012, S. 20
23	Rs. C-131/12 (Google)
<i>Gegenstand:</i>	Datenschutzrichtlinie (Richtlinie 95/46/EG, Anhang B SAA)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 24. April 2012; keine Stellungnahme der CH
<i>Verfahrensstand:</i>	Laufendes Verfahren
<i>Fundstellen:</i>	Schlussanträge GA vom 25. Juni 2013, noch nicht in der Slg. veröffentlicht
24	Rs. C-141/12 (Y.S.)
<i>Gegenstand:</i>	Datenschutzrichtlinie (Richtlinie 95/46/EG, Anhang B SAA)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 27. April 2012; keine Stellungnahme der CH
<i>Verfahrensstand:</i>	Laufendes Verfahren
<i>Fundstellen:</i>	Stellungnahme GA vom 12. Dezember 2013, noch nicht in der Slg. veröffentlicht
25	Rs. C-278/12 (Adil)
<i>Gegenstand:</i>	Schengener Grenzkodex (Verordnung (EG) Nr. 562/2006, WE Nr. 14)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 6. Juni 2012; keine Stellungnahme der CH
<i>Verfahrensstand:</i>	Erledigt
<i>Fundstellen:</i>	Stellungnahme GA vom 9. Dezember 2012, noch nicht in der Slg. veröffentlicht Urteil vom 19. Juli 2013, noch nicht in der Slg. veröffentlicht
26	Rs. C-297/12 (Filev u. Osmani)
<i>Gegenstand:</i>	Rückführungsrichtlinie (Richtlinie 2008/115/EG, WE Nr. 78)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 19. Juni 2012; keine Stellungnahme der CH
<i>Verfahrensstand:</i>	Erledigt
<i>Fundstellen:</i>	Schlussanträge GA liegen keine vor Urteil vom 19. September 2013, noch nicht in der Slg. veröffentlicht
27	Rs. C-342/12 (Worten)
<i>Gegenstand:</i>	Datenschutzrichtlinie (Richtlinie 95/46/EG, Anhang B SAA)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 24. August 2012; keine Stellungnahme der CH
<i>Verfahrensstand:</i>	Erledigt
<i>Fundstellen:</i>	Schlussanträge GA liegen keine vor Urteil vom 30. Mai 2013, noch nicht in der Slg. veröffentlicht

28	Rs. C-372/12 (M u. S)
<i>Gegenstand:</i>	Datenschutzrichtlinie (Richtlinie 95/46/EG, Anhang B SAA)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 22. Oktober 2012; keine Stellungnahme der CH
<i>Verfahrensstand:</i>	Laufendes Verfahren
<i>Fundstellen:</i>	Ersuchen eingereicht am 3. August 2012, ABl. C 303 vom 6.10.2012, S. 8
29	Rs. C-394/12 (Abdullahi)
<i>Gegenstand:</i>	Dublin-II-Verordnung (Verordnung (EG) Nr. 343/2003, Art. 1 DAA)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 27. September 2012; Stellungnahme der CH: 6. Dezember 2012
<i>Verfahrensstand:</i>	Erledigt
<i>Fundstellen:</i>	Schlussanträge GA vom 11. Juli 2013, noch nicht in der Slg. veröffentlicht Urteil vom 10. Dezember 2013, noch nicht in der Slg. veröffentlicht
30	Rs. C-398/12 (M)
<i>Gegenstand:</i>	Schengener Durchführungsübereinkommen (SDÜ; Anhang A SAA)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 4. Oktober 2012; Stellungnahme der CH: 13. Dezember 2012
<i>Verfahrensstand:</i>	Laufendes Verfahren
<i>Fundstellen:</i>	Schlussanträge GA vom 6. Februar 2014, noch nicht in der Slg. veröffentlicht
31	Verb. Rs. C-446/12 bis C-449/12 (Willems u.a.)
<i>Gegenstand:</i>	EU-Ausweisverordnung (Verordnung (EG) Nr. 2252/2004, WE Nr. 2)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 20. Dezember 2012; Stellungnahme der CH: 26. Februar 2013
<i>Verfahrensstand:</i>	Laufendes Verfahren
<i>Fundstellen:</i>	Ersuchen eingereicht am 3. Oktober 2012, ABl. C 26 vom 26.1.2013, S. 16
32	Rs. C-473/12 (IPI)
<i>Gegenstand:</i>	Datenschutzrichtlinie (Richtlinie 95/46/EG, Anhang B SAA)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 26. November 2012; keine Stellungnahme der CH
<i>Verfahrensstand:</i>	Erledigt
<i>Fundstellen:</i>	Schlussanträge GA liegen keine vor Urteil vom 7. November 2013, noch nicht in der Slg. veröffentlicht
33	Rs. C-486/12 (X)
<i>Gegenstand:</i>	Datenschutzrichtlinie (Richtlinie 95/46/EG, Anhang B SAA)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 14. Dezember 2012; keine Stellungnahme der CH
<i>Verfahrensstand:</i>	Erledigt
<i>Fundstellen:</i>	Schlussanträge GA liegen keine vor Urteil vom 12. Dezember 2013, noch nicht in der Slg. veröffentlicht

2013

34	Rs. C-543/12 (Zeman)
<i>Gegenstand:</i>	Waffenrichtlinie (Richtlinie 91/477/EWG, Anhang B SAA)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 11. Januar 2013; keine Stellungnahme der CH
<i>Verfahrensstand:</i>	Laufendes Verfahren
<i>Fundstellen:</i>	Ersuchen eingereicht am 28. November 2012, ABL. C 63 vom 2.3.2013, S. 8
35	Rs. C-575/12 (Air Baltic Corporation)
<i>Gegenstand:</i>	Schengener Grenzkodex (Verordnung (EG) Nr. 562/2006, WE Nr. 14)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 24. Januar 2013; Stellungnahme der CH: 22. März 2013
<i>Verfahrensstand:</i>	Laufendes Verfahren
<i>Fundstellen:</i>	Ersuchen eingereicht am 7. Dezember 2012, ABL. C 38 vom 9.2.2013, S. 16
36	Rs. C-101/13 (U.)
<i>Gegenstand</i>	EU-Ausweisverordnung (Verordnung (EG) Nr. 2252/2004, WE Nr. 2)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 8. April 2013; CH: keine Stellungnahme
<i>Verfahrensstand:</i>	Laufendes Verfahren
<i>Fundstellen:</i>	Ersuchen eingereicht am 28. Februar 2013, ABL. C 156 vom 1.6.2013, S. 19
37	Rs. C-158/13 (Rajaby)
<i>Gegenstand</i>	Dublin-II-Verordnung (Verordnung (EG) Nr. 343/2003, Art. 1 DAA)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 16. Mai 2013; Stellungnahme der CH: obsolet ¹³⁰
<i>Verfahrensstand:</i>	Rechtssache am 25. Juni 2013 gestrichen
<i>Fundstellen:</i>	ABL. C 225 vom 3.8.2013, S. 59
38	Rs. C-166/13 (Mukarubega)
<i>Gegenstand</i>	Rückführungsrichtlinie (Richtlinie 2008/115/EG, WE Nr. 78)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 8. Mai 2013; CH: keine Stellungnahme
<i>Verfahrensstand:</i>	Laufendes Verfahren
<i>Fundstellen:</i>	Ersuchen eingereicht am 4. April 2013, ABL. C 164 vom 8.6.2013, S. 11
39	Rs. C-189/13 (Da Silva)
<i>Gegenstand</i>	Rückführungsrichtlinie (Richtlinie 2008/115/EG, WE Nr. 78)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 24. Mai 2013; CH: keine Stellungnahme
<i>Verfahrensstand:</i>	Laufendes Verfahren
	Ersuchen eingereicht am 15. April 2013, ABL. C 164 vom 8.6.2013, S. 12
40	Rs. C-212/13 (Rynes)
<i>Gegenstand</i>	Datenschutzrichtlinie (Richtlinie 95/46/EG, Anhang B SAA)

¹³⁰ Die Rechtssache wurde vor Ablauf der Frist zur Einreichung der schriftlichen Stellungnahme gestrichen.

	<i>Notifiziert am:</i> EuGH: 30. Mai 2013; CH: keine Stellungnahme <i>Verfahrensstand:</i> Laufendes Verfahren <i>Fundstellen:</i> Ersuchen eingereicht am 19. April 2013, ABl. C 207 vom 20.7.2013, S. 11
41	Rs. C-249/13 (Boudjlida)
	<i>Gegenstand</i> Rückführungsrichtlinie (Richtlinie 2008/115/EG, WE Nr. 78) <i>Notifiziert am:</i> EuGH: 12. Juni 2013; CH: keine Stellungnahme <i>Verfahrensstand:</i> Laufendes Verfahren Ersuchen eingereicht am 6. Mai 2013, ABl. C 189 vom 29.6.2013, S. 13
42	Rs. C-383/13 (G. und R.)
	<i>Gegenstand</i> Rückführungsrichtlinie (Richtlinie 2008/115/EG, WE Nr. 78) <i>Notifiziert am:</i> EuGH: 31. Juli 2013; CH: keine Stellungnahme <i>Verfahrensstand:</i> Erledigt <i>Fundstellen:</i> Stellungnahme GA vom 23. August 2013, noch nicht in der Slg. veröffentlicht Urteil vom 10. September 2013, noch nicht in der Slg. veröffentlicht
43	Rs. C-474/13 (Pham)
	<i>Gegenstand</i> Rückführungsrichtlinie (Richtlinie 2008/115/EG, WE Nr. 78) <i>Notifiziert am:</i> EuGH: 9. Oktober 2013; CH: keine Stellungnahme <i>Verfahrensstand:</i> Laufendes Verfahren <i>Fundstellen:</i> Ersuchen eingereicht am 3. September 2013, ABl. C 336 vom 16.11.2013, S. 10
44	Verb. Rs. C-473/13 und C-514/13 (Bero und Bouzalmate)
	<i>Gegenstand</i> Rückführungsrichtlinie (Richtlinie 2008/115/EG, WE Nr. 78) <i>Notifiziert am:</i> EuGH: 30. September 2013; Stellungnahme der CH: 8. Januar 2014 <i>Verfahrensstand:</i> Laufendes Verfahren <i>Fundstellen:</i> Ersuchen eingereicht am 3. September 2013 (C-473/13, ABl. C 336 vom 16.11.2013, S. 9) und 26. September 2013 (C-514/13, ABl. C 367 vom 14.12.2013, S. 23)
45	Rs. C-554/13 (Zh. und O.)
	<i>Gegenstand</i> Rückführungsrichtlinie (Richtlinie 2008/115/EG, WE Nr. 78) <i>Notifiziert am:</i> EuGH: 9. Dezember 2013; CH: keine Stellungnahme <i>Verfahrensstand:</i> Laufendes Verfahren <i>Fundstellen:</i> Ersuchen eingereicht am 28. Oktober 2013, ABl. C 9 vom 11.1.2014, S. 20

46	Rs. C-38/14 (Zaizoune)
<i>Gegenstand:</i>	Rückführungsrichtlinie (Richtlinie 2008/115/EG, WE Nr. 78)
<i>Notifiziert am:</i>	EuGH: 3. März 2014; Stellungnahme der CH: in Abklärung (Eingabe bis spätestens 13. Mai 2014)
<i>Verfahrensstand:</i>	Laufendes Verfahren
<i>Fundstellen:</i>	Ersuchen eingereicht am 27. Januar 2014, noch nicht im ABl. publiziert

Statistische Übersicht zur Tätigkeit des Grenzwachtkorps: Aufgriffe in den Jahren 2010 bis 2013

Aufgrund des Fehlens einer nach Teilaufgaben differenzierten Statistik betreffen die folgenden Angaben die Tätigkeiten des GWK insgesamt (Personenkontrollen an Aussengrenzen, Zollkontrollen an Binnen- und Aussengrenzen sowie nationale Ersatzmassnahmen).

1. Zollpolizeilicher Bereich (Teilauszug)

Warenschmuggel

	2010	2011	2012	2013
Anzahl Fälle	14'567	19'758	18'805	20'319

Betäubungsmittelschmuggel

Haschisch	2010	2011	2012	2013
Anzahl Fälle	709	913	1'066	1'240
Menge in Kg	36.642	24.021	23.992	18.381

Marihuana	2010	2011	2012	2013
Anzahl Fälle	1'343	1'452	1'841	2'487
Menge in Kg	78.970	378.204	115.435	304.276

Heroin, Opium	2010	2011	2012	2013
Anzahl Fälle	187	139	146	185
Menge in Kg	24.499	17.107	18.502	39.446

Kokain, Crack	2010	2011	2012	2013
Anzahl Fälle	245	264	315	402
Menge in Kg	91.288	73.710	54.671	51.816

Kath	2010	2011	2012	2013
Anzahl Fälle	19	27	23	21
Menge in Kg	819.671	1'170.368	654.953	745.270
Synthetische Produkte	2010	2011	2012	2013
Anzahl Fälle	108	209	66	104
Menge in Kg	19.171	201.981	55.099	12.667
Andere	2010	2011	2012	2013
Anzahl Fälle	536	619	4'704	1'363
Menge Stk	10'935	32'458	8'161	10'123
Menge in Kg	126.031	193.099	158.671	262.394

Waffen

	2010	2011	2012	2013
Anzahl Fälle	1'275	1'308	1'931	2'366

2. Sicherheitspolizeilicher Bereich

Ausgeschriebene Personen

	2010	2011	2012	2013
Ausgeschriebene Personen	9'543	10'282	13'747	16'741
Haftbefehle	2'533	2'960	3'849	5'412
Einreiseverbote	1'078	1'232	1'358	1'783
SIS Personen	2'599	3'094	3'962	4'511

Ausgeschriebene Fahrzeuge

	2010	2011	2012	2013
Ausgeschriebene Fahrzeuge	1'161	900	969	1'597
SIS Fahrzeuge	188	283	138	117

Ausgeschriebene Sachen

	2010	2011	2012	2013
Ausgeschriebene Sachen	1'268	1'327	2'284	2'044
SIS Sachen	794	882	1'050	1'460
Abhanden gekommene und wieder aufgefundene Ausweise (Pass, Identitätskarte)	201	214	253	243

Ausweisfälschungen

	2010	2011	2012	2013
Anzahl gefälschter Dokumente	1'517	1'477	1'767	1'800
Nicht zustehende Ausweise	205	205	213	257

3. Migrationsbereich

	2010	2011	2012	2013
Einreiseverweigerung, Wegweisung, Aussengrenze	53	37	349	361
Rechtswidriger Aufenthalt	4'349	5'614	11'278	11'992
Illegale Erwerbstätigkeit	261	208	320	562



**Cinquième rapport
du DFJP à l'attention de la CdG-DFJP
concernant l'état de la mise en œuvre de Schengen/Dublin
2013/2014**

du 17 mars 2014

Période sous revue : mars 2013 – février 2014

Contexte

Les accords d'association de la Suisse à Schengen (AAS; RS 0.362.31) et à Dublin (AAD; RS 0.141.392.68) conclus le 26 octobre 2004 sont entrés en vigueur le 1^{er} mars 2008. L'évaluation de la Suisse une fois aboutie, le Conseil de l'UE a fixé l'entrée en vigueur de l'acquis de Schengen pour la Suisse au 12 décembre 2008 et, pour le régime applicable aux contrôles aux frontières extérieures dans les aéroports, au 29 mars 2009. Depuis, la Suisse est entièrement intégrée dans la coopération opérationnelle Schengen/Dublin.

De 2005 à 2009, la Délégation des Commissions de gestion (DélCdG) a été annuellement informée par écrit de l'état de la mise en œuvre de Schengen/Dublin. Après l'entrée en vigueur de l'acquis de Schengen pour la Suisse, elle a cédé l'objet aux sous-commissions DFJP/ChF des Commissions de gestion (CdG-DFJP). Celles-ci ont été mises au courant des derniers événements le 21 avril 2010.

Le cinquième rapport à l'attention de la CdG-DFJP porte sur les développements qui ont eu lieu entre mars 2013 et février 2014 (voir ch. 1 à 5). Dans la mesure où cela est pertinent, il fournit aussi quelques indications ponctuelles sur les développements à venir. À la demande de la CdG-DFJP, il présente également des chiffres relatifs à la mise en œuvre des acquis de Schengen et de Dublin/Eurodac (voir ch. 6), dans la mesure où la Confédération dispose de statistiques.

Table des matières

Contexte	2
1 Élargissement de l'espace Schengen	5
1.1 Roumanie/Bulgarie	5
1.2 Chypre	5
1.3 Croatie	6
1.4 Royaume-Uni	6
2 Accords en relation avec Schengen/Dublin	7
2.1 Accord complémentaire découlant d'eu-LISA	7
2.2 Accords avec d'autres États Schengen ou d'autres États Dublin	8
2.2.1 Accords de représentation dans le domaine des visas	8
2.2.2 Arrangements Dublin	9
2.3 Accords avec des États tiers	10
2.3.1 Accords parallèles aux accords de l'UE dans les domaines des visas et des retours	10
2.3.2 Accords sur la suppression de l'obligation de visa pour les titulaires de passeports diplomatiques, de passeports de service ou de passeport spéciaux	11
3 Projets dans le domaine de la mise en œuvre technique et opérationnelle	11
3.1 Système d'information Schengen (SIS)	11
3.2 Système d'information sur les visas (VIS)	12
3.2.1 Mise en service échelonnée du VIS	12
3.2.2 Travaux de mise en œuvre en Suisse	13
3.2.3 Accès des autorités de poursuite pénale au VIS	13
3.2.4 Mise en service du mécanisme de communication VIS Mail	13
3.3 Eurodac	14
3.3.1 Adaptation du système aux nouvelles exigences	14
3.3.2 Utilisation d'Eurodac à des fins répressives	14
3.4 Advance Passenger Information (API)	15
3.5 Gestion intégrée des frontières	16
3.5.1 Concept	16
3.5.2 Mise en œuvre	16
3.6 Conventions conclues entre le Cgfr et les cantons	17
4 Développements des acquis de Schengen et de Dublin/Eurodac	17
4.1 Mode de participation et procédure de reprise	17
4.2 Nombre de développements notifiés jusqu'à aujourd'hui - vue d'ensemble	18
4.3 Contenu des développements notifiés pendant la période sous revue	20
4.3.1 Dans le domaine de Schengen	20
4.3.2 Dans le domaine de Dublin/Eurodac	25

4.4	Prochains développements importants	26
4.4.1	Projet « Frontières intelligentes »	26
4.4.2	Révision du droit de la protection des données	27
4.4.3	Fonds pour la sécurité intérieure	29
5	Renvois préjudiciels devant la Cour de justice de l'UE	30
5.1	Modalité et étendue de la participation de la Suisse	30
5.2	Procédure interne	32
5.3	Développements survenus lors de la période sous revue	33
5.3.1	Procédures terminées	33
5.3.2	Renvois préjudiciels notifiés récemment	36
6	Expériences réalisées dans certains domaines	38
6.1	Frontières extérieures	38
6.1.1	Non-admissions	38
6.1.2	Participation de la Suisse aux engagements Frontex	38
6.1.3	Allocations provenant du Fonds pour les frontières extérieures (FFE)	39
6.2	Frontières intérieures	40
6.3	Coopération policière	40
6.3.1	Echange d'informations en matière policière	40
6.3.2	Observations, poursuites et livraisons surveillées transfrontalières	41
6.4	SIS/SIRENE	42
6.5	Coopération dans le domaine des visas	43
6.6	Renvois	45
6.7	Entraide judiciaire en matière pénale	46
6.8	Dublin	47
6.8.1	Procédure de transfert dans l'État Dublin responsable	47
6.8.2	Utilisation du VIS aux fins de la procédure Dublin	48
Annexe I	<i>(Liste des développements de l'acquis de Schengen notifiés à la Suisse)</i>	50
Annexe II	<i>(Listes des développements de l'acquis de «Dublin/Eurodac» notifiés à la Suisse)</i>	81
Annexe III	<i>(Vue d'ensemble sur l'état des procédures concernant la reprise des développements de l'acquis de Schengen et de «Dublin/eurodac»)</i>	82
Annexe IV	<i>(Procédures de renvois préjudiciels devant la Cour de justice auxquelles la Suisse est habilitée de participer, conformément à l'AAS et l'AAD)</i>	94
Annexe V	<i>(Aperçu des activités des gardes-frontière: Statistiques des années 2010 à 2013)</i>	102

Nouveaux développements durant la période sous revue

1 Élargissement de l'espace Schengen

1.1 Roumanie/Bulgarie

La Roumanie et la Bulgarie ont rejoint l'UE en 2007, mais n'ont pas encore commencé la coopération opérationnelle Schengen. Elles n'ont participé au SIS II, et ce de façon convaincante, que dans le cadre des recherches (avec certaines restrictions en matière d'interdictions d'entrée). Une déclaration des deux pays prévoyant leur entrée simultanée dans l'espace Schengen fixait initialement à mars 2011 le début de la coopération opérationnelle. Cette date s'est révélée trop ambitieuse. Le 9 juin 2011, le Conseil des ministres de la Justice et des Affaires intérieures (JAI) a constaté que la Roumanie et la Bulgarie remplissaient les conditions (techniques) pour l'application de l'acquis de Schengen. Toutefois, quelques États membres ont bloqué le processus pour des raisons politiques. Les réserves se fondent sur les rapports relatifs au mécanisme de coopération et de surveillance mis en place lors de l'adhésion à l'UE de ces deux États en 2007. Sur la base de ce mécanisme, la Commission européenne informe régulièrement le Conseil des progrès accomplis par ces deux pays dans la réforme de leurs systèmes judiciaire et administratif et dans la lutte contre la corruption et la criminalité organisée. D'après le rapport de la Commission le plus récent, du 22 janvier 2014, la réforme des systèmes judiciaire et administratif ne donne toujours pas de résultats satisfaisants.

Au vu de ce rapport et étant donné le scepticisme de certains États membres de l'UE quant à une entrée rapide de la Roumanie et de la Bulgarie dans l'espace Schengen, il est pour le moment difficile de dire quand le Conseil sera en mesure de décider de l'entrée en vigueur intégrale de l'acquis de Schengen et, partant, le début de la coopération opérationnelle Schengen avec les deux États. Une grande importance sera accordée aux prochains rapports de la Commission européenne sur les progrès réalisés, lesquels sont prévus pour 2015.

1.2 Chypre

Chypre, qui est membre de l'UE depuis 2004, n'a, elle non plus, toujours pas commencé la coopération opérationnelle Schengen, car la procédure d'évaluation n'est pas encore terminée. Si les domaines « protection des données » et « coopération policière » ont été évalués en 2006, l'examen des autres domaines (« frontières extérieures », « visas », « SIS ») n'a pas encore eu lieu, et ce pour deux raisons : d'une part, la décision de Chypre d'attendre la mise en service du SIS II, qui a été, comme on le sait, reportée à plusieurs reprises ; et, d'autre part, les retards dus aux questions restées à ce jour sans réponse en relation avec le conflit entre Chypre et la Turquie. Il est encore difficile de savoir, par rapport aux domaines restés en suspens, quand le processus d'évaluation et les visites sur place reprendront.

1.3

Croatie

Bien que la Croatie soit membre à part entière de l'UE depuis le 1^{er} juillet 2013, elle ne fait aujourd'hui toujours pas partie de l'espace Schengen. Comme pour chaque nouvel État Schengen, le Conseil doit décider de l'entrée en vigueur de l'acquis de Schengen. Cette décision doit être prise à l'unanimité et présuppose que l'État candidat ait passé avec succès la procédure d'évaluation. Depuis peu, il est également prévu que le Conseil prenne sa décision sur la base d'un rapport de la Commission européenne confirmant que la Croatie continue de respecter tous les engagements qu'elle a pris au cours des négociations relatives à son adhésion à l'UE¹. L'examen portera entre autre sur le respect des droits fondamentaux et des principes généraux de l'état de droit.

Le calendrier exact de l'entrée en vigueur intégrale de l'acquis de Schengen pour la Croatie n'a pas encore été défini. L'évaluation de la Croatie devrait toutefois se faire pendant la période du programme pluriannuel 2014-2018 établi selon les modalités du nouveau processus d'évaluation (règlement (UE) n° 1053/2013, dév. n° 150 ; cf. aussi ch. 4.3.1).

1.4

Royaume-Uni

Le Royaume-Uni ne participe pas à Schengen (sauf dans certains domaines précis, comme le contrôle aux frontières, la collaboration en matière de visas et la non-admission des ressortissants des États tiers). Il a en outre déclaré en mars 1999, en se fondant sur le droit de participation qui lui est garanti², qu'il souhaiterait participer au Système d'information Schengen (SIS) lorsque le système de deuxième génération (SIS II) serait prêt. Le Conseil a approuvé formellement cette demande le 29 mai 2000³. Les parties de l'acquis de Schengen concernées ne pourront être mises en application que si le résultat de la procédure d'évaluation est positif. Celle-ci a débuté en juillet 2013 et porte sur les domaines « protection des données » et « SIS II ». Lorsqu'elle sera terminée, le Conseil de l'UE devra décider de l'entrée en vigueur, pour le Royaume-Uni, des parties de l'acquis de Schengen concernées. En ce moment, les États membres de l'UE s'interrogent sur l'opportunité de continuer les travaux d'évaluation en cours, notamment ceux sur le SIS II et sur le SIS/SIRENE, étant donné que le Royaume-Uni a officiellement interrompu les démarches en vue de sa participation et qu'aucune annonce officielle n'indique qu'il souhaite revenir sur sa décision. Il n'est dès lors pas certain que les travaux en vue de son adhésion reprennent, notamment les tests opérationnels prévus pour juin 2014

¹ Voir art. 4 de l'acte relatif aux conditions d'adhésion à l'Union européenne de la République de Croatie et aux adaptations du traité sur l'Union européenne, du Traité sur le fonctionnement de l'Union européenne et du Traité instituant la Communauté européenne de l'énergie atomique, JO L 112 du 24.4.2012, p. 21.

² Voir Protocole n° 2 intégrant l'acquis de Schengen dans le cadre de l'Union européenne, « Protocole Schengen », JO C 340 du 10.11.1997, p. 93. Aujourd'hui, les réglementations et les procédures de ce protocole sont fixées dans le Protocole n° 19 sur l'acquis de Schengen intégré dans le cadre de l'Union européenne, lequel a été joint au Traité sur l'Union européenne (TUE) par le Traité de Lisbonne, JO C 326 du 26.10.2012, p. 290.

³ Décision 2000/365/CE du Conseil du 29 mai 2000 relative à la demande du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord de participer à certaines dispositions de l'acquis de Schengen, JO L 131 du 1.6.2000, p. 43

et le raccordement au SIS II prévu pour le 26 octobre 2014. L'évaluation SIS/SIRENE devrait avoir lieu fin 2014 ou début 2015.

2 Accords en relation avec Schengen/Dublin

2.1 Accord complémentaire découlant d'eu-LISA

Lorsqu'un acte juridique pertinent pour Schengen/Dublin prévoit la création d'une structure institutionnelle autonome sous forme de fonds ou d'agence, il faut, pour que les Etats associés puissent participer effectivement, qu'un accord complémentaire, qui règle les modalités de la participation, soit conclu. La simple reprise de l'acte ne suffit pas. Des accords complémentaires ont été conclus en ce sens au sujet de la participation de la Suisse à l'Agence européenne pour la gestion de la coopération opérationnelle aux frontières extérieures des Etats membres de l'Union européenne (Frontex)⁴, ainsi qu'au Fonds pour les frontières extérieures⁵.

Un accord complémentaire de cette nature est également requis pour eu-LISA (aussi appelée Agence-IT ou Agence européenne pour la gestion opérationnelle des systèmes d'information à grande échelle au sein de l'espace de liberté, de sécurité et de justice), créée en vertu du règlement (UE) n° 1077/2011 (dév. n° 127). Cette entité, qui a commencé ses activités le 1^{er} décembre 2012, a la responsabilité de la gestion opérationnelle et du développement des systèmes d'information à grande échelle au sein de l'espace de liberté, de sécurité et de justice⁶, mission auparavant dévolue en majeure partie à la Commission européenne.⁷

L'accord complémentaire que la Suisse et les autres Etats associés (NO, IS, FL) sont en train de négocier avec la Commission européenne porte sur les modalités concrètes de la participation à eu-LISA, en particulier sur le droit de vote au sein du conseil d'administration et des groupes consultatifs de l'agence, sur le détachement de personnel et sur le montant de la contribution financière au budget de l'agence. La Commission européenne n'ayant obtenu qu'à l'été 2012 un mandat de négociation formel du Conseil⁸, les négociations avaient pris beaucoup de retard. Toutefois, celles-ci en sont aujourd'hui à un stade avancé. Les délégations ont pu se mettre d'accord, en octobre 2013, sur un projet de texte qui est actuellement en consultation auprès de la Commission. La Suisse devrait être informée de l'avancée du dossier au deuxième trimestre 2014.

Un retard de calendrier est à prévoir également en ce qui concerne la participation formelle de la Suisse aux travaux de l'agence. Si l'échange de notes concernant la reprise du règlement (UE) n° 1077/2011 en est au stade des débats parlementaires, l'entrée en vigueur de l'accord complémentaire pourrait, quant à elle, être repoussée à une date indéterminée. La Commission européenne a en effet annoncé son intention de saisir la Cour de justice de l'UE (CJUE) pour solliciter son avis sur la compatibilité de cet accord avec les traités de l'UE (l'étendue des droits de vote des Etats

⁴ Règlement (CE) n° 2007/2004 (dév. n° 1)

⁵ Décision n° 574/2007/CE (dév. n° 36)

⁶ Elle doit actuellement garantir un fonctionnement 24 heures sur 24 et 7 jours sur 7 des systèmes centraux du VIS, d'EURODAC et, depuis avril 2013, du SIS II.

⁷ Pour plus de précisions sur la structure institutionnelle de l'agence, se reporter au message du Conseil fédéral du 23 mai 2012 (FF 2012 5417).

⁸ Le Conseil fédéral a adopté le mandat de négociation le 25 mai 2011.

associés, en particulier, reste indéterminée). La Suisse jouit néanmoins, depuis la création de l'Agence, d'un statut d'observateur lui permettant jusqu'à nouvel ordre de participer de facto aux travaux. Ces retards vont aussi avoir pour conséquence que l'échange de notes susmentionné ne pourra pas être approuvé dans le délai de deux ans prévu par l'AAS. L'UE a déjà été informée de vive voix et par écrit de cet état de fait. Bien que ces circonstances soient imputables à l'UE et que les bases juridiques existantes permettent de poursuivre provisoirement la collaboration menée actuellement dans le domaine de l'information, la Commission a demandé, en janvier 2014, des explications supplémentaires. Des discussions sont en cours pour expliquer la situation.

2.2 Accords avec d'autres États Schengen ou d'autres États Dublin

2.2.1 Accords de représentation dans le domaine des visas

Dans la pratique, les États Schengen n'ont pas tous une représentation consulaire dans les États tiers dont les ressortissants sont soumis au visa obligatoire. Comme l'accès aux consulats compétents peut parfois être difficile pour les personnes qui veulent demander un visa, le code des visas (règlement (CE) n° 810/2009, dév. n° 88) prévoit qu'un État Schengen peut en représenter un autre dans un État où ce dernier n'a pas de consulat. Grâce à des accords bilatéraux de représentation, les États Schengen peuvent créer des synergies entre leurs réseaux de représentations pour combler leurs lacunes respectives. Pour ce qui est de la Suisse, c'est le DFAE, en collaboration avec le DFJP, qui a la compétence, depuis le 1^{er} décembre 2009, de conclure ces accords⁹.

Les premiers accords de représentation ont été conclus en 2010 avec l'Autriche, la Hongrie, la Suède, la Belgique et la France¹⁰, puis d'autres accords ont suivi. En 2013, 23 accords ont été conclus. À présent, la Suisse représente la Slovaquie à Ramallah (Cisjordanie et Jérusalem-Est) en matière de visas. Inversement, elle est représentée par l'Autriche à Nicosie (Chypre) et à Skopje (Macédoine), par la Suède à Lusaka (Zambie), par la Belgique à Ouagadougou (Burkina-Faso), à Bujumbura (Burundi) et à Kigali (Rwanda), par la Slovaquie à Sarajevo (Bosnie-Herzégovine), par la Norvège à Luanda (Angola) et Kampala (Ouganda), par la France à Gaborone (Botswana), à Libreville (Gabon), à Conakry (Guinée), à Phnom Penh (Cambodge), à Moroni (Comores), à Vientiane (Laos), à Bamako (Mali), à Nouakchott (Mauritanie), à Lomé (Togo), à Achgabat (Turkménistan) et à Bangui (Centrafrique), par les Pays-Bas à Mascate (Oman) et à Saint-Martin. Le DFAE étudie en permanence quels autres accords devraient être mis en place pour combler les lacunes existant dans le réseau des représentations et assurer la réciprocité voulue.

⁹ Voir art. 33, al. 2, de l'ordonnance sur l'entrée et l'octroi de visas (OEV), RS **142.204**.

¹⁰ La Suisse représente l'Autriche à Saint-Domingue (République dominicaine) et à Pristina (Kosovo) ; la Hongrie à Bogota (Colombie), à Kuala Lumpur (Malaisie), à Santiago du Chili (Chili), à Sao Paulo (Brésil) et à Sydney (Australie) ; la Suède à Manille (Philippines) ; la Belgique à Accra (Ghana) ; et la France à Pristina (Kosovo). Elle est représentée par la Hongrie à Minsk (Biélorus) et à Chisinau (Moldavie), et par la France à Kingston (Jamaïque).

2.2.2

Arrangements Dublin

Le règlement Dublin III¹¹ prévoit que les États membres peuvent établir entre eux des arrangements relatifs aux modalités pratiques de mise en œuvre du règlement afin de faciliter l'application et d'accroître l'efficacité de ce dernier. Les « arrangements Dublin » peuvent porter sur la simplification des procédures et le raccourcissement des délais applicables à la transmission et à l'examen des demandes aux fins de prise en charge ou de reprise en charge de demandeurs d'asile, mais aussi prévoir des réglementations précises sur les modalités de transfert ou des échanges d'officiers de liaison pour améliorer la communication entre les administrations.

L'état actuel du réseau d'accords conclus par la Suisse dans ce domaine se présente comme suit:

- Un premier accord a été conclu avec l'*Autriche*¹². Il est entré en vigueur le 21 juillet 2010. Parallèlement, le Conseil fédéral a autorisé le DFJP à conclure, en concertation avec le DFAE, d'autres accords du même type ou à modifier l'accord existant avec l'Autriche pour autant que son contenu soit en conformité avec l'AAD et que ces changements n'entraînent pas de conséquences sur le plan financier ou en termes de personnel. Un deuxième accord Dublin a été signé avec la *Principauté du Liechtenstein* le 7 décembre 2012. Il est entré en vigueur le 6 janvier 2013¹³. Avec l'*Allemagne*, des modalités de coopération analogues ont finalement aussi été convenues dans le cadre d'un arrangement juridiquement non contraignant (entré en vigueur le 13 janvier 2012).
- Les négociations en vue d'un arrangement Dublin avec la *France* sont terminées. Celui-ci pourra être signé une fois la consultation de la Commission européenne clôturée.
- En raison d'intérêts divergents, aucun arrangement Dublin n'a encore été conclu avec l'*Italie*. La Suisse a cependant détaché en 2012, pour la première fois, un officier de liaison auprès du Ministère de l'intérieur italien. Cette démarche vise en premier lieu à intensifier les échanges d'informations entre les autorités suisses et italiennes et à favoriser une meilleure compréhension des systèmes d'asile de part et d'autre. Il s'agit, par ce biais, de soutenir et d'approfondir la coopération bilatérale avec notre principal partenaire dans le cadre des accords de Dublin et dans le domaine des retours. L'ODM a poursuivi cette démarche en 2013 et a détaché une personne de liaison à Rome en 2014. Les tâches de celle-ci seront, elles aussi, axées sur les domaines « Dublin » et « procédure de retour ».

¹¹ Voir l'art. 36 du règlement (UE) n° 604/2013 (dév. Dublin n° 1a). Auparavant, la base juridique applicable était l'art. 23 du règlement (CE) n° 343/2003 (voir art. 1, par. 1, AAD).

¹² Accord du 21 juin 2010 entre le Conseil fédéral suisse, agissant par l'entremise du DFJP, et le Ministère de l'intérieur de la République d'Autriche sur les modalités pratiques relatives à l'application facilitée du règlement (CE) n° 343/2003 du Conseil du 18 février 2003 établissant les critères et mécanismes de détermination de l'Etat membre responsable de l'examen d'une demande d'asile présentée dans l'un des Etats membres par un ressortissant d'un pays tiers, RS **0.142.392.681.163**.

¹³ Accord du 7 décembre 2012 entre la Confédération suisse et la Principauté de Liechtenstein sur les modalités pratiques relatives à l'application facilitée du règlement Dublin, RS **0.142.395.141.1**.

2.3

Accords avec des États tiers

2.3.1

Accords parallèles aux accords de l'UE dans les domaines des visas et des retours

L'UE a conclu avec quelques États des accords sur l'octroi facilité de visas. Dans une déclaration commune jointe à chacun de ces accords, l'UE exprime son vœu que l'État tiers avec lequel l'accord est conclu négocie des conventions bilatérales comprenant les mêmes dispositions avec les États associés à Schengen (CH, NO, IS et FL). Certes, ces déclarations n'obligent pas la Suisse à conclure un accord parallèle, mais celle-ci est tenue, en matière d'octroi de visas d'une durée de moins de trois mois, d'adapter ses règles et sa pratique à celles de l'UE, dans le cadre de l'acquis de Schengen, afin de réduire le risque que des personnes déposent plusieurs demandes de visa simultanément dans différents États membres. La Suisse a conclu cinq accords de ce type. En octobre 2013, les négociations avec l'Azerbaïdjan ont pu être achevées. Une liste mise à jour des États avec lesquels la Suisse a conclu de tels accords est disponible sur le site de l'ODM¹⁴.

Il n'existe pas de parallélisme comparable en matière de retour, sauf lorsqu'un accord de réadmission est subordonné à un accord sur l'octroi facilité de visas. Les accords de réadmission négociés par l'UE ne sont valables que pour les États membres. Néanmoins, l'UE accompagne également les accords de réadmission qui ne sont pas subordonnés aux accords dans le domaine des visas d'une déclaration commune dans laquelle elle appelle l'État tiers concerné à conclure une convention similaire avec les États associés à Schengen. Cela représente à chaque fois une occasion de conclure facilement un accord parallèle de réadmission, dans ce sens qu'il est peu probable que les États tiers concernés s'y opposent. En décembre 2013, l'UE a signé un accord de réadmission avec la Turquie. La Suisse cherche à négocier un accord parallèle. Quoi qu'il en soit, elle conclut ses accords de réadmission avec les États d'origine et de transit de manière autonome et en fonction à ses propres intérêts. Pendant la période sous revue, la Suisse a négocié des accords avec les États suivants :

- *Azerbaïdjan* (négociations terminées en octobre 2013, date de signature encore inconnue) ;
- *Cameroun* (négociations terminées en septembre 2013, signature prévue pour septembre 2014).

En tout, la Suisse a conclu 50 accords de ce genre. Une liste mise à jour de ceux-ci est disponible sur le site de l'ODM¹⁵.

14

https://www.bfm.admin.ch/content/bfm/fr/home/themen/internationales/internationale_ve_rtraege/ref_visumerleichterung.html

15

https://www.bfm.admin.ch/content/bfm/fr/home/themen/internationales/internationale_ve_rtraege/ref_rueckuebernahme.html

2.3.2

Accords sur la suppression de l'obligation de visa pour les titulaires de passeports diplomatiques, de passeports de service ou de passeport spéciaux

L'acquis de Schengen laisse le droit aux États membres de décider librement s'ils veulent exempter ou non de l'obligation de visa les ressortissants d'États tiers soumis à cette obligation qui sont toutefois titulaires d'un passeport diplomatique, d'un passeport de service et d'un autre passeport officiel (art. 4, par. 1, let. a, du règlement (CE) n° 539/2001)¹⁶. Dans ses relations avec les États non membres de Schengen, la Suisse a donc toute compétence pour fixer, en fonction de ses intérêts nationaux, sa pratique en matière d'octroi de visas vis-à-vis des titulaires de l'un des passeports en question.

La Suisse a conclu plusieurs accords de ce type avec des États envers lesquels elle avait dû rétablir une obligation générale de visa en raison de sa participation à Schengen. Généralement, ces accords sont l'occasion de conclure parallèlement un accord de réadmission. Pendant la période sous revue, des accords sont entrés en vigueur ou ont été signés avec les États suivants :

- *Saint-Vincent-et-les-Grenadines* (en vigueur depuis le 12 janvier 2014)
- *Grenade* (signé le 10 mai 2013)
- *Cathare* (négociations terminées en mai 2013, date de la signature à déterminer)
- *Cameroun* (négociations terminées en septembre 2013, signature prévue pour septembre 2014)

Une liste mise à jour de ces accords est disponible sur le site de l'ODM¹⁷.

3

Projets dans le domaine de la mise en œuvre technique et opérationnelle

3.1

Système d'information Schengen (SIS)

Le 9 avril 2013, le système d'information Schengen de deuxième génération (SIS II) a remplacé le système SIS 1+. Il propose des possibilités techniques de raccordement plus élargies que le système précédent et offre ainsi une base informatique modernisée à la coopération en matière de recherches. Depuis leur mise en service, autant le système central que les composantes nationales du SIS II fonctionnent de manière optimale. Aucune de leurs fonctionnalités essentielles ne présente de défaut. En effet, lors des travaux de développement, la priorité a toujours été accordée à celles-ci. Tous les processus n'ont pas pu être automatisés dès le départ. Des travaux seront néanmoins entrepris ces prochains mois afin que toutes les nouvelles fonctions du SIS II puissent être pleinement utilisables d'ici fin 2015.

¹⁶ Voir annexe B de l'AAS.

¹⁷ https://www.bfm.admin.ch/content/bfm/fr/home/themen/internationales/internationale_ve_rtraege/ref_vdipl.html

3.2 Système d'information sur les visas (VIS)

3.2.1 Mise en service échelonnée du VIS

Après plusieurs années de préparation et divers attermoissements au niveau européen, le VIS¹⁸ a pu être introduit avec succès le 11 octobre 2011. Le même jour, l'ordonnance VIS¹⁹ entrainait en vigueur en Suisse. Le VIS est un nouveau système d'information européen qui est à la fois un système d'établissement de visas (infrastructure de communication comprise) et base de données concernant les demandeurs de visa. Il contient, outre les données usuelles sur les personnes et les demandes, les données biométriques (empreintes digitales des dix doigts et photo du visage) et est composé d'un système central européen (C-VIS), auquel les systèmes nationaux des États Schengen (sauf GB, IE, HR, BU, RO et CY) sont raccordés.

Le VIS a, dans un premier temps, été mis en service en Egypte et dans les pays du Maghreb (Tunisie, Libye, Algérie, Maroc et Mauritanie²⁰)²¹. Depuis, le Proche-Orient²², la région du Golf²³, l'Afrique, l'Amérique du Sud, l'Asie centrale et l'Asie du Sud-Est²⁴ ont également été raccordés.

Conformément à la décision de la Commission européenne, les dernières régions, parmi lesquelles certaines sont très peuplées, comme la Chine, l'Inde, la Russie et la Turquie, seront raccordées au système aux dates suivantes²⁵ :

Région	Date de raccordement
12°/13°/14°/15° régions (Amérique centrale, Amérique du Nord, Antilles, Pacifique)	15 mai 2014
16° région (Ouest des Balkans, Turquie)	25 septembre 2014
17° région (Ukraine et Caucase)	<i>probablement en janvier 2015</i>
18°/19°/20°/21°/22°/23° régions (Russie, Chine, Japon, Mongolie, Corée du Nord, Corée du Sud, Taïwan, Bangladesh, Bhoutan, Inde, Maldives, Népal, Pakistan, Sri Lanka, Europe de l'Ouest, Europe centrale)	<i>date définitive non encore définie</i>

Lorsque le nouveau système suisse de visa ORBIS a été mis en service le 20 janvier 2014, toutes les représentations étrangères situées dans les régions dans lesquelles la mise en service n'avait pas encore eu lieu ont été raccordées au C-VIS. Les représentations en question ne commenceront à saisir les empreintes digitales qu'à partir

¹⁸ Règlement (CE) n° 767/2008 (dév. n° 63).

¹⁹ RO 2011 3861

²⁰ L'introduction du visa biométrique en Mauritanie, par l'intermédiaire de la représentation à Dakar (Sénégal), n'a eu lieu qu'au cours de la mise en service dans la région 4.

²¹ Décision 2010/49/CE (dév. n° 93).

²² Décision d'exécution 2012/233/UE de la Commission du 27 avril 2012 déterminant la date à compter de laquelle le système d'information sur les visas (VIS) débute son activité dans une deuxième région, JO L 117 du 1.5.2012, p. 9.

²³ Décision d'exécution 2012/512/UE de la Commission du 21 septembre 2012 déterminant la date à compter de laquelle le système d'information sur les visas (VIS) débute son activité dans une troisième région, JO L 256 du 22.9.2012, p. 21

²⁴ Décision d'exécution 2012/274/UE de la Commission du 24 avril 2012 déterminant la deuxième série de régions pour le début des activités du système d'information sur les visas (VIS), JO L 134 du 24.5.2012, p. 20.

²⁵ Décision d'exécution 2013/493/UE de la Commission du 30 septembre 2013 déterminant la troisième et dernière série de régions pour le début des activités du système d'information sur les visas (VIS), JO L 268 du 10.10.2013, p. 13

de la date à laquelle leur région sera officiellement raccordée²⁶. La Suisse s'assurera que les infrastructures techniques nécessaires soient prêtes à temps pour la mise en service.

3.2.2 Travaux de mise en œuvre en Suisse

La Suisse a mis en œuvre sa partie nationale du VIS (N-VIS) en plusieurs phases. L'adaptation aux nouvelles exigences européennes et nationales résultant de l'introduction du VIS et des développements technologiques sur le plan national (infrastructure IT du DFJP et sécurité des informations notamment) s'articule en trois unités de réalisation (RE) successives :

- N-VIS RE1 (phase terminée) : adaptations du système EVA en vue de l'entrée dans Schengen en décembre 2008 ;
- N-VIS RE2 (phase terminée) : mise en œuvre des exigences en vue de l'introduction du VIS en octobre 2011 ;
- N-VIS RE3 (phase en cours de réalisation) : remplacement du système EVA par la nouvelle application N-VIS ORBIS (mise en service le 20 janvier 2014, puis développement du système jusqu'en 2015)

3.2.3 Accès des autorités de poursuite pénale au VIS

L'accès des autorités de poursuite pénale au C-VIS²⁷ a été mis en œuvre le 2 septembre 2013²⁸. Depuis, les autorités de poursuite pénale habilitées (par ex. les services de police cantonaux ou la Police judiciaire fédérale) peuvent consulter, sur demande écrite motivée, les données du C-VIS par l'intermédiaire de la Centrale d'engagement de fedpol. Il s'agit toutefois d'un droit de consultation ponctuel dans le cadre de la prévention et de la détection d'infractions graves, ainsi que dans le cadre d'enquêtes liées à de telles infractions.

3.2.4 Mise en service du mécanisme de communication VIS Mail

Depuis l'introduction de VIS, VIS Mail permet l'échange d'informations entre les États Schengen. Sont principalement concernées les demandes d'informations et la transmission de renseignements dans le cadre de la coopération consulaire. VIS Mail fonctionne actuellement sur la base d'un réseau de communication obsolète qui doit être supprimé. Le 29 février 2012, la Commission européenne a approuvé les spéci-

²⁶ La Suisse l'a notifié à l'UE le 13 décembre 2013.

²⁷ Comme cela est prévu dans la Décision VIS (Décision 633/2008/JAI; Dév. n° 70).

²⁸ Voir Décision 2013/392/UE du Conseil du 22 juillet 2013 fixant la date de prise d'effet de la décision 2008/633/JAI concernant l'accès en consultation au système d'information sur les visas (VIS) par les autorités désignées des États membres et par l'Office européen de police (Europol) aux fins de la prévention et de la détection des infractions terroristes et des autres infractions pénales graves, ainsi qu'aux fins des enquêtes en la matière, JO L 198 du 23.7.2013, p. 45

ficités techniques de la nouvelle version de VIS Mail²⁹. Celle-ci servira non seulement de système d'échange d'informations, mais aussi de réseau permettant aux autorités de se consulter dans le cadre de demandes de visa, fonction remplie actuellement par le système VISION. Le réseau VISION ne pourra être supprimé que lorsque toutes les régions seront raccordées au VIS, ce qui devrait être le cas vers la fin du premier semestre 2015.

Le service d'envoi et de réception de VIS Mail a été intégré au système national d'information sur les visas ORBIS. Ce service doit à présent être adapté de manière à remplacer le système VISION en tant qu'outil de consultation.

3.3 Eurodac

3.3.1 Adaptation du système aux nouvelles exigences

La procédure de reprise et de mise en œuvre du nouveau règlement Eurodac³⁰, qui a été notifié à la Suisse le 3 juillet 2013, devrait être prochainement adoptée par le Parlement (cf. annexe III, partie II, ch. XVII). Le règlement, applicable dès le 20 juillet 2015 au niveau de l'UE, contient de nouvelles prescriptions, notamment en matière de saisie et de traitement des données. De nouvelles données relatives aux procédures devront être saisies dans la banque de données Eurodac (par ex. la date de transfert dans un autre État Dublin ou dans le pays d'origine). Parmi les nouveautés, on citera encore le marquage (au lieu du verrouillage) des données relatives à des réfugiés connus, les notifications automatiques des effacements de données anticipés (par ex. en cas d'obtention de la nationalité d'un État membre) ou l'obligation de faire vérifier les résultats positifs obtenus dans Eurodac par un expert en empreintes digitales.

La mise en œuvre de ces nouvelles prescriptions nécessite une adaptation technique du système actuel. À cet effet, la Suisse a lancé le projet informatique «Eurodac II», qui se trouve actuellement dans sa phase initiale. eu.LISA (cf. ch. 2.1) a déjà commencé les travaux d'adaptation du système central Eurodac. Un document sur les nouvelles exigences est en train d'être rédigé. Une première version est disponible depuis fin janvier 2014.

3.3.2 Utilisation d'Eurodac à des fins répressives

La banque de données d'empreintes digitales Eurodac vise en premier lieu à améliorer l'application des dispositions en matière de responsabilité du règlement Dublin III (dév. Dublin n° 1a). Par ailleurs, le nouveau règlement Eurodac (art. 19 ss) prévoit aussi qu'Europol et les autorités nationales de poursuite pénale puissent, dans certains cas, accéder aux données enregistrées dans Eurodac. Toutefois, du fait qu'elles ne font pas l'objet d'un développement de l'acquis de Dublin/Eurodac, ces

²⁹ Décision d'exécution C(2012) 1301 final de la Commission du 29 février 2012 portant adoption des spécifications techniques du mécanisme de communication VIS Mail aux fins du règlement (CE) n° 767/2008 du parlement européen et du Conseil concernant le système d'information sur les visas (VIS) et l'échange de données entre les Etats membres sur les visas de court séjour (règlement VIS)

³⁰ Règlement (UE) n° 603/2013 (dév. Dublin n° 1b)

dispositions ne doivent être appliquées par les États associés (NO, IS, FL, CH) que si elles sont inscrites dans un accord complémentaire avec l'UE.

Le règlement Eurodac définit une série de conditions qui doivent être remplies pour que les données d'Eurodac puissent être utilisées à des fins répressives. Il faut notamment que, conformément à la décision 2008/615/JAI³¹ (décision de Prüm), l'interrogation des banques de données nationales d'empreintes digitales n'ait donné aucun résultat positif. Du fait que la Suisse ne participe actuellement pas à la coopération de Prüm, les autorités suisses de poursuite pénale ne pourront interroger Eurodac que lorsqu'un accord de participation à cette coopération aura été conclu avec l'UE. Inversement, tant qu'un accord n'a pas été conclu, Europol et les autorités des autres États Dublin ne peuvent pas non plus accéder aux données enregistrées dans Eurodac par la Suisse pour comparer des empreintes digitales à des fins répressives. En effet, quand bien même les empreintes recherchées correspondraient à des empreintes enregistrées par la Suisse dans Eurodac, les autres États Dublin qui interrogeraient la banque de données n'obtiendraient aucun résultat positif. La Commission a indiqué qu'elle était disposée à entamer des négociations en vue d'un accord complémentaire avec les États associés et prévoit d'ouvrir des discussions pour sonder le terrain. De son côté, la Suisse étudie l'opportunité de négocier un tel accord et de participer à la coopération de Prüm. Elle prendra part aux discussions annoncées par l'UE.

3.4 Advance Passenger Information (API)

En vertu de l'art. 104 de la loi fédérale sur les étrangers (LEtr)³², l'ODM peut exiger des compagnies aériennes qu'elles lui communiquent des données relatives aux passagers (Advanced Passenger Information, API)³³ de vols « non Schengen » qu'il aura choisi de surveiller³⁴. Un système informatique a été mis au point pour recueillir ces données et les mettre à la disposition des organes de contrôle aux frontières (système API). Le 3 octobre 2011, l'ODM a instauré une obligation d'annonce pour trois lignes (Dubai, Nairobi et Pristina). Le système API transmet automatiquement les données communiquées par les compagnies aériennes aux organes de contrôle aux frontières. Ces derniers peuvent profiter du temps du vol pour procéder à des premières clarifications, lesquelles peuvent également inclure une interrogation des banques de données pertinentes pour le contrôle aux frontières. Cette mesure contribue à améliorer le contrôle aux frontières et à lutter contre l'immigration illégale. Les données transmises sont en principe effacées après 24 heures. Par la suite, l'obligation d'annonce a été étendue à d'autres lignes aériennes : le 19 septembre 2012 pour Istanbul (deux aéroports), le 9 janvier 2013 pour Moscou (trois aéroports) et le 26 août 2013 pour Casablanca et Marrakech. Ainsi, chaque semaine, environ 230 vols comptant entre 150 et 200 passagers sont surveillés.

En 2011, il s'est avéré que les bases juridiques étaient insuffisantes pour que le système puisse être introduit comme prévu. La consultation automatique des

³¹ Décision 2008/615/JAI du Conseil du 23 juin 2008 relative à l'approfondissement de la coopération transfrontalière, notamment en vue de lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière, JO L 210 du 6.8.2008

³² Loi fédérale du 16 décembre 2005 sur les étrangers, RS 142.20

³³ Données d'identité et indications concernant le document de voyage et le vol.

³⁴ Mise en œuvre de la directive 2004/82/CE (voir annexe B de l'AAS).

banques de données et l'accès aux données par le biais d'une procédure d'appel ne bénéficiaient pas d'un encadrement légal suffisant. Il convenait donc, dans la perspective de l'introduction d'une solution transitoire à fin 2011, de réduire les fonctionnalités du système ou de les adapter. Le DFJP a lancé aussitôt une révision de l'art. 104 LETr pour pallier les carences sur le plan légal. Le message relatif à cette révision a été approuvé par le Conseil fédéral le 8 mars 2013. Sitôt que les bases juridiques révisées entreront en vigueur, vraisemblablement fin 2014, les fonctionnalités qui ne pouvaient être exploitées, ou qui ne le pouvaient que sous une forme adaptée, seront pleinement accessibles.

3.5 Gestion intégrée des frontières

3.5.1 Concept

Le système de contrôle aux frontières prévu par Schengen exige que l'on coordonne, à l'échelle de l'espace Schengen, les mesures prises pour, d'une part, combattre l'immigration clandestine et la criminalité internationale et, d'autre part, faciliter les migrations légales. À cet effet, il est indispensable que la coordination, dans le cadre d'une stratégie intégrée de gestion des frontières, soit renforcée au niveau national. Le concept de gestion intégrée des frontières (Integrated Border Management, IBM) devrait aider à atteindre cet objectif. Un gain d'efficacité est attendu dans les domaines suivants :

- un renforcement de la sécurité intérieure qui passe par une multiplication des interpellations de trafiquants et de personnes sans titre de séjour légal ; de cette façon, on préviendra certains effets négatifs tels que le travail au noir ou la traite d'êtres humains ;
- un passage des frontières facilité pour les voyageurs légaux, par exemple par des temps d'attente réduits ou des procédures simplifiées, et donc une augmentation de l'attrait économique de la Suisse ;
- des procédures simplifiées et harmonisées, c'est-à-dire une utilisation plus efficace des ressources, par exemple par la coordination des contrôles des différentes autorités ;
- une meilleure réactivité grâce à une collaboration renforcée entre les autorités concernées ;
- une amélioration de l'analyse nationale des risques sur les plans stratégique et opérationnel, permettant d'utiliser les moyens à disposition de manière plus pertinente ;
- une orientation stratégique commune à plus long terme, permettant d'orienter l'action des autorités participant à la gestion des frontières non seulement vers les menaces actuelles, mais aussi vers les menaces futures.

3.5.2 Mise en œuvre

Par une décision rendue le 2 février 2011, le Conseil fédéral a institué un groupe stratégique interdépartemental auquel ont été également associés les cantons et l'a chargé de mettre au point une stratégie nationale de gestion intégrée des frontières.

La stratégie qu'il a élaborée s'inspire du modèle de sécurité des frontières Schengen dit « des quatre filtres », lequel couvre les quatre domaines suivants :

- dispositifs appliqués dans les pays d'origine ou de transit pour prévenir l'immigration clandestine ;
- dispositifs de coopération avec les États Schengen ;
- dispositifs de contrôle aux frontières extérieures ;
- dispositifs visant à lutter contre l'immigration clandestine au sein de l'espace Schengen.

La stratégie vise principalement la lutte contre les migrations irrégulières, le trafic organisé de migrants et la criminalité transfrontalière. Elle doit également permettre de veiller à ce que les entrées régulières se déroulent de manière optimale et à ce que toutes les activités en rapport avec la gestion des frontières se déroulent dans le respect des lois et des droits de l'homme. Le 1^{er} juin 2012, le Conseil fédéral a adopté la stratégie de gestion intégrée des frontières pour la Suisse et a, en même temps, chargé un groupe de travail composé de représentants de la Confédération et des cantons de mettre au point un plan d'action pour mettre en œuvre la stratégie au moyen de mesures concrètes. Pour atteindre les buts fixés, le groupe de travail « Plan d'action pour une gestion intégrée des frontières » a défini 68 mesures, réparties en cinq projets, et les a adoptées sous la forme d'un plan d'action. Les cantons ont eu de novembre 2013 à fin janvier 2014 pour donner leur avis sur ce plan. Celui-ci devrait donc être soumis au Conseil fédéral au deuxième trimestre 2014.

3.6 Conventions conclues entre le Cgfr et les cantons

En raison des missions qu'il mène le long des frontières et dans la zone frontalière, le Corps des gardes-frontière (Cgfr) collabore depuis longtemps avec les cantons. Cette collaboration repose sur une convention-modèle élaborée par la Conférence des directrices et directeurs des départements de justice et police (CCDJP) réglant la collaboration entre le Cgfr et les cantons en matière de contrôles mobiles de police dans la zone frontalière, élaborée dans le cadre des mesures nationales de remplacement³⁵. Il existe à ce jour (état au 28 février 2014), 20 conventions de ce type³⁶. Aucune convention n'a été négociée pour le moment avec les cantons suivants : FR, OW, NW, ZG, GL et LU.

4 Développements des acquis de Schengen et de Dublin/Eurodac

4.1 Mode de participation et procédure de reprise

Depuis la signature de l'AAS, le 26 octobre 2004, la Suisse participe aux décisions des groupes de travail et comités ad hoc du Conseil (comités mixtes ou COMIX) qui traitent les développements de l'acquis de Schengen. Dans ce cadre, elle siège aussi dans les comités qui assistent la Commission européenne dans l'exercice de ses

³⁵ Voir le message « accords bilatéraux II », FF 2004 5593.

³⁶ AG, AR, AI, BL, BS, BE, GE, GR, JU, NE, SG, SH, SO, SZ, TI, TG, UR, VD, VS, ZH.

compétences d'exécution. L'AAD prévoit que les États associés soient consultés au sein du comité mixte, et non directement dans les groupes de travail du Conseil³⁷. Participent aux groupes et aux comités dans les domaines de Schengen et de Dublin, pour la Suisse, des représentants des offices compétents de la Confédération³⁸, des représentants de la Mission de la Suisse auprès de l'UE et, dans la mesure où les thèmes traités concernent les compétences ou certains intérêts essentiels des cantons, des représentants des administrations cantonales. La Confédération et les cantons ont la possibilité d'influencer dans ce cadre le contenu des actes, même si leur adoption finale est réservée aux seuls organes de l'UE (art. 7 AAS ; art. 4 AAD).

Les droits de participation compensent, sur le plan institutionnel, l'obligation de la Suisse de reprendre en principe l'ensemble des développements des acquis de Schengen et de Dublin/Eurodac et de transposer ceux-ci, si nécessaire, dans son ordre juridique (art. 2, par. 3, AAS; art. 1, par. 3, AAD).

La reprise d'un développement de l'acquis de Schengen ou de Dublin/Eurodac s'effectue selon une procédure particulière : l'UE notifie sans délai à la Suisse toute adoption d'un développement ; la Suisse dispose alors de trente jours, dès réception de l'acte, pour indiquer par écrit aux organes de l'UE compétents si elle accepte d'en transposer le contenu dans sa législation, et dans quel délai elle entend le faire (art. 7, par. 2, let. a, AAS ; art. 4, par. 2, AAD).

Lorsque les développements notifiés par l'UE n'ont pas un caractère contraignant, il suffit que le Conseil fédéral ou le département compétent en prenne acte (modèle 1). Si l'acte à reprendre contient des droits et des obligations pour la Suisse, la notification par l'UE et la réponse de la Suisse constituent un échange de notes ayant pour cette dernière valeur de traité international. Pour cet échange, le Conseil fédéral doit respecter les dispositions constitutionnelles. Les échanges de notes qui ne relèvent pas de la seule compétence du Conseil fédéral (modèle 2) doivent être adoptés par le Parlement (modèle 3) et, dans certains cas, soumis au référendum facultatif. Dans ce cas, le Conseil fédéral précise dans sa note adressée à l'UE qu'il accepte l'acte sous réserve de « l'accomplissement de toutes les exigences constitutionnelles ». Pour reprendre et transposer en droit suisse un acte juridique, la Suisse dispose d'un délai maximal de deux ans à compter de sa notification par l'UE (référendum compris) (art. 7, par. 2, let. b, AAS ; art. 4, par. 3, AAD). La non-reprise d'un développement peut conduire à la suspension, voire à la cessation des accords d'association (art. 7, par. 4, AAS ; art. 4, par. 6, AAD).³⁹

4.2 Nombre de développements notifiés jusqu'à aujourd'hui - vue d'ensemble

Depuis la signature de l'AAS, le 26 octobre 2004, l'UE a notifié à la Suisse 157 développements de l'acquis de Schengen, dont deux par erreur. Le nombre réel des

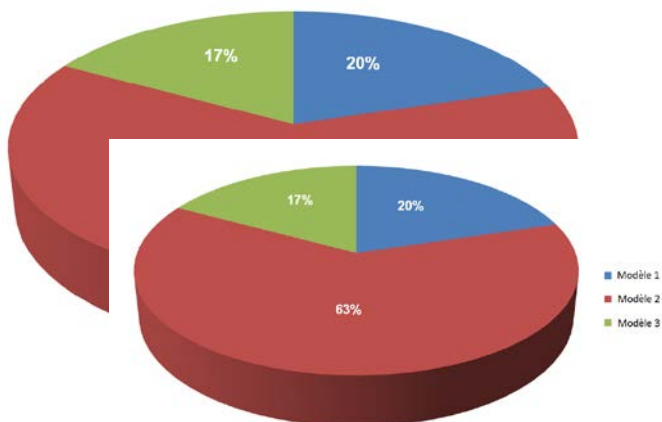
³⁷ L'AAD prévoit aussi bien l'association d'experts suisses aux travaux préparatoires de la Commission que des consultations régulières dans le cadre du comité mixte.

³⁸ Et notamment l'ODM, fedpol, l'Administration fédérale des douanes, l'OFJ et la DAE.

³⁹ Voir aussi le rapport du Conseil fédéral du 7 juin 2013 en exécution du postulat Hans Fehr 10.3857 du 1^{er} octobre 2010 « Obligation de s'adapter aux accords de Schengen. Conséquences ».

développements s'élève donc à 155 (voir récapitulatif de l'annexe I ; état au 28 février 2014). Un de ces développements⁴⁰ est aussi un développement de l'acquis de Dublin/Eurodac. On dénombre en outre trois autres développements concernant l'acquis de Dublin/Eurodac (voir récapitulatif de l'annexe II ; état au 28 février 2014).

- Un peu plus d'un cinquième (32 actes ou 20 %) de ces 158 développements n'avaient pas de caractère contraignant, et il a donc suffi que le Conseil fédéral ou le département compétent en prenne acte (modèle 1).
- Un peu moins de deux tiers des développements (99 actes ou 63 %) avaient force obligatoire, mais portaient sur des aspects techniques secondaires, de sorte que les échanges de notes ayant conduit à leur reprise peuvent être considérés comme des traités de portée mineure au sens de l'art. 7a, al. 2, LOGA⁴¹, que le Conseil fédéral peut conclure seul en vertu de cette disposition ou de l'art. 100, al. 2, let. a, LEtr (modèle 2). Dans la grande majorité des cas, la reprise de ces 99 développements n'a pas nécessité d'adaptation de la législation ; seules 12 notifications (12 %), qui concernaient pour la plupart le domaine des visas, ont nécessité des révisions d'ordonnances (voir liste de l'annexe III, partie I).
- Enfin, dans environ un sixième des cas (27 actes ou 17 %), le Conseil fédéral a informé l'UE qu'il reprenait les actes sous réserve de l'« accomplissement des exigences constitutionnelles » (modèle 3). En règle générale, ces échanges de notes ont été soumis au Parlement pour approbation et ont pu entrer en vigueur dans l'intervalle. Cinq développements sont



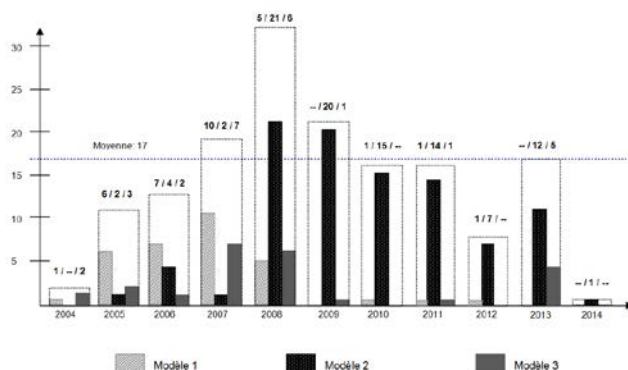
⁴⁰ Règlement (UE) n° 1077/2011 (dév. n° 126).

⁴¹ RS 172.010.

⁴² Trois d'entre eux concernent l'acquis de Schengen (dév. n° 150 à 152), et deux l'acquis de Dublin/Eurodac (dév. n° 1a et 1b, voir annexe II).

La répartition des développements des acquis de Schengen et de Dublin/Eurodac par modèle et par année se présente comme suit :

Répartition des développements par modèle et par année



4.3 Contenu des développements notifiés pendant la période sous revue

4.3.1 Dans le domaine de Schengen

Du 1^{er} mars 2013 au 28 février 2014, la Suisse s'est vu notifier 13 actes au titre du développement de l'acquis de Schengen (voir l'annexe I, dév. n° 141 à 153). Ceux-ci portaient pratiquement tous sur des aspects techniques secondaires. Le Conseil fédéral a effectué lui-même l'échange de notes sur la reprise de dix développements (modèle 2), en vertu de l'art. 7a, al. 2, LOGA (traités internationaux de portée mineure) ou de l'art. 100, al. 2, let. a, LEtr (accords sur les visas et les contrôles à la frontière). Seuls deux de ces développements⁴³ ont dû être mis en œuvre par voie d'ordonnance (cf. annexe III, partie I). Des 13 actes notifiés pendant la période sous revue, trois doivent être adoptés par le Parlement⁴⁴. C'est pourquoi ces développements ont été repris sous réserve de l'accomplissement des exigences constitutionnelles (modèle 3). Seul l'un d'entre deux⁴⁵ doit être mis en œuvre par la voie législative (loi et ordonnance) (cf. annexe III, partie II).

Les développements de l'acquis de Schengen repris pendant la période considérée portent sur les aspects suivants :

- La décision d'exécution 2013/115/UE (dév. n° 141) vise à doter le SIS II d'un nouveau manuel Sirene. Le premier avait été adopté en 2008 par le biais de la décision 2008/333/CE (dév. n° 50) et de la décision 2008/334/JAI

⁴³ Décision d'exécution 2013/115/UE (dév. n° 141) et règlement (UE) n° 610/2013 (dév. n° 144)

⁴⁴ Règlement (UE) n° 1053/2013 (dév. n° 150), règlement (UE) n° 1051/2013 (dév. n° 151) et règlement (UE) n° 1052/2013 (dév. n° 152)

⁴⁵ Dév. n° 151

(dév. n° 66). Néanmoins, en vue de la mise en service du SIS II le 9 avril 2013, quelques adaptations étaient nécessaires pour faciliter la tâche des autorités à qui les États Schengen ont accordé des droits d'accès au système, pour adapter les règles au document de contrôle des interfaces et pour aligner les formulaires à utiliser pour les échanges d'informations supplémentaires sur l'architecture technique la plus récente. Du fait que ces modifications étaient nombreuses, il était plus pertinent, dans le cadre de la décision d'exécution, de proposer une révision totale du manuel SIRENE. Cette décision règle également la protection des données dans le cadre de l'échange d'informations supplémentaires. À cet effet, il y a lieu d'appliquer la directive générale sur la protection des données (directive 95/46/CE ; cf. annexe B AAS) et de la décision-cadre 2008/977/JAI (dév. n° 77).

- Par le biais de la décision d'exécution C(2013) 1725 final (dév. n° 142), la Commission européenne apporte des précisions au code des visas (dév. n° 88), dont l'annexe II ne donne pas une liste exhaustive, des documents justificatifs devant être fournis lors d'une demande de visa Schengen (catégorie C) ou de transit aéroportuaire (catégorie A) pour remplir les conditions d'entrée fixées dans le code frontières Schengen (dév. n° 14). Afin de mieux tenir compte des particularités locales de certaines circonscriptions consulaires, la décision d'exécution apporte des précisions sur la nature et le contenu des justificatifs qui doivent être présentés en Jordanie, au Kosovo et aux États-Unis (Atlanta, Bedford, Boston, Chicago, Cleveland, Detroit, Houston, Los Angeles, Miami, Newark, New York, Philadelphie, San Francisco, San Juan, Tampa, Washington). Les consulats ont bien sûr la possibilité d'exiger d'autres documents lors de l'examen d'une demande de visa.
- La décision n° 259/2013/UE (dév. n° 143) est liée à la décision n° 574/2007/CE portant création du Fonds pour les frontières extérieures (dév. n° 36). Cette dernière fixe à 50 % au maximum le taux de cofinancement de l'UE des mesures bénéficiant de ce fond. Ce taux peut toutefois être élevé à 75 % si l'État concerné profite du Fonds de cohésion ou si une mesure est en lien avec les priorités définies dans les orientations stratégiques (dév. n° 43). Pour s'assurer que les États Schengen en difficultés financières puissent continuer à financer et à mener à bien les projets prévus, la décision n° 259/2013/UE prévoit que, pour les États bénéficiant d'un soutien financier de l'UE dans le cadre du mécanisme de stabilité européen, le taux de cofinancement puisse être encore rehaussé de 20 %. La décision n'affecte en rien l'ensemble des moyens mis annuellement à la disposition des États concernés⁴⁶. Si une mesure liée à un programme annuel particulier bénéficie d'un taux de cofinancement majoré de la part de l'UE, celui-ci est valable jusqu'à la fin de la période d'éligibilité du programme annuel en question, indépendamment du fait que l'État concerné bénéficie encore, ou ne bénéficie plus, d'un soutien financier.
- Le règlement (UE) n° 610/2013 (dév. n° 144) prévoit la modification de plusieurs dispositions de l'acquis de Schengen dans les domaines des contrôles aux frontières, de l'entrée dans l'espace Schengen et des visas. Sont

⁴⁶ Ces montants sont fixés par la Commission européenne, pour un programme annuel donné, dans des décisions d'exécution distinctes. Pour 2013, voir décision C(2013) 220 final de la Commission du 25 janvier 2013 (dév. n° 140).

concernés non seulement le code frontières Schengen (dév. n° 14) et la CAAS (cf. annexe A, partie I AAS), mais également le règlement (CE) n° 1683/95 et (CE) n° 539/2001 (cf. annexe B AAS), ainsi que le règlement VIS (dév. n° 63) et le code des visas (dév. n° 88). Certaines dispositions de ces textes doivent être adaptées pour des questions pratiques ou en raison de développements juridiques (dév. n° 88 et 78). Les adaptations sont toutes de nature technique. Elles visent à clarifier des dispositions équivoques, notamment en précisant que la durée maximale autorisée pour un séjour dans l'espace Schengen (pour lequel un visa n'est pas nécessaire) est de 90 jours sur une période de 180 jours (au lieu de 3 mois sur une période de 6 mois), et en définissant un mode de calcul précis pour ces délais.

- La décision n° 1105/2011/UE (dév. n° 127) établit une procédure garantissant que la liste des documents de voyage délivrés par les États tiers soit systématiquement contrôlée et mise à jour. Sur la base de cette décision, la Commission et les États membres ont établi, dans la décision d'exécution C(2013) 4915 final (dév. n° 145), la liste des documents de voyage susceptibles d'être revêtus d'un visa. Les États Schengen ont à présent trois mois pour notifier leur position quant à la reconnaissance ou la non-reconnaissance de ces documents de voyages. Si un État omet de le faire, les documents concernés sont réputés reconnus, jusqu'à ce qu'il notifie aux autres États membres sa position de non-reconnaissance. Grâce à cette liste, les autorités de protection des frontières et les services consulaires pourront déterminer avec certitude si un document est reconnu comme document de voyage au sens de l'art. 5 du code frontières Schengen (dév. n° 14) et s'il peut être revêtu d'un visa. Si un document n'est pas reconnu par un État Schengen, son titulaire est interdit d'entrée sur le territoire de l'État en question.
- La décision d'exécution C(2013) 5573 final (dév. n° 146) modifie des spécifications techniques de l'infrastructure de communication « VIS Mail », qui sert à relier l'unité centrale du système d'information sur les visas (C-VIS) aux interfaces nationales (cf. dév. n° 132). Il s'agit de préciser certaines normes techniques relatives à l'utilisation des codes et aux procédures pratiques dans le cadre des consultations. L'objectif est d'harmoniser les normes existantes pour s'assurer qu'elles soient mises en œuvre correctement dans tout l'espace Schengen.
- La décision d'exécution C(2013) 6181 final (dév. n° 147) porte modification de deux actes édictés par la Commission européenne pour appliquer le règlement (CE) n° 2252/2004 (dév. n° 2) : la décision C(2006) 2909 final (dév. n° 16), afin de mettre à jour les normes qu'elle contient ; et la décision C(2008) 8657 (dév. n° 68), pour définir, de manière uniforme, de nouvelles règles de certificats et de nouvelles normes de sécurité pour la lecture des empreintes digitales enregistrées sur les passeports et les autres documents de voyage. La décision d'exécution définit également la procédure d'échange entre les États Schengen des certificats nécessaires à cet effet.
- La décision d'exécution C(2013) 6178 (dév. n° 148) vise à adapter les spécifications techniques définies par la Commission européenne dans la décision C(2002) 3069 final (cf. annexe B AAS) établissant un modèle uniforme de titre de séjour pour les ressortissants de pays tiers. Il s'agit de mettre à jour les règles de certificats, ainsi que les profils de protection et les documents

de référence relatifs au contrôle d'accès complémentaire. Il est prévu de mettre en place un système de sélection dynamique pour l'accès aux puces des documents de voyage étrangers. L'objectif est d'éviter qu'une personne ne puisse accéder aux données qu'elle n'est pas autorisée à lire. Dans ce but, un code individuel supplémentaire (élément de sécurité « dynamique ») doit être généré par la zone lisible par machine. Ainsi, il n'est possible d'accéder à la puce que si l'on dispose de ce code. Les informations sur ces nouvelles mesures communes de sécurité doivent être tenues secrètes, et ne sont par conséquent pas publiées.

- Conformément au règlement VIS (dév. n° 63), le VIS est mis en service de façon échelonnée dans les différentes régions prédéfinies, et non simultanément dans tous les États tiers. La Commission européenne a d'abord défini une première région dans la décision 2010/49/CE (dév. n° 93), puis une deuxième dans la décision d'exécution 2012/274/UE (dév. n° 133), et enfin un troisième et dernier groupe de régions, dans la décision d'exécution 2013/493/UE (dév. n° 149), dans lesquelles, pour chaque demande de visa, les données relatives à celle-ci devront être récoltées et transmises au VIS. La date à laquelle le VIS sera mis en service dans chacune de ces régions doit encore être déterminée par la Commission européenne (cf. ch. 3.2.1.).
- Le règlement (UE) n° 1053/2013 (dév. n° 150) définit un nouveau mécanisme d'évaluation de l'application de l'acquis de Schengen dans les différents Etats membres pour remplacer celui mis en place en 1998⁴⁷. La Commission européenne assure à présent un rôle de coordination générale en ce qui concerne la planification et l'exécution des évaluations. Elle est néanmoins assistée, lorsqu'elle prend ses décisions, d'un comité dans lequel les Etats Schengen sont représentés. Il incombe au Conseil d'adresser aux États concernés les recommandations formulées sur la base de l'évaluation en matière de mise en œuvre et d'application de l'acquis de Schengen. Le déroulement en plusieurs phases de la procédure d'évaluation (vérifications – rapport – recommandations – suivi) reste inchangé dans les grandes lignes. À l'avenir, toutefois, les inspections sur place pourront avoir lieu sans être annoncées et le Conseil pourra, dans certains cas précis, recommander le rétablissement du contrôle des personnes aux frontières intérieures pour les États présentant de graves manquements au niveau de la surveillance des frontières extérieures.
- Le règlement (UE) n° 1051/2013 (dév. n° 151) précise et complète, sur certains points, les conditions et les procédures valables jusqu'à présent pour le rétablissement temporaire du contrôle des personnes aux frontières intérieures, telles qu'elles sont définies aux art. 23 ss du code frontières Schengen (dév. n° 14). Sont notamment précisées les modalités de la procédure de consultation préalable, les obligations d'informer et de produire un rapport, ainsi que les conditions relatives au principe de proportionnalité (rétablissement de cette mesure uniquement en dernier recours, obligation d'évaluer les éventuelles incidences sur la base de critères définis, exigences concernant la durée de la mesure et les possibilités de prolongation. Les conditions exis-

⁴⁷ Décision du Comité exécutif SCH/Com-ex (98) 26 déf. du 16 septembre 1998 concernant la création d'une Commission permanente d'évaluation et d'application de Schengen, JO L 239 du 22.9.2000, p. 138 (voir annexe A, partie 3.A AAS)

tantes ont également été complétées (événements prévisibles et situation d'urgence). Les États Schengen peuvent ainsi, sur recommandation du Conseil, réintroduire provisoirement le contrôle des personnes aux frontières intérieures avec un Etat Schengen lorsqu'une évaluation Schengen de cet Etat aura révélé de graves manquements au niveau du contrôle des frontières extérieures, lesquels ne peuvent être palliés d'une autre manière.

- Le règlement (UE) n° 1052/2013 (dév. n° 152) a permis de mettre en place le système européen de surveillance des frontières (Eurosir). Celui-ci devrait contribuer fortement à améliorer la gestion des frontières extérieures terrestres et maritimes. Il vise à renforcer la coopération opérationnelle entre les autorités de contrôle des frontières compétentes des États Schengen et à mettre en place un échange d'informations entre Frontex et les États concernés. Ces efforts devraient améliorer, d'une part, la *connaissance de la situation* (capacité des autorités d'avoir une vision globale des mouvements aux frontières extérieures et en amont de celles-ci) et, d'autre part, la *capacité de réaction*, autrement dit la capacité des autorités compétentes de réagir de manière rapide et appropriée dans le cadre de la prévention des migrations irrégulières et de la criminalité transfrontalière aux frontières extérieures terrestres et maritimes. Ce système de surveillance devrait aussi permettre de secourir plus rapidement les migrants qui se trouvent en situation de détresse en mer. Pour atteindre ce but, il est prévu de créer, en deux phases⁴⁸, un réseau opérationnel composé de Frontex et de centres de coordination nationaux, chargés de gérer efficacement les questions de ressources et de personnel dans les différentes régions⁴⁹. Pour que ce projet fonctionne, il est essentiel de mettre en place un échange d'informations continu qui se fasse par le biais d'un réseau de communication protégé et si possible en direct.
- Le règlement (UE) n° 1289/2013 (dév. n° 153) modifie le règlement (CE) n° 539/2001 fixant la liste des pays dont les ressortissants sont soumis à l'obligation de visa. Il prévoit principalement deux nouveautés : d'une part, l'introduction d'une clause de protection permettant de rétablir provisoirement, sous certaines conditions, l'obligation de visa pour les États tiers dont les ressortissants en sont normalement exemptés et, d'autre part, l'adaptation du mécanisme de réciprocité. Ce dernier prévoit que l'obligation de visa soit rétablie vis-à-vis des États tiers qui soumettraient eux-mêmes les ressortissants d'un État Schengen à l'obligation de visa. Les adaptations proposées visent à rendre cette procédure plus efficace et plus flexible.

⁴⁸ Dans une première phase (dès le 1er octobre 2013), le règlement est applicable dans les États Schengen se situant aux frontières extérieures maritimes du sud et terrestres de l'est. Dans une seconde phase, soit dès le 1er octobre 2014, il sera applicable pour le reste des États Schengen. Dans un délai encore à déterminer, le système devra encore inclure les frontières aériennes (aéroports), mais cela impliquera une révision du règlement Eurosir (Dév. n° 152).

⁴⁹ Les États Schengen doivent segmenter leurs frontières terrestres et maritimes en différents secteurs et attribuer à chacun d'entre eux un niveau de risque sur la base des données réelles (antécédents) et des analyses de risques. Ils pourront ainsi déterminer les ressources nécessaires pour chaque secteur.

4.3.2

Dans le domaine de Dublin/Eurodac

Du 1^{er} mars 2013 au 28 février 2014, la Suisse s'est vu notifier 3 actes au titre du développement de l'acquis de Dublin/Eurodac (voir l'annexe II). La reprise de deux d'entre eux (dév. Dublin n° 1a et 1b) doit être approuvée par le Parlement. C'est pourquoi le Conseil fédéral a procédé aux échanges de notes sous réserve de l'« accomplissement des exigences constitutionnelles » (modèle 3). Ces deux développements doivent être repris dans la législation, ce qui nécessite des adaptations législatives et des modifications au niveau des ordonnances (pour les détails, cf. annexe III, partie II). Le troisième développement (dév. Dublin n° 2), en raison de son caractère exécutif, peut être approuvé directement par le Conseil fédéral sans devoir être repris dans la législation.

Les développements de l'acquis de Dublin/Eurodac repris pendant la période considérée portent sur les aspects suivants :

- Le règlement (UE) n° 604/2013 (dév. Dublin n° 1a) porte sur une révision de la procédure Dublin. Les fondements du système restent toutefois inchangés. Les nouveautés visent *premièrement* à renforcer l'efficacité du système (par ex. nouveaux délais pour déposer une requête aux fins de prise ou de reprise en charge ou pour répondre aux demandes d'informations, précision de la réglementation sur le transfert de responsabilité à un autre État Dublin), *deuxièmement* à renforcer les droits des demandeurs d'asile (par ex. audition obligatoire, renforcement du droit à l'information, précision du droit de la procédure, règles et conditions en matière de placement en rétention), *troisièmement* à améliorer la protection de l'unité de la famille et de la prise en charge des mineurs non accompagnés, *quatrièmement* à introduire un mécanisme d'alerte rapide (préparation et gestion des crises) et *cinquièmement* à élargir le champ d'application du règlement (aux personnes ayant demandé une protection subsidiaire).
- Le règlement (UE) n° 603/2013 (dév. Dublin n° 1b) dote la banque de données Eurodac d'une nouvelle base juridique. Les nouveautés concernent la transmission de données supplémentaires au système central (par ex. indication de certaines dates et de l'autorité effectuant la transmission), le marquage de données (en particulier de personnes bénéficiant d'une protection internationale), la vérification par un expert national des empreintes digitales contenues dans le système, la transmission de données à des tiers et l'accès à Eurodac à des fins répressives (cf. ch. 3.3.2).
- Par le biais du règlement d'exécution (UE) n° 118/2014 (dév. Dublin n° 2), la Commission modifie le règlement sur la procédure Dublin⁵⁰ pour l'harmoniser avec les nouvelles bases juridiques de l'acquis de Dublin/Eurodac (dév. Dublin n° 1a et 1b). D'une part, l'acte précise la réglementation sur la coopération des autorités Dublin en matière de transmission et de traitement des demandes d'informations et des requêtes aux fins de prise et de reprise en charge des demandeurs, ainsi qu'en matière d'exécution des transferts. D'autre part, il prévoit notamment l'élaboration de brochures communes d'information, une révision de fond des différents formulaires en usage et une adaptation des règles de procédure dans le cas des mineurs non accompagnés (regroupement familial), de préparation et de

⁵⁰ Règlement (CE) n° 1560/2003 (voir art. 1 AAD)

transmission des requêtes aux fins de prise et de reprise en charge, ainsi que d'exécution des transferts (impératif de célérité, conditions de l'échange de données concernant la santé, etc.).

4.4 Prochains développements importants

À l'heure actuelle, l'UE, avec la participation de la Suisse, prépare plusieurs propositions d'actes que la Suisse devrait à terme reprendre comme développements de l'acquis de Schengen. La portée matérielle de ces actes varie considérablement, de même que le degré d'avancement des travaux. Les développements les plus importants, à savoir ceux dont le contenu n'est pas essentiellement administratif ou technique, sont présentés ci-dessous⁵¹.

4.4.1 Projet « Frontières intelligentes »

Le projet « frontières intelligentes » de la Commission européenne⁵² est une proposition de la Commission européenne pour un paquet de mesures dans le domaine des frontières extérieures. Il s'articule en deux volets :

- D'une part, il est prévu d'instaurer un système électronique d'enregistrement des entrées et des sorties (Entry-Exit-System, EES) qui faciliterait le calcul de la durée de séjour des ressortissants de pays tiers. Ce système permettrait de remédier au problème des personnes qui restent dans l'espace Schengen après l'expiration de leur visa. L'enregistrement des données biométriques de l'ensemble des ressortissants de pays tiers donnerait également la possibilité d'identifier ceux d'entre eux qui, bien qu'exemptés de l'obligation de visa, ont dépassé la date limite de séjour, même s'ils ont, par exemple, détruit leur document de voyage. L'EES signifierait la fin du système actuel d'apposition des cachets sur les passeports.
- D'autre part, on envisage de mettre en place un programme d'enregistrement des voyageurs (Registered Traveller Programme, RTP) s'adressant aux ressortissants de pays tiers qui se déplacent beaucoup et qui présentent peu de risques (par ex. hommes d'affaires, artistes, sportifs). Ceux-ci pourraient choisir de se soumettre (contre paiement des frais) à un contrôle préalable pour faciliter leur procédure d'entrée lors du franchissement des frontières extérieures (par ex. en utilisant un portail de contrôle automatique). L'objectif est en premier lieu de permettre un passage de la frontière plus rapide et plus efficace.

La Commission a présenté les propositions de règlement relatives au projet « frontières intelligentes » le 28 février 2013⁵³. Le dossier, en cours de traitement par le

⁵¹ Ces indications doivent être considérées avec la prudence nécessaire. Aucune affirmation ne peut être faite aujourd'hui sur le contenu définitif de ces actes.

⁵² Communication de la Commission au Parlement européen et au Conseil intitulée « Frontières intelligentes: options et pistes envisageables », COM (2011) 680 final.

Conseil, a déjà bien avancé au niveau du groupe de travail technique des Etats Schengen pour les affaires relatives aux frontières FRONT. Les délibérations au niveau ministériel et au niveau du Parlement européen n'ont, elles, pas encore commencé. Il est prévu que ces règlements soient adoptés pour le deuxième semestre 2016.

La réalisation du projet « frontières intelligentes » nécessite la création de banques de données. En raison des expériences tirées des grands projets informatiques déjà réalisés (VIS, SIS II), il a été décidé que les composantes centrales et nationales du système ne seraient développées que lorsque tous les détails et toutes les spécifications techniques auraient été définies. Le projet sera réalisé par eu.LISA (cf. ch. 2.1).

La protection des données sera dûment prise en compte. Les données relatives aux voyageurs seront enregistrées pour un laps de temps le plus court possible : normalement pour six mois dans le cadre de l'EES et pour cinq ans dans le cadre du RTP (ce qui correspond à la durée maximale d'enregistrement avant qu'une nouvelle demande ne doive être déposée). La protection des données devra être conforme aux dispositions relatives au VIS. Seules les autorités compétentes auront ainsi accès aux données, à savoir les autorités chargées du contrôle aux frontières et des visas, ainsi que, pour l'EES, les autorités compétentes en matière d'immigration. Un éventuel accès des autorités de poursuite pénale à l'EES dans des cas bien déterminés est actuellement en cours de discussions.

Les conséquences financières pour la Suisse ne peuvent pas encore être estimées de manière définitive. Les coûts de développement du projet dépendront notamment de la manière dont les projets seront conçus techniquement. Ces prochains mois, l'UE mènera une étude et un projet pilote pour analyser différentes options en la matière. Il a été décidé que, dans le budget européen 2014-2020, 791 millions d'euros seraient accordés à l'exploitation et au développement de systèmes informatiques existants ou nouveaux (notamment EES et RTP). Le montant que les Etats Schengen recevront pour le développement des systèmes nationaux est encore inconnu.

4.4.2 Révision du droit de la protection des données

Le 25 janvier 2012, la Commission européenne a proposé une réforme globale des règles de l'UE en matière de protection des données. Les objectifs principaux sont de garantir plus efficacement l'exercice du droit fondamental qu'a chacun de disposer de ses données personnelles, et de renforcer la dimension « marché intérieur » de la protection des données en améliorant la cohérence des réglementations en la matière. Ce nouveau cadre juridique s'articule en deux parties :

⁵³ Proposition du 28 février 2013 de règlement du Parlement européen et du Conseil portant création d'un système d'entrée/sortie pour l'enregistrement des entrées et sorties des ressortissants de pays tiers franchissant les frontières extérieures des Etats membres de l'Union européenne, COM(2013) 95 final, et proposition du 28 février 2013 de règlement du Parlement européen et du Conseil portant création d'un programme d'enregistrement des voyageurs, COM(2013) 97 final.

- La première consiste en un règlement général sur la protection des données⁵⁴ destiné à remplacer l'actuelle directive 95/46/CE⁵⁵. L'une des principales nouveautés est l'instauration d'un droit à l'oubli numérique.
- La seconde proposition législative est une directive relative à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel dans les domaines de la coopération judiciaire en matière pénale et de la coopération policière⁵⁶. Cette directive est appelée à remplacer la décision-cadre 2008/977/JAI⁵⁷. Une modification de taille introduite par cette directive consiste en l'application de celle-ci non seulement aux traitements transfrontières de données par les autorités policières et judiciaires, mais aussi aux traitements de données effectués au niveau strictement national.

Le Parlement européen et le Conseil délibèrent actuellement sur ces propositions. Dans ce contexte, la Suisse est représentée au sein du groupe de travail « échange d'informations et protection des données » (DAPIX). Les négociations entre le Parlement européen, le Conseil et la Commission (trilogie) devraient commencer en été 2014. Il n'est dès lors pas exclu que la réforme de la protection des données puisse aboutir d'ici la fin de l'année.

La directive correspond à un développement de l'acquis de Schengen, mais sera valable pour la Suisse uniquement en ce qui concerne le traitement des données dans le cadre de la coopération Schengen. En revanche, il est probable que le règlement général sur la protection des données ne soit finalement pas considéré comme un développement de l'acquis de Schengen. Certes, le règlement remplace la directive 95/46/CE, qui fait partie des acquis de Schengen et de Dublin/Eurodac que la Suisse a repris. C'est pourquoi, la Commission a qualifié son projet, au départ, d'acte hybride concernant également l'acquis de Schengen. Néanmoins, le Conseil a laissé tomber cette dénomination lors des délibérations. Dans un avis rendu par le service juridique du Conseil, il a été avancé que le but principal de cet acte était de régler la question de la protection des données non pas dans le cadre de la coopération Schengen en particulier, mais dans le cadre du marché intérieur. Une étude est en train d'être menée pour identifier les conséquences que cet acte pourrait avoir pour la Suisse. Reste aussi à déterminer si le règlement général sur la protection des données correspond à un développement de l'acquis de Dublin et s'il doit d'être repris par la Suisse.

⁵⁴ Proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données (règlement général sur la protection des données), Com(2012) 11 final.

⁵⁵ Directive 95/46/CE (voir annexe B de l'AAS ; art. 1, par. 4, AAD).

⁵⁶ Proposition de directive du Parlement européen et du Conseil relative à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel par les autorités compétentes à des fins de prévention et de détection des infractions pénales, d'enquêtes et de poursuites en la matière ou d'exécution de sanctions pénales, et à la libre circulation de ces données, COM(2012) 10 final.

⁵⁷ Décision-cadre 2008/977/JAI (dév. n° 35).

4.4.3

Fonds pour la sécurité intérieure

Il était prévu que le Fonds pour les frontières extérieures (FFE) expire fin 2013. Le nouveau Fonds pour la sécurité intérieure (FSI) a donc été présenté dans le cadre financier pluriannuel 2014-2020 de l'UE. Dans l'immédiat, ce fonds devrait être doté de 4,648 milliards d'euros. La proposition de la Commission européenne de novembre 2011 visant à créer le FSI comprend deux instruments financiers : l'un dans les domaines des visas et de la protection des frontières (instrument partiel FSI frontières)⁵⁸, couverts aujourd'hui par le FFE ; l'autre en lien avec les activités des États membres et de l'UE dans le domaine de la coopération policière (instrument partiel FSI police)⁵⁹, qui échappent largement à la coopération Schengen. Chacun des deux instruments financiers a donné lieu à une proposition de règlement qui a fait l'objet de discussions dans les groupes de travail du Conseil compétents. Depuis, les propositions ont dû être adaptées aux coupes budgétaires prévues pour la période 2014-2020. À présent, le budget total de FSI frontières s'élève à 2,7 milliards d'euros, et celui de FSI police à tout juste 1 milliard d'euros. Les deux actes seront accompagnés d'un troisième règlement horizontal fixant les modalités de mise en œuvre (par ex. planification du programme, élaboration de rapports sur l'affectation des ressources, etc.)⁶⁰.

Le volume du FSI frontières, supérieur à celui du Fonds pour les frontières extérieures, doit permettre de renforcer la protection aux frontières extérieures et, en particulier, d'assurer une aide financière plus rapide et plus flexible en cas de crise. En outre, ce fonds doit permettre de cofinancer les futurs travaux de mise en œuvre du projet « frontières intelligentes » (cf. ch. 4.4.1).

Sur les deux instruments financiers, les États associés ne participeront qu'à l'instrument partiel FSI frontières, celui-ci étant le seul pertinent pour Schengen. La Suisse a donc participé depuis janvier 2012 aux séances et négociations relatives au projet de règlement. Le Conseil et le Parlement européen sont parvenus à un consensus politique autour de ce projet en décembre 2013. Le vote du Parlement est prévu pour mars 2014.

Pour la participation des États associés au FSI frontières, un accord complémentaire devra être conclu, comme pour la participation au Fonds pour les frontières extérieures. Il règlera en particulier la participation financière de la Suisse. Les premières discussions exploratoires ont déjà eu lieu et se poursuivront au printemps 2014. Le Conseil fédéral attribuera un mandat pour les négociations sur l'accord complémentaire au plus tôt après la notification du développement de l'acquis de Schengen FSI frontières.

⁵⁸ Proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil portant création, dans le cadre du Fonds pour la sécurité intérieure, de l'instrument de soutien financier dans le domaine des frontières extérieures et des visas, COM (2011) 750 final.

⁵⁹ Proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil portant création, dans le cadre du Fonds pour la sécurité intérieure, de l'instrument de soutien financier à la coopération policière, à la prévention et la répression de la criminalité, ainsi qu'à la gestion des crises, COM (2011) 753 final.

⁶⁰ Proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil portant dispositions générales applicables au Fonds « Asile et migration » et à l'instrument de soutien financier à la coopération policière, à la prévention et la répression de la criminalité, ainsi qu'à la gestion des crises, COM (2011) 752 final.

Parallèlement, des travaux ont été entamés pour que la participation de la Suisse puisse être mise en œuvre. Par le biais d'un partenariat, les parties tentent de définir, depuis le printemps 2013, les lignes stratégiques et les aspects essentiels de ce programme pour la Suisse. À l'occasion de la rencontre bilatérale du 4 novembre 2013 à Berne, la Suisse et la Commission européenne ont discuté des points stratégiques. Le procès-verbal de cette discussion, réalisé par la Commission, constitue la base du programme nationale de la Suisse. Les services concernés entretiennent actuellement des échanges sur les projets qui pourraient être cofinancés dans le cadre du FSI frontières. Cet échange s'inscrit dans le plan d'action suisse de gestion intégrée des frontières.

La valeur exacte de la contribution des États associés au FSI frontières n'est pas encore connue. Le budget global du fonds étant plus élevé que celui du Fonds pour les frontières extérieures, on peut partir du principe que la contribution suisse à ce fonds Schengen sera de toute façon plus élevée qu'elle ne l'est actuellement⁶¹. Le montant de la contribution de la Suisse et des autres États associés fera l'objet des négociations avec l'UE sur l'accord complémentaire, mais sera probablement calculé conformément à la formule définie à l'art. 11, par. 3, AAS. Selon celle-ci, la Suisse contribuera à ce fonds au prorata du pourcentage de son PIB par rapport au PIB de l'ensemble des pays participants (clé Schengen). Sur la base des dernières estimations pour 2014, la Suisse participerait à hauteur de 4,25 % au volume total du fonds⁶², ce qui correspondrait à une contribution totale d'environ 117,3 millions d'euros pour le programme 2014-2017, soit 16,75 millions d'euros par année. Comme c'est déjà le cas dans le cadre du FFE, la Suisse recevra en contrepartie un soutien financier du FSI frontières pour la mise en œuvre de projets. Celui-ci devrait s'élever en tout à environ 19 millions d'euros⁶³.

5 Renvois préjudiciels devant la Cour de justice de l'UE

5.1 Modalité et étendue de la participation de la Suisse

La Suisse n'est pas soumise à la juridiction de la Cour de justice de l'Union européenne (CJUE) dans le cadre de son association à Schengen et à Dublin. Par conséquent, les mécanismes de protection juridique et de surveillance fixés dans le traité sur le fonctionnement de l'Union européenne (TFUE)⁶⁴ ne sont pas applicables à la Suisse. Toutefois, l'objectif de garantir la plus grande uniformité possible d'application et d'interprétation de l'acquis repris est inhérent aux accords d'association. Par conséquent, les différences entre les jurisprudences suisse et européenne peuvent être mises à l'ordre du jour du comité mixte et peuvent même mener, en cas de « différence substantielle », à la fin de l'accord (art. 9, par. 2, et art. 10 AAS ; art. 6, par. 2, et art. 7 AAD). En contrepartie, les accords octroient à la Suisse la faculté de présenter des mémoires ou des observations écrites à la Cour de

⁶¹ La Suisse participe au FFE à hauteur de 10,5 millions d'euros par année en moyenne (environ 12,5 millions de francs sur la base du taux de change actuel).

⁶² Source : données de l'office statistique de l'UE (Eurostat).

⁶³ La Suisse reçoit chaque année environ 4 millions d'euros en moyenne du FFE (environ 4,5 millions de francs sur la base du taux de change actuel).

⁶⁴ En particulier les art. 258 ss TFUE

justice dans le cadre de procédures de renvois préjudiciels⁶⁵ concernant l'interprétation de dispositions de l'acquis de Schengen ou de Dublin (art. 8, par. 2, AAS ; art. 5, par. 2, AAD). En tant que tierce partie, la Suisse peut ainsi participer aux procédures de renvoi préjudiciel (et ce autant dans les procédures écrites que lors des délibérations orales). Elle ne peut toutefois pas prendre position sur la validité des actes de l'UE⁶⁶. Les tribunaux suisses ne peuvent pas non plus demander à la Cour de statuer sur une question préjudicielle.

Depuis l'entrée en vigueur des accords d'association le 1^{er} mars 2008, 46 renvois préjudiciels ont été notifiés à la Suisse, parmi lesquels, dans deux cas, deux affaires ont été traitées en une procédure et, dans deux cas, quatre affaires ont été traitées en une procédure. Durant la période sous revue, 10 renvois préjudiciels ont été notifiés à la Suisse (dans un des cas, deux affaires ont été traitées conjointement).

Une procédure de renvoi préjudiciel devant la CJUE dure en moyenne deux ans. La liste actuelle des procédures auxquelles la Suisse a pu participer figure à l'annexe IV. D'un point de vue matériel, les renvois préjudiciels transmis jusqu'à maintenant concernaient principalement les actes suivants :

Acte	Nombre total de renvoi	Période sous revue
Directive sur le retour des immigrants irréguliers ⁶⁷	15	7 ⁶⁸
Règlement Dublin II ⁶⁹	10	1 ⁷⁰
Directive sur la protection des données ⁷¹	7	1 ⁷²
Code frontières Schengen ⁷³	6	--
Code des visas ⁷⁴	3	--
Règlement relatif aux passeports biométriques et aux documents de voyage ⁷⁵	2	1 ⁷⁶
CAAS ⁷⁷	1	--

⁶⁵ Voir l'art. 267 TFUE. Une procédure de renvoi préjudiciel est ouverte lorsqu'une question de validité ou d'interprétation est soulevée devant une juridiction nationale. Le tribunal compétent de l'Etat membre peut – respectivement doit s'il s'agit d'une juridiction de dernière instance – suspendre la procédure nationale et soumettre à la CJUE la question juridique pertinente ; les parties ne sont habilitées qu'à demander le renvoi, mais n'ont aucun droit de l'obtenir. L'arrêt de la CJUE est directement contraignant pour les autorités parties à la procédure ayant donné lieu au renvoi.

⁶⁶ Voir par ex. l'affaire C-291/12 (*Schwarz*) portant sur la validité du règlement (CE) n° 2252/2004 (dév. n° 2) (validité confirmée).

⁶⁷ Directive 2008/115/CE (dév. n° 78)

⁶⁸ Affaire C-166/13 (*Mukarubega*), aff. C-189/13 (*Da Silva*), affaire C-249/13 (*Boudjlida*), affaire C-383/13 (*G. et R.*), affaire C-474/13 (*Pham*), affaires liées C-473/13 et C-514/13 (*Bero et Bouzalmate*), affaire C-554/13 (*Zh. et O.*).

⁶⁹ Règlement (CE) n° 343/2003 (art. 1, par. 1, AAD)

⁷⁰ Affaire C-158/13 (*Rajaby*)

⁷¹ Directive 95/46/CE (annexe B AAS et acte final AAD)

⁷² Affaire C-212/13 (*Rynes*)

⁷³ Règlement (CE) n° 562/2006 (dév. n° 14)

⁷⁴ Règlement (CE) n° 810/2009 (dév. n° 88)

⁷⁵ Règlement (CE) n° 2252/2004 (dév. n° 2)

⁷⁶ Affaire C-101/13 (*U.*)

Règlement (CE) n° 1931/2006 ⁷⁸ relatif au petit trafic frontalier	1	--
Directive « armes à feu » ⁷⁹	1	--
Total	46	10

La Suisse fait bon usage de la possibilité d'émettre des observations dans le cadre de renvois préjudiciels pour influencer activement sur le développement du droit européen. Elle renonce, par contre, à le faire lorsque, après une analyse soigneuse de l'affaire, il apparaît que l'issue de la procédure n'aura en définitive aucune incidence sur la législation et la jurisprudence suisses. Au cours de la période sous revue, la Suisse a pris position sur 3 des 10 renvois préjudiciels notifiés⁸⁰. En revanche, elle n'a encore jamais participé à une procédure orale. En effet, cette démarche n'a pas été jugée nécessaire après lecture des avis écrits rendus à la CJUE par les autres États Schengen. Dans les cas où la Suisse a transmis des observations à la CJUE, cette dernière a souvent défendu une interprétation et une application des acquis de Schengen et de Dublin très similaires à celles de la Suisse.

5.2 Procédure interne

Dès qu'un tribunal d'un État membre saisit la CJUE d'une question préjudicielle, celle-ci en informe la Suisse en lui remettant les documents adéquats. Dans un premier temps, la Suisse doit d'abord déterminer s'il y a lieu de rendre un avis sur les questions juridiques soulevées, notamment en fonction de la pertinence du cas pour la Suisse. Cette décision est prise sur une base consensuelle entre tous les services intéressés de l'administration fédérale. La Suisse dispose de deux mois à partir de la transmission de la question préjudicielle par la CJUE pour éventuellement prendre position. En tant que service responsable de la coordination des affaires liées à Schengen/Dublin, l'OFJ est chargé de la coordination de la procédure interne ainsi que de la rédaction du projet d'avis. L'office compétent est associé au processus de rédaction, tandis que l'ensemble des services concernés de près ou de loin sont consultés et peuvent s'exprimer sur le projet. La transmission de l'avis finalisé à la CJUE (via la Direction des affaires européennes/DFAE) est assurée par la mission suisse auprès de l'UE.

La Suisse n'envisage la participation à une procédure orale qu'exceptionnellement, quand les considérations émises par les autres États divergent fortement des observations formulées par la Suisse ou les contredisent, si bien que celle-ci estime important d'expliquer ou de défendre sa position. Le cas échéant, la Suisse est représentée par sa mission auprès de l'UE, avec la participation de l'OFJ. Exceptionnellement, notamment en cas de question très technique, un représentant d'un office spécialisé peut également participer au titre de conseiller.

⁷⁷ Convention d'application du 19 juin 1990 de l'accord de Schengen (voir annexe A, partie 1, AAS).

⁷⁸ Annexe B de l'AAS.

⁷⁹ Directive 91/477/CEE dans la version de la directive 2008/51/CE (annexe B de l'AAS et dév. n° 56).

⁸⁰ Affaire C-158/13 (*Rajaby*), concernant le règlement Dublin II, affaires jointes C-473/13 et C-514/13 (*Bero et Bouzalmate*) et affaire C-554/13 (*Zh et O.*), concernant l'interprétation de la directive sur le retour des immigrants irréguliers.

5.3

Développements survenus lors de la période sous revue

5.3.1

Procédures terminées

Lors de la période sous revue, la CJUE a mené à terme plusieurs procédures de renvoi préjudiciel. Dans un cas⁸¹, elle a décidé de classer la procédure (radier l'affaire), après que le tribunal national a retiré sa question préjudicielle. Dans quatorze cas, un jugement au fond a été rendu. Du point de vue de leur contenu, ces arrêts, classés en fonction des actes auxquels ils se rapportent, peuvent se résumer de la façon suivante :⁸²

Arrêts relatifs au règlement Dublin II

- Dans son arrêt du 14 novembre 2013 dans l'affaire C-4/11 (*Puid*), la Cour a estimé qu'un État Dublin ne pouvait transférer un demandeur d'asile dans l'État responsable en vertu du règlement Dublin II⁸³ s'il risquait d'y subir un traitement inhumain ou dégradant, ce qui correspond à la position de la Suisse en la matière. Toutefois, d'après la Cour, il ne découle de l'art. 3, par. 2, du règlement aucune obligation, pour les États, d'assumer la responsabilité de la procédure à la place d'un autre État⁸⁴. Dans le cas où un transfert est impossible, l'État membre concerné est tenu de poursuivre l'examen de la responsabilité pour déterminer si, sur la base des critères restants, un autre État Dublin peut être désigné responsable de l'examen de la demande d'asile. Un État n'est dès lors responsable de la procédure d'asile que si aucun autre État n'a pu être désigné à cet effet (art. 13 du règlement Dublin II).
- Dans son arrêt du 30 mai 2013 dans l'affaire C-528/11 (*Halaf*), la Cour arrive à la conclusion qu'il est possible de déduire du texte de l'art. 3, par. 2, du règlement Dublin II que le droit d'assumer la responsabilité de l'examen d'une demande d'asile n'est soumis à aucune condition. Si un État accepte d'entrer en matière, il devient responsable de la procédure. Cette règle vaut même s'il existe des circonstances motivant un recours à la clause humanitaire de l'art. 15 du règlement.
- Dans son arrêt du 6 juin 2013 dans l'affaire C-648/11 (*Ma e.a.*), la Cour est parvenue à une conclusion contraire à l'avis de la Suisse, à savoir que l'examen d'une demande d'asile d'un mineur non accompagné, qui a déposé une demande dans plusieurs États Dublin, incombait à l'État dans lequel le mineur séjournait après avoir déposé sa demande. Il peut toutefois être dérogé à cette règle si un membre de la famille du mineur séjourne de manière régulière dans un autre État Dublin. La Suisse estimait que l'État responsable devait être celui dans lequel la première demande d'asile avait été déposée. Sa pratique doit à présent être adaptée à la décision de la Cour.
- Dans son arrêt du 10 décembre 2013 dans l'affaire C-394/12 (*Abdullahi*), la Cour estime que, conformément au système Dublin, en acceptant la de-

⁸¹ Affaire C-158/13 (*Rajaby*).

⁸² Sauf indication contraire, l'arrêt de la CJUE correspond aux observations de la Suisse, pour autant que de telles observations aient été rendues.

⁸³ Règlement (CE) n° 343/2003 (voir art. 1 AAD)

⁸⁴ La disposition prévoit que chaque État Dublin *peut* examiner une demande d'asile qui lui est présentée par un ressortissant d'un pays tiers, même si cet examen ne lui incombe pas en vertu des critères fixés dans le règlement Dublin II.

mande de prise en charge d'une procédure d'asile, un État Dublin devient *de jure* responsable de cette procédure. Elle exclut de ce fait que le demandeur puisse choisir par quel État sa demande sera examinée. Le demandeur ne peut se soustraire à ce transfert de responsabilité que s'il peut faire valoir des manquements dans la procédure d'asile ou dans les conditions de prise en charge de la part de l'État responsable.⁸⁵ La Cour motive sa décision en s'appuyant sur l'objectif du règlement Dublin II selon lequel il importe de mettre en place une méthode claire et pratique pour déterminer l'État Dublin responsable de l'examen d'une demande d'asile.

Arrêts relatifs à la directive sur le retour des immigrants irréguliers

- Dans son ordonnance⁸⁶ du 21 mars 2013 dans l'affaire C-522/11 (*Mbaye*), la Cour a confirmé, conformément à ses arrêts antérieurs⁸⁷, le principe selon lequel les États sont autorisés à punir pour séjour irrégulier les ressortissants d'États tiers à condition que la procédure de retour ne soit pas entravée ou retardée par la procédure pénale (les peines pécuniaires ne présentent pas ce risque, contrairement aux peines privatives de liberté). Elle a également considéré que, du point de vue de la directive, il était possible de remplacer une peine pécuniaire pour séjour irrégulier par une expulsion immédiate d'une durée minimum de cinq ans. Cette possibilité ne peut toutefois être utilisée que si la personne concernée remplit l'une des conditions de l'art. 7, par. 4, de la directive⁸⁸.
- Dans son arrêt du 30 mai 2013 dans l'affaire C-534/11 (*Arslan*), la Cour s'est penchée sur le champ d'application de la directive sur le retour des immigrants irréguliers. Elle est arrivée à la conclusion que la directive n'était pas applicable lors de la procédure d'asile (à savoir du dépôt de la demande à la décision de première instance, ou, le cas échéant, jusqu'au terme de la procédure de recours contre cette décision). La directive entre en ligne de compte dès que la demande d'asile a été refusée et que par conséquent le demandeur doit être renvoyé dans un État tiers.
- Dans son arrêt du 19 septembre 2013 dans l'affaire C-297/12 (*Filev et Osmani*) a confirmé une pratique générale déjà soutenue par la jurisprudence⁸⁹ en estimant que, en l'absence de dispositions transitoires particulières, la directive sur le retour est applicable aux affaires qui ont été traitées sur la base d'un droit antérieur. Concrètement, les dispositions de la direc-

⁸⁵ Voir affaire C-4/11 (*Puid*).

⁸⁶ Lorsqu'une question posée à titre préjudiciel est identique à une question sur laquelle la Cour a déjà statué, lorsque la réponse à une telle question peut être clairement déduite de la jurisprudence ou lorsque la réponse à la question posée à titre préjudiciel ne laisse place à aucun doute raisonnable, la Cour peut à tout moment, sur proposition du juge rapporteur, l'avocat général entendu, décider de statuer par voie d'ordonnance motivée. (voir art. 99 du règlement de procédure de la Cour de justice, JO L 265 du 29.9.2012, p. 1)

⁸⁷ CEDH, affaire C-61/11 (*El Dridi*), recueil 2011, I-3015 ; CEDH, arrêt du 5.11.2011, affaire C-329/11 (*Achughbabian*).

⁸⁸ Cette disposition prévoit que les États Schengen peuvent renoncer à accorder un délai pour le départ volontaire s'il existe un risque de fuite, si la personne concernée constitue un danger pour l'ordre public, la sécurité publique ou la sécurité nationale ou si une demande de séjour régulier a été rejetée comme étant manifestement non fondée ou frauduleuse.

⁸⁹ CJUE, Aff. C-162/00 (*Pokrzeptowicz-Meyer*), Rec. 2002, I-1049; Aff. jtes C-395/08 et C-396/08 (*Bruno u. a.*), Rec. 2010, I-5119.

tive relatives à la durée maximale de l'interdiction d'entrée s'appliquent aux anciennes interdictions qui déploient encore leurs effets après l'entrée en vigueur de la directive⁹⁰. Autrement dit, la durée de l'interdiction déjà écoulée sous l'ancien droit doit être prise en compte lors de l'examen de la durée maximale autorisée pour cette interdiction conformément au nouveau droit. Il serait donc contraire à l'art. 11, par. 2, de la directive de maintenir les effets d'une interdiction d'entrée à durée indéterminée, prononcée sous l'ancien droit, au-delà de la durée maximale de cinq ans prévue par la directive, sauf si une telle interdiction a été prononcée parce que le ressortissant représentait une menace grave pour l'ordre public, la sécurité publique ou la sécurité nationale.⁹¹

- Dans son arrêt du 10 septembre 2013 dans l'affaire C-383/13 (*G. et R.*) en lien avec une procédure de retour, la Cour n'a eu à interpréter la directive sur le retour des immigrants irréguliers que de façon annexe. En effet, le renvoi préjudiciel visait en premier lieu à définir la portée des dispositions européennes communes en matière de procédure, ainsi que celle de l'art. 41 de la Charte des droits fondamentaux de l'UE (droit à une bonne administration). La Suisse n'est toutefois pas liée par ces textes.

Arrêt relatif au code frontières Schengen

- Dans son arrêt du 19 juillet 2013 dans l'affaire C-278/12 (*Adil*), la Cour a estimé que les articles 20 et 21 du code frontières Schengen ne s'opposent pas à une législation nationale qui autorisent les fonctionnaires chargés de la surveillance des frontières et du contrôle des étrangers d'effectuer des contrôles par sondages, dans une zone géographique de 20 kilomètres à partir de la frontière terrestre. De tels contrôles peuvent aussi être fondés sur des informations générales et l'expérience en matière de séjour illégal de personnes sur les lieux des contrôles. En d'autres termes, il est possible de mener de tels contrôles aussi indépendamment de tout soupçon concret.

Arrêt relatif au code visas

- Dans son arrêt du 19 décembre 2013 dans l'affaire C-84/12 (*Koushkaki*), la Cour a estimé que les autorités compétentes d'un État membre ne peuvent refuser, au terme de l'examen d'une demande de visa uniforme, de le délivrer que dans le cas où l'un des motifs de refus de visa énumérés aux dispositions du code visas peut être opposé au demandeur. Les autorités concernées disposent toutefois, lors de l'examen de cette demande, d'une large marge d'appréciation pour ce qui a trait tant aux conditions d'application de ces dispositions qu'à l'évaluation des faits pertinents.

Arrêt relatif au règlement sur le petit trafic frontalier

- Dans son arrêt du 21 mars 2013 dans l'affaire C-254/11 (*Shomodi*), la Cour a eu à interpréter les règles permettant de calculer la durée maximale des séjours dans le cadre du petit trafic transfrontalier. Elle estime que le titulaire d'un permis doit pouvoir se déplacer librement dans la zone frontalière pen-

⁹⁰ Voir affaire C-357/09 PPU (*Kadzoev*), recueil 2009, I-11189.

⁹¹ Dans ce cas, l'interdiction d'entrée peut être maintenue aussi longtemps que le ressortissant continue de représenter une menace.

dant trois mois dans les limites prévues par le règlement et par les accords bilatéraux entre les pays concernés, pour autant que son séjour dans cette zone ne soit pas interrompu ou que, après une interruption de séjour, l'intéressé soit toujours en droit de demander un nouveau permis de trois mois. Cet arrêt n'a pas d'intérêt pratique pour la Suisse du fait que, n'étant pas située aux frontières extérieures terrestres de l'espace Schengen, elle n'est pas concernée par ce règlement.

Arrêts relatifs à la directive sur la protection des données

- Dans l'arrêt du 30 mai 2013 dans l'affaire C-342/12 (*Worten*), la Cour a eu à juger, en application de la directive sur la protection des données, de faits n'ayant de lien ni avec l'acquis de Schengen, ni avec l'acquis de Dublin/Eurodac, et ne présentant même pas d'analogie avec des cas relevant de ces domaines. L'affaire portait concrètement sur l'autorisation de prélever des données sur les temps de travail, sur les pauses, etc. pour le compte des autorités en vue de surveiller l'application de réglementations en matière de travail. Cet arrêt ne présente donc aucun intérêt pratique pour la Suisse.
- Dans l'arrêt du 7 novembre 2013 dans l'affaire C-473/12 (*IPD*), la Cour a eu à juger, en application de la directive sur la protection des données, de faits n'ayant de lien ni avec l'acquis de Schengen, ni avec l'acquis de Dublin/Eurodac. Cet arrêt ne représente par conséquent pas non plus d'intérêt pour la Suisse. L'affaire portait sur l'activité de détectives privés chargés par des associations professionnelles d'enquêter sur des manquements déontologiques dans le cas de professions réglementées. Il s'agissait de déterminer si, en vertu de l'art. 13 de la directive sur la protection des données, il était possible, dans le cadre de cette activité, de se soustraire à l'obligation d'informer la personne concernée au sujet du traitement de ses données personnelles. La cour a reconnu cette possibilité.
- Dans son arrêt du 12 décembre 2013 dans l'affaire C-486/12 (*X*), la Cour est parvenue à la conclusion que les demandes découlant de l'exercice du droit à l'information concernant les données personnelles pouvaient être facturées, à condition que ces frais ne soient pas excessifs. Or, des frais sont considérés comme excessifs lorsqu'ils représentent un obstacle au droit à l'information garanti par l'art. 12, let. a, de la directive. Cet arrêt ne présente pas directement un intérêt pratique pour la Suisse. Conformément à la LPD⁹², les renseignements sur les données personnelles sont, en règle générale, fournis gratuitement (art. 8, al. 5, LPD, exceptions à l'art. 2 OLPD⁹³).

5.3.2 Renvois préjudiciels notifiés récemment

Lors de la période sous revue, la Suisse s'est vue notifier dix renvois préjudiciels, sur lesquels elle peut donc faire des observations. Ceux-ci portaient sur les aspects suivants :

- Affaire C-101/13 (*U.*), notifiée le 8 avril 2013 : la question préjudicielle concerne l'interprétation du règlement relatif aux passeports biométriques et

⁹² RS 235.1

⁹³ RS 235.11

aux documents de voyage. Il s'agit de savoir si, à côté du nom et du prénom, le nom de naissance pouvait être inscrit comme identifiant primaire ou secondaire dans les passeports. Du fait que, dans les passeports suisses, seul le nom de famille est indiqué, ce renvoi ne présente pas d'intérêt pratique direct pour la Suisse.

- Affaire C-158/13 (*Rajaby*), notifiée le 16 mai 2013 : la question préjudicielle concerne l'interprétation de la clause humanitaire du règlement Dublin II (art. 15). Après que la juridiction nationale a retiré sa demande préjudicielle, la CJUE a décidé de rayer l'affaire du rôle le 25 juin 2013.
- Affaire C-166/13 (*Mukarubega*), notifiée le 8 mai 2013 : la question préjudicielle, en lien avec une procédure de retour, porte sur l'interprétation non pas de la directive sur le retour des immigrants irréguliers, mais des dispositions européennes communes en matière de procédure, et sur l'art. 41 de la Charte des droits fondamentaux de l'UE (droit à une bonne administration). Ce renvoi n'a pas d'intérêt pratique pour la Suisse du fait qu'elle n'est pas liée par les actes en question.
- Affaire C-189/13 (*Da Silva*), notifiée le 24 mai 2013 : la question est de savoir si la directive sur le retour est conciliable avec une règle de droit national prévoyant qu'une personne en séjour irrégulier puisse être arrêtée avant le début d'une procédure de renvoi. La jurisprudence de la Cour étant déjà claire sur ce sujet⁹⁴, il est probable que celle-ci constate l'incompatibilité de cette règle nationale avec la directive européenne.
- Affaire C-212/13 (*Rynes*), notifiée le 30 mai 2013 : la question est de savoir si l'utilisation d'une caméra installée pour protéger une propriété privée, mais surveillant aussi l'espace public, tombe sous le coup de la directive sur la protection des données. Cette affaire n'étant pas liée à l'acquis de Schengen, la question ne représente pas d'intérêt pratique pour la Suisse.
- Affaire C-249/13 (*Boudjlida*), notifiée le 12 juin 2013 : cette question liée à une procédure de retour ne concerne pas directement l'interprétation de la directive sur le renvoi, mais plutôt la portée du droit d'être entendu garanti par l'art. 41 de la Charte des droits fondamentaux de l'UE. Or, la Suisse n'est pas liée par cette charte.
- Affaire C-383/13 (*G. et R.*), notifiée le 31 juillet 2013 : la question préjudicielle concerne l'interprétation de dispositions relatives aux procédures de renvois de l'UE ainsi que de l'article 41 de la Charte des droits fondamentaux de l'UE en relation avec une procédure de renvoi. Dans cette affaire, la CJUE a déjà rendu une décision le 10 septembre 2013 (cf. ch. 5.3.1).
- Affaire C-474/13 (*Pham*), notifiée le 9 octobre 2013 : cette question concerne l'interprétation de l'art. 16, par. 1, de la directive sur le retour des immigrants irréguliers, lequel prévoit que les personnes placées en rétention administrative dans le cadre d'une procédure de retour doivent être placées dans des centres de rétention spécialisés ou, si cela n'est pas possible, dans des établissements pénitentiaires, mais séparées des prisonniers de droit commun. Il s'agit de déterminer si des ressortissants de pays tiers en séjour

⁹⁴ Voir CJUE, affaire C-61/11 (*El Dridi*), recueil 2011, I-3015 ; CJUE, affaire C-329/11 (*Achughbabian*), arrêt du 6 décembre 2011 ; CJUE, affaire C-430/11 (*Sagor*), arrêt du 6 décembre 2012.

irrégulier peuvent, dans le cadre d'une procédure de retour, être placés dans des établissements pénitentiaires avec des prisonniers de droit commun s'ils ont donné leur accord écrit.

- Affaires jointes C-473/13 et C-514/13 (*Bero et Bouzalmate*), notifiées le 30 septembre 2013 : ce renvoi porte aussi sur l'interprétation de l'art. 16, par. 1, de la directive sur le retour des immigrants irréguliers. La question est de savoir si, dans un État fédéral, l'ensemble du territoire de cet État doit être considéré pour déterminer s'il existe un centre de rétention spécialisé, ou si l'absence d'un tel centre au niveau d'un État fédéré est suffisante pour pouvoir placer une personne en rétention dans un établissement pénitentiaire (tout en la séparant des prisonniers de droit commun). Du fait que, en Suisse, la décision concernant le placement, ainsi que l'exécution de la rétention, n'ont pas lieu au niveau fédéral, la réponse à cette question aura une incidence sur la pratique en Suisse.
- Affaire C-554/13 (*Zh. et O.*), notifiée le 3 décembre 2013 : ce renvoi concerne les ressortissants de pays tiers en séjour irrégulier qui constituent un danger pour l'ordre public au sens de l'art. 7, par. 4, de la directive sur le retour des immigrants irréguliers, et qui sont soupçonnés d'avoir commis une infraction. La question est de savoir s'il est nécessaire ou non qu'un jugement soit passé en force pour que ces personnes puissent être expulsées sans qu'un délai de départ volontaire leur soit octroyé.

6 Expériences réalisées dans certains domaines

6.1 Frontières extérieures

6.1.1 Non-admissions

Le nombre des non-admissions prononcées aux frontières extérieures aériennes de la Suisse est en léger recul sur la période 2008 à 2013 (-23 %). Voici comment ces refus se répartissent entre les principaux aéroports suisses ayant des liaisons aériennes avec des pays tiers :

	Total	Zurich	Genève	Bâle	Berne	Lugano
2008	1259	845	394	20	0	0
2009	1178	812	333	27	0	6
2010	1164	946	203	15	0	0
2011	1002	800	191	11	0	0
2012	919	745	164	8	2	0
2013	966	801	153	12	0	0

6.1.2 Participation de la Suisse aux engagements Frontex

L'entrée en vigueur, le 1^{er} août 2010, de l'arrangement complémentaire signé avec l'UE marque le début officiel de la collaboration de la Suisse avec l'Agence Frontex. L'accord de partenariat (Framework Partnership Agreement, FPA) signé entre

Frontex et le Cgfr est en vigueur depuis janvier 2011. La Suisse peut donc participer concrètement à des opérations Frontex et se faire rembourser ses frais d'intervention par l'agence. Depuis février 2011, la Suisse participe activement aux opérations de l'agence en détachant ses propres agents, en accueillant en Suisse des garde-frontières étrangers ou en participant à des opérations de renvois coordonnées par Frontex. Toutes les interventions de Frontex auxquelles la Suisse a pris part se sont bien déroulées et les expériences réunies ont été précieuses aussi bien pour Frontex que pour le Cgfr et les collaborateurs détachés.

En 2013, la Suisse a détaché 42 gardes-frontière, dont 38 membres du Cgfr et un membre de la Police cantonale de Zurich, dans le cadre d'opérations Frontex aériennes, terrestres et maritimes (équivalant à 1330 jours de travail). Pour des raisons de compétences, dans le cadre des opérations maritimes de Frontex, elle n'intervient en principe que sur la terre ferme, et non en haute mer. En 2014, l'ampleur des détachements prévus est à peu près comparable à 2010. L'accent sera toutefois clairement mis sur les détachements aux frontières de la Grèce et de la Bulgarie avec Turquie, ainsi que dans les Balkans. La coopération internationale avec Frontex dans des opérations de renvois se poursuivra également en 2014.

6.1.3 Allocations provenant du Fonds pour les frontières extérieures (FFE)

La Suisse participe au Fonds pour les frontières extérieures depuis 2010 (avec effet rétroactif pour 2009) et peut ainsi demander chaque année des subventions pour cofinancer des mesures relatives à la protection des frontières extérieures.

Le programme pluriannuel 2010-2013 et le programme annuel 2010 de la Suisse ont été approuvés par la Commission européenne le 14 mars 2011⁹⁵. Pour 2010, le montant alloué à la Suisse au titre de cofinancement a été d'environ 4,7 millions d'euros⁹⁶. La moitié de cette somme a été versée à la Suisse en 2011 en tant que préfinancement. L'autre moitié a été versée en 2013, après l'approbation du rapport final sur la mise en œuvre du programme annuel 2010. Dans le cadre du programme annuel 2011, adopté le 16 août 2011 par la Commission européenne⁹⁷, quelque 3 millions d'euros sont à sa disposition. La Commission a versé à la Suisse la moitié de cette somme le 19 septembre 2011 au titre de préfinancement. La deuxième moitié sera versée à la Suisse sous réserve de l'approbation du rapport final sur la mise en œuvre du programme annuel 2011, vraisemblablement en 2014. Ces ressources seront presque entièrement consacrées à la mise en place du système N-VIS (poursuite du projet de 2010 ; titulaire du projet: ODM).

Avec la décision C(2011) 9883 final⁹⁸, un montant total d'environ 4,3 millions d'euros a été alloué à la Suisse pour le programme annuel 2012. Dans le cadre de ce programme, approuvé par la Commission européenne le 27 février 2012⁹⁹, les ressources seront utilisées pour le projet N-VIS RE3 dans le cadre de la mise en

⁹⁵ Décision C(2011) 1579 final.

⁹⁶ Il s'agit de la dotation pour l'année 2010 (2 378 642 euros) et de la dotation exceptionnelle pour 2009, inscrites à l'art. 11 de l'accord complémentaire (RS 0.362.312).

⁹⁷ Décision C(2011) 5910 final.

⁹⁸ Dév. n° 129.

⁹⁹ Décision C(2012) 1314 final.

œuvre échelonnée du système VIS en Suisse (titulaire du projet : ODM) et pour le détachement des agents de liaison dans le cadre du réseau ILO (ODM).

Pour le programme annuel 2013, le dernier dans le cadre du Fonds pour les frontières extérieures, la Suisse dispose de 5,7 millions d'euros¹⁰⁰. Conformément au programme approuvé par la Commission le 17 octobre 2013¹⁰¹, ces ressources sont allouées à l'introduction du système SIS II (titulaire du projet : fedpol) et au développement des infrastructures de contrôle douanier à l'aéroport de Zurich-Kloten (Police cantonale de Zurich).

6.2 Frontières intérieures

Depuis le début de la coopération Schengen, les personnes ne sont en principe plus contrôlées aux frontières intérieures (terrestres et aériennes) de l'espace Schengen uniquement parce qu'elles ont l'intention de franchir une frontière ou parce qu'elles en ont franchi une. Les contrôles de marchandises (et notamment les contrôles douaniers) ont de leur côté été maintenus. La recherche ciblée de biens volés, de marchandises de contrebande, de drogue et d'armes peut ainsi toujours avoir lieu. Un contrôle douanier peut toutefois exiger la vérification de l'identité d'une personne. Par ailleurs, les contrôles de personnes effectués par la police restent admis sous le régime de Schengen lorsqu'ils sont motivés. Il faut distinguer les contrôles effectués à la frontière des contrôles policiers faits à l'intérieur du pays. C'est dans ce cadre que s'inscrivent les opérations menées par les gardes-frontière dans la zone frontalière et dans les trains (contrôles douaniers et contrôles de personnes), en collaboration avec les polices des cantons (mesures nationales de compensation). L'annexe V présente la liste des interpellations effectuées de 2010 à 2013 par le Cgfr dans le cadre de son mandat¹⁰².

6.3 Coopération policière

6.3.1 Echange d'informations en matière policière

Grâce à la coopération Schengen, l'échange transfrontalier d'informations en matière policière s'effectue de manière standardisée entre tous les États Schengen. Cet échange est possible également avec des pays qui n'ont pas conclu d'accord de coopération bilatéral avec la Suisse. Schengen a harmonisé et simplifié le déroulement des échanges d'informations. La coopération policière a pour fondement le principe que les services de police des États Schengen se soutiennent mutuellement dans la prévention et la poursuite des infractions et que les informations dont les autorités policières d'un État Schengen disposent sont accessibles aux autorités policières des autres États.

¹⁰⁰ Décision C(2013) 220 final (dév. n° 140)

¹⁰¹ Décision C(2013) 6414 final

¹⁰² En l'absence d'une statistique suffisamment par types d'activités du Cgfr, les chiffres concernent l'ensemble de ces activités (contrôles des personnes aux frontières extérieures, contrôles douaniers aux frontières intérieures et extérieures et mesures nationales de compensation).

Fedpol a traité 182 419 communications en 2013¹⁰³. Un petit nombre de ces communications ont été faites en vertu de la décision-cadre 2006/960/JAI¹⁰⁴ relative à la simplification de l'échange d'informations et de renseignements entre les services répressifs des États Schengen. Cette décision permet un échange rapide et efficace des informations policières importantes et urgentes. Il ressort des expériences faites en 2013 que cet instrument pourrait être encore mieux utilisé par les États Schengen.

L'une des façons de rechercher des informations consiste à utiliser les ressources des grandes banques de données européennes. À des fins répressives, les autorités compétentes peuvent en effet accéder non seulement au SIS (cf. ch. 6.4), mais également, sous certaines conditions, au VIS et à Eurodac. Il est encore trop tôt pour juger de l'utilité de ces ressources, car l'accès aux données VIS à des fins répressives n'est possible que depuis le 2 septembre 2013 (cf. ch. 3.2.4). Quant à l'accès à Eurodac, il ne sera possible qu'après qu'un accord complémentaire avec l'UE sera entré en vigueur.

6.3.2 Observations, poursuites et livraisons surveillées transfrontalières

Les demandes d'informations relatives à des observations, des poursuites et des livraisons surveillées transfrontalières sont aujourd'hui traitées avec plus de rapidité, d'efficacité et d'uniformité grâce à Schengen. Si ces instruments sont réglés de manière encore plus détaillée dans des accords bilatéraux de coopération policière avec la France¹⁰⁵, l'Allemagne¹⁰⁶ et l'Autriche/Liechtenstein¹⁰⁷, ils ne sont appliqués dans la coopération avec l'Italie que depuis la participation de la Suisse à Schengen. En 2013, la Centrale d'engagement de fedpol (CE fedpol) a coordonné un total de 314 opérations, dont 162 observations transfrontalières, 16 poursuites transfrontalières et 4 livraisons surveillées transfrontalières¹⁰⁸. Les observations liées à la France et à l'Italie en particulier ont été menées en étroite collaboration avec les centres de coopération policière et douanière (CCPD)¹⁰⁹.

Les accords de police conclus avec les États voisins sont régulièrement évalués quant à leur potentiel de développement du point de vue de l'acquis de Schengen. L'accord de police passé avec l'Italie ne répondant plus aux exigences actuelles, notamment en raison de la participation de l'Italie et de la Suisse à Schengen, il a été soumis à une révision. Le nouveau texte a été signé à Rome le 4 octobre 2013 et

¹⁰³ En 2012, 144 696 communications ont été traitées.

¹⁰⁴ Décision-cadre 2006/960/JAI (dév. n° 35), dite « Initiative suédoise ».

¹⁰⁵ Accord du 9 octobre 2007 entre le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement de la République française relatif à la coopération transfrontalière en matière judiciaire, policière et douanière, RS **0.360.349.1**.

¹⁰⁶ Accord du 27 avril 1999 entre la Confédération suisse et la République fédérale d'Allemagne relatif à la coopération transfrontalière en matière policière et judiciaire, RS **0.360.136.1**.

¹⁰⁷ Accord du 27 avril 1999 entre la Confédération suisse, la République d'Autriche et la Principauté de Liechtenstein concernant la coopération transfrontalière des autorités compétentes en matière de sécurité et de douane, RS **0.360.163.1**.

¹⁰⁸ À titre de comparaison, la CE a coordonné 288 opérations en 2012, dont 167 observations transfrontalières.

¹⁰⁹ La CAAS exige la mise en place de CCPD. La Suisse gère de tels centres avec l'Italie, à Chiasso, et avec la France, à Genève. Les deux CCPD ont traité plus de 24 000 signalements en 2012. Les CCPD soutiennent les autorités suisses de police et de poursuites dans la lutte contre la criminalité transfrontalière.

contient à présent également des règles sur les poursuites, les observations et les livraisons surveillées qui jusqu'à présent n'étaient prévues que par l'acquis de Schengen. Le message relatif à cet accord devrait être transmis au Parlement courant 2014. L'accord de police trilatéral conclu avec l'Autriche et le Liechtenstein a aussi été révisé de façon à tenir compte des nouvelles modalités de la coopération policière transfrontalière découlant de la participation à Schengen des trois États parties. Le message relatif à cet accord, qui a été signé le 4 juin 2012 à Vaduz, se trouve encore dans la phase parlementaire. L'accord devrait entrer en vigueur en automne 2014.

6.4 SIS/SIRENE

Le Bureau SIRENE Suisse est rattaché à la Centrale d'engagement de fedpol. En tant que service national, il échange avec les bureaux SIRENE des autres États Schengen les informations supplémentaires requises dans le cadre des recherches effectuées dans le SIS (résultats positifs de recherches menées par la Suisse à l'étranger ou inversement).

À côté des 7385 réponses positives et correctes obtenues par la Suisse (2012 : 8260), 2125 réponses positives (2012 : 1381) ont nécessité des clarifications ou des identifications qui ont révélé que le résultat ne correspondait pas à la personne ou à l'objet recherché. Ces vérifications supplémentaires représentent un gros travail. La différence entre les réponses positives et les réponses correctes, en ce qui concerne les recherches de personnes par exemple, s'explique de la manière suivante : dans le SIS, les personnes sont définies par leur nom, leur prénom et par d'autres indications ; en cas de résultat positif, il importe de vérifier s'il s'agit bien de la personne recherchée ; or, les vérifications révèlent régulièrement que cela n'est pas le cas. Dans le cadre des recherches de personnes, ces vérifications doivent être effectuées en quelques heures pour que les personnes retenues à tort puissent être relâchées rapidement. Pour ce faire, les différents bureaux SIRENE nationaux se communiquent notamment des données sur les empreintes digitales, et ce 24 h sur 24.

En 2013, les recherches demandées par la Suisse ont donné 3513 résultats positifs à l'étranger (2012 : 3335).

En 2013, comme en 2012, une moyenne de 35 résultats positifs par jour, pour la Suisse et pour l'étranger, a été enregistrée. Par rapport à l'année précédente, le nombre de recherches menées par l'étranger en Suisse a reculé de 3 %, tandis que celui des recherches menées par la Suisse à l'étranger a augmenté de 6 %. Ce premier chiffre est dû au fait que les États Schengen ont mené moins de recherches au cours des premiers mois ayant suivi la mise en service échelonnée du SIS II.

Au total, en 2013, 40 916 formulaires d'information standardisés ont été enregistrés depuis l'étranger (2012 : 56 538), et 18 559 envoyés à l'étranger (2012 : 17 194). La baisse du nombre de demandes est due principalement à une réorganisation des formulaires, dans ce sens que le SIS II a permis de réunir davantage de contenus sur un même formulaire.

Ventilés par catégories, les résultats positifs se répartissent de la manière suivante :

Catégorie	2013		2012		2011		2010	
	Suisse	Etranger	Suisse	Etranger	Suisse	Etranger	Suisse	Etranger
Arrestations aux fins d'extradition	279	200	270	173	185	107	216	95
Interdictions d'entrée	1966	2382	3'801	2'147	3690	1850	2907	1960
Personnes disparues	297	56	251	59	213	20	235	18
Personnes recherchées par la justice (p. ex. témoins)	1405	46	1'133	26	1082	3	952	5
Surveillance discrète	1615	224	1'646	143	1044	20	766	1
Objets (véhicules et documents d'identité)	1823	605	1'159	787	1304	273	1246	286
Total	7385	3513	8'260	3'335	7518	2273	6322	2365

Il faut noter ici que les demandes adressées à fedpol par les personnes concernées en vertu du droit à l'information sont très complexes et que leur nombre demeure très élevé. En 2013, 363 demandes ont été traitées par le service juridique de fedpol, en collaboration avec le bureau SIRENE (2012 : 353).

6.5 Coopération dans le domaine des visas

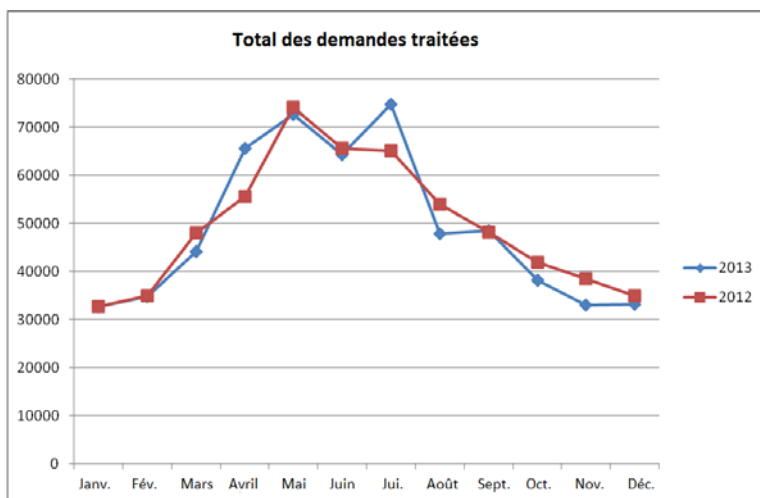
La Suisse participe depuis le 12 décembre 2008 à la coopération Schengen en matière de visas. Depuis cette date, elle délivre des visas Schengen et reconnaît les visas Schengen délivrés par d'autres pays pour des séjours de courte durée (90 jours au maximum par période de 180 jours). Ainsi, le nombre total de visas délivrés par la Suisse a diminué par rapport à la période antérieure à son entrée dans Schengen, même si la tendance était à la hausse ces dernières années ¹¹⁰. En 2013, 488 856 visas Schengen ont été délivrés ¹¹¹. Le tableau ci-dessous présente les chiffres exacts pour 2013 :

¹¹⁰ 648 898 (2008) ; 356 527 (2009) ; 379 716 (2010) ; 495 262 (2011).

¹¹¹ Ce chiffre comprend aussi les visas Schengen délivrés par les services cantonaux des migrations, les autorités responsables du contrôle à la frontière, l'ODM et le DFAE. La majorité des visas Schengen sont toutefois délivrés par les autorités consulaires suisses.

Demandes de visa traitées en 2013

	Janv.	Fév.	Mars	Avril	Mai	Juin	Juillet	Août	Sept.	Oct.	Nov.	Déc.	Total
Demandes traitées au total	32703	34696	44101	65546	72744	64271	74758	47801	48524	38148	33050	33114	590058
Demandes acceptées	30232	32096	41405	61719	68295	60140	70680	45057	45904	35546	30280	30568	551071
dont visas Schengen	25609	28027	37045	57514	63914	54894	61681	38422	40615	30988	26753	24430	488856
dont visas à validité territoriale limitée	2819	2530	2520	2546	2905	2226	1853	1712	2150	3035	2746	3575	30550
dont visas nationaux	4623	4069	4360	4205	4381	5516	8999	6635	5289	4558	3527	6138	62215
Demandes refusées	1949	2072	1973	2695	3191	2758	2862	2020	1933	1858	2215	1991	28221



L'introduction du système VIS en octobre 2011 peut être considérée comme positive. La collaboration entre les services VIS nationaux des États Schengen et le système central (C-VIS) de la Commission européenne fonctionne. Entre le 11 octobre 2011 et le 31 décembre 2013, la Suisse a enregistré et traité dans le VIS plus de 157 000 demandes de visas. Le 31 décembre 2012, pour l'ensemble des États Schengen, le nombre de 5 millions de demandes de visas traitées par le biais du VIS a été atteint.

La procédure d'octroi de visas autorise un État Schengen à demander aux autres États Schengen à le consulter dans certains cas avant de délivrer des visas Schengen aux ressortissants d'un pays tiers. Un mécanisme de consultation automatique a été créé à cet effet. Selon ce mécanisme, un pays Schengen ne peut délivrer un visa Schengen à un ressortissant d'un pays tiers si un autre pays Schengen s'y oppose ou si cette personne est signalée à des fins de non-admission dans le SIS. Dans ce cas,

le pays de délivrance peut, à des conditions strictement définies¹¹², octroyer un visa Schengen valable uniquement sur son territoire. Le tableau suivant montre le nombre de demandes adressées à la Suisse et traitées par l'unité VISION de l'ODM au cours de l'année 2013.

Consultations entrantes en 2013

	Janv.	Fév.	Mars	Avril	Mai	Juin	Juillet	Août	Sept.	Oct.	Nov.	Déc.	Total
Demandes examinées au total	24025	25267	24637	29405	36602	33723	36027	31625	34269	30013	25773	23396	354762
Demandes acceptées	23991	25240	24603	29356	36522	33635	35978	31573	34212	29971	25724	23360	354165
Demandes refusées	28	21	23	28	55	41	29	47	38	32	27	29	398
Visa à validité territoriale limitée	11650	8040	10476	12421	15056	18239	19478	12119	11234	11113	10406	7809	148041
Demandes traitées par les représentations	6	6	11	21	25	47	20	5	19	10	22	7	199
Visas émis	5724	6615	9213	18518	31056	28375	29166	15311	17467	10587	9984	10343	192359

Le tableau suivant présente le nombre de demandes que la Suisse a adressées aux autres États Schengen dans le cadre de la procédure d’octroi de visas :

Consultations sortantes en 2013

	Janv.	Fév.	Mars	Avril	Mai	Juin	Juillet	Août	Sept.	Oct.	Nov.	Déc.	Total
Demandes déposées au total	3493	3826	4402	6240	7973	7147	7667	5094	5617	4043	3601	3187	62290
Demandes acceptées	3490	3823	4380	6217	7953	7131	7652	5080	5611	4036	3588	3162	62123
Demandes refusées	2	3	20	15	12	12	7	5	4	4	12	20	116
Visas à validité territoriale limitée	677	583	545	575	934	666	498	441	803	1394	819	946	8881
Visas émis	17004	20383	26683	46196	51538	42118	41340	26182	25803	21356	18536	17768	354907
Demandes traitées par les représentations	1	0	2	8	8	4	8	9	2	3	1	5	51

La Suisse a conclu des accords de représentation dans la procédure d’octroi de visas avec douze États Schengen (état : 28.2.2014 ; voir détails au ch. 2.2.1). Ces accords sont un instrument de politique étrangère important dont l'utilité est reconnue par toutes les parties. Leur exécution ne pose pas problèmes notables.

6.6 Renvois

Frontex joue un rôle important dans la coopération en matière de renvois. L'agence aide les États Schengen dans l'organisation des renvois par voie aérienne¹¹³. L'échange d'informations visant à organiser des vols conjoints s'effectue sur Internet, au moyen du réseau d'information FOSS¹¹⁴ (anciennement ICONet). La coordination des vols par Frontex a pour principal avantage une réduction substantielle des coûts. L'organisation de vols de retour conjoints permet en outre, grâce à un meilleur taux d'occupation, d'effectuer des renvois vers des destinations plus « chères » (Asie par ex.). L'ODM participe le plus régulièrement possible, au niveau européen, à des

112 Il faut notamment qu'un intérêt national ou humanitaire le justifie. Les représentations suisses hésitent cependant à faire usage de cet instrument et, lorsqu'elles s'y résolvent, elles sollicitent au préalable l'accord de la centrale (2009 : 1 051 ; 2010 : 2 585). La plupart des visas délivrés pour le seul territoire suisse le sont à des personnes qui doivent se rendre à Genève auprès d'une organisation internationale.

113 Voir art. 9, par. 2, du règlement FRONTEX (dév. n° 1).

114 Décision 2005/267/CE (dév. n° 5)

travaux de planification, d'orientation stratégique et d'évaluation d'opérations communes de renvois. La Suisse n'exploite toutefois pas pleinement le potentiel offert par Frontex. En raison de son système de renvoi différent, la Suisse ne peut pas participer à tous les vols conjoints de l'UE. Sur les vols organisés par l'UE, les personnes renvoyées, qu'elles soient récalcitrantes ou non, sont accompagnées par des forces de police. La Suisse prévoit en revanche différentes catégories de vols. Elle encourage d'abord les retours volontaires. Les vols spéciaux pour les renvois forcés ne sont organisés qu'en dernier recours. Il pourrait être dès lors risqué, sur des vols de l'UE, où la plupart des personnes ne sont pas attachées, de placer des personnes qui, selon le système suisse, devraient être placées sur des vols considérés comme à risque. Les limites au niveau de la participation aux vols conjoints sont donc fixées par le catalogue de mesures de la CCDJP.

De janvier 2008 à fin 2009, la Suisse a participé à huit vols conjoints organisés par l'UE (61 personnes renvoyées). Après une année 2010 sans vol conjoint, la Suisse a participé à neuf vols conjoints avec l'UE en 2011 (32 personnes renvoyées). En 2012, elle a participé à trois vols conjoints, à destination d'Erevan et de Tbilissi (6 personnes renvoyées). En 2013, elle a nouveau participé à trois vols conjoints (une personne a été renvoyée à Islamabad, deux à Kiev et trois à Tbilissi). Cette année, la Suisse n'a encore participé à aucun vol conjoint avec l'UE. L'ODM surveille en permanence, par le biais de la plateforme FOSS, les places disponibles pour les opérations communes de renvois et s'assure que la Suisse puisse y participer conformément au principe d'opportunité et en fonction des ressources en personnel des polices cantonales.

6.7 Entraide judiciaire en matière pénale

Dans l'ensemble, l'entraide judiciaire en matière pénale peut être qualifiée de bonne, avant comme après la mise en place de Schengen. L'OFJ est responsable de toutes les formes de coopération dans ce domaine (notamment les signalements de personnes dont l'arrestation est demandée aux fins d'extradition et les mesures d'entraide judiciaire accessoire).

Le bilan dans ce domaine est le suivant :

- extradition : en 2013, la Suisse a reçu, via le SIS, 16 930 demandes de recherches de l'étranger, ce qui représente 85 % des demandes de recherches. Ces demandes ont abouti à 279 résultats positifs. Cette même année, la Suisse a adressé 200 demandes de recherches à l'étranger via le SIS, ce qui représente 90 % de tous les signalements suisses à des fins d'extradition. Parallèlement aux signalements annoncés sur le SIS, la plupart des personnes recherchées font également l'objet d'un avis auprès d'Interpol.
- entraide judiciaire accessoire : depuis la mise en place de Schengen, les autorités de poursuite pénale collaborent directement entre elles en matière d'entraide judiciaire accessoire. En Suisse, les ministères publics cantonaux transmettent et traitent un nombre très important de demandes. C'est pourquoi la statistique fédérale manque d'informations à ce sujet.

6.8

Dublin

6.8.1

Procédure de transfert dans l'État Dublin responsable

Entre le 12 décembre 2008 (début de la coopération Dublin) et le 31 décembre 2013, 98 139 demandes d'asile ont été déposées en Suisse. Les tableaux suivants exposent les demandes de prise et de reprise en charge déposées et reçues durant la même période.

Demandes de reprise déposées par la Suisse auprès d'autres États Dublin

	Demandes de reprise	Compétence acceptée	Compétence refusée	Transferts
2009	6041	4590	865	1904
2010	5994	5095	853	2722
2011	9347	7014	1587	3621
2012	11029	9328	1876	4637
2013	9679	7592	1658	4165
Total	42090	33619	6839	17049

Demandes de reprise déposées auprès de la Suisse par d'autres États Dublin

	Demandes de reprise	Compétence acceptée	Compétence refusée	Transferts
2009	605	452	133	195
2010	1327	797	514	481
2011	1611	907	673	482
2012	2342	1186	1110	574
2013	3672	1819	1859	751
Total	9557	5161	4289	2483

La collaboration avec les États Dublin fonctionne bien. En vertu de l'AAD, la Suisse a pu transmettre nettement plus de cas à d'autres États qu'elle n'a dû en admettre elle-même. Toutefois, cette différence a été moins marquée pour 2013 que pour les années précédentes. Alors que le nombre de transferts de Suisse vers les autres États Dublin a baissé de 10 % de 2012 à 2013 (4637 à 4165), le nombre de transferts vers la Suisse a augmenté de 31 % (574 à 751). Ainsi, pour 10 personnes transférées en Suisse, 55 personnes ont pu être transférées dans un autre État Dublin. Les expériences sont par conséquent positives, même s'il convient de noter les précisions suivantes par rapport à certains États (GR, IT, BG) :

- Grèce : compte tenu de la situation toujours difficile en Grèce en matière de migration et conformément aux arrêts rendus par la Cour européenne des droits de l'homme le 21 janvier 2011¹¹⁵, par le Tribunal administratif fédéral

¹¹⁵ Arrêt de la CEDH du 21 janvier 2011 dans l'affaire M.S.S. c. Belgique et Grèce.

le 16 août 2011¹¹⁶ et par la CJUE le 21 décembre 2011¹¹⁷, la Suisse a renoncé en principe, comme les autres États Dublin, à partir du 26 janvier 2011 et jusqu'à nouvel avis, à déposer auprès de la Grèce des demandes de reprise de requérants d'asile. En août 2012, la Grèce a adopté un plan d'action national pour faire face aux défis qui se posent à elle dans le domaine de l'asile et de la migration. Depuis avril 2011, le Bureau européen d'appui en matière d'asile EASO¹¹⁸ assiste la Grèce, notamment en détachant des *équipes de soutien* « asile ». À la demande de la Grèce, l'EASO a décidé de poursuivre son soutien jusqu'à fin 2014 sur la base d'un plan d'action révisé.

- *Italie* : la majeure partie des procédures Dublin traitées par la Suisse sont engagées avec l'Italie (2013 : environ 55 % de toutes les procédures Dublin). La collaboration avec les autorités italiennes compétentes fonctionne relativement bien. Les services Dublin de l'ODM entretiennent des contacts réguliers avec le service Dublin italien afin de clarifier les malentendus et de régler les difficultés. Depuis 2012, un officier de liaison de l'OFM a été de plus détaché auprès du Ministère italien de l'intérieur (cf. ch. 2.2.2).
- *Bulgarie* : en 2013, le nombre de demandes de protection internationale a fortement augmenté en Bulgarie, entre autre en raison de la situation en Syrie et en raison du report des flux migratoires en provenance de Turquie de la frontière grecque sur la frontière bulgare. Les autorités bulgares ont pris différentes mesures pour faire face au défi en matière de procédure d'asile et de logement. À cet effet, elles reçoivent également un soutien de la part de l'UE et de différentes ONG. La Suisse suit de près la situation en Bulgarie. Chaque transfert dans le cadre de la procédure Dublin est étudié individuellement. Comme le demande la CEDH, les risques réels sont évalués au cas par cas. Jusqu'à nouvel ordre, les personnes nécessitant une protection spéciale ne sont pas transférées en Bulgarie. Toutefois, le 11 février 2014, le TAF a confirmé, dans deux arrêts, que les transferts en Bulgarie étaient en principe possibles¹¹⁹.

6.8.2 Utilisation du VIS aux fins de la procédure Dublin

Le règlement VIS (dév. n° 88) permet aux États Schengen, dans le cadre d'une procédure d'asile, de vérifier dans le VIS les empreintes digitales des demandeurs d'asile. La Suisse est l'un des premiers États Schengen à utiliser cette possibilité, depuis le 12 décembre 2012. La comparaison des empreintes digitales permet de déterminer si un demandeur d'asile, avant de déposer sa demande en Suisse, avait déjà fait une demande de visa dans un autre État Schengen. Dans certains cas, si la

¹¹⁶ Arrêt du Tribunal administratif fédéral du 16 août 2011, D-2076/2010.

¹¹⁷ Arrêt de la CJUE du 21 décembre 2011, dans les affaires jointes C-411/10 et C-493/10.

¹¹⁸ L'EASO, abréviation de « European Asylum Support Office », est un bureau spécialisé de l'UE, autonome, indépendant et doté de la personnalité juridique, qui a été instauré par le règlement (UE) n° 439/2010 du Parlement européen et du Conseil. Il est un élément important du régime d'asile européen commun (RAEC). Son siège est à la Valette (Malte).

¹¹⁹ E-595/2014 et E-597/2014

comparaison aboutit à un résultat positif, il est possible de désigner un autre État comme responsable de l'exécution de la procédure. De plus, les données personnelles et les documents d'identité peuvent aider à identifier une personne et à déterminer l'État où elle a séjourné avant d'entrer en Suisse. En 2013, les recherches dans le VIS ont donné 946 résultats positifs. Ces résultats ont permis d'identifier 483 personnes comme des cas Dublin potentiels.

Liste des développements de l'acquis de Schengen notifiés à la Suisse

Etat au 28 février 2014

Les développements n° 1 à 49 sont des actes notifiés à la Suisse entre la signature et l'entrée en vigueur de l'AAS. Les suivants (dév. n° 50 à 153) lui ont été notifiés depuis l'entrée en vigueur de l'AAS.¹²⁰ Tous ceux qui sont entretemps devenus obsolètes sont *en italique*.

1	Règlement (CE) n° 2007/2004 du Conseil du 26 octobre 2004 portant création d'une Agence européenne pour la gestion de la coopération opérationnelle aux frontières extérieures des Etats membres de l'UE [règlement FRONTEX]
<i>Référence:</i>	JO L 349 du 25.11.2004, p. 1
<i>Procédure:</i>	Modèle 3 (art. 7, par. 2, let. b, AAS: adoption sous réserve de l'approbation par l'Assemblée fédérale) Echange de notes du 28 mars 2008 (RS 0.362.380.018), en vigueur depuis le 1 ^{er} août 2010
<i>Modifié par:</i>	Règlement (CE) n° 863/2007 [dév. n° 37]; Règlement (UE) n° 1168/2011 [dév. n° 128]; Règlement (UE) n° 1052/2013 [dév. n° 152].
<i>Acc. complémentaire:</i>	Accord complémentaire du 30 septembre 2009 (RS 0.362.313), en vigueur depuis le 1 ^{er} août 2010.
2	Règlement (CE) n° 2252/2004 du Conseil du 13 décembre 2004 établissant des normes pour les éléments de sécurité et les éléments biométriques intégrés dans les passeports et les documents de voyage délivrés par les Etats membres
<i>Référence:</i>	JO L 385 du 29.12.2004, p. 1
<i>Procédure:</i>	Modèle 3 (art. 7, par. 2, let. b, AAS: adoption sous réserve de l'approbation par l'Assemblée fédérale) Echange de notes du 28 mars 2008 (RS 0.362.380.021), en vigueur depuis le 26 octobre 2009
<i>Modifié par:</i>	Règlement (CE) n° 444/2009 [dév. n° 86]
<i>Mis en œuvre par:</i>	Décision C(2005) 409 final [dév. n° 8]; Décision C(2006) 2909 final [dév. n° 16], modifiée par décision C(2011) 5499 final [dév. n° 123] et décision d'exécution C(2013) 6181 final [dev. n° 147]; et Décision C(2008) 8657 [dév. n° 68], modifiée par décision C(2209) 7476 [dév. n° 91] et décision d'exécution C(2013) 6181 final [dev. n° 147].

¹²⁰ Un des développements de l'acquis de Schengen (dév. n° 126) est aussi un développement de l'acquis de Dublin/Eurodac. D'autres développements de l'acquis de Dublin/Eurodac sont mentionnés à l'annexe II.

3	Règlement (CE) n° 2133/2004 du Conseil du 13 décembre 2004 concernant l'obligation pour les autorités compétentes des Etats membres de procéder au compostage systématique des documents de voyage des ressortissants de pays tiers lors du franchissement des frontières extérieures des Etats membres, et modifiant à cette fin les dispositions de la Convention d'application de l'accord de Schengen et le manuel commun
Référence:	JO L 369 du 16.12.2004, p. 5
Procédure:	Modèle 1 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: simplement pris acte) Note diplomatique du 28 mars 2008
Abrogé par:	Règlement (CE) n° 562/2006 [dév. n° 14]
4	Décision 2005/211/JAI du Conseil du 24 février 2005 concernant l'attribution de certaines fonctions nouvelles au Système d'information Schengen, y compris dans le cadre de la lutte contre le terrorisme
Référence:	JO L 68 du 15.3.2005, p. 44.
Procédure:	Modèle 3 (art. 7, par. 2, let. b, AAS: adoption sous réserve de l'approbation par l'Assemblée fédérale) Echange de notes du 28 mars 2008 (RS 0.362.380.005), en vigueur depuis le 17 octobre 2008
Abrogée par:	Décision 2007/533/JAI [dév. n° 42]
5	Décision 2005/267/CE du Conseil du 16 mars 2005 établissant un réseau d'information et de coordination sécurisé connecté à l'internet pour les services des Etats membres chargés de la gestion des flux migratoires
Référence:	JO L 83 du 1.4.2005, p. 48
Procédure:	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 28 mars 2008 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 28 mars 2008
Mise en œuvre par:	Décision C(2005) 5159 final [dév. n° 32]
6	Règlement (CE) n° 851/2005 du Conseil du 2 juin 2005 modifiant le règlement (CE) n° 539/2001 fixant la liste des pays tiers dont les ressortissants sont soumis à l'obligation de visa pour franchir les frontières extérieures des Etats membres et la liste de ceux dont les ressortissants sont exemptés de cette obligation en ce qui concerne le mécanisme de réciprocité
Référence:	JO L 141 du 4.6.2005, p. 3
Procédure:	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 28 mars 2008 (RS 0.362.380.001), en vigueur depuis le 28 mars 2008
7	Décision 2005/451/JAI du Conseil du 13 juin 2005 fixant la date d'application de certaines dispositions du règlement (CE) n° 871/2004 concernant l'attribution de certaines fonctions nouvelles au système d'information Schengen, y compris dans le cadre de la lutte contre le terrorisme
Référence:	JO L 158 du 21.6.2005, p. 26
Procédure:	Modèle 1 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: simplement pris acte) Note diplomatique du 28 mars 2008
Abrogée par:	Règlement (CE) n° 1987/2006 [dév. n° 28]

8	Décision C(2005) 409 final de la Commission du 28 février 2005 établissant les spécifications techniques afférentes aux normes pour les dispositifs de sécurité et les éléments biométriques intégrés dans les passeports et les documents de voyage délivrés par les Etats membres
<i>Référence:</i>	non publiée au JO
<i>Procédure:</i>	Modèle 3 (art. 7, par. 2, let. b, AAS: adoption sous réserve de l'approbation par l'Assemblée fédérale) Echange de notes du 28 mars 2008 (RS 0.362.380.022), en vigueur depuis le 26 octobre 2009
9	Règlement (CE) n° 1160/2005 du Parlement européen et du Conseil du 6 juillet 2005 modifiant la convention d'application de l'accord de Schengen du 14 juin 1985 relatif à la suppression graduelle des contrôles aux frontières communes, en ce qui concerne l'accès des services chargés, dans les Etats membres, de la délivrance des certificats d'immatriculation des véhicules au système d'information Schengen
<i>Référence:</i>	JO L 191 du 22.7.2005, p. 18
<i>Procédure:</i>	Modèle 3 (art. 7, par. 2, let. b, AAS: adoption sous réserve de l'approbation par l'Assemblée fédérale) Echange de notes du 28 mars 2008 (RS 0.362.380.006), en vigueur depuis le 17 octobre 2008 est devenu <i>obsole</i> te dès la mise en application du SIS II
10a	Décision 2005/719/JAI du Conseil du 12 octobre 2005 fixant la date d'application de certaines dispositions de la décision 2005/211/JAI concernant l'attribution de certaines fonctions nouvelles au système d'information Schengen, y compris dans le cadre de la lutte contre le terrorisme
<i>Référence:</i>	JO L 271 du 15.10.2005, p. 54
<i>Procédure:</i>	Modèle 1 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: simplement pris acte) Note diplomatique du 28 mars 2008
<i>Abrogée par:</i>	Décision 2007/533/JAI [dév. n° 42]
10b	Décision 2005/727/JAI du Conseil du 12 octobre 2005 fixant la date d'application de certaines dispositions de la décision 2005/211/JAI concernant l'attribution de certaines fonctions nouvelles au Système d'information Schengen, y compris dans le cadre de la lutte contre le terrorisme
<i>Référence:</i>	JO L 273 du 19.10.2005, p. 25
<i>Procédure:</i>	Modèle 1 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: simplement pris acte) Note diplomatique du 28 mars 2008
<i>Abrogée par:</i>	Décision 2007/533/JAI [dév. n° 42]
10c	Décision 2005/728/JAI du Conseil du 12 octobre 2005 fixant la date d'application de certaines dispositions du règlement (CE) n° 871/2004 concernant l'attribution de certaines fonctions nouvelles au Système d'information Schengen, y compris dans le cadre de la lutte contre le terrorisme
<i>Référence:</i>	JO L 273 du 19.10.2005, p. 26
<i>Procédure:</i>	Modèle 1 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: simplement pris acte) Note diplomatique du 28 mars 2008
<i>Abrogée par:</i>	Règlement (CE) n° 1987/2006 [dév. n° 28]

11	Compte rendu de gestion (installation et fonctionnement du C.SIS pour 2004)
	<i>Référence:</i> non publié au JO <i>Procédure:</i> Modèle 1 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: simplement pris acte) Note diplomatique du 28 mars 2008
12	Règlement (CE) n° 2046/2005 du Parlement européen et du Conseil du 14 décembre 2005 relatif à des mesures visant à faciliter les procédures de demande et de délivrance de visas pour les membres de la famille olympique participant aux jeux olympiques et/ou paralympiques d'hiver de 2006 à Turin
	<i>Référence:</i> JO L 334 du 20.12.2005, p. 1 <i>Procédure:</i> Modèle 1 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: simplement pris acte) Note diplomatique du 28 mars 2008 <i>Obsolète</i> (application limitée à la durée des Jeux olympiques)
13	Recommandation 2005/761/CE du Parlement européen et du Conseil du 28 septembre 2005 visant à faciliter la délivrance par les Etats membres de visas uniformes de court séjour pour les chercheurs ressortissants de pays tiers se déplaçant aux fins de recherche scientifique dans la Communauté
	<i>Référence:</i> JO L 289 du 3.11.2005, p. 23 <i>Procédure:</i> Modèle 1 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: simplement pris acte) Note diplomatique du 28 mars 2008
14	Règlement (CE) n° 562/2006 du Parlement européen et du Conseil du 15 mars 2006 établissant un code communautaire relatif au régime de franchissement des frontières par les personnes (code frontières Schengen)
	<i>Référence:</i> JO L 105 du 13.4.2006, p. 1 <i>Procédure:</i> Modèle 3 (art. 7, par. 2, let. b, AAS: adoption sous réserve de l'approbation par l'Assemblée fédérale) Echange de notes du 28 mars 2008 (RS 0.362.380.010), en vigueur depuis le 17 octobre 2008 <i>Modifié par:</i> Règlement (CE) n° 296/2008 [dév. n° 69]; Règlement (CE) n° 81/2009 [dév. n° 80]; Règlement (CE) n° 810/2009 [dév. n° 88]; Règlement (UE) n° 265/2010 [dév. n° 105]; Règlement (UE) n° 610/2013 [dév. n° 144]; et Règlement (UE) n° 1051/2013 [dév. n° 151]. <i>Mis en œuvre par:</i> Décision 2010/252/UE [dév. n° 107]
15a	Décision 2006/228/JAI du Conseil du 9 mars 2006 fixant la date d'application de certaines dispositions de la décision 2005/211/JAI concernant l'attribution de certaines fonctions nouvelles au système d'information Schengen, y compris dans le cadre de la lutte contre le terrorisme
	<i>Référence:</i> JO L 81 du 18.3.2006, p. 45 <i>Procédure:</i> Modèle 1 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: simplement pris acte) Note diplomatique du 28 mars 2008 <i>Abrogée par:</i> Décision 2007/533/JAI [dév. n° 42]
15b	Décision 2006/229/JAI du Conseil du 9 mars 2006 fixant la date d'application de certaines dispositions de la décision 2005/211/JAI concernant l'attribution de certaines fonctions nouvelles au système d'information Schengen, y compris dans le cadre de la lutte contre le terrorisme

	<i>Référence:</i> JO L 81 du 18.3.2006, p. 46 <i>Procédure:</i> Modèle 1 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: simplement pris acte) Note diplomatique du 28 mars 2008 <i>Abrogée par:</i> Décision 2007/533/JAI [dév. n° 42]
16	Décision C(2006) 2909 final de la Commission du 28 juin 2006 établissant les spécificités techniques afférentes aux normes pour les dispositifs de sécurité et les éléments biométriques intégrés dans les passeports et les documents de voyage délivrés par les Etats membres <i>Référence:</i> non publiée au JO <i>Procédure:</i> Modèle 3 (art. 7, par. 2, let. b, AAS: adoption sous réserve de l'approbation par l'Assemblée fédérale) Echange de notes du 28 mars 2008 (RS 0.362.380.023), en vigueur depuis le 26 octobre 2009 <i>Modifiée par:</i> Décision C(2011) 5499 final [dév. n° 123]; Décision d'exécution C(2013) 6181 final [Dév. n° 147].
17	Décision 2006/440/CE du Conseil du 1^{er} juin 2006 modifiant l'annexe 12 des instructions consulaires communes ainsi que l'annexe 14a du manuel commun en ce qui concerne les droits à percevoir, correspondant aux frais administratifs de traitement de la demande de visa <i>Référence:</i> JO L 175 du 29.6.2006, p. 77 <i>Procédure:</i> Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 28 mars 2008 (RS 362.380.002), en vigueur depuis le 28 mars 2008 Est devenu <i>obsolète</i> avec l'entrée en vigueur du code des visas [dév. n° 88]
18	Décision 895/2006/CE du Parlement européen et du Conseil du 14 juin 2006 établissant un régime simplifié de contrôle des personnes aux frontières extérieures, fondé sur la reconnaissance unilatérale par la République tchèque, l'Estonie, Chypre, la Lettonie, la Lituanie, la Hongrie, Malte, la Pologne, la Slovaquie et la Slovaquie de certains documents comme équivalant à leurs visas nationaux aux fins de transit par leur territoire <i>Référence:</i> JO L 167 du 20.6.2006, p. 1 <i>Procédure:</i> Pas de reprise L'UE a procédé à cette <i>notification par erreur</i>; notification retirée le 4 juillet 2007
19	Décision 896/2006/CE du Parlement européen et du Conseil du 14 juin 2006 établissant un régime simplifié de contrôle des personnes aux frontières extérieures, fondé sur la reconnaissance unilatérale par les Etats membres de certains titres de séjour délivrés par la Suisse et le Liechtenstein aux fins de transit par leur territoire <i>Référence:</i> JO L 167 du 20.6.2006, p. 8 <i>Procédure:</i> Modèle 1 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: simplement pris acte) Note diplomatique du 28 mars 2008 <i>Modifiée par:</i> Décision 586/2008/CE [dév. n° 61] <i>Obsolète</i> depuis l'entrée en vigueur de l'acquis de Schengen, le 12 décembre 2008
20	Décision 2006/631/JAI du Conseil du 24 juillet 2006 fixant la date d'application de certaines dispositions de la décision 2005/211/JAI concernant l'attribution de certaines fonctions nouvelles au système d'information Schengen, y compris dans le cadre de la lutte contre le terrorisme

	<i>Référence:</i> JO L 256 du 20.9.2006, p. 18 <i>Procédure:</i> Modèle 1 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: simplement pris acte) Note diplomatique du 28 mars 2008
	<i>Abrogée par:</i> Décision 2007/533/JAI [dév. n° 42]
21	Décision 2006/560/JAI du Conseil du 24 juillet 2006 modifiant la décision 2003/170/JAI relative à l'utilisation commune des officiers de liaison détachés par les autorités répressives des Etats membres
	<i>Référence:</i> JO L 219 du 10.8.2006, p. 31 <i>Procédure:</i> Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 28 mars 2008 (RS 0.362.380.011), en vigueur depuis le 28 mars 2008
22	Décision 2006/684/CE du Conseil du 5 octobre 2006 modifiant l'annexe 2, inventaire A, des instructions consulaires communes en ce qui concerne l'obligation de visa pour les titulaires de passeports diplomatiques et de passeports de service indonésiens
	<i>Référence:</i> JO L 280 du 12.10.2006, p. 29 <i>Procédure:</i> Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 28 mars 2008 (RS 0.362.380.003), en vigueur depuis le 28 mars 2008 Est devenu <i>obsolète</i> avec l'entrée en vigueur du code des visas [dév. n° 88]
23	Recommandation C(2006) 5186 final de la Commission du 6 novembre 2006 établissant un « Manuel pratique à l'intention des gardes-frontières (Manuel Schengen) » commun à utiliser par les autorités compétentes des Etats membres lors du contrôle des personnes aux frontières
	<i>Référence:</i> non publiée au JO <i>Procédure:</i> Modèle 1 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: simplement pris acte) Note diplomatique du 28 mars 2008
	<i>Modifiée par:</i> Recommandation C(2008) 2976 final [dév. n° 59]; Recommandation C(2010) 5559 final [dév. n° 112;] Recommandation C(2011) 3918 final [dév. n° 118] et Recommandation C(2012) 9330 final [dév. n° 138].
24	Règlement (CE) n° 1931/2006 du Parlement européen et du Conseil du 20 décembre 2006 fixant des règles relatives au petit trafic frontalier aux frontières terrestres extérieures des Etats membres et modifiant les dispositions de la convention de Schengen
	<i>Référence:</i> JO L 405 du 30.12.2006, p. 1; rectifié au JO L 29 du 3.2.2007, p. 3 <i>Procédure:</i> Modèle 1 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: simplement pris acte) Note diplomatique du 28 mars 2008

25	Règlement (CE) n° 1932/2006 du Conseil du 21 décembre 2006 modifiant le règlement (CE) n° 539/2001 fixant la liste des pays tiers dont les ressortissants sont soumis à l'obligation de visa pour franchir les frontières extérieures des Etats membres et la liste de ceux dont les ressortissants sont exemptés de cette obligation
Référence:	JO L 405 du 30.12.2006, p. 23; rectifié au JO L 29 du 3.2.2007, p. 10
Procédure:	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 28 mars 2008 (RS 0.362.380.004), en vigueur depuis le 28 mars 2008
26	Décision 2006/752/CE de la Commission du 3 novembre 2006 établissant les sites pour le système d'information sur les visas pendant la phase de développement
Référence:	JO L 305 du 4.11.2006, p. 13
Procédure:	Modèle 1 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: simplement pris acte) Note diplomatique du 28 mars 2008 <i>Obsolète</i> depuis la mise en service du VIS [dév. n° 63], le 11 octobre 2011.
27	Décision 2006/648/CE de la Commission du 22 septembre 2006 établissant les spécifications techniques des normes relatives aux identificateurs biométriques pour le système d'information sur les visas
Référence:	JO L 267 du 27.9.2006, p. 41
Procédure:	Modèle 1 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: simplement pris acte) Note diplomatique du 28 mars 2008
28	Règlement (CE) n° 1987/2006 du Parlement européen et du Conseil du 20 décembre 2006 sur l'établissement, le fonctionnement et l'utilisation du système d'information Schengen de deuxième génération (SIS II)
Référence:	JO L 381 du 28.12.2006, p. 4
Procédure:	Modèle 3 (art. 7, par. 2, let. b, AAS: adoption sous réserve de l'approbation par l'Assemblée fédérale) Echange de notes du 28 mars 2008 (RS 0.362.380.008), en vigueur depuis le 17 octobre 2008 (applicable depuis le 9 avril 2013)
29	Décision 2006/1007/JAI du Conseil du 21 décembre 2006 modifiant la décision 2001/886/JAI relative au développement du système d'information de Schengen de deuxième génération (SIS II)
Référence:	JO L 411 du 30.12.2006, p. 78; rectifiée au JO L 27 du 2.2.2007, p. 43
Procédure:	Modèle 1 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: simplement pris acte) Note diplomatique du 28 mars 2008 Est devenue <i>obsolète</i> avec la mise en fonction du SIS II
30	Règlement (CE) n° 1988/2006 du Conseil du 21 décembre 2006 modifiant le règlement (CE) n° 2424/2001 relatif au développement du système d'information de Schengen de deuxième génération (SIS II)
Référence:	JO L 411 du 30.12.2006, p. 1; rectifié au JO L 27 du 2.2.2007, p. 3
Procédure:	Modèle 1 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: simplement pris acte) Note diplomatique du 28 mars 2008 Est devenue <i>obsolète</i> avec la mise en fonction du SIS II

31	Règlement (CE) n° 1986/2006 du Parlement européen et du Conseil du 20 décembre 2006 sur l'accès des services des Etats membres chargés de l'immatriculation des véhicules au système d'information Schengen de deuxième génération (SIS II)
<i>Référence:</i>	JO L 381 du 28.12.2006, p. 1
<i>Procédure:</i>	Modèle 3 (art. 7, par. 2, let. b, AAS: adoption sous réserve de l'approbation par l'Assemblée fédérale) Echange de notes du 28 mars 2008 (RS 0.362.380.009), en vigueur depuis le 17 octobre 2008 (applicable depuis le 9 avril 2013)
32	Décision C(2005) 5159 final de la Commission du 15 décembre 2005 fixant les règles de mise en œuvre de la décision 2005/267/CE du Conseil établissant un réseau d'information et de coordination sécurisée connecté à l'internet pour les services des Etats membres chargés de la gestion des flux migratoires
<i>Référence:</i>	non publiée au JO
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 28 mars 2008 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 28 mars 2008
33	Décision 2005/687/CE de la Commission du 29 septembre 2005 relative au format uniforme des rapports sur les activités des réseaux d'officiers de liaison « Immigration » ainsi que sur la situation dans le pays hôte en matière d'immigration illégale
<i>Référence:</i>	JO L 264 du 8.10.2005, p. 8
<i>Procédure:</i>	Modèle 1 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: simplement pris acte) Note diplomatique du 28 mars 2008
34	Décision 2007/170/CE de la Commission du 16 mars 2007 établissant les caractéristiques du réseau du système d'information Schengen II (1 ^{er} pilier)
<i>Référence:</i>	JO L 79 du 20.3.2007, p. 20
<i>Procédure:</i>	Modèle 1 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: simplement pris acte) Note diplomatique du 28 mars 2008
35	Décision-cadre 2006/960/JAI du Conseil du 18 décembre 2006 relative à la simplification de l'échange d'informations et de renseignements entre les services répressifs des Etats membres de l'UE [Initiative suédoise]
<i>Référence:</i>	JO L 386 du 29.12.2006, p. 89; rectifiée au JO L 75 du 15.3.2007, p. 26
<i>Procédure:</i>	Modèle 3 (art. 7, par. 2, let. b, AAS: adoption sous réserve de l'approbation par l'Assemblée fédérale) Echange de notes du 28 mars 2008 (RS 0.362.380.024), en vigueur depuis le 21 octobre 2009

36	Décision n° 574/2007/CE du Parlement européen et du Conseil du 23 mai 2007 portant création du Fonds pour les frontières extérieures pour la période 2007-2013 dans le cadre du programme général « Solidarité et gestion des flux migratoires »
<i>Référence:</i>	JO L 144 du 6.6.2007, p. 22
<i>Procédure:</i>	Modèle 3 (art. 7, par. 2, let. b, AAS: adoption sous réserve de l'approbation par l'Assemblée fédérale) Echange de notes du 28 mars 2008 (RS 0.362.380.037), appliqué provisoirement à partir du 20 mars 2010; en vigueur depuis le 9 février 2011
<i>Modifiée par:</i>	Décision n° 259/2013/UE [dév. n° 143];
<i>Mise en œuvre par:</i>	Décision 2007/599/CE [dév. n° 43]; Décision 2008/456/CE [dév. n° 57], <i>modifiée</i> par la décision 2009/538/CE [dév. n° 87], la décision 2010/69/UE [dév. n° 103] et la décision 148/2011/UE [dév. n° 115]; Décision C(2010) 2378 final [dév. n° 106]; Décision C(2011) 1582 final [dév. n° 116]; Décision C(2012) 9883 final [dév. n° 129]; Décision C(2012) 9771 final [dév. n° 130]; Décision C(2013) 220 final [dév. n° 140].
<i>Acc. complémentaire:</i> Accord complémentaire du 19 mars 2010 (RS 0.362.312), appliqué provisoirement à partir du 20 mars 2010; en vigueur depuis le 1 ^{er} avril 2011.	
37	Règlement (CE) n° 863/2007 du Parlement européen et du Conseil du 11 juillet 2007 instituant un mécanisme de création d'équipes d'intervention rapide aux frontières et modifiant le règlement (CE) n° 2007/2004 du Conseil pour ce qui a trait à ce mécanisme et définissant les tâches et compétences des agents invités [règlement RABIT]
<i>Référence:</i>	JO L 199 du 31.7.2007, p. 30
<i>Procédure:</i>	Modèle 3 (art. 7, par. 2, let. b, AAS: adoption sous réserve de l'approbation par l'Assemblée fédérale) Echange de notes du 28 mars 2008 (RS 0.362.380.019), en vigueur depuis le 30 janvier 2009
38	Décision 2007/473/CE du Conseil du 25 juin 2007 concernant la déclassification de certaines parties du manuel SIRENE adopté par le comité exécutif institué par la convention d'application de l'accord de Schengen du 14 juin 1985
<i>Référence:</i>	JO L 179 du 7.7.2007, p. 52
<i>Procédure:</i>	Modèle 1 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: simplement pris acte) Note diplomatique du 28 mars 2008 Est devenue <i>obsolète</i> avec la mise en fonction du SIS II
39	Décision 2007/472/CE du Conseil du 25 juin 2007 modifiant la décision du comité exécutif institué par la convention de Schengen de 1990, modifiant le règlement financier relatif aux coûts d'installation et d'utilisation de la fonction de support technique du Système d'information de Schengen (C.SIS)
<i>Référence:</i>	JO L 179 du 7.7.2007, p. 50
<i>Procédure:</i>	Modèle 1 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: simplement pris acte) Note diplomatique du 28 mars 2008

40	Décision 2007/471/CE du Conseil du 12 juin 2007 sur l'application à la République tchèque, à la République d'Estonie, à la République de Lettonie, à la République de Lituanie, à la République de Hongrie, à la République de Malte, à la République de Pologne, à la République de Slovénie et à la République slovaque des dispositions de l'acquis de Schengen relatives au système d'information Schengen
	<i>Référence:</i> JO L 179 du 7.7.2007, p. 46
	<i>Procédure:</i> Modèle 1 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: simplement pris acte) Note diplomatique du 28 mars 2008
41	Budget d'installation et de fonctionnement du C.SIS pour 2007
	<i>Référence:</i> non publié au JO
	<i>Procédure:</i> Modèle 1 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: simplement pris acte) Note diplomatique du 28 mars 2008
42	Décision 2007/533/JAI du Conseil du 12 juin 2007 sur l'établissement, le fonctionnement et l'utilisation du système d'information Schengen de deuxième génération (SIS II)
	<i>Référence:</i> JO L 205 du 7.8.2007, p. 63
	<i>Procédure:</i> Modèle 3 (art. 7, par. 2, let. b, AAS: adoption sous réserve de l'approbation par l'Assemblée fédérale) Echange de notes du 28 mars 2008 (RS 0.362.380.007), en vigueur depuis le 17 octobre 2008 (applicable depuis le 9 avril 2013)
43	Décision 2007/599/CE de la Commission du 27 août 2007 mettant en œuvre la décision 574/2007 du Parlement européen et du Conseil relative à l'adoption d'orientations stratégiques pour la période 2007-2013
	<i>Référence:</i> JO L 233 du 5.9.2007, p. 3
	<i>Procédure:</i> Modèle 3 (art. 7, par. 2, let. b, AAS: adoption sous réserve de l'approbation par l'Assemblée fédérale) Echange de notes du 28 mars 2008 (RS 0.362.380.033), application provisoire à partir du 20 mars 2010, en vigueur depuis le 2 février 2011
44	Décision C(2007)6436 final de la Commission du 20 décembre 2007 portant modification du Manuel SIRENE
	<i>Référence:</i> non publiée au JO
	<i>Procédure:</i> Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 28 mars 2008 (pas publié dans le RO), en vigueur depuis le 28 mars 2008 Est devenue <i>obsolète</i> avec la mise en place du SIS II
45	Décision 2007/866/CE du Conseil du 6 décembre 2007 modifiant la partie 1 du cahier des charges du réseau de consultation Schengen
	<i>Référence:</i> JO L 340 du 22.12.2007, p. 92
	<i>Procédure:</i> Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 28 mars 2008 (pas publié dans le RO), en vigueur depuis le 28 mars 2008 Deviendra <i>obsolète</i> lorsque le déploiement du VIS sera achevé
46	Décision 2007/519/CE du Conseil du 16 juillet 2007 modifiant la partie 2 du réseau de consultation Schengen

	<i>Référence:</i> JO L 192 du 24.7.2007, p. 26 <i>Procédure:</i> Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 28 mars 2008 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 28 mars 2008 <i>Deviendra obsolète</i> lorsque le déploiement du VIS sera achevé
47	Décision 2006/757/CE de la Commission du 22 septembre 2006 portant modification du manuel SIRENE <i>Référence:</i> JO L 317 du 16.11.2006, p. 1 <i>Procédure:</i> Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 28 mars 2008 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 28 mars 2008 Est devenue <i>obsolète</i> avec la mise en place du SIS II
48	Décision 2006/758/CE de la Commission du 22 septembre 2006 portant modification du manuel SIRENE <i>Référence:</i> JO L 317 du 16.11.2006, p. 41 <i>Procédure:</i> Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 28 mars 2008 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 28 mars 2008 Est devenue <i>obsolète</i> avec la mise en place du SIS II
49	Décision 2007/801/CE du Conseil du 6 décembre 2007 sur l'application de la totalité des dispositions de l'acquis de Schengen à la République tchèque, à la République d'Estonie, à la République de Lettonie, à la République de Lituanie, à la République de Hongrie, à la République de Malte, à la République de Pologne, à la République de Slovaquie et à la République slovaque <i>Référence:</i> JO L 323 du 8.12.2007, p. 34 <i>Procédure:</i> Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 28 mars 2008 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 28 mars 2008
50	Décision 2008/333/CE de la Commission du 4 mars 2008 portant adoption du manuel SIRENE et d'autres mesures d'application pour le système d'information Schengen de deuxième génération (SIS II) <i>Référence:</i> JO L 123 du 8.5.2008, p. 1 <i>Procédure:</i> Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 4 avril 2008 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 4 avril 2008 (pas encore applicable) <i>Abrogée par:</i> Décision d'exécution 2013/115/UE [dév. n° 141]
51	Règlement (CE) n° 380/2008 du Conseil du 18 avril 2008 modifiant le règlement (CE) n° 1030/2002 établissant un modèle uniforme de titre de séjour pour les ressortissants de pays tiers <i>Référence:</i> JO L 115 du 29.4.2008, p. 1 <i>Procédure:</i> Modèle 3 (art. 7, par. 2, let. b, AAS: adoption sous réserve de l'approbation par l'Assemblée fédérale) Echange de notes du 30 juin 2008 (RS 0.362.380.043), en vigueur depuis le 13 octobre 2010

52	Décision 2008/374/CE du Conseil du 29 avril 2008 modifiant l'annexe 3, partie I, des instructions consulaires communes relative aux ressortissants de pays tiers soumis à l'obligation de visa de transit aéroportuaire
Référence:	JO L 129 du 17.5.2008, p. 46
Procédure:	Modèle 1 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: simplement pris acte) Note diplomatique du 30 juin 2008
	Est devenue <i>obsolète</i> avec l'entrée en vigueur du code des visa [dév. n° 88]
53	Décision 2008/328/CE du Conseil du 18 avril 2008 modifiant la décision du comité exécutif institué par la convention de Schengen de 1990, modifiant le règlement financier relatif aux coûts d'installation et d'utilisation de la fonction de support technique du Système d'information de Schengen (C.SIS)
Référence:	JO L 113 du 25.4.2008, p. 21
Procédure:	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 30 juin 2008 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 30 juin 2008
54	Règlement (CE) n° 189/2008 du Conseil du 18 février 2008 relatif aux essais du système d'information Schengen de deuxième génération (SIS II)
Référence:	JO L 57 du 1.3.2008, p. 1
Procédure:	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 30 juin 2008 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 30 juin 2008
	Devenu <i>obsolète</i> avec la mise en place du SIS II
55	Décision 2008/173/CE du Conseil du 18 février 2008 relative aux essais du système d'information Schengen de deuxième génération (SIS II)
Référence:	JO L 57 du 1.3.2008, p. 14; rectifiée au JO L 24 du 28.1.2009, p. 34
Procédure:	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 30 juin 2008 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 30 juin 2008
	Devenu <i>obsolète</i> avec la mise en place du SIS II
56	Directive 2008/51/CE du Parlement européen et du Conseil du 21 mai 2008 modifiant la directive 91/477/CEE du Conseil relative au contrôle de l'acquisition et de la détention d'armes
Référence:	JO L 179 du 8.7.2008, p. 5
Procédure:	Modèle 3 (art. 7, par. 2, let. b, AAS: adoption sous réserve de l'approbation par l'Assemblée fédérale) Echange de notes du 30 juin 2008 (RS 0.362.380.032), en vigueur depuis le 8 avril 2010

57	Décision 2008/456/CE de la Commission du 5 mars 2008 fixant les modalités de mise en œuvre de la décision n° 574/2007/CE du Parlement européen et du Conseil portant création du Fonds pour les frontières extérieures pour la période 2007-2013 dans le cadre du programme général « Solidarité et gestion des flux migratoires » en ce qui concerne les systèmes de gestion et de contrôle des Etats membres, les règles de gestion administrative et financière et l'éligibilité des dépenses pour les projets cofinancés par le Fonds
	<i>Référence:</i> JO L 167 du 27.6.2008, p. 1 <i>Procédure:</i> Modèle 3 (art. 7, par. 2, let. b, AAS: adoption sous réserve de l'approbation par l'Assemblée fédérale) Echange de notes du 8 juillet 2008 (RS 0.362.380.034); appliqué provisoirement à partir du 20 mars 2010; en vigueur depuis le 9 février 2011
	<i>Modifiée par:</i> Décision 2009/538/CE [dév. n° 87]; Décision 2010/69/UE [dév. 103]; Décision 148/2011/UE [dév. n° 115].
58	Décision 2008/602/CE de la Commission du 17 juin 2008 définissant l'architecture physique ainsi que les caractéristiques des interfaces nationales et de l'infrastructure de communication entre le système central d'information sur les visas et les interfaces nationales pour la phase de développement
	<i>Référence:</i> JO L 194 du 23.7.2008, p. 3 <i>Procédure:</i> Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 8 juillet 2008 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 8 juillet 2008 <i>Obsolète</i> depuis la mise en service du VIS (dév. n° 63) le 11 octobre 2011. Devenu <i>obsolète</i> avec la mise en place du VIS [dév. n° 63] le 11 octobre 2011
59	Recommandation C(2008) 2976 final de la Commission du 25/VI/2008 modifiant la recommandation établissant un « Manuel pratique à l'intention des garde-frontières (manuel Schengen) » commun à utiliser par les autorités compétentes des Etats membres lors du contrôle des personnes aux frontières (C(2006) 5186 final)
	<i>Référence:</i> non publiée au JO <i>Procédure:</i> Modèle 1 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: simplement pris acte) Note diplomatique du 24 juillet 2008
60	Décision 582/2008/CE du Parlement européen et du Conseil du 17 juin 2008 établissant un régime simplifié de contrôle des personnes aux frontières extérieures, fondé sur la reconnaissance unilatérale par la Bulgarie, Chypre et la Roumanie de certains documents comme équivalents à leurs visas nationaux aux fins de transit par leur territoire
	<i>Référence:</i> JO L 161 du 20.6.2008, p. 30 <i>Procédure:</i> Pas de reprise <i>Notification par erreur</i> de l'UE: notification retirée
61	Décision 586/2008/CE du Parlement européen et du Conseil du 17 juin 2008 modifiant la décision 896/2006/CE établissant un régime simplifié de contrôle des personnes aux frontières extérieures, fondé sur la reconnaissance unilatérale par les Etats membres, aux fins de transit par leur territoire, de certains titres de séjour délivrés par la Suisse et le Liechtenstein
	<i>Référence:</i> JO L 162 du 21.6.2008, p. 27 <i>Procédure:</i> Modèle 1 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: simplement pris acte) Note diplomatique du 11 août 2008

62	Décision 2007/171/CE de la Commission du 16 mars 2007 établissant les caractéristiques du réseau du système d'information Schengen II (3 ^e pilier)
<i>Référence:</i>	JO L 79 du 20.3.2007, p. 29
<i>Procédure:</i>	Modèle 1 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: simplement pris acte) Note diplomatique du 21 août 2008
63	Règlement (CE) n° 767/2008 du Parlement européen et du Conseil du 9 juillet 2008 concernant le système d'information sur les visas (VIS) et l'échange de données entre les Etats membres sur les visas de court séjour – Règlement VIS
<i>Référence:</i>	JO L 218 du 13.8.2008, p. 60
<i>Procédure:</i>	Modèle 3 (art. 7, par. 2, let. b, AAS: adoption sous réserve de l'approbation par l'Assemblée fédérale) Echange de notes du 21 août 2008 (RS 0.362.380.030); en vigueur depuis le 8 avril 2010
<i>Modifié par:</i>	Règlement (CE) n° 810/2009 [dév. n° 88] et Règlement (UE) n° 610/2013 [dév. n° 144].
<i>Mis en œuvre par:</i>	Décision 2009/377/CE [dév. n° 82]; sera remplacée, lorsque le déploiement du VIS sera achevé, par la décision d'exécution C(2012) 1301 final [dév. n° 132] Décision 2010/49/UE [dév. n° 93]; Décision d'exécution C(2012) 1302 final [dév. n° 132], modifiée par d'exécution C(2013) 5573 final [dév. n° 146]; Décision d'exécution 2012/274/UE [dév. n° 133]; Décision d'exécution 2013/493/UE [dév. n° 149].
64	Règlement (CE) n° 856/2008 du Conseil du 24 juillet 2008 modifiant le règlement (CE) n° 1683/95 établissant un modèle type de visa en ce qui concerne la numérotation des visas
<i>Référence:</i>	JO L 235 du 2.9.2008, p. 1
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 21 août 2008 (RS 0.362.380.012), en vigueur depuis le 21 août 2008
65	Décision 2008/319/CE du Conseil du 14 avril 2008 modifiant la décision 2000/265/CE établissant un règlement financier régissant les aspects budgétaires de la gestion par le secrétaire général adjoint du Conseil des contrats conclus par celui-ci, en tant que représentant de certains Etats membres, concernant l'installation et le fonctionnement de l'infrastructure de communication pour l'environnement Schengen, dénommée Sisnet
<i>Référence:</i>	JO L 109 du 19.4.2008, p. 30
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 21 août 2008 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 21 août 2008
66	Décision 2008/334/JAI de la Commission du 4 mars 2008 portant adoption du manuel SIRENE et d'autres mesures d'application pour le système d'information Schengen de deuxième génération (SIS II)
<i>Référence:</i>	JO L 123 du 8.5.2008, p. 39
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 15 octobre 2008 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 15 octobre 2008
<i>Abrogée par:</i>	Décision d'exécution 2013/115/UE [dév. n° 141]

67	Décision 2008/670/JAI du Conseil du 24 juillet 2008 modifiant la décision 2000/265/CE établissant un règlement financier régissant les aspects budgétaires de la gestion par le secrétaire général adjoint du Conseil des contrats conclus par celui-ci, en tant que représentant de certains États membres, concernant l'installation et le fonctionnement de l'infrastructure de communication pour l'environnement Schengen, dénommée « Sisnet »
<i>Référence:</i>	JO L 220 du 15.8.2008, p. 19
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 17 octobre 2008 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 17 octobre 2008
68	Décision C(2008) 8657 final de la Commission du 22 décembre 2008 établissant une politique de certification conformément aux spécifications techniques afférentes aux normes pour les dispositifs de sécurité et les éléments biométriques intégrés dans les passeports et les documents de voyage délivrés par les Etats membres et actualisant les documents de références normatifs
<i>Référence:</i>	non publié au JO
<i>Procédure:</i>	Modèle 2+ (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral; entrée en vigueur lorsqu'il sera communiqué que toutes les exigences constitutionnelles relatives au dév. n° 2 sont accomplies) Echange de notes du 21 janvier 2009 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 26 octobre 2009
<i>Modifiée par:</i>	Décision C(2009) 7476 final [dév. n° 91] et Désision d'exécution C(2013) 6181 final [dév. n 147].
69	Règlement (CE) n° 296/2008 du Parlement européen et du Conseil du 11 mars 2008 modifiant le règlement (CE) n° 562/2006 établissant un code communautaire relatif au régime de franchissement des frontières par les personnes (code frontières Schengen), en ce qui concerne les compétences d'exécution conférées à la Commission
<i>Référence:</i>	JO L 97 du 9.4.2008, p. 60
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 24 octobre 2008 (RS 0.362.380.013), en vigueur depuis le 24 octobre 2008
70	Décision 2008/633/JAI du Conseil du 23 juin 2008 concernant l'accès en consultation au système d'information sur les visas (VIS) par les autorités des Etats membres compétentes en matière de sécurité intérieure et par l'Office européen de police (Europol) aux fins de la prévention et de la détection des infractions terroristes et des autres infractions pénales graves, ainsi qu'aux fins des enquêtes en la matière
<i>Référence:</i>	JO L 218 du 13.8.2008, p. 129
<i>Procédure:</i>	Modèle 3 (art. 7, par. 2, let. b, AAS: adoption sous réserve de l'approbation par l'Assemblée fédérale) Echange de notes du 24 octobre 2008 (RS 0.362.380.031); en vigueur depuis le 8 avril 2010
71	Décision 2006/628/CE du Conseil du 24 juillet 2006 fixant la date d'application de l'article 1 ^{er} , paragraphes 4 et 5, du règlement (CE) n° 871/2004 concernant l'attribution de certaines fonctions nouvelles au système d'information Schengen, y compris dans le cadre de la lutte contre le terrorisme
<i>Référence:</i>	JO L 256 du 20.9.2006, p. 15
<i>Procédure:</i>	Modèle 1 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: simplement pris acte) Note diplomatique du 31 octobre 2008
<i>Abrogée par:</i>	Règlement (CE) n° 1987/2006 [dév. n° 28]

72	Décision 2008/859/CE du Conseil du 4 novembre 2008 modifiant l'annexe 3, partie I, des instructions consulaires communes relatives aux ressortissants de pays tiers soumis à l'obligation de visa de transit aéroportuaire
Référence:	JO L 303 du 14.11.2008, p. 11
Procédure:	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 19 décembre 2008 (RS 0.362.380.014), en vigueur depuis le 19 décembre 2008
	Devenue <i>obsolète</i> avec l'entrée en vigueur du code des visas [dév. n° 88]
73	Décision 2008/839/JAI du Conseil du 24 octobre 2008 relative à la migration du système d'information Schengen (SIS 1+) vers le système d'information Schengen de deuxième génération (SIS II)
Référence:	JO L 299 du 8.11.2008, p. 43
Procédure:	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 19 décembre 2008 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 19 décembre 2008
Modifiée par:	Règlement (UE) n° 542/2010 [dév. n° 110]
Abrogée par:	Règlement (UE) n° 2012/1272 [dév. n° 139a]
74	Règlement (CE) n° 1104/2008 du Conseil du 24 octobre 2008 relatif à la migration du système d'information Schengen (SIS 1+) vers le système d'information Schengen de deuxième génération (SIS II)
Référence:	JO L 299 du 8.11.2008, p. 1
Procédure:	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 19 décembre 2008 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 19 décembre 2008
Modifié par:	Règlement (UE) n° 541/2010 [dév. n° 109]
Abrogée par:	Règlement (UE) n° 2012/1273 [dév. n° 139b]
75	Décision 2008/905/CE du Conseil du 27 novembre 2008 modifiant l'annexe 13 des instructions consulaires communes relative au remplissage de la vignette-visa
Référence:	JO L 327 du 5.12.2008, p. 19
Procédure:	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 14 janvier 2009 (RS 0.362.380.015), en vigueur depuis le 14 janvier 2009
	Devenue <i>obsolète</i> avec l'entrée en vigueur du code des visas [dév. n° 88]
76	Décision 2008/910/CE du Conseil du 27 novembre 2008 modifiant les parties 1 et 2 du cahier des charges du réseau de consultation Schengen
Référence:	JO L 328 du 6.12.2008, p. 38
Procédure:	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 14 janvier 2009 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 14 janvier 2009
	Devient <i>obsolète</i> lorsque le déploiement du VIS sera achevé

77	Décision-cadre 2008/977/JAI du Conseil du 27 novembre 2008 relative à la protection des données à caractère personnel traitées dans le cadre de la coopération policière et judiciaire en matière pénale
<i>Référence:</i>	JO L 350 du 30.12.2008, p. 60
<i>Procédure:</i>	Modèle 3 (art. 7, par. 2, let. b, AAS: adoption sous réserve de l'approbation par l'Assemblée fédérale) Echange de notes du 14 janvier 2009 (RS 0.362.380.041); en vigueur depuis le 22 juillet 2010
78	Directive 2008/115/CE du Parlement européen et du Conseil du 16 décembre 2008 relative aux normes et procédures communes applicables dans les États membres au retour des ressortissants de pays tiers en séjour irrégulier
<i>Référence:</i>	JO L 348 du 24.12.2008, p. 98
<i>Procédure:</i>	Modèle 3 (art. 7, par. 2, let. b, AAS: adoption sous réserve de l'approbation par l'Assemblée fédérale) Echange de notes du 30 janvier 2009 (RS 0.362.380.042); en vigueur depuis le 13 octobre 2010
79	Décision 2008/972/CE du Conseil du 18 décembre 2008 modifiant l'annexe 13 des instructions consulaires communes relative au remplissage de la vignette visa
<i>Référence:</i>	JO L 345 du 23.12.2008, p. 88
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 19 janvier 2009 (RS 0.362.380.016), en vigueur depuis le 18 février 2009 Devenue <i>obsolète</i> avec l'entrée en vigueur du code des visas [dév. n° 88]
80	Règlement (CE) n° 81/2009 du Parlement européen et du Conseil du 14 janvier 2009 modifiant le règlement (CE) n° 562/2006 en ce qui concerne l'utilisation du système d'information sur les visas (VIS) dans le cadre du code frontières Schengen
<i>Référence:</i>	JO L 35 du 4.2.2009, p. 56
<i>Procédure:</i>	Modèle 2+ (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral; entrée en vigueur lorsqu'il sera communiqué que toutes les exigences constitutionnelles relatives au dév. n° 63 sont accomplies) Echange de notes du 18 février 2009 (RS 0.362.380.036), en vigueur depuis le 8 avril 2010
81	Décision 2009/171/CE du Conseil du 10 février 2009 modifiant l'annexe 2, inventaire A, des instructions consulaires communes adressées aux représentations diplomatiques et consulaires de carrière, en ce qui concerne l'obligation de visa des titulaires de passeports diplomatiques et passeports de service indonésiens
<i>Référence:</i>	JO L 61 du 5.3.2009, p. 17
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 17 mars 2009 (RS 0.362.380.017), en vigueur depuis le 17 mars 2009 Devenue <i>obsolète</i> avec l'entrée en vigueur du code des visas [dév. n° 88]

82	Décision 2009/377/CE de la Commission du 5 mai 2009 portant adoption de mesures de mise en œuvre aux fins du mécanisme de consultation et des autres procédures visés à l'article 16 du règlement (CE) n° 767/2008 du Parlement européen et du Conseil concernant le système d'information sur les visas (VIS) et l'échange de données entre les États membres sur les visas de court séjour (règlement VIS)
<i>Référence:</i>	JO L 117 du 12.5.2009, p. 3
<i>Procédure:</i>	Modèle 2+ (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral; entrée en vigueur lorsqu'il sera communiqué que toutes les exigences constitutionnelles relatives au dév. n° 63 sont accomplies) Echange de notes du 4 juin 2009 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 8 avril 2010
<i>Abrogation:</i>	<i>Sera remplacée</i> par la décision d'exécution C(2012) 1301 final [dév. n° 132] lorsque le déploiement du VIS sera achevé
83	Décision C(2009) 3769 final de la Commission du 20 mai 2009 modifiant, en ce qui concerne la numérotation, la décision de la Commission C(96) 352 du 7 février 1996 établissant des spécifications techniques complémentaires pour le modèle type de visa
<i>Référence:</i>	non publiée au JO
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 24 juin 2009 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 24 juin 2009
84	Décision C(2009) 3770 final de la Commission du 20 mai 2009 modifiant les spécifications techniques du modèle uniforme de titre de séjour destiné aux ressortissants de pays tiers
<i>Référence:</i>	non publiée au JO; rectifiée par C(2009) 6293 final (non publiée au JO)
<i>Procédure:</i>	Modèle 2+ (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral; entrée en vigueur lorsqu'il sera communiqué que toutes les exigences constitutionnelles relatives au dév. n° 51 sont accomplies) Echange de notes du 24 juin 2009 (pas publié dans le RO), en vigueur depuis le 13 octobre 2010
85	Règlement (CE) n° 390/2009 du Parlement européen et du Conseil du 23 avril 2009 modifiant les instructions consulaires communes concernant les visas adressées aux représentations diplomatiques et consulaires de carrière, en liaison avec l'introduction d'identifiants biométriques et de dispositions relatives à l'organisation de la réception et du traitement des demandes de visa
<i>Référence:</i>	JO L 131 du 28.5.2009, p. 1
<i>Procédure:</i>	Modèle 2+ (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral; entrée en vigueur lorsqu'il sera communiqué que toutes les exigences constitutionnelles relatives au dév. n° 63 sont accomplies) Echange de notes du 7 juillet 2009 (pas publié dans le RO), en vigueur depuis le 8 avril 2010
<i>Abrogation:</i>	Article 2 abrogé par le règlement (CE) n° 810/2009 [dév. n° 88]
86	Règlement (CE) n° 444/2009 du Parlement européen et du Conseil du 28 mai 2009 modifiant le règlement (CE) n° 2252/2004 du Conseil établissant des normes pour les éléments de sécurité et les éléments biométriques intégrés dans les passeports et les documents de voyage délivrés par les États membres
<i>Référence:</i>	JO L 142 du 6.6.2009, p. 1; rectifié par JO L 188 du 18.7.2009, p. 127
<i>Procédure:</i>	Modèle 2+ (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral; entrée en vigueur lorsqu'il sera communiqué que toutes les exigences constitutionnelles relatives au dév. n° 2 sont accomplies) Echange de notes du 7 juillet 2009 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 26 octobre 2009

87	Décision 2009/538/CE de la Commission du 10 juillet 2009 modifiant la décision 2008/456/CE fixant les modalités de mise en œuvre de la décision n° 574/2007/CE du Parlement européen et du Conseil portant création du Fonds pour les frontières extérieures pour la période 2007-2013 dans le cadre du programme général « Solidarité et gestion des flux migratoires » en ce qui concerne les systèmes de gestion et de contrôle des États membres, les règles de gestion administrative et financière et l'éligibilité des dépenses pour les projets cofinancés par le Fonds
<i>Référence:</i>	JO L 180 du 11.7.2009, p. 20
<i>Procédure:</i>	Modèle 2+ (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral; entrée en vigueur lorsqu'il sera communiqué que toutes les exigences constitutionnelles relatives au dév. n° 36 sont accomplies) Echange de notes du 19 août 2009 (RS 0.362.380.035), en vigueur depuis le 20 mars 2010
88	Règlement (CE) n° 810/2009 du Parlement européen et du Conseil du 13 juillet 2009 établissant un code communautaire des visas (code des visas)
<i>Référence:</i>	JO L 243 du 15.9.2009, p. 1
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 23 septembre 2009 (RS 0.362.380.020), en vigueur depuis le 23 septembre 2009 (en application depuis le 5 avril 2010 et le 5 avril 2011)
<i>Modifié par:</i>	Règlement (UE) n° 154/2012 [dév. n° 134], Règlement (UE) n° 977/2011 [dév. n° 136] et Règlement (UE) n° 610/2013 [dév. n° 144]
<i>Mis en œuvre par:</i>	Décision C(2010) 1620 final [dév. n° 104], modifiée par la décision d'exécution C(2011) 5501 final [dév. n° 122]; Décision C(2010) 3667 final [dév. n° 108]; Décision d'exécution C(2011) 5500 final [dév. n° 121]; Décision d'exécution C(2011) 7192 final [dév. n° 125]; Décision d'exécution C(2012) 1152 final [dév. n° 131]; Décision d'exécution C(2012) 4726 final [dév. n° 135]; Décision d'exécution C(2012) 5310 final [dév. n° 137]; Décision d'exécution C(2013) 1725 final [dév. n° 142]; Décision d'exécution C(2013) 4914 final [dév. n° 145].
89	Décision 2009/720/CE de la Commission du 17 septembre 2009 fixant la date d'achèvement de la migration du système d'information Schengen (SIS 1+) vers le système d'information Schengen de deuxième génération (SIS II)
<i>Référence:</i>	JO L 257 du 30.9.2009, p. 26
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 21 octobre 2009 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 21 octobre 2009 Devenue <i>obsolète</i> avec la mise en place du SIS II
90	Décision 2009/724/JAI de la Commission du 17 septembre 2009 fixant la date d'achèvement de la migration du système d'information Schengen (SIS 1+) vers le système d'information Schengen de deuxième génération (SIS II)
<i>Référence:</i>	JO L 257 du 30.9.2009, p. 41
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 21 octobre 2009 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 21 octobre 2009 Devenue <i>obsolète</i> avec la mise en place du SIS II

91	Décision C(2009) 7476 final de la Commission du 5.10.2009 modifiant la décision C(2008) 8657 final de la Commission établissant une politique de certification conformément aux spécifications techniques afférentes aux normes pour les dispositifs de sécurité et les éléments biométriques intégrés dans les passeports et les documents de voyage délivrés par les Etats membres
<i>Référence:</i>	non publiée au JO
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 4 novembre 2009 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 4 novembre 2009
92	Décision 2009/756/CE de la Commission du 9 octobre 2009 établissant les spécifications en matière de résolution et d'utilisation des empreintes digitales à des fins de vérification et d'information biométriques dans le système d'information sur les visas
<i>Référence:</i>	JO L 270 du 15.10.2009, p. 14
<i>Procédure:</i>	Modèle 2+ (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral; entrée en vigueur lorsqu'il sera communiqué que toutes les exigences constitutionnelles relatives au dév. n° 63 sont accomplies) Echange de notes du 4 novembre 2009 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 8 avril 2010
93	Décision 2010/49/CE de la Commission du 30 novembre 2009 déterminant les premières régions pour le début des activités du système d'information sur les visas (VIS)
<i>Référence:</i>	JO L 23 du 27.1.2010, p. 62
<i>Procédure:</i>	Modèle 2+ (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral; entrée en vigueur lorsqu'il sera communiqué que toutes les exigences constitutionnelles relatives au dév. n° 63 sont accomplies) Echange de notes du 17 décembre 2009 (RS 0.362.380.038), en vigueur depuis le 8 avril 2010
94	Décision 2009/876/CE de la Commission du 30 novembre 2009 portant adoption de mesures techniques de mise en œuvre pour la saisie des données et la liaison des demandes, pour l'accès aux données, pour la modification, la suppression et la suppression anticipée des données, ainsi que pour l'établissement des relevés des opérations de traitement et l'accès à ceux-ci dans le système d'information sur les visas
<i>Référence:</i>	JO L 315 du 2.12.2009, p. 30
<i>Procédure:</i>	Modèle 2+ (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral; entrée en vigueur lorsqu'il sera communiqué que toutes les exigences constitutionnelles relatives au dév. n° 63 sont accomplies) Echange de notes du 17 décembre 2009 (RS 0.362.380.039), en vigueur depuis le 8 avril 2010
95	Règlement (CE) n° 1244/2009 du Conseil du 30 novembre 2009 modifiant le règlement (CE) n° 539/2001 fixant la liste des pays tiers dont les ressortissants sont soumis à l'obligation de visa pour franchir les frontières extérieures des Etats membres et la liste de ceux dont les ressortissants sont exemptés de cette obligation
<i>Référence:</i>	JO L 336 du 18.12.2009, p. 1
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 17 décembre 2009 (RS 0.362.380.025), en vigueur depuis le 17 décembre 2009

96	Décision 2009/914/CE du Conseil du 30 novembre 2009 modifiant la décision du comité exécutif institué par la convention de Schengen de 1990, modifiant le règlement financier relatif aux coûts d'installation et d'utilisation de la fonction de support technique du Système d'information Schengen (C.SIS)
<i>Référence:</i>	JO L 323 du 10.12.2009, p. 6
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 13 janvier 2010 (pas publié dans le RO), en vigueur depuis le 13 janvier 2010
97	Décision 2010/32/CE du Conseil du 30 novembre 2009 modifiant la décision du comité exécutif institué par la convention de Schengen de 1990, modifiant le règlement financier relatif aux coûts d'installation et d'utilisation de la fonction de support technique du Système d'information Schengen (C.SIS)
<i>Référence:</i>	JO L 14 du 20.1.2010, p. 9
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 13 janvier 2010 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 13 janvier 2010
98	Décision 2009/915/CE du Conseil du 30 novembre 2009 modifiant la décision 2000/265/CE du Conseil du 27 mars 2000 établissant un règlement financier régissant les aspects budgétaires de la gestion par le secrétaire général adjoint du Conseil des contrats conclus par celui-ci, en tant que représentant de certains États membres, concernant l'installation et le fonctionnement de l'infrastructure de communication pour l'environnement Schengen, dénommée «SISNET»
<i>Référence:</i>	JO L 323 du 10.12.2009, p. 9
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 13 janvier 2010 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 13 janvier 2010
99	Décision 2009/1024/UE du Conseil du 22 décembre 2009 modifiant le cahier des charges du réseau de consultation Schengen
<i>Référence:</i>	JO L 353 du 31.12.2009, p. 49
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 4 février 2010 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 4 février 2010 <i>Deviendra obsolète lorsque le déploiement du VIS sera achevé</i>
100	Décision 2009/1015/UE du Conseil du 22 décembre 2009 modifiant l'annexe 3, partie I, des instructions consulaires communes relative aux ressortissants de pays tiers soumis à l'obligation de visa de transit aéroportuaire
<i>Référence:</i>	JO L 348 du 29.12.2009, p. 51
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 18 février 2010 (RS 0.362.380.026), en vigueur depuis le 18 février 2010 <i>Devenue obsolète avec l'entrée en vigueur du code des visas [dév. n° 88]</i>

101	Décision C(2010) 319 final de la Commission du 27 janvier 2010 remplaçant la décision C(96) 352 de la Commission du 7 février 1996 établissant des spécifications techniques complémentaires pour le modèle type de visa
<i>Référence:</i>	non publiée au JO
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 26 février 2010 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 26 février 2010
102	Décision 2010/50/UE du Conseil du 25 janvier 2010 modifiant l'annexe 2, inventaire A, des instructions consulaires communes adressées aux représentations diplomatiques et consulaires de carrière, en ce qui concerne l'obligation de visa pour les titulaires de passeports diplomatiques émis par l'Arabie saoudite
<i>Référence:</i>	JO L 26 du 30.1.2010, p. 22
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 10 mars 2010 (RS 0.362.380.027), en vigueur depuis le 10 mars 2010 Devenue <i>obsolète</i> avec l'entrée en vigueur du code des visas [dév. n° 88]
103	Décision 2010/69/UE de la Commission du 8 février 2010 modifiant la décision 2008/456/CE fixant les modalités de mise en œuvre de la décision n° 574/2007/CE du Parlement européen et du Conseil portant création du Fonds pour les frontières extérieures pour la période 2007-2013 dans le cadre du programme général «Solidarité et gestion des flux migratoires» en ce qui concerne les systèmes de gestion et de contrôle des États membres, les règles de gestion administrative et financière et l'éligibilité des dépenses pour les projets cofinancés par le Fonds
<i>Référence:</i>	JO L 36 du 9.2.2010, p. 30
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 10 mars 2010 (RS 0.362.380.028), en vigueur depuis le 10 mars 2010
104	Décision C(2010)1620 final de la Commission du 19 mars 2010 établissant le Manuel relatif au traitement des demandes de visa et à la modification des visas délivrés
<i>Référence :</i>	non publiée au JO
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 15 avril 2010 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 15 avril 2010
<i>Modifiée par:</i>	Décision d'exécution C(2011) 5501 final [dév. n° 122]
105	Règlement (UE) n° 265/2010 du Parlement européen et du Conseil du 25 mars 2010 modifiant la convention d'application de l'accord de Schengen et le règlement (CE) n° 562/2006 en ce qui concerne la circulation des personnes titulaires d'un visa de long séjour
<i>Référence:</i>	JO L 85 du 31.3.2010, p. 1
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 31 mars 2010 (RS 0.362.380.029), en vigueur depuis le 31 mars 2010

106	Décision C(2010) 2378 final de la Commission du 19 avril 2010 fixant les montants alloués aux Etats membres pour l'exercice budgétaire 2010 en application de la décision n° 574/2007/CE du Parlement européen et du Conseil du 23 mai 2007 portant création du Fonds pour les frontières extérieures pour la période 2007-2013 dans le cadre du programme général « Solidarité et gestion des flux migratoires »
<i>Référence:</i>	non publiée au JO
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 19 mai 2010 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 19 mai 2010
107	Décision 2010/252/UE du Conseil du 26 avril 2010 visant à compléter le code frontières Schengen en ce qui concerne la surveillance des frontières extérieures maritimes dans le cadre de la coopération opérationnelle coordonnée par l'Agence européenne pour la gestion de la coopération opérationnelle aux frontières extérieures des Etats membres de l'Union européenne
<i>Référence:</i>	JO L 111 du 4.5.2010, p. 20
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 26 mai 2010 (RS 0.362.380.040), en vigueur depuis le 26 mai 2010
108	Décision C(2010) 3667 final de la Commission du 11 juin 2010 établissant le Manuel relatif à l'organisation des services des visas et à la coopération locale au titre de Schengen
<i>Référence:</i>	non publiée au JO
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 30 juin 2010 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 30 juin 2010
109	Règlement (UE) n° 541/2010 du Conseil du 3 juin 2010 modifiant le règlement (CE) n° 1104/2008 relatif à la migration du système d'information Schengen (SIS 1+) vers le système d'information Schengen de deuxième génération (SIS II)
<i>Référence:</i>	JO L 155 du 22.6.2010, p. 19
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 30 juin 2010 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 30 juin 2010
<i>Abrogé par:</i>	Règlement (UE) n° 2012/1273 [dév. n° 139b]
110	Règlement (UE) n° 542/2010 du Conseil du 3 juin 2010 modifiant la décision 2008/839/JAI relatif à la migration du système d'information Schengen (SIS 1+) vers le système d'information Schengen de deuxième génération (SIS II)
<i>Référence:</i>	JO L 155 du 22.6.2010, p. 23
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 30 juin 2010 (pas publié dans le RO), en vigueur depuis le 30 juin 2010
<i>Abrogé par:</i>	Règlement (UE) n° 2012/1272 [dév. n° 139a]

111	Décision 2010/365/UE du Conseil du 29 juin 2010 sur l'application à la République de Bulgarie et à la Roumanie des dispositions de l'acquis de Schengen relatives au système d'information Schengen
<i>Référence:</i>	JO L 166 du 1.7.2010, p.17
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 1 ^{er} septembre 2010 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 1 ^{er} septembre 2010
112	Recommandation C(2010) 5559 final de la Commission du 16 août 2010 modifiant la recommandation établissant un « Manuel pratique à l'intention des garde-frontières (manuel Schengen) » commun à utiliser par les autorités compétentes des Etats membres lors du contrôle des personnes aux frontières
<i>Référence:</i>	non publiée au JO
<i>Procédure:</i>	Modèle 1 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: simplement pris acte) Note diplomatique du 10 septembre 2010
113	Règlement (UE) n° 1091/2010 du Parlement européen et du Conseil du 24 novembre 2010 modifiant le règlement (CE) n° 539/2001 du Conseil du 15 mars 2001 fixant la liste des pays tiers dont les ressortissants sont soumis à l'obligation de visa pour franchir les frontières extérieures des Etats membres et la liste de ceux dont les ressortissants sont exemptés de cette obligation
<i>Référence:</i>	JO L 329 du 14.12.2010, p.1
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 15 décembre 2010 (RS 0.362.380.046), en vigueur depuis le 15 décembre 2010
114	Règlement (UE) n° 1211/2010 du Parlement européen et du Conseil du 15 décembre 2010 modifiant le règlement (CE) n° 539/2001 du Conseil du 15 mars 2001 fixant la liste des pays tiers dont les ressortissants sont soumis à l'obligation de visa pour franchir les frontières extérieures des Etats membres et la liste de ceux dont les ressortissants sont exemptés de cette obligation
<i>Référence:</i>	JO L 339 du 22.12.2010, p. 6
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 4 janvier 2011 (RS 0.362.380.047), en vigueur depuis le 4 janvier 2011
115	Décision 2011/148/UE de la Commission du 2 mars 2011 modifiant la décision 2008/456/CE fixant les modalités de mise en œuvre de la décision n° 574/2007/CE du Parlement européen et du Conseil portant création du Fonds pour les frontières extérieures pour la période 2007-2013 dans le cadre du programme général « Solidarité et gestion des flux migratoires » en ce qui concerne les systèmes de gestion et de contrôle des Etats membres, les règles de gestion administrative et financière et l'éligibilité des dépenses pour les projets cofinancés par le Fonds
<i>Référence:</i>	JO L 61 du 8.3.2011, p. 28
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 31 mars 2011 (RS 0.362.380.048), en vigueur depuis le 31 mars 2011
116	Décision C(2011) 1582 final de la Commission du 11 mars 2011 fixant les montants alloués aux Etats membres pour l'exercice budgétaire 2011 en application de la décision n° 574/2007/CE du Parlement européen et du Conseil du 23 mai 2007 portant création du Fonds pour les frontières extérieures pour la période 2007-2013 dans le cadre du programme général « Solidarité et gestion des flux migratoires »
<i>Référence:</i>	non publiée au JO
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 11 avril 2011 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 11 avril 2011

117	Règlement (UE) n° 493/2011 du Parlement européen et du Conseil du 5 avril 2011 modifiant le règlement (CE) n° 377/2004 du Conseil relatif à la création d'un réseau d'officiers de liaison « Immigration »
<i>Référence:</i>	JO L 141 du 27.5.2011, p. 13
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 16 mai 2011 (RS 0.362.380.049), en vigueur depuis le 16 mai 2011
118	Recommandation C(2011) 3918 final de la Commission du 20 juin 2011 établissant un « Manuel pratique à l'intention des gardes-frontières (manuel Schengen) » commun à utiliser par les autorités compétentes des Etats membres lors du contrôle des personnes aux frontières
<i>Référence:</i>	non publiée au JO
<i>Procédure:</i>	Modèle 1 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: simplement pris acte) Note diplomatique du 13 juillet 2011
119	Décision 2011/369/UE du Conseil du 9 juin 2011 modifiant le réseau de consultation Schengen (cahier des charges)
<i>Référence:</i>	JO L 166 du 25.6.2011, p. 22
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 8 juillet 2011 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 8 juillet 2011 <i>Deviendra obsolète</i> lorsque le déploiement du VIS sera achevé
120	Décision d'exécution 2011/406/UE de la Commission du 1 ^{er} juillet 2011 portant modification du manuel Sirene
<i>Référence:</i>	JO L 186 du 15.7.2011, p. 1
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 17 août 2011 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 17 août 2011 Devenue <i>obsolète</i> avec la mise en place du SIS II
121	Décision d'exécution C(2011) 5500 final de la Commission du 4 août 2011 établissant la liste des documents justificatifs devant être fournis par les demandeurs de visa en Chine (à Pékin, Canton, Chengdu, Shanghai et Wuhan), en Arabie saoudite, en Indonésie et au Viêt Nam (à Hanoï et à Hô Chi Minh-Ville)
<i>Référence:</i>	non publiée au JO
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 2 septembre 2011 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 2 septembre 2011
122	Décision d'exécution C(2011) 5501 final de la Commission du 4 août 2011 modifiant la décision de la Commission n° C(2010) 1620 final du 19 mars 2010 établissant le Manuel relatif au traitement des demandes de visa et à la modification des visas délivrés
<i>Référence:</i>	non publiée au JO
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 2 septembre 2011 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 2 septembre 2011

123	Décision C(2011) 5499 final de la Commission du 4 août 2011 modifiant la décision C(2006) 2909 final de la Commission établissant les spécifications techniques afférentes aux normes pour les dispositifs de sécurité et les éléments biométriques intégrés dans les passeports et les documents de voyage délivrés par les États membres
<i>Référence:</i>	non publiée au JO
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 2 septembre 2011 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 2 septembre 2011
124	Décision C(2011) 5478 final de la Commission du 4 août 2011 modifiant la décision C(2002) 3069 de la Commission établissant les spécifications techniques du modèle uniforme de titre de séjour destiné aux ressortissants de pays tiers
<i>Référence:</i>	non publiée au JO
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 2 septembre 2011 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 2 septembre 2011
125	Décision d'exécution C(2011) 7192 final de la Commission du 13 octobre 2011 établissant la liste des documents justificatifs devant être produits par les demandeurs de visa en Bosnie-Herzégovine, au Sri Lanka et en Turquie
<i>Référence:</i>	non publiée au JO
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 16 novembre 2011 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 16 novembre 2011
126	Règlement (UE) n° 1077/2011 du Parlement européen et du Conseil du 25 octobre 2011 portant création d'une agence européenne pour la gestion opérationnelle des systèmes d'information à grande échelle au sein de l'espace de liberté, de sécurité et de justice
<i>Référence:</i>	JO L 286 du 1.11.2011, p. 1
<i>Procédure:</i>	Modèle 3 (art. 7, par. 2, let. b, AAS: adoption sous réserve de l'approbation par l'Assemblée fédérale) Echange de notes du 24 novembre 2011 (FF 2012 5439; pas encore publié dans le RO), pas encore en vigueur
<i>modifié par:</i>	Règlement (UE) n° 603/2013 [dév. Dublin n° 1b - Annexe II: dév. Dublin].
<i>Acc. complémentaire:</i>	Les négociations relatives à l'accord complémentaire sont en cours depuis l'automne 2012 et devraient s'achever mi 2014. Si cet accord est soumis pour avis à la CJUE, comme la Commission l'a annoncé, la signature devrait se retarder.
127	Décision n° 1105/2011/UE du Parlement européen et du Conseil du 25 octobre 2011 relative à la liste des documents de voyage permettant à leur titulaire le franchissement des frontières extérieures et susceptibles d'être revêtus d'un visa, et relative à l'instauration d'un dispositif pour établir cette liste
<i>Référence:</i>	JO L 287 du 4.11.2011, p. 9
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 13 décembre 2011 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 13 décembre 2011
<i>Mis en œuvre par:</i>	Décision d'exécution C(2013) 4914 final [dév. n° 145].

128	Règlement (UE) n°1168/2011 du Parlement européen et du Conseil du 25 octobre 2011 modifiant le règlement (CE) n° 2007/2004 du Conseil portant création d'une Agence européenne pour la gestion de la coopération opérationnelle aux frontières extérieures des États membres de l'Union européenne
<i>Référence:</i>	JO L 304 du 22.11.2011, p. 1
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 13 décembre 2011 (RS 0.362.380.050), en vigueur depuis le 13 décembre 2011
129	Décision C(2011) 9883 final de la Commission du 20 décembre 2011 fixant les montants alloués aux États membres pour l'exercice budgétaire 2012 en application de la décision n° 574/2007/CE du Parlement européen et du Conseil du 23 mai 2007 portant création du Fonds pour les frontières extérieures pour la période 2007-2013 dans le cadre du programme général « Solidarité et gestion des flux migratoires »
<i>Référence:</i>	non publiée au JO
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 19 janvier 2012 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 19 janvier 2012
130	Décision C(2011) 9771 final de la Commission du 22 décembre 2011 portant approbation des orientations définissant les principes, les critères et les barèmes indicatifs à appliquer pour la détermination des corrections financières effectuées par la Commission en vertu de l'article 44 de la décision 2007/435/CE du Conseil du 25 juin 2007 portant création du Fonds européen d'intégration des ressortissants de pays tiers pour la période 2007-2013 dans le cadre du programme général « Solidarité et gestion des flux migratoires », de l'article 46 de la décision n° 573/2007/CE du Parlement européen et du Conseil du 23 mai 2007 portant création du Fonds européen pour les réfugiés pour la période 2008-2013 dans le cadre du programme général « Solidarité et gestion des flux migratoires », de l'article 48 de la décision n° 574/2007/CE du Parlement européen et du Conseil du 23 mai 2007 portant création du Fonds pour les frontières extérieures pour la période 2007-2013 dans le cadre du programme général « Solidarité et gestion des flux migratoires » et de l'article 46 de la décision n° 575/2007/CE du Parlement européen et du Conseil du 23 mai 2007 portant création du Fonds européen pour le retour pour la période 2008-2013 dans le cadre du programme général « Solidarité et gestion des flux migratoires »
<i>Référence:</i>	non publiée au JO
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 19 janvier 2012 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 19 janvier 2012
131	Décision d'exécution C(2012) 1152 final de la Commission du 27 février 2012 établissant la liste des documents justificatifs devant être fournis par les demandeurs de visa en Egypte (au Caire et à Alexandrie)
<i>Référence:</i>	n'est pas destinée à être publiée au JO
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 28 mars 2012 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 28 mars 2012
132	Décision d'exécution C(2012) 1301 final de la Commission du 29 février 2012 portant adoption des spécifications techniques du mécanisme de communication VIS Mail aux fins du règlement (CE) n° 767/2008 du Parlement européen et du Conseil concernant le système d'information sur les visas (VIS) et l'échange de données entre les États membres sur les visas de court séjour (règlement VIS)
<i>Référence:</i>	non publiée au JO
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 28 mars 2012 (non publié dans le RO), en vigueur depuis le 28 mars 2012
<i>Modifiée par:</i>	Décision d'exécution C(2013) 5573 final [dév. n° 146]

133	Décision d'exécution 2012/274/EU de la Commission du 24 avril 2012 déterminant la deuxième série de régions pour le début des activités du système d'information sur les visas (VIS) et l'échange de données entre les Etats membres sur les visas de court séjour (règlement VIS)
<i>Référence:</i>	JO L 134 du 24.5.2012, p. 20
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 24 mai 2012 (RS 0.362.380.051), en vigueur depuis le 24 mai 2012
134	Règlement (UE) n° 154/2012 du Parlement européen et du Conseil du 15 février 2012 modifiant le règlement (CE) n° 810/2009 établissant un code communautaire des visas (code des visas)
<i>Référence:</i>	JO L 58 du 29.2.2012, p. 3
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 16 juillet 2012 (RS 0.362.380.052); en vigueur depuis le 16 juillet 2012
135	Décision d'exécution C(2012) 4726 final de la Commission du 11 juillet 2012 établissant la liste des documents justificatifs devant être fournis par les demandeurs de visa au Royaume-Uni (à Édimbourg, à Londres et à Manchester)
<i>Référence:</i>	non publiée au JO
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 16 août 2012 (non publié dans le RO); en vigueur depuis le 16 août 2012
136	Règlement (UE) n° 977/2011 de la Commission du 3 octobre 2011 modifiant le règlement (CE) n° 810/2009 du Parlement européen et du Conseil établissant un code communautaire des visas (code des visas)
<i>Référence:</i>	JO L 258 du 4.10.2011, p. 9
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 16 août 2012 (RS 0.362.380.054); en vigueur depuis le 16 août 2012
137	Décision d'exécution C(2012) 5310 final de la Commission du 6 août 2012 établissant la liste des documents justificatifs devant être fournis par les demandeurs de visa au Chili, au Kazakhstan (Almaty et Astana), au Nicaragua et au Nigeria (Abuja et Lagos)
<i>Référence:</i>	non publiée au JO
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 6 septembre 2012 (non publié dans le RO); en vigueur depuis le 6 septembre 2012
138	Recommandation C(2012) 9330 final de la Commission du 14 décembre 2012 modifiant la recommandation établissant un « Manuel pratique à l'intention des garde-frontières (manuel Schengen) » commun à utiliser par les autorités compétentes des Etats membres lors du contrôle des personnes aux frontières (C(2006) 5186 final)
<i>Référence:</i>	non publiée au JO
<i>Procédure:</i>	Modèle 1 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: simplement pris acte) Note diplomatique du 10 janvier 2013

139a	Règlement (UE) n° 1272/2012 du Conseil du 20 décembre 2012 relatif à la migration du système d'information Schengen (SIS 1+) vers le système d'information Schengen de deuxième génération (SIS II) (refonte)
<i>Référence:</i>	JO L 359 du 29.12.2012, p. 21
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7 al. 2 let. a AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 20 février 2013 (non publié dans le RO); en vigueur depuis le 20 février 2013
139b	Règlement (UE) n° 1273/2012 du Conseil du 20 décembre 2012 relatif à la migration du système d'information Schengen (SIS 1+) vers le système d'information Schengen de deuxième génération (SIS II) (refonte)
<i>Référence:</i>	JO L 359 du 29.12.2012, p. 32
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7 al. 2 let. a AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 20 février 2013 (non publié dans le RO); en vigueur depuis le 20 février 2013
140	Décision C(2013) 220 final de la Commission du 25 janvier 2013 fixant les montants alloués aux Etats membres pour l'exercice budgétaire 2013 en application de la décision n° 574/2007/CE du Parlement européen et du Conseil du 23 mai 2007 portant création du Fonds pour les frontières extérieures pour la période 2007-2013 dans le cadre du programme général «Solidarité et gestion des flux migratoires»
<i>Référence:</i>	non publié au JO
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7 al. 2 let. a AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 22 février 2013 (non publié dans le RO); en vigueur depuis le 22 février 2013
141	Décision d'exécution 2013/115/UE de la Commission du 26 février 2013 relative au manuel SIRENE et d'autres mesures d'application pour le système d'information Schengen de deuxième génération (SIS II)
<i>Référence:</i>	JO L 71 du 14.3.2013, p. 1
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7 al. 2 let. a AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 28 mars 2013 (non publié dans le RO); en vigueur depuis le 28 mars 2013 (en application depuis le 9 avril 2013)
142	Décision d'exécution C(2013) 1725 final de la Commission du 26 mars 2013 établissant la liste des documents justificatifs devant être fournis par les demandeurs de visa en Jordanie, au Kosovo et aux Etats-Unis d'Amérique (Atlanta, Bedford, Boston, Chicago, Cleveland, Détroit, Houston, Los Angeles, Miami, Newark, New York, Philadelphie, San Francisco, San Juan, Tampa, Washington)
<i>Référence:</i>	non publiée au JO
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 26 avril 2013 (non publié dans le RO); en vigueur depuis le 26 avril 2013

143	Décision n° 259/2013/UE du Parlement européen et du Conseil du 13 mars 2013 modifiant la décision n° 574/2007/CE en vue d'augmenter le taux de cofinancement du Fonds pour les frontières extérieures pour certains États membres qui connaissent ou risquent de connaître de graves difficultés quant à leur stabilité financière
<i>Référence:</i>	JO L 82 du 22.3.2013, p. 6
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 20 juin 2013 (RS 0.362.380.055); en vigueur depuis le 20 juin 2013
144	Règlement (UE) n° 610/2013 du Parlement européen et du Conseil du 26 juin 2013 modifiant le règlement (CE) n° 562/2006 du Parlement européen et du Conseil établissant un code communautaire relatif au régime de franchissement des frontières par les personnes (code frontières Schengen), la convention d'application de l'accord de Schengen, les règlements (CE) n° 1683/95 et (CE) n° 539/2001 du Conseil et les règlements (CE) n° 767/2008 et (CE) n° 810/2009 du Parlement européen et du Conseil
<i>Référence:</i>	JO L 182 du 29.6.2013, p. 1
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 21 août 2013 (RS 0.362.380.056); en vigueur depuis le 21 août 2013
145	Décision d'exécution C(2013) 4914 final de la Commission du 2 août 2013 établissant la liste des documents de voyage permettant le franchissement des frontières extérieures et susceptibles d'être revêtus d'un visa
<i>Référence:</i>	non publiée au JO
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 5 septembre 2013 (non publié au RO); en vigueur depuis le 5 septembre 2013
146	Décision d'exécution C(2013) 5573 final de la Commission du 6 septembre 2013 modifiant l'annexe de la décision d'exécution de la Commission portant adoption des spécifications techniques du mécanisme de communication VIS Mail aux fins du règlement (CE) n° 767/2008 du Parlement européen et du Conseil concernant le système d'information sur les visas (VIS) et l'échange de données entre les États membres sur les visas de court séjour (règlement VIS)
<i>Référence:</i>	non publiée au JO
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 9 octobre 2013 (non publiée au RO); en vigueur depuis le 9 octobre 2013
147	Décision d'exécution C(2013) 6181 final de la Commission du 30 septembre 2013 modifiant la décision C(2006) 2909 final de la Commission établissant les spécifications techniques afférentes aux normes pour les dispositifs de sécurité et les éléments biométriques intégrés dans les passeports et les documents de voyage délivrés par les États membres, et la décision C(2008) 8657 de la Commission établissant une politique de certification conformément aux spécifications techniques afférentes aux normes pour les dispositifs de sécurité et les éléments biométriques intégrés dans les passeports et les documents de voyage délivrés par les États membres et actualisant les documents de références normatifs
<i>Référence:</i>	non publiée au JO
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 31 octobre 2013 (non publiée au RO); en vigueur depuis le 31 octobre 2013

148	Décision d'exécution C(2013) 6178 final de la Commission du 30 septembre 2013 modifiant la décision C(2002) 3069 de la Commission établissant les spécifications techniques du modèle uniforme de titre de séjour destiné aux ressortissants de pays tiers
<i>Référence:</i>	non publiée au JO
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 31 octobre 2013 (non publiée au RO); en vigueur depuis le 31 octobre 2013
149	Décision d'exécution 2013/493/UE de la Commission du 30 Septembre 2013 déterminant la troisième et dernière série de régions pour le début des activités du système d'information sur les visas (VIS) et l'échange de données entre les Etats membres sur les visas de court séjour (règlement VIS)
<i>Référence:</i>	JO L 268 du 10.10.2013, p. 13
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 31 octobre 2013 (RS 0.362.380.057); en vigueur depuis le 31 octobre 2013
150	Règlement (CE) n° 1053/2013 du Conseil du 7 octobre 2013 portant création d'un mécanisme d'évaluation et de contrôle destiné à vérifier l'application de l'acquis de Schengen et abrogeant la décision du comité exécutif du 16 septembre 1998 concernant la création d'une commission permanente d'évaluation et d'application de Schengen
<i>Référence:</i>	JO L 295 du 6.11.2013, p. 27
<i>Procédure:</i>	Modèle 3 (art. 7, par. 2, let. b, AAS: adoption sous réserve de l'approbation par l'Assemblée fédérale) Echange de notes du 7 novembre 2013 (pas encore publié ni dans la FF ni au RO), pas encore entré en vigueur (au plus tard le 16 octobre 2015)
151	Règlement (CE) n° 1051/2013 du Parlement européen et du Conseil du 22 octobre 2013 modifiant le règlement (CE) n° 562/2006 afin d'établir des règles communes relatives à la réintroduction des contrôles aux frontières intérieures dans des circonstances exceptionnelles
<i>Référence:</i>	JO L 295 du 6.11.2013, p. 1
<i>Procédure:</i>	Modèle 3 (art. 7, par. 2, let. b, AAS: adoption sous réserve de l'approbation par l'Assemblée fédérale) Echange de notes du 21 novembre 2013 (pas encore publié ni dans la FF ni au RO), pas encore entré en vigueur (au plus tard le 16 octobre 2015)
152	Règlement (CE) n° 1052/2013 du Parlement européen et du Conseil du 22 octobre 2013 portant création du système européen de surveillance des frontières (Eurosur)
<i>Référence:</i>	JO L 295 du 6.11.2013, p. 11
<i>Procédure:</i>	Modèle 3 (art. 7, par. 2, let. b, AAS: adoption sous réserve de l'approbation par l'Assemblée fédérale) Echange de notes du 11 décembre 2013 (pas encore publié ni dans la FF ni au RO), pas encore entré en vigueur (au plus tard le 12 novembre 2015)
153	Règlement (UE) n° 1289/2013 du Parlement européen et du Conseil du 11 décembre 2013 modifiant le règlement (CE) n° 539/2001 du Conseil fixant la liste des pays tiers dont les ressortissants sont soumis à l'obligation de visa pour franchir les frontières extérieures des Etats membres et la liste de ceux dont les ressortissants sont exemptés de cette obligation
<i>Référence:</i>	JO L 347 du 20.12.2013, p. 74
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes du 19 février 2014 (RS 0.362.380.058); en vigueur depuis le 19 février 2014

Listes des développements de l'acquis de «Dublin/Eurodac» notifiés à la Suisse

Etat au 28 février 2014

Les actes juridiques figurant ci-après ont été notifiés à la Suisse en tant que développements de l'acquis de Dublin/Eurodac. Un des développements de l'acquis de Schengen (dév. n° 126) est aussi un développement de l'acquis de Dublin/Eurodac; celui-ci ne figure pas dans la liste ci-après.

1a	Règlement (UE) n° 604/2013 du Parlement européen et du Conseil du 26 juin 2013 établissant les critères et mécanismes de détermination de l'État membre responsable de l'examen d'une demande de protection internationale introduite dans l'un des États membres par un ressortissant de pays tiers ou un apatride (refonte) - « <i>Règlement Dublin III</i> »
<i>Référence:</i>	JO L 180 du 29.6.2013, p. 31
<i>Procédure:</i>	Modèle 3 (art. 7, par. 2, let. b, AAS: adoption sous réserve de l'approbation par l'Assemblée fédérale) Echange de notes du 14 août 2013 (RO 2013 5505) Appliqué provisoirement depuis le 1 ^{er} janvier 2014 (RO 2013 5505), à l'exception des art. 18 par. 2, 27 par. 3 et 28 du règlement (UE) n° 604/2013 Entrée en vigueur formelle: au plus tard le 3 juillet 2015
1b	Règlement (UE) n° 603/2013 du Parlement européen et du Conseil du 26 juin 2013 relatif à la création d'Eurodac pour la comparaison des empreintes digitales aux fins de l'application efficace du règlement (UE) n° 604/2013 établissant les critères et mécanismes de détermination de l'État membre responsable de l'examen d'une demande de protection internationale introduite dans l'un des États membres par un ressortissant de pays tiers ou un apatride et relatif aux demandes de comparaison avec les données d'Eurodac présentées par les autorités répressives des États membres et Europol à des fins répressives, et modifiant le règlement (UE) n° 1077/2011 portant création d'une agence européenne pour la gestion opérationnelle des systèmes d'information à grande échelle au sein de l'espace de liberté, de sécurité et de justice (refonte) - « <i>règlement Eurodac</i> »
<i>Référence:</i>	JO L 180 du 29.6.2013, p. 1
<i>Procédure:</i>	Modèle 3 (art. 7, par. 2, let. b, AAS: adoption sous réserve de l'approbation par l'Assemblée fédérale) Echange de notes du 14 août 2013 (pas encore publié ni dans la FF ni au RO) Entrée en vigueur: au plus tard le 3 juillet 2015
2	Règlement d'exécution (UE) n° 118/2014 de la Commission du 30 janvier 2014 modifiant le règlement (CE) n° 1560/2003 portant modalités d'application du règlement (CE) n° 343/2003 du Conseil établissant les critères et mécanismes de détermination de l'État membre responsable de l'examen d'une demande d'asile présentée dans l'un des États membres par un ressortissant d'un pays tiers
<i>Référence:</i>	JO L 39 du 8.2.2014, p. 1
<i>Procédure:</i>	Modèle 2 (art. 7, par. 2, let. a, AAS: reprise par le Conseil fédéral) Echange de notes (pas encore publié au RO); pas encore en vigueur (au plus tard le 20 mars 2014)

Vue d'ensemble sur l'état des procédures concernant la reprise des développements de l'acquis de Schengen et de «Dublin/eurodac»

Etat au: 28 février 2014

Cette vue d'ensemble traite, dans sa première partie, de tous les développements dont la reprise relève de la compétence du Conseil fédéral seul (modèle 2) et dont la transposition a exigé des adaptations au niveau réglementaire. Tous les autres développements du modèle 2 qui ne figurent pas dans la liste ci-après n'ont pas requis d'adaptation du droit interne suisse. La partie II de la présente liste concerne les développements de l'acquis de Schengen ou de «Dublin/Eurodac» dont la reprise a dû être approuvée par le Parlement (modèle 3) et dont la mise en œuvre a nécessité, le cas échéant, des adaptations du droit fédéral (au niveau législatif ou réglementaire).

Partie I : Développements dont la reprise relève de la compétence du Conseil fédéral (modèle 2)

I. Coûts pour l'établissement des visas

Décision 2006/440/CE (dév. n° 17)	
<i>Reprise (Conseil fédéral)</i>	20 février 2008
<i>Entrée en vigueur</i>	L'échange de notes concernant la reprise de la décision 2006/440/CE est entré en vigueur le 28 mars 2008 (RO 2008 1203); il est appliqué depuis le 12 décembre 2008.
<i>Mesures de mise en œuvre</i>	Adaptation de l'ordonnance du 24 octobre 2007 sur les émoluments perçus en application de la loi sur les étrangers (Oem-LEtr) Mise en œuvre jusqu'à la date de la mise en application de l'acquis de Schengen le 12 décembre 2008 (voir l'art. 15 de l'AAS)
<i>Consultation/audition</i>	Aucune consultation/audition n'a été ouverte.
<i>Entrée en vigueur</i>	Les modifications de l'ordonnance ont été adoptées par le Conseil fédéral le 22 octobre 2008 et sont entrées en vigueur le 12 décembre (RO 2008 5421)

II. Détermination des Etats tiers dont les ressortissants sont soumis à l'obligation de visa

Règlement (CE) n° 851/2005 (dév. n° 6); décision 2006/684/CE (dév. n° 22); règlement (CE) n° 1932/2006 (dév. n° 25)	
<i>Reprise (Conseil fédéral)</i>	20 février 2008
<i>Entrée en vigueur</i>	Les échanges de notes concernant la reprise de ces actes de l'UE sont entrés en vigueur le 28 mars 2008; RO 2008 1201 (dév. n° 6); RO 2008 1205 (dév. n° 22); RO 2008 1207 (dév. n° 25); ils sont appliqués depuis le 12 décembre 2008.

<i>Mesures de mise en œuvre</i>	Adoption de l'ordonnance du 22 octobre 2008 sur l'entrée et l'octroi de visas (OEV) Mise en œuvre jusqu'à la date de la mise en application de l'acquis de Schengen le 12 décembre 2008 (voir l'art. 15 de l'AAS)
<i>Consultation/audition</i>	Aucune consultation/audition n'a été ouverte.
<i>Entrée en vigueur</i>	Les modifications de l'OEV ont été décidées par le Conseil fédéral le 22 octobre 2008 et sont entrées en vigueur le 12 décembre 2008 (RO 2008 5541).

III. Mesures juridiques et techniques de mise en œuvre concernant le VIS

Décision 2009/377/CE (dév. n° 82); décision 2009/876/CE (dév. n° 94)	
<i>Reprise (Conseil fédéral)</i>	29 mai 2009 (dév. n° 82) et 16 décembre 2009 (dév. n° 94)
<i>Entrée en vigueur</i>	Les échanges de notes concernant la reprise de ces développements sont entrés en vigueur le 4 juin 2009 (dév. n° 82) et le 17 décembre 2009 (dév. n° 94); RO 2010 3121) ¹²¹ ; ils sont appliqués depuis le 11 octobre 2011 (moment de la mise en place par l'UE du C.VIS).
<i>Mesures de mise en œuvre</i>	Adoption de l'ordonnance du 18 décembre 2013 sur le système central d'information des visas (OVIS) ¹²² et adaptation de l'ordonnance du 22 octobre 2008 sur l'entrée et l'octroi de visas (OEV) et de l'ordonnance du 12 avril 2006 sur le système d'information central sur la migration (ordonnance SYMIC) Mise en œuvre coordonnée avec la transposition au niveau légal du règlement VIS (dév. n° 63)
<i>Consultation/audition</i>	Du 31 juin au 13 août 2010
<i>Entrée en vigueur</i>	Les bases légales nationales suisses ont été adoptées par le Conseil fédéral le 6 juillet 2010 (solution transitoire). Elles sont entrées en vigueur le 11 octobre 2011: RO 2011 4449 (LEtr, LDEA); RO 2011 3861 (OVIS). La nouvelle OVIS (solution définitive) est entrée en vigueur le 20 janvier 2014: RO 2014 3.

IV. Conditions et procédures pour l'octroi de visa (code des visas)

Règlement (CE) n° 810/2009 (dév. n° 88)	
<i>Reprise (Conseil fédéral)</i>	29 mai 2009 (dév. n° 82) et 16 décembre 2009 (dév. n° 94)
<i>Entrée en vigueur</i>	L'échange de notes concernant la reprise du code des visas est entré en vigueur le 23 septembre 2009 (RO 2009 5281); il est appliqué depuis le 5 avril 2010.
<i>Mesures de mise en œuvre</i>	Adaptation de l'ordonnance du 22 octobre 2008 sur l'entrée et l'octroi de visas (OEV) et de l'ordonnance du 24 octobre 2007 sur les émoluments perçus en application de la loi sur les étrangers (Oem-LEtr) Mise en œuvre jusqu'au 5 avril 2010 (voir l'art. 58 du code des visas)
<i>Consultation/audition</i>	Du 16 décembre 2009 au 15 janvier 2010
<i>Entrée en vigueur</i>	Les modifications de l'OEV et de l'Oem-LEtr ont été adoptées par le Conseil fédéral le 12 mars 2010 et sont entrées en vigueur le 5 avril (RO 2010 1205)

¹²¹ L'échange de notes concernant la reprise du dév. n° 82 n'a pas été publié au RO (voir art. 3, al. 3, LPubl en liaison avec l'art. 2 OPubl).

¹²² Cette ordonnance remplace celle du 6 juillet 2011 sur le système central d'information des visas (OVIS, RO **2011** 3861) qui a servi comme base légale pour la solution transitoire.

V. Visa de transit aéroportuaire

Décision 2009/1015/UE (dév. n° 100); règlement (UE) n° 154/2012 (dév. n° 134)	
<i>Reprise (Conseil fédéral)</i>	17 février 2010 (dév. n° 100) et 4 juillet 2012 (dév. n° 134)
<i>Entrée en vigueur</i>	Les échanges de notes concernant la reprise de ces développements sont entrés en vigueur le 18 février 2010 et le 16 juillet 2012: RO 2010 1187 (dév. n° 100); RO 2012 4097 (dév. n° 134).
<i>Mesures de mise en œuvre</i>	Adaptation de l'ordonnance du 22 octobre 2008 sur l'entrée et l'octroi de visas (OEV) Mise en œuvre jusqu'au 18 février 2010 (dév. n° 100) ¹²³ ; mise en œuvre sans délai (dév. n° 134)
<i>Consultation/audition</i>	Aucune consultation/audition n'a été ouverte.
<i>Entrée en vigueur</i>	Les modifications de l'OEV ont été adoptées par le Conseil fédéral le 17 février 2010 (dév. n° 100) et le 4 juillet 2012 (dév. n° 134); elles sont entrées en vigueur respectivement le 18 février 2010 et le 23 juillet 2012: RO 2010 605 (dév. n° 100); RO 2012 3817 (dév. n° 134).

VI. Circulation des personnes titulaires d'un visa de long séjour

Règlement (CE) n° 625/2010 (dév. n° 105)	
<i>Reprise (Conseil fédéral)</i>	31 mars 2010
<i>Entrée en vigueur</i>	L'échange de notes concernant la reprise du règlement (CE) n° 625/2010 est entré en vigueur le 31 mars 2010 (RO 2010 1527); il est appliqué depuis le 5 avril 2010.
<i>Mesures de mise en œuvre</i>	Adaptation de l'ordonnance du 22 octobre 2008 sur l'entrée et l'octroi de visas (OEV) Mise en œuvre jusqu'au 5 avril 2010 (voir l'art. 6 du règlement (CE) n° 625/2010)
<i>Consultation/audition</i>	Aucune consultation/audition n'a été ouverte.
<i>Entrée en vigueur</i>	La modification de l'OEV a été adoptée par le Conseil fédéral le 31 mars 2010; elle est entrée en vigueur le 5 avril 2010 (RO 2010 1449).

VII. Calcul de la durée admissible du séjour des ressortissants d'Etats tiers (« règle des 90 jours »)

Règlement (UE) n° 610/2013 (Dév. n° 144)	
<i>Reprise (Conseil fédéral)</i>	14 août 2013
<i>Entrée en vigueur</i>	L'échange de notes concernant la reprise du règlement (CE) n° 610/2013 est entré en vigueur le 11 août 2013 (RO 2013 2827).
<i>Mesures de mise en œuvre</i>	Adaptation de l'ordonnance du 22 octobre 2008 sur l'entrée et l'octroi de visas (OEV) Mise en œuvre jusqu'au 18 octobre 2013 (voir l'art. 7 du règlement (UE) n° 610/2013)
<i>Consultation/audition</i>	Aucune consultation/audition n'a été ouverte.

¹²³ Conformément à son art. 2, la décision 2009/1015/UE est déjà entrée en vigueur au sein de l'UE le 11 janvier 2010. En revanche, l'UE l'a notifiée à la Suisse seulement le 19 janvier 2010.

VII. Manuel SIRENE concernant le SIS II

Décision d'exécution 2013/115/UE (dév. n° 141)	
<i>Reprise (Conseil fédéral)</i>	27 mars 2013
<i>Entrée en vigueur</i>	L'échange de notes concernant la reprise de la décision d'exécution 2013/115/UE est entré en vigueur le 27 mars 2013 ¹²⁴ ; il est appliqué depuis le 9 avril 2013.
<i>Mesures de mise en œuvre</i>	Adaptation de l'ordonnance du 8 mars 2013 sur la partie nationale du Système d'information Schengen (N-SIS) et sur le bureau SIRENE (ordonnance N-SIS) Mise en œuvre jusqu'au 9 avril 2013 ¹²⁵
<i>Consultation/audition</i>	Aucune consultation/audition n'a été ouverte.
<i>Entrée en vigueur</i>	La modification de l'ordonnance N-SIS a été adoptée par le Conseil fédéral le 27 mars 2013; elle est entrée en vigueur le 9 avril 2013 (RO 2013 939).

Partie II: Développements dont la reprise relève de la compétence du Parlement (modèle 3)

I. Code frontières Schengen

Règlement (CE) n° 562/2006 (dév. n° 14)	
<i>Conséquences sur le plan législatif</i>	Approbation de la reprise et de la mise en œuvre du développement Adaptation de la loi fédérale du 16 décembre 2005 sur les étrangers (LEtr) Référendum facultatif
<i>Consultation</i>	28 mars au 30 juin 2007
<i>Adoption du message</i>	24 octobre 2007 (FF 2007 7449)
<i>Délibérations parlementaires</i>	Conseil des Etats: 11 mars 2008; Conseil national: 29 mai 2008; Conseil des Etats (élimination des divergences): 11 juin 2008; vote final: 13 juin 2008 (FF 2008 4823)
<i>Référendum et entrée en vigueur</i>	Référendum facultatif: délai échu sans avoir été utilisé le 2 octobre 2008; information sur l'accomplissement des exigences constitutionnelles: 17 octobre 2008 Entrée en vigueur le 12 décembre 2008; RO 2008 5629 (arrêté fédéral); RO 2008 5633 (échange de notes concernant le dév. n° 14)
<i>Adaptations au niveau de l'ordonnance</i>	Instauration de l'ordonnance du 22 octobre 2008 sur l'entrée et l'octroi de visas (OEV)

¹²⁴ Non publié au RO

¹²⁵ Voir la décision 2013/157/UE du Conseil du 7 mars 2013 fixant la date d'application de la décision 2007/533/JAI sur l'établissement, le fonctionnement et l'utilisation du système d'information Schengen de deuxième génération (SIS II) (JO L 87 du 27.3.2013, p. 8) ainsi que la décision 2013/158/UE du Conseil du 7 mars 2013 fixant la date d'application du règlement (CE) n° 1987/2006 du Parlement européen et du Conseil sur l'établissement, le fonctionnement et l'utilisation du système d'information Schengen de deuxième génération (SIS II) (JO L 87 du 27.3.2013, p. 10).

Consultation/audition

28 mars au 30 juin 2007

Entrée en vigueur

Entrée en vigueur le 12 décembre 2008: RO **2008** 5441 (OEV); RO **2008** 5421 (autres ordonnances)

II. Réintroduction des contrôles des personnes aux frontières intérieures («Governance Schengen »)

Règlement (UE) n° 1051/2013 (Dév. n° 151)	
<i>Conséquences sur le plan législatif</i>	Approbation de la reprise et de la mise en œuvre du développement Adaptation de la loi fédérale du 16 décembre 2005 sur les étrangers (LEtr) Référendum facultatif
<i>Consultation</i>	20 novembre 2013 jusqu'au 20 février 2014
<i>Adoption du message</i>	9 avril 2014
<i>Délibérations parlementaires</i>	Séssion d'été 2014 (premier Conseil); Session d'automne 2014 (deuxième Conseil et vote final)
<i>Référendum et entrée en vigueur</i>	Référendum facultatif Information sur l'accomplissement des exigences constitutionnelles (ratification): jusqu'au 15 octobre 2015 au plus tard
<i>Adaptations au niveau de l'ordonnance</i>	Adaptation de l'ordonnance du 22 octobre 2008 sur l'entrée et l'octroi de visas (OEV)
<i>Consultation/audition</i>	aucune
<i>Entrée en vigueur</i>	en même temps avec les modification légales dans la LEtr

III. Agence pour les frontières extérieures (FRONTEX / RABIT)

Règlement (CE) n° 2007/2004 (dév. n° 1); règlement (CE) n° 863/2007 (dév. n° 37)	
<i>Conséquences sur le plan législatif</i>	Approbation de la reprise et de la mise en œuvre des développements Adaptation de la loi du 18 mars 2005 sur les douanes (LD) Référendum facultatif
<i>Consultation</i>	8 décembre 2006 au 15 mars 2007
<i>Adoption du message</i>	13 février 2008 (FF 2008 1305)
<i>Délibérations parlementaires</i>	Conseil des Etats: 28 mai 2008; Conseil national: 24 septembre 2008; vote final: 3 octobre 2008 (FF 2008 7597)
<i>Référendum et entrée en vigueur</i>	Référendum facultatif: délai échu sans avoir été utilisé le 22 janvier 2009; information sur l'accomplissement des exigences constitutionnelles: 30 janvier 2009 Entrée en vigueur le 1 ^{er} août 2010, en même temps que l'arrangement complémentaire: RO 2010 3573 (arrangement complémentaire); RO 2009 4583 (arrêt fédéral); RO 2009 4587 (échange de notes concernant le dév. n° 1); RO 2009 4589 (échange de notes concernant le dév. n° 37)
<i>Adaptations au niveau de l'ordonnance</i>	Instauration de l'ordonnance du 26 août 2009 sur la coopération opérationnelle avec les autres Etats Schengen en vue de la protection des frontières extérieures de l'espace Schengen (OCOFE)
<i>Consultation/audition</i>	question encore ouverte
<i>Entrée en vigueur</i>	Entrée en vigueur le 1 ^{er} octobre 2009 (applicable depuis le 1 ^{er} août 2010); RO 2009 4553

IV. Fonds pour les frontières extérieures

Décision 574/2007/CE (dév. n° 36); décision 2007/599/CE (dév. n° 43); décision 2008/456/CE (dév. n° 57)	
<i>Conséquences sur le plan législatif</i>	Approbation de la reprise et de la mise en œuvre des développements Pas de modification de loi nécessaire Référendum facultatif
<i>Consultation</i>	11 septembre au 11 décembre 2009
<i>Adoption du message</i>	24 février 2010 (FF 2010 1521)
<i>Délibérations parlementaires</i>	Conseil des Etats: 16 juin 2010; Conseil national: 20 septembre 2010; vote final: 1 ^{er} octobre 2010 (FF 2010 6031)
<i>Référendum et entrée en vigueur</i>	Référendum facultatif: délai échu sans avoir été utilisé le 20 janvier 2011; information sur l'accomplissement des exigences constitutionnelles: 9 février 2011 Application provisoire des échanges des notes et de l'accord complémentaire depuis le jour suivant la date de la signature dudit accord (le 20 mars 2010): RO 2010 2807 (accord complémentaire); RO 2010 3027 (échange de notes concernant le dév. n° 36); RO 2010 3019 (échange de notes concernant le dév. n° 43); RO 2010 3021 (échange de notes concernant le dév. n° 57). Entrée en vigueur le 9 février 2011: RO 2011 977 (arrêté fédéral); RO 2011 979 (échanges de notes)
<i>Adaptations au niveau de l'ordonnance</i>	Pas de modification d'ordonnance nécessaire

V. Système européen de surveillance des frontières (Eurosur)

Règlement (UE) n° 1052/2013 (dév. n° 152)	
<i>Conséquences sur le plan législatif</i>	Approbation de la reprise et de la mise en œuvre du développement Pas de modification de loi nécessaire Référendum facultatif
<i>Consultation</i>	12 décembre 2013 jusqu'au 21 mars 2014
<i>Adoption du message</i>	30 avril 2013
<i>Délibérations parlementaires</i>	Session d'été 2014 (attribution); Session d'automne 2014 (premier Conseil); Session d'hiver 2014 (deuxième Conseil et vote final)
<i>Référendum et entrée en vigueur</i>	Référendum facultatif; information sur l'accomplissement des exigences constitutionnelles (ratification) le plus tard le 12 novembre 2015
<i>Adaptations au niveau de l'ordonnance</i>	Adaptation de l'ordonnance du 26 août 2009 sur la coopération opérationnelle avec les autres Etats Schengen en vue de la protection des frontières extérieures de l'espace Schengen (OCOFÉ)
<i>Consultation/audition</i>	question encore ouverte
<i>Entrée en vigueur</i>	en coordination avec l'échange de notes (au plus tard le 12 novembre 2015)

VI. Système d'information sur les visas (VIS)

Règlement (CE) n° 767/2008 (dév. n° 63); décision n° 633/2008/JAI (dév. n° 70)	
<i>Conséquences sur le plan législatif</i>	Approbation de la reprise et de la mise en œuvre des développements Adaptation de la loi fédérale du 16 décembre 2005 sur les étrangers (LEtr) et de la loi fédérale du 20 juin 2003 sur le système d'information commun aux domaines des étrangers et de l'asile (LDEA) Référendum facultatif
<i>Consultation</i>	24 février au 16 mars 2009
<i>Adoption du message</i>	29 mai 2009 (FF 2009 3769)
<i>Délibérations parlementaires</i>	Conseil national: 17 septembre 2009; Conseil des Etats: 23 novembre 2009; Conseil national (élimination des divergences): 1 ^{er} décembre 2009; Conseil des Etats (élimination des divergences): 3 décembre 2009; Conseil national (élimination des divergences): 8 décembre 2009; Conseil des Etats (élimination des divergences): 9 décembre 2009; conférence de conciliation: 10 décembre 2009; vote final: 11 décembre 2009 (FF 2009 7987)
<i>Référendum et entrée en vigueur</i>	Référendum facultatif: délai échu sans avoir été utilisé le 1 ^{er} avril 2010; information sur l'accomplissement des exigences constitutionnelles: 8 avril 2010 Entrée en vigueur partielle: 15 mai 2010 (RO 2010 2063) et 1 ^{er} janvier 2011 (RO 2010 5761); entrée en vigueur totale: 11 octobre 2011 (date à laquelle l'UE a lancé le C.VIS); RO 2011 4449 (arrêté fédéral); RO 2010 2073 (échange de notes concernant le dév. n° 63); RO 2010 2075 (échange de notes concernant le dév. n° 70).
<i>Adaptations au niveau de l'ordonnance</i>	Instauration de l'ordonnance du 6 juillet 2011 sur le système central d'information sur les visas (OVIS) ¹²⁶ et adaptation de l'ordonnance du 12 avril 2006 sur le système d'information central sur la migration (ordonnance SYMIC)
<i>Consultation/audition</i>	30 juin au 13 août 2010
<i>Entrée en vigueur</i>	Entrée en vigueur le 11 octobre 2011: RO 2011 3861 (ensemble des actes normatifs)

VII. Introduction des données biométriques dans les passeports suisses

Règlement (CE) n° 2252/2004 (dév. n° 2); décision C(2005) 409 final (dév. n° 8); décision C(2006) 2909 final (dév. n° 16)	
<i>Conséquences sur le plan législatif</i>	Approbation de la reprise et de la mise en œuvre des développements Adaptation de la loi du 22 juin 2001 sur les documents d'identité (LDI) et de la loi fédérale du 16 décembre 2005 sur les étrangers (LEtr) Référendum facultatif
<i>Consultation</i>	29 septembre 2006 au 8 janvier 2007
<i>Adoption du message</i>	8 juin 2007 (FF 2007 4893)
<i>Délibérations parlementaires</i>	Conseil des Etats: 10 décembre 2007; Conseil national: 12 mars 2008; vote final: 13 juin 2008 (FF 2008 4813)

¹²⁶ Il s'agit d'un acte transitoire qui a été remplacé le 20 janvier 2014, lors de l'entrée en service du système national d'information sur les visas (ORBIS), par l'ordonnance du 18 décembre 2013 sur le système central d'information sur les visas et sur le système national d'information sur les visas (solution définitive; RO **2014** 3).

<i>Référendum et entrée en vigueur</i>	Projet accepté lors de la votation populaire du 17 mai 2009 (FF 2009 6833); information sur l'accomplissement des exigences constitutionnelles: 26 octobre 2009 Entrée en vigueur le 1 ^{er} mars 2010: RO 2009 5521 (arrêté fédéral); RO 2009 5529 (échange de notes concernant le dév. n° 2); RO 2009 5531 (échange de notes concernant le dév. n° 8); RO 2009 5533 (échange de notes concernant le dév. n° 16).
<i>Adaptations au niveau de l'ordonnance</i>	Adaptation de l'ordonnance du 20 septembre 2002 sur les documents d'identité (OLDI) ; instauration de l'ordonnance du 20 janvier 2010 sur l'établissement de documents de voyage pour étrangers (ODV)
<i>Consultation/audition</i>	18 juin au 10 octobre 2008
<i>Entrée en vigueur</i>	Entrée en vigueur le 1 ^{er} mars 2010: RO 2009 5535 (OLDI); RO 2010 621 (ODV).

VIII. Introduction des données biométriques dans les titres de séjour pour étrangers

Règlement (CE) n° 380/2008 (dév. n° 51)	
<i>Conséquences sur le plan législatif</i>	Approbation de la reprise et de la mise en œuvre du développement Adaptation de la loi fédérale du 16 décembre 2005 sur les étrangers (LEtr) et de la loi fédérale du 20 juin 2003 sur le système d'information commun aux domaines des étrangers et de l'asile (LDEA) Référendum facultatif
<i>Consultation</i>	24 juin au 7 octobre 2009
<i>Adoption du message</i>	18 novembre 2009 (FF 2010 51)
<i>Délibérations parlementaires</i>	Conseil national: 3 mars 2010; Conseil des Etats: 7 juin 2010; vote final: 18 juin 2010 (FF 2010 3947)
<i>Référendum et entrée en vigueur</i>	Référendum facultatif: délai échu sans avoir été utilisé le 7 octobre 2010; information sur l'accomplissement des exigences constitutionnelles: 13 octobre 2010 Entrée en vigueur le 24 janvier 2011: RO 2011 175 (arrêté fédéral); RO 2011 181 (échange de notes concernant le dév. n° 51).
<i>Adaptations au niveau de l'ordonnance</i>	Adaptation de l'ordonnance du 24 octobre 2007 relative à l'admission, au séjour et à l'exercice d'une activité lucrative (OASA), de l'ordonnance du 12 avril 2006 sur le système d'information central sur la migration (ordonnance SYMIC) et de l'ordonnance du 24 octobre 2007 sur les émoluments perçus en application de la loi sur les étrangers (Oem-LEtr)
<i>Consultation/audition</i>	26 mai au 9 septembre 2010
<i>Entrée en vigueur</i>	Entrée en vigueur le 24 janvier 2011: RO 2011 99 (ensemble des actes normatifs).

IX. Retour de ressortissants d'Etats tiers

Directive 2008/115/CE (dév. n° 78)	
<i>Conséquences sur le plan législatif</i>	Approbation de la reprise et de la mise en œuvre du développement Adaptation de la loi fédérale du 16 décembre 2005 sur les étrangers (LEtr) et de la loi du 26 juin 1998 sur l'asile (LAsi) Référendum facultatif
<i>Consultation</i>	5 juin au 5 septembre 2009

<i>Adoption du message</i>	11 novembre 2009 (FF 2009 8043)
<i>Délibérations parlementaires</i>	Conseil des Etats: 18 mars 2010; Conseil national: 2 juin 2010; Conseil des Etats: 7 juin 2010; Conseil national: 8 juin 2010; vote final: 18 juin 2010 (FF 2010 3937)
<i>Référendum et entrée en vigueur</i>	Référendum facultatif: délai échu sans avoir été utilisé le 7 octobre 2010; information sur l'accomplissement des exigences constitutionnelles: 13 octobre 2010 Entrée en vigueur: 1 ^{er} janvier 2011: RO 2010 5925 (arrêté fédéral); RO 2010 5935 (échange de notes concernant le dév. n° 78).
<i>Adaptations au niveau de l'ordonnance</i>	Adaptation de l'ordonnance du 11 août 1999 sur l'exécution du renvoi et de l'expulsion d'étrangers (OERE)
<i>Consultation/audition</i>	13 juillet au 15 septembre 2010
<i>Entrée en vigueur</i>	Entrée en vigueur le 1 ^{er} janvier 2011 (RO 2010 5769)

X. Système d'information Schengen (SIS)

Décision 2005/211/JAI (dév. n° 4); règlement (CE) n° 1160/2005 dév. n° 9); règlement (CE) n° 1987/2006 (dév. n° 28); règlement (CE) n° 1986/2006 (dév. n° 31); décision 2007/533/JAI (dév. n° 42)	
<i>Conséquences sur le plan législatif</i>	Approbation de la reprise des développements Pas de modification de loi nécessaire Référendum facultatif
<i>Consultation</i>	Aucune (voir FF 2007 8058)
<i>Adoption du message</i>	14 novembre 2007 (FF 2007 8049)
<i>Délibérations parlementaires</i>	Conseil des Etats: 11 mars 2008; Conseil national: 2 mai 2008; vote final: 13 juin 2008 (FF 2008 4821)
<i>Référendum et entrée en vigueur</i>	Référendum facultatif: délai échu sans avoir été utilisé le 2 octobre 2008; information sur l'accomplissement des exigences constitutionnelles: 17 octobre 2008 Entrée en vigueur le 12 décembre 2008: RO 2008 5111 (arrêté fédéral); RO 2008 5113 (échange de notes concernant le dév. n° 4); RO 2008 5115 (échange de notes concernant le dév. n° 9); RO 2008 5119 (échange de notes concernant le dév. n° 28); RO 2008 5121 (échange de notes concernant le dév. n° 31); RO 2008 5117 (échange de notes concernant le dév. n° 42).
<i>Adaptations au niveau de l'ordonnance</i>	Instauration de l'ordonnance du 7 mai 2008 sur la partie nationale du Système d'information Schengen (N-SIS) et sur le bureau SIRENE (ordonnance N-SIS)
<i>Consultation/audition</i>	27 décembre 2007 au 29 février 2008
<i>Entrée en vigueur</i>	Entrée en vigueur le 1 ^{er} juin 2008 / 9 avril 2013: RO 2008 2229 (pour le SIS I); RO 2013 855 et 939 (pour le SIS II)

XI. Echange d'informations entre autorités de poursuite pénale

Décision-cadre 2006/960/JAI (dév. n° 35)	
<i>Conséquences sur le plan législatif</i>	Approbation de la reprise et de la mise en œuvre du développement Instauration de la loi du 12 juin 2009 sur l'échange d'informations Schengen (LEIS) Référendum facultatif
<i>Consultation</i>	14 mai au 20 août 2008
<i>Adoption du message</i>	12 novembre 2008 (FF 2008 8123)

<i>Délibérations parlementaires</i>	Conseil national: 28 avril 2009; Conseil des Etats: 26 mai 2009; vote final: 12 juin 2009 (FF 2009 4011)
<i>Référendum et entrée en vigueur</i>	Référendum facultatif: délai échu sans avoir été utilisé le 1 ^{er} octobre 2009; information sur l'accomplissement des exigences constitutionnelles: 21 octobre 2009 Entrée en vigueur le 1 ^{er} janvier 2010: RO 2009 6915 (arrêté fédéral); RO 2009 6583 (loi fédérale); RO 2009 6917 (échange de notes concernant le dév. n° 35).
<i>Adaptations au niveau de l'ordonnance</i>	Pas de modification d'ordonnance nécessaire

XII. Législation sur les armes

Directive 2008/51/CE (dév. n° 56)	
<i>Conséquences sur le plan législatif</i>	Approbation de la reprise et de la mise en œuvre du développement Adaptation de la loi du 20 juin 1997 sur les armes (LArm) Référendum facultatif
<i>Consultation</i>	26 septembre au 30 décembre 2008
<i>Adoption du message</i>	13 mai 2009 (FF 2009 3181)
<i>Délibérations parlementaires</i>	Conseil des Etats: 10 septembre 2009; Conseil national: 17 septembre 2009; Conseil des Etats (élimination des divergences): 22 septembre 2009; Conseil national (élimination des divergences): 26 novembre 2009; Conseil des Etats (élimination des divergences): 3 décembre 2009; Conseil national (élimination des divergences): 8 décembre 2009; conférence de conciliation: 10 décembre 2009; vote final: 11 décembre 2009 (FF 2009 7965; FF 2009 7981)
<i>Référendum et entrée en vigueur</i>	Référendum facultatif: délai échu sans avoir été utilisé le 1 ^{er} avril 2010; information sur l'accomplissement des exigences constitutionnelles: 8 avril 2010 Entrée en vigueur le 28 juillet 2010: RO 2010 2899 (arrêté fédéral); RO 2010 2905 (échange de notes concernant le dév. n° 56).
<i>Adaptations au niveau de l'ordonnance</i>	Adaptation de l'ordonnance du 2 juillet 2008 sur les armes (OArm)
<i>Consultation/audition</i>	26 septembre au 30 décembre 2008
<i>Entrée en vigueur</i>	Entrée en vigueur le 28 juillet 2010 (RO 2010 2827)

XI. Protection des données

Décision-cadre 2008/977/JAI (dév. n° 77)	
<i>Conséquences sur le plan législatif</i>	Approbation de la reprise et de la mise en œuvre du développement Adaptation de la loi fédérale du 19 juin 1992 sur la protection des données (LPD), de la loi fédérale du 16 décembre 2005 sur les étrangers (LEtr), de la loi du 26 juin 1998 sur l'asile (LAsi), du code pénal (CP), de la loi du 12 juin 2009 sur l'échange d'informations Schengen (LEIS), de la loi du 20 juin 1997 sur les armes (LArm) et de la loi du 3 octobre 1951 sur les stupéfiants (LStup) Référendum facultatif
<i>Consultation</i>	15 mai 2009 au 14 août 2009
<i>Adoption du message</i>	11 septembre 2009 (FF 2009 6091)

<i>Délibérations parlementaires</i>	Conseil national: 26 novembre 2009; Conseil des Etats: 1 ^{er} mars 2010; Conseil national: 3 mars 2010; vote final: 19 mars 2010 (FF 2010 1931)
<i>Référendum et entrée en vigueur</i>	Référendum facultatif: délai échu sans avoir été utilisé le 8 juillet 2010; information sur l'accomplissement des exigences constitutionnelles: 22 juillet 2010 Entrée en vigueur: 1 ^{er} décembre 2010: RO 2010 3417 (arrêté fédéral); RO 2010 3387 (loi fédérale); RO 2010 3419 (échange de notes concernant le dév. n° 77).
<i>Adaptations au niveau de l'ordonnance</i>	Adaptation de l'ordonnance du 14 juin 1993 relative à la loi fédérale sur la protection des données (OLPD)
<i>Consultation/audition</i>	Aucune
<i>Entrée en vigueur</i>	1 ^{er} décembre 2010 (RO 2010 3399)

XIV. Agence IT («eu-LISA»)

Règlement (UE) n° 1077/2011 (dév. n° 126)	
<i>Conséquences sur le plan législatif</i>	Approbation de la reprise du développement Pas de modification de loi nécessaire Référendum facultatif
<i>Consultation</i>	Aucune
<i>Adoption du message</i>	23 mai 2012 (FF 2012 5417)
<i>Délibérations parlementaires</i>	Conseil national: 10 septembre 2012 (renvoi); Conseil des Etats: 11 décembre 2012 (renvoi) – <i>Reprise des délibérations au plus tôt pendant la session d'automne 2014.</i>
<i>Référendum et entrée en vigueur</i>	<i>Référendum facultatif</i> <i>Entrée en vigueur: encore ouvert¹²⁷; L'accord complémentaire entrera en vigueur en même temps que l'échange de note¹²⁸.</i>
<i>Adaptations au niveau de l'ordonnance</i>	Pas de modification d'ordonnance nécessaire

XV. Mécanisme d'évaluation Schengen

Règlement (UE) n° 1053/2013 (dév. n° 150)	
<i>Conséquences sur le plan législatif</i>	Approbation de la reprise du développement Pas de modification de loi nécessaire Référendum facultatif
<i>Consultation</i>	du 20 novembre 2013 jusqu'au 20 février 2014
<i>Adoption du message</i>	9 avril 2014
<i>Délibérations parlementaires</i>	<i>Session d'été 2014 (premier Conseil); Session d'automne 2014</i>

¹²⁷ FF **2012** 5437 (arrêté fédéral); FF **2012** 5439 (échange de notes concernant le dév. n° 126)

¹²⁸ Les négociations concernant l'arrangement complémentaire n'ont pu commencer qu'avec un certain retard, parce que la Commission de l'UE n'avait initialement aucun mandat de négociation. Elles devraient s'achever mi-2014. L'entrée en vigueur de l'arrangement est susceptible d'être encore retardée, étant donné que la Commission avait annoncé qu'elle allait le soumettre à la Cour de justice de l'UE.

	<i>(deuxième Conseil et vote final)</i>
<i>Référendum et entrée en vigueur</i>	<i>Référendum facultatif; information sur l'accomplissement des exigences constitutionnelles (ratification): le plus tard le 15 octobre 2015</i>
<i>Adaptations au niveau de l'ordonnance</i>	Pas de modification d'ordonnance nécessaire

XVI. Dublin III

Règlement (UE) n° 604/2013 (dév. Dublin n° 1a - voir annexe II)	
<i>Conséquences sur le plan législatif</i>	Approbation de la reprise et de la mise en œuvre du développement Adaptation de la loi fédérale du 16 décembre 2005 sur les étrangers (LEtr) et de la loi du 26 juin 1998 sur l'asile (LAsi) Référendum facultatif
<i>Consultation</i>	du 14 août jusqu'au 15 novembre 2013
<i>Adoption du message</i>	7 mars 2014 (<i>pas encore publié au FF</i>)
<i>Délibérations parlementaires</i>	<i>Session d'été 2014 (premier Conseil); session d'automne 2014 (deuxième Conseil et vote final)</i>
<i>Référendum et entrée en vigueur</i>	<i>Référendum facultatif; Information sur l'accomplissement des exigences constitutionnelles (ratification): au plus tard le 3 juillet 2015</i>
<i>Adaptations au niveau de l'ordonnance</i>	Modification de l'ordonnance 1 du 11 août 1999 sur l'asile relative à la procédure (OA 1)
<i>Consultation/audition</i>	<i>question encore ouverte</i>
<i>Entrée en vigueur</i>	<i>en même temps que les modifications législatives (LEtr,LAsi)</i>

XVII. Eurodac

Règlement (UE) n° 603/2013 (dév. Dublin n° 1a - voir annexe II)	
<i>Conséquences sur le plan législatif</i>	Approbation de la reprise et de la mise en œuvre du développement Adaptation de la loi fédérale du 16 décembre 2005 sur les étrangers (LEtr) et de la loi du 26 juin 1998 sur l'asile (LAsi) Référendum facultatif
<i>Consultation</i>	du 14 août jusqu'au 15 novembre 2013
<i>Adoption du message</i>	7 mars 2014 (<i>pas encore publié au FF</i>)
<i>Délibérations parlementaires</i>	<i>Session d'été 2014 (premier Conseil); session d'automne 2014 (deuxième Conseil et vote final)</i>
<i>Référendum et entrée en vigueur</i>	<i>Référendum facultatif ; Information sur l'accomplissement des exigences constitutionnelles (ratification): au plus tard le 3 juillet 2015</i>
<i>Adaptations au niveau de l'ordonnance</i>	Pas de modification d'ordonnance nécessaire

Procédures de renvois préjudiciels devant la Cour de justice auxquelles la Suisse est habilitée de participer, conformément à l'AAS et l'AAD

Etat au: 28 février 2014

Cette vue d'ensemble traite, dans l'ordre chronologique, de tous les procédures de renvois préjudiciels qui tombent dans le champs d'application de l'AAS ou de l'AAD et auxquelles la Suisse est habilitée de participer. Les procédures préjudicielles toujours en cours sont indiquées en couleur **gris**.

Enfin, en ce qui concerne les renvois au Recueil de la jurisprudence de la Cour de justice de l'Union européenne (Rec.), il convient de signaler que les jugements ainsi que les avis rendus par l'Avocat général (AG) n'y sont publiés qu'avec un certain retard, alors qu'ils sont immédiatement accessibles sur le site internet de la CJUE¹²⁹.

2010

1	Aff. jtes C-411/10 et C-493/10 (NS/Secretary of State und M.E)
<i>Objet:</i>	Règlement Dublin-II (Règlement (EC) n° 343/2003, art. 1 AAD)
<i>Notifié le:</i>	CJUE: 24 novembre 2010; CH: observations écrites du 3 février 2011
<i>Etat de la procédure:</i>	Aff. liquidée
<i>Références:</i>	Conclusions de l'AG du 22 septembre 2011, non encore publiées au Rec. Arrêt du 21 décembre 2011, non encore publié au Rec.
2	Aff. C-430/10 (Gaydarov)
<i>Objet:</i>	Code frontières Schengen (Règlement (EC) n° 562/2006, dév. n° 14)
<i>Notifié le:</i>	CJUE: 26 octobre 2010; CH: pas de prise de position
<i>Etat de la procédure:</i>	Aff. liquidée
<i>Références:</i>	pas de conclusions de l'AG Arrêt du 17 novembre 2011, Rec. 2011. I-11637
3	Aff. C-606/10 (ANAFÉ)
<i>Objet:</i>	Code frontières Schengen (Règlement (EC) n° 562/2006, dév. n° 14)
<i>Notifié le:</i>	CJUE: 24 novembre 2010; CH: pas de prise de position
<i>Etat de la procédure:</i>	Aff. liquidée
<i>Références:</i>	Conclusions de l'AG du 29 novembre 2011, non encore publiées au Rec. Arrêt du 14 juin 2012, non encore publié au Rec.

¹²⁹ http://curia.europa.eu/jcms/jcms/j_6/

4	Aff. C-620/10 (Kastrati u.a.)
<i>Objet:</i>	Règlement Dublin-II (Règlement (EC) n° 343/2003, art. 1 AAD)
<i>Notifié le:</i>	CJUE: 3 février 2011; CH: pas de prise de position
<i>Etat de la procédure:</i>	Aff. liquidée
<i>Références:</i>	Conclusions de l'AG du 12 janvier 2012, non encore publiées au Rec. Arrêt du 3 mai 2012, non encore publié au Rec.
5	Aff. C-4/11 (Puid)
<i>Objet:</i>	Règlement Dublin-II (Règlement (EC) n° 343/2003, art. 1 AAD)
<i>Notifié le:</i>	CJUE: 16 février 2011; CH: observations écrites du 19 avril 2011
<i>Etat de la procédure:</i>	Aff. liquidée
<i>Références:</i>	Conclusions de l'AG du 18 avril 2013, non encore publiées au Rec. Arrêt du 14 novembre 2013, non encore publié au Rec.
6	Aff. C-61/11 PPU (El Dridi)
<i>Objet:</i>	Directive sur le retour (Directive 2008/115/EC, dév. n° 78)
<i>Notifié le:</i>	CJUE: 18 février 2011; CH: pas de prise de position
<i>Etat de la procédure:</i>	Aff. liquidée
<i>Références:</i>	Conclusions de l'AG du 12 janvier 2012, non encore publiées au Rec. Arrêt du 28 avril 2011, Rec. 2011 I-3015
7	Aff. C-179/11 (CIMADE und GISTI)
<i>Objet:</i>	Règlement Dublin-II (Règlement (EC) n° 343/2003, art. 1 AAD)
<i>Notifié le:</i>	CJUE: 25 mai 2011; CH: observations écrites du 22 juillet 2011
<i>Etat de la procédure:</i>	Aff. liquidée
<i>Références:</i>	Conclusions de l'AG du 15 mai 2012, non encore publiées au Rec. Arrêt du 27 septembre 2012, non encore publié au Rec.
8	Aff. C-245/11 (K/Bundesasylamt)
<i>Objet:</i>	Règlement Dublin-II (Règlement (EC) n° 343/2003, art. 1 AAD)
<i>Notifié le:</i>	CJUE: 30 juin 2011; CH: pas de prise de position
<i>Etat de la procédure:</i>	Aff. liquidée
<i>Références:</i>	Conclusions de l'AG du 27 juin 2012, non encore publiées au Rec. Arrêt du 6 novembre 2012, non encore publié au Rec.
9	Aff. C-254/11 (Shomodi)
<i>Objet:</i>	Règlement (EC) n° 1931/2006 relatif au petit trafic frontalier (dév. n° 24)
<i>Notifié le:</i>	CJUE: 1er juillet 2011; CH: pas de prise de position
<i>Etat de la procédure:</i>	Aff. liquidée
<i>Références:</i>	Conclusions de l'AG du 6 décembre 2012, non encore publiées au Rec. Arrêt du 21 mars 2013, non encore publié au Rec.

10	Aff. C-329/11 (Achughbabian)
<i>Objet:</i>	Directive sur le retour (Directive 2008/115/EC, dév. n° 78)
<i>Notifié le:</i>	CJUE: 3 août 2011; CH: pas de prise de position
<i>Etat de la procédure:</i>	Aff. liquidée
<i>Références:</i>	Conclusions de l'AG du 26 octobre 2011, non encore publiées au Rec. Arrêt du 6 décembre 2011, non encore publié au Rec.
11	Aff. C-430/11 (Sagor)
<i>Objet:</i>	Directive sur le retour (Directive 2008/115/EC, dév. n° 78)
<i>Notifié le:</i>	CJUE: 26 septembre 2011; CH: pas de prise de position
<i>Etat de la procédure:</i>	Aff. liquidée
<i>Références:</i>	pas de conclusions de l'AG Arrêt du 6 décembre 2012, non encore publié au Rec.
12	Aff. C-522/11 (Mbaye)
<i>Objet:</i>	Directive sur le retour (Directive 2008/115/EC, dév. n° 78)
<i>Notifié le:</i>	CJUE: 25 novembre 2011; CH: pas de prise de position
<i>Etat de la procédure:</i>	Aff. liquidée
<i>Références:</i>	pas de conclusions de l'AG Décision du 21 mars 2013, non encore publiée au Rec.
13	Aff. C-528/11 (Halaf)
<i>Objet:</i>	Règlement Dublin-II (Règlement (EC) n° 343/2003, art. 1 AAD)
<i>Notifié le:</i>	CJUE: 8 décembre 2011; CH: observations écrites du 21 mai 2012
<i>Etat de la procédure:</i>	Aff. liquidée
<i>Références:</i>	pas de conclusions de l'AG Arrêt du 30 mai 2013, non encore publié au Rec.
14	Aff. C-534/11 (Arslan)
<i>Objet:</i>	Directive sur le retour (Directive 2008/115/EC, dév. n° 78)
<i>Notifié le:</i>	CJUE: 8 décembre 2011; CH: observations écrites du 13 février 2012
<i>Etat de la procédure:</i>	Aff. liquidée
<i>Références:</i>	Conclusions de l'AG du 30 janvier 2013, non encore publiées au Rec. Arrêt du 30 mai 2013, non encore publié au Rec.

2012

15	Aff. C-648/11 (MA u.a.)
<i>Objet:</i>	Règlement Dublin-II (Règlement (EC) n° 343/2003, art. 1 AAD)

Notifié le: EuGH: 2 février 2012; CH: observations écrites du 10 avril 2012

Etat de la procédure: **Aff. liquidée**

Références: Conclusions de l'AG du 21 février 2013, non encore publiées au Rec.
Arrêt du 6 juin 2013, non encore publié au Rec.

16	Aff. C-666/11 (M u.a.)
<i>Objet:</i>	Règlement Dublin-II (Règlement (EC) n° 343/2003, art. 1 AAD)
<i>Notifié le:</i>	CJUE: 6 juin 2012; CH: observations écrites du 13 avril 2012
<i>Etat de la procédure:</i>	Aff. radié le 7 janvier 2013
<i>Références:</i>	JO C 79 du 16.3.2013, p. 1
17	Aff. C-23/12 (Zakaria)
<i>Objet:</i>	Code frontières Schengen (Règlement (EC) n° 562/2006, dév. n° 14)
<i>Notifié le:</i>	EuGH: 20 février 2012; CH: pas de prise de position
<i>Etat de la procédure:</i>	Aff. liquidée
<i>Références:</i>	pas de conclusions de l'AG Arrêt du 17 janvier 2013, non encore publié au Rec.
18	Aff. C-39/12 (Dang)
<i>Objet:</i>	Code des visas (Règlement (EC) n° 810/2009, dév. n° 88)
<i>Notifié le:</i>	CJUE: 5 mars 2012; CH: pas de prise de position
<i>Etat de la procédure:</i>	Aff. radié le 18 juin 2012
<i>Références:</i>	JO C 303 du 06.10.2012, p. 21
19	Aff. jtes C-51/12 jusqu'à C-54/12 (Zhu u.a. – Beregovoi – Sun – Yang)
<i>Objet:</i>	Directive sur le retour (Directive 2008/115/EC, dév. n° 78)
<i>Notifié le:</i>	CJUE: 20 février 2012; CH: pas de prise de position
<i>Etat de la procédure:</i>	Aff. radié le 6 février 2013
<i>Références:</i>	JO C 108 du 13.4.2013, p. 19
20	Aff. C-83/12 PPU (Vo)
<i>Objet:</i>	Code des visas (Règlement (EC) n° 810/2009, dév. n° 88)
<i>Notifié le:</i>	CJUE: 22 février 2012; CH: pas de prise de position
<i>Etat de la procédure:</i>	Aff. liquidée
<i>Références:</i>	Conclusions de l'AG du 26 mars 2012, non encore publiées au Rec. Arrêt du 10 avril 2012, non encore publié au Rec.
21	Aff. C-84/12 (Koushkaki)
<i>Objet:</i>	Code des visas (Règlement (EG) n° 810/2009, dév. n° 88)
<i>Notifié le:</i>	CJUE: 28 mars 2012; CH: observations écrites du 7 juin 2012
<i>Etat de la procédure:</i>	Aff. liquidée
<i>Références:</i>	Conclusions de l'AG du 11 avril 2013, non encore publiées au Rec. Arrêt du 19 décembre 2013, non encore publié au Rec.

22	Aff. C-88/12 (Jaoo)
<i>Objet:</i>	Code frontières Schengen (Règlement (EC) n° 562/2006, dév. n° 14)
<i>Notifié le:</i>	CJUE: 23 mars 2012; CH: observations écrites du 1er juin 2012
<i>Etat de la procédure:</i>	Aff. radié le 14 septembre 2012
<i>Références:</i>	JO C 379 du 8.12.2012, p. 20
23	Aff. C-131/12 (Google)
<i>Objet:</i>	Directive sur la protection des données (Directive 95/46/EC, annexe B AAS)
<i>Notifié le:</i>	CJUE: 24 avril 2012; CH: pas de prise de position
<i>Etat de la procédure:</i>	Procédure en cours
<i>Références:</i>	Conclusions de l'AG du 25 juin 2013, non encore publiées au Rec.
24	Aff. C-141/12 (Y.S.)
<i>Objet:</i>	Directive sur la protection des données (Directive 95/46/EC, annexe B AAS)
<i>Notifié le:</i>	CJUE: 27 avril 2012; CH: pas de prise de position
<i>Etat de la procédure:</i>	Procédure en cours
<i>Références:</i>	Conclusions de l'AG du 12 décembre 2013, non encore publiées au Rec.
25	Aff. C-278/12 (Adil)
<i>Objet:</i>	Code frontières Schengen (Règlement (EC) n° 562/2006, dév. n° 14)
<i>Notifié le:</i>	EuGH: 6 juin 2012; CH : pas de prise de position
<i>Etat de la procédure:</i>	Aff. liquidée
<i>Références:</i>	Conclusions de l'AG du 9 décembre 2012, non encore publiées au Rec. Arrêt du 19 juillet 2013, non encore publié au Rec.
26	Aff. C-297/12 (Filev u. Osmani)
<i>Objet:</i>	Directive sur le retour (Directive 2008/115/EC, dév. n° 78)
<i>Notifié le:</i>	EuGH: 19 juin 2012; CH: pas de prise de position
<i>Etat de la procédure:</i>	Aff. liquidée
<i>Références:</i>	pas de conclusions de l'AG Arrêt du 19 septembre 2013, non encore publié au Rec.
27	Aff. C-342/12 (Worten)
<i>Objet:</i>	Directive sur la protection des données (Directive 95/46/EC, annexe B AAS)
<i>Notifié le:</i>	CJUE: 24 août 2012; CH: pas de prise de position
<i>Etat de la procédure:</i>	Aff. liquidée
<i>Références:</i>	pas de conclusions de l'AG Arrêt du 30 mai 2013, non encore publié au Rec.
28	Aff. C-372/12 (M u. S)
<i>Objet:</i>	Directive sur la protection des données (Directive 95/46/EC, annexe B AAS)

	<i>Notifié le:</i> CJUE: 22 octobre 2012; CH: pas de prise de position <i>Etat de la procédure:</i> Procédure en cours <i>Références:</i> Demande préjudicielle déposée le 3 août 2012, JO C 303 du 6.10.2012, p. 8
29	Aff. C-394/12 (Abdullahi)
	<i>Objet:</i> Règlement Dublin-II (Règlement (EC) n° 343/2003, art. 1 AAD) <i>Notifié le:</i> EuGH: 27 septembre 2012; CH: observations écrites du 6 décembre 2012 <i>Etat de la procédure:</i> Aff. liquidée <i>Références:</i> Conclusions de l'AG du 11 juillet 2013, non encore publiées au Rec. Arrêt du 10 décembre 2013, non encore publié au Rec.
30	Aff. C-398/12 (M)
	<i>Objet:</i> Convention d'application de l'accord de Schengen (CAAS; annexe A AAS) <i>Notifié le:</i> CJUE: 4 octobre 2012; CH: observations écrites du 13 décembre 2012 <i>Etat de la procédure:</i> Procédure en cours <i>Références:</i> Conclusions de l'AG du 6 février 2014, non encore publiées au Rec.
31	Aff. jtes C-446/12 bis C-449/12 (Willems u.a.)
	<i>Objet:</i> Règlement sur les passeports biométriques (Règlement (EC) n° 2252/2004, dév. n° 2) <i>Notifié le:</i> CJUE: 20 décembre 2012; CH: observations écrites du 26 février 2013 <i>Etat de la procédure:</i> Procédure en cours <i>Références:</i> Demande préjudicielle déposée le 3 octobre 2012, JO C 26 du 26.1.2013, p. 16
32	Aff. C-473/12 (IPI)
	<i>Objet:</i> Directive sur la protection des données (Directive 95/46/EG, annexe B AAS) <i>Notifié le:</i> CJUE: 26 novembre 2012; CH: pas de prise de position <i>Etat de la procédure:</i> Aff. liquidée <i>Références:</i> pas de conclusions de l'AG Arrêt du 7 novembre 2013, non encore publié au Rec
33	Aff. C-486/12 (X)
	<i>Objet:</i> Directive sur la protection des données (Directive 95/46/EC, annexe B AAS) <i>Notifié le:</i> CJUE: 14 décembre 2012; CH: pas de prise de position <i>Etat de la procédure:</i> Aff. liquidée <i>Références:</i> pas de conclusions de l'AG Arrêt du 12 décembre 2013, non encore publié au Rec

2013

34	Aff. C-543/12 (Zeman)
	<i>Objet:</i> Directive sur les armes (Directive 91/477/CEE, annexe B AAS)

	<i>Notifié le:</i> CJUE: 11 janvier 2013; CH: pas de prise de position <i>Etat de la procédure:</i> Procédure en cours <i>Références:</i> Demande préjudicielle déposée le 28 octobre 2012, JO C 63 du 2.3.2013, p. 8
35	Aff. C-575/12 (Air Baltic Corporation)
	<i>Objet:</i> Code frontières Schengen (Règlement (EC) n° 562/2006, dév. n° 14) <i>Notifié le:</i> CJUE: 24 janvier 2013; CH: observations écrites du 22 Mars 2013 <i>Etat de la procédure:</i> Procédure en cours <i>Références:</i> Demande préjudicielle déposée le 7 décembre 2012, JO C 38 du 9.2.2013, p. 16
36	Aff. C-101/13 (U.)
	<i>Objet</i> Règlement sur les passeports biométriques (Règlement (EC) n° 2252/2004, dév. n° 2) <i>Notifié le:</i> CJUE: 8 avril 2013; CH: pas de prise de position <i>Etat de la procédure:</i> Procédure en cours <i>Références:</i> Demande préjudicielle déposée le 28 février 2013, JO C 156 du 1.6.2013, p. 19
37	Aff. C-158/13 (Rajaby)
	<i>Objet</i> Règlement Dublin-II (Règlement (EC) n° 343/2003, art. 1 AAD) <i>Notifié le:</i> CJUE: 16 mai 2013; CH: prise de position devenue obsolète¹³⁰ <i>Etat de la procédure:</i> Aff. radié le 25 juin 2013 <i>Références:</i> JO C 225 du 3.8.2013, S. 59
38	Aff. C-166/13 (Mukarubega)
	<i>Objet</i> Directive sur le retour (Directive 2008/115/EC, dév. n° 78) <i>Notifié le:</i> CJUE: 8 mai 2013; CH: pas de prise de position <i>Etat de la procédure:</i> Procédure en cours <i>Références:</i> Demande préjudicielle déposée le 4 avril 2013, JO C 164 du 8.6.2013, p. 11
39	Aff. C-189/13 (Da Silva)
	<i>Objet</i> Directive sur le retour (Directive 2008/115/EC, dév. n° 78) <i>Notifié le:</i> CJUE: 24 mai 2013; CH: pas de prise de position <i>Etat de la procédure:</i> Procédure en cours <i>Références:</i> Demande préjudicielle déposée le 15 avril 2013, JO C 164 du 8.6.2013, p. 12
40	Aff. C-212/13 (Rynes)
	<i>Objet</i> Directive sur la protection des données (Directive 95/46/EC, annexe B AAS) <i>Notifié le:</i> CJUE: 30 mai 2013; CH: pas de prise de position <i>Etat de la procédure:</i> Procédure en cours <i>Références:</i> Demande préjudicielle déposée le 19 avril 2013, JO C 207 du 20.7.2013, p. 11
41	Aff. C-249/13 (Boudjlida)

¹³⁰ L'affaire a été effacée du registre avant la fin du délai prévu pour la communication des observations écrites.

<i>Objet</i>	Directive sur le retour (Directive 2008/115/EC, dév. n° 78)
<i>Notifié le:</i>	CJUE: 12 juin 2013; CH: pas de prise de position
<i>Etat de la procédure:</i>	Procédure en cours
<i>Références:</i>	Demande préjudicielle déposée le 6 mai 2013, JO C 189 du 29.6.2013, p. 13
42	Aff. C-383/13 (G. und R.)
<i>Objet</i>	Directive sur le retour (Directive 2008/115/EC, dév. n° 78)
<i>Notifié le:</i>	CJUE: 31 juillet 2013; CH: pas de prise de position
<i>Etat de la procédure:</i>	Aff. liquidée
<i>Références:</i>	Conclusions de l'AG du 23 août 2013, non encore publiées au Rec. Arrêt du 10 septembre 2013, non encore publié au Rec.
43	Aff. C-474/13 (Pham)
<i>Objet</i>	Directive sur le retour (Directive 2008/115/EC, dév. n° 78)
<i>Notifié le:</i>	CJUE: 9 octobre 2013; CH: pas de prise de position
<i>Etat de la procédure:</i>	Procédure en cours
<i>Références:</i>	Demande préjudicielle déposée le 3 septembre 2013, JO C 336 du 16.11.2013, p. 10
44	Aff. jtes C-473/13 und C-514/13 (Bero und Bouzalmate)
<i>Objet</i>	Directive sur le retour (Directive 2008/115/EG, dév. n° 78)
<i>Notifié le:</i>	CJUE: 30 septembre 2013; CH: observations écrites du 8 janvier 2014
<i>Etat de la procédure:</i>	Procédure en cours
<i>Références:</i>	Demandes préjudicielles déposées le 3 septembre 2013 (C-471/13, JO C 336 du 16.11.2013, p. 9) et le 26 septembre 2013 (C-514/13, JO C 367 du 14.11.2013, p. 23)
45	Aff. C-554/13 (Zh. und O.)
<i>Objet</i>	Directive sur le retour (Directive 2008/115/EC, dév. n° 78)
<i>Notifié le:</i>	CJUE: 9 décembre 2013; CH: pas de prise de position
<i>Etat de la procédure:</i>	Procédure en cours
<i>Références:</i>	Demande préjudicielle déposée le 28 octobre 2013, JO C 9 du 11.1.2013, p. 20

2014

46	Aff. C-38/14 (Zaizoune)
<i>Objet:</i>	Directive sur le retour (Directive 2008/115/EC, dév. n° 78)
<i>Notifié le:</i>	CJUE: 3 mars 2014; Prise de position CH: à l'examen (expiration du délai pour la transmission des observations: 13 mai 2014)
<i>Etat de la procédure:</i>	Procédure en cours
<i>Références:</i>	Demande préjudicielle déposée le 27 janvier 2014, non encore publié au JO

Aperçu des activités des gardes-frontière: Statistiques des années 2010 à 2013

Etant donné qu'il n'existe pas de statistiques différenciées selon les différents types d'activités compris dans le mandat des Cdfr, les données suivantes concernent l'ensemble de ces activités (contrôles des personnes aux frontières extérieures, contrôles douaniers aux frontières intérieures et extérieures ainsi que mesures nationales de compensation).

1. Tâches douanières (Extrait)

Contrebande

	2010	2011	2012	2013
nombre de cas	14'567	19'758	18'805	20'319

Traffic des stupéfiants

Haschisch	2010	2011	2012	2013
nombre de cas	709	913	1'066	1'240
quantité en kg	36.642	24.021	23.992	18.381

Marijuana	2010	2011	2012	2013
nombre de cas	1'343	1'452	1'841	2'487
quantité en kg	78.970	378.204	115.435	304.276

Héroïne, opium	2010	2011	2012	2013
nombre de cas	187	139	146	185
quantité en kg	24.499	17.107	18.502	39.446

Cocaïne, crack	2010	2011	2012	2013
nombre de cas	245	264	315	402
quantité en kg	91.288	73.710	54.671	51.816

Cath	2010	2011	2012	2013
nombre de cas	19	27	23	21
quantité en kg	819.671	1'170.368	654.953	745.270
Produits synthétiques	2010	2011	2012	2013
nombre de cas	108	209	66	104
quantité en kg	19.171	201.981	55.099	12.667
Autres produits	2010	2011	2012	2013
nombre de cas	536	619	4'704	1'363
quantité en pièce	10'935	32'458	8'161	10'123
quantité en kg	126.031	193.099	158.671	262.394

Armes

	2010	2011	2012	2013
nombre de cas	1'275	1'308	1'931	2'366

2. Tâches de police de sécurité

Personnes signalées

	2010	2011	2012	2013
Personnes signalées	9'543	10'282	13'747	16'741
Mandats d'arrêt	2'533	2'960	3'849	5'412
Interdictions d'entrée	1'078	1'232	1'358	1'783
Personnes signalées au SIS	2'599	3'094	3'962	4'511

Véhicules signalées

	2010	2011	2012	2013
Véhicules signalés	1'161	900	969	1'597
Véhicules signalés au SIS	188	283	138	117

Objets signalés

	2010	2011	2012	2013
Objets signalés	1'268	1'327	2'284	2'044
Objets signalés au SIS	794	882	1'050	1'460
Documents perdus et retrouvés (Passeports, cartes d'identité)	201	214	253	243

Falsification des documents

	2010	2011	2012	2013
Nombre de documents falsifiés	1'517	1'477	1'767	1'800
Nombre de documents n'appartenant pas à la personne qui les possède	205	205	213	257

3. Tâches dans le domaine de migration

	2010	2011	2012	2013
Interdictions d'entrée, refoulements (frontières extérieures)	53	37	34	361
Séjours irréguliers	4'349	5'614	11'278	11'992
Activité lucrative illégale	261	208	320	562